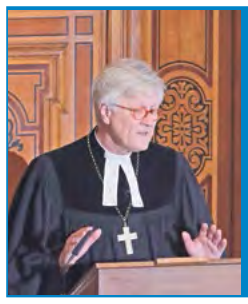
ISSN 2199-3572

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Nr. 4 (68) April 2020/ Nisan – Ijar 5780 UNABHÄNGIGE MONATSZEITUNG · HERAUSGEGEBEN VON DR. R. KORENZECHER 3,70 €



Die Entjudaisierung der Bibel
In der evangelischen Bibel wurden wichtige jüdische Bezüge des Urtextes unterschlagen.
SEITE 20–21

Als Sophia Loren Hebräisch lernte
Die italienische Filmdiva hat seit jeher Sympathien für die jüdische Kultur.
SEITE 30

Pessach in Zeiten von Corona
Aus Prüfungen ist das jüdische Volk schon oft gestärkt hervorgegangen.
SEITE 47

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Liebe Leserinnen und liebe Leser,
die eigentlich wie gewohnt zu dieser Zeit dem jüdischen Geschehen um Pessach, dem weltweiten Osterfest, der Erinnerung an den heldenhaften Aufstand der jüdischen Märtyrer des Warschauer Ghettos, den Jom Ha'Atzmauth-Feiern zur Unabhängigkeit des jüdischen Staates und der politischen Kritik gewidmete und vorbereitete April-Ausgabe unserer JÜDISCHEN RUNDSCHAU stellt unsere Redaktion und unser Autorenteam erstmalig vor eine Aufgabe, die in dieser Weise niemals für unsere Zeitung angedacht war.

Ein allgegenwärtiges gesundheitliches Problem, die Pandemie Corona oder genauer gesagt COVID-19, verursacht durch das Coronavirus SARS-CoV-2, hat von unserer Welt in ca. 200 Ländern Besitz ergriffen.

Noch zu Beginn des vergangenen Monats hatte ich nicht ohne Grund in meiner Kolumne geschrieben, dass uns das dichte politische Geschehen der zurückliegenden Monate Januar und Februar nicht viel Zeit gelassen hat, uns mit Muße auf das neue Jahr einzurichten und Inhalt genug bot, um die Chronik eines ganzen Jahres zu füllen.

Nun liegt mit dem März diesen Jahres ein Monat hinter uns, dessen ereignisreich-dramatischer Verlauf nicht nur das Zeug dazu hat, mit den bisher hinter dem Sichtschutz der zunächst noch vordergründig bestehenden, oder mancherorts auch nur als Mittel zum Zweck plakatierten gesundheitlichen Fürsorge verborgenen, aber bereits initiierten Entwicklungen und Veränderungen unserer gesamten freiheitlich-politischen und -wirtschaftlichen Lebenswelt Inhalte für ein ganzes Jahrzehnt zu liefern, oder sogar als Beginn einer bleibenden – und ich befürchte keinesfalls positiven – Systemveränderung gänzlich in die Geschichte besonders dieses Landes und Westeuropas einzugehen.

Nichts ist mehr so, wie es noch vor einem Monat gewesen ist. Die halbe Welt ist zu Hause eingesperrt. Noch vor Kurzem mit geschäftigem Treiben und Menschen überquellende Weltmetropolen zeigen in kaum vorstellbarer, und in dieser Art in unserer modernen Welt noch nie dagewesener Weise, verwaiste und nahezu menschenleere Straßen und Plätze.

Der Globus hat eine Vollbremsung hingelegt und hält im wahrsten Sinne des Wortes den Atem an. Es hat nicht nur unser öffentliches, sondern unser aller gesamtes Leben in nie gekanntem Ausmaß verändert und bis weit in unseren privaten und persönlichen Bereich in hohem Maße durcheinandergebracht.

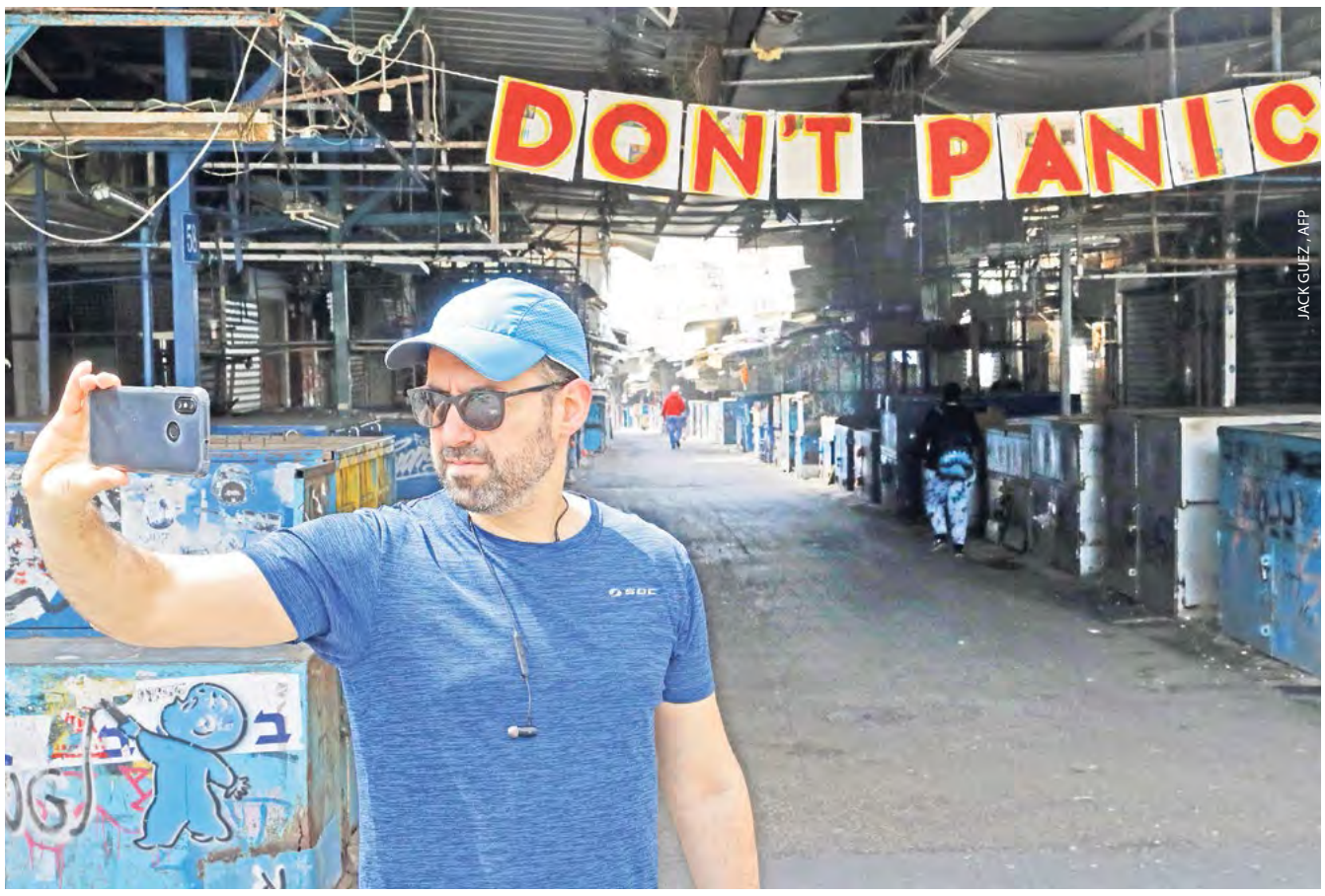
Fortsetzung Seite 2 ▶▶

Österreich 3,70 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN

04

4 198807 003709

Wir werden auch Corona überstehen!



JACK GUEZ / AFP

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Die Corona-Krise hält die Welt im Griff. Wie kann uns die jüdische Weisheit helfen, mit dieser Herausforderung klar zu kommen?

Gerade in Zeiten einer Pandemie ist gut ersichtlich, wie klein die Macht der Menschen in Wirklichkeit ist: mächtige Staaten und Regierungen, reiche Länder, die scheinbar alles unter Kontrolle hatten, kapitulieren plötzlich vor einem kleinen unsichtbaren Virus. Viele Menschen leiden, viele Menschen, die noch lange hätten leben können, sterben an ihm. Es gibt keine Sicherheit, es gibt keine Aussichten auf die sichere Rettung in absehbarer Zeit, es kommen immer schlechtere Botschaften. Die Hoffnung, dass es G'tt gibt und uns das „normale Leben" zurückgeben kann, bleibt oft die letzte Hoffnung.

Doch wenn es G'tt tatsächlich gibt, war es nicht auch Er, der uns überhaupt erst dieses Problem beschert hat? Will G'tt uns eventuell für unsere Sünden bestrafen? Es gibt zahlreiche Vermutungen im Internet, für welche Sünden diese Strafe vom Himmel gekommen und wer alles daran schuld sei. Jedoch – wir sind keine Propheten und werden uns nicht an diesen Mutmaßungen beteiligen.

Umso mehr, dass eventuell nicht die Pandemie selbst die größte Gefahr und eigentliche Strafe des Himmels sein könnte. Bei genauer Betrachtung (was auch immer öfter von Experten erwähnt wird) bergen die Folgen des Kampfes gegen die Pandemie möglicherweise mehr Gefahren, als die Pandemie selbst.

Schon jetzt ist klar, dass eine der schwersten Folgen der Corona-Krise eine Wirtschaftskrise sein wird. Die Rezession kommt, viele Menschen werden arbeitslos, Firmen und Betriebe gehen pleite, Lebensmittel werden teurer, und es wird ziemlich viele hart treffen. Unsere Weisen bemerken im Talmud, dass ein armer Mensch fast als tot angesehen werden kann: Er ist auf andere angewiesen, keiner nimmt ihn ernst, er besitzt keine Autorität – noch nicht einmal in der eigenen Familie. Armut kann eine sehr schwere und schmerzhafte Prüfung für den Menschen sein, besonders für jemanden, der früher reich oder mindestens wohlhabend war.

Bewegungsmangel und Familienstreit

Doch sogar diejenigen, die ihre Arbeit zu Hause fortsetzen können, sind mehreren Risiken ausgesetzt. Das größte davon ist der Mangel an Bewegung. Schon vor der Corona-Krise hatten viele Menschen Übergewicht und saßen zuviel. Jetzt befürchten viele Ärzte, dass nach der Krise noch mehr Menschen an Herz- und Kreislauf-Erkrankungen leiden und an Infarkten sterben werden.

Auch wenn nicht jeder „homeofficer" selbst von gesundheitlichen Problemen betroffen ist, so wird er mit großer Wahrscheinlichkeit von anderer Seite betroffen sein – nämlich mit Problemen innerhalb der Familie. Viele Psychologen warnen, dass viel Zeit zusammen in der Quarantäne oder wegen einer möglichen Ausgangssperre fast zwangsläufig zu Spannungen und Streit zwischen Familienangehörigen führt. Wenn man keine Pause von den eigenen Verwandten bekommt, akkumuliert sich psychische Spannung, bis man die Angehörige nicht mehr sehen und ertragen kann. Schon jetzt befürchten die Experten steigende häusliche Gewalt, mehr Selbstmorde und Scheidungen.

Und sogar diejenigen (z.B. Verkäufer, Bauern, Kraftfahrer), die doch noch ein „normales Leben" führen, können existenziellen Sorgen ausgesetzt werden. Werde ich krank? Kommt es zu Lieferengpässen? Bricht das Finanzsystem zusammen? Was wird mit meinen Kindern? Die Hamstereinkäufer von Mehl und Toilettenpapier zeigen, dass es durchaus viele Menschen gibt, die solche Ängste haben.

Es kann also zu persönlichen Tragödien kommen, wenn im schlimmsten Fall ein gesunder, erfolgreicher, glücklicher Familienvater, der mit dem Virus nie in Berührung kommt, nach Ende der Epidemie krank, arm und geschieden sein wird. Dann würde er auf die verstorbenen Corona-Opfer fast neidisch sein.

Jede Regierung hat ihren eigenen Weg im Kampf gegen die Pandemie gewählt und die gesetzstreuen Bürger müssen sich an alle Vorschriften, Beschränkungen und Empfehlungen der Behörden halten. Ob wir es für richtig, ungenügend oder übertrieben halten, ist belanglos. Das ist quasi G'ttliche Verfügung, und es ist nicht in unserer Macht das zu ändern oder auch nur zu beeinflussen.

Fortsetzung auf Seite 2 ▶▶

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

Wir werden auch Corona überstehen!

Nicht die Corona-Pandemie selbst könnte die größte Gefahr sein, sondern Krisen in Wirtschaft und Familie. Ein gesundes Gleichgewicht zwischen Vorsicht und Gelassenheit ist nun wichtig.

Was aber sehr wohl in unserer Macht liegt, ist, wie wir mit dieser ungewohnten Situation umgehen. Wir können uns ausreichend bewegen, um Herzproblemen vorzubeugen, wir können überlegen und versuchen unsere finanzielle Situation in den Griff zu kriegen, wir können unser Familienleben klug gestalten, um Krach zu vermeiden, wir können ausreichend Zeit mit den Kindern verbringen und ihnen beim Lernen helfen, wir können schlussendlich ein gutes Buch lesen, für das wir früher keine Zeit fanden.

Das alles ist mit Willen und Entschlossenheit durchaus machbar. Was wir uns aber auf jeden Fall verbieten müssen, ist, uns um unsere Zukunft zu sorgen. Denn das wäre eine echte Strafe – und zwar keine vom Himmel, sondern eine selbstgemachte.

Unsere Weisen sagen, dass so lange unsere Probleme auf rein intellektuellem Level bleiben, sie auch irgendwann praktisch gelöst werden können. Wenn diese Probleme aber unser Herz (Emotionen) erreichen, werden sie unsere Handlungsfähigkeit beeinträchtigen, bis wir alles verlieren.

Drei Optionen

Das Erste, woran man denken sollte, ist die mentale Ruhe und Ausgeglichenheit. Unsere Weisen lehren, dass wenn Epidemien und Seuchen die Welt heimsuchen, es für den Menschen genau drei Optionen gibt. Die erste ist, dass der Mensch große bzw. spezielle Verdienste hat und G'tt ihn vor allen Gefahren schützen wird. Die zweite Option ist, dass G'tt fertig mit dem Menschen hat, seine Zeit gekommen ist und egal, wie der Mensch sich schützen wird, er einfach stirbt. Alle anderen Menschen können sich retten oder auch nicht. Sie müssen aber nur normale und übliche Schutzmaßnahmen ergreifen, die von Ärzten und Behörden empfohlen werden. Sie müssen sich nicht im Bunker verkriechen. Man muss einfach normal weiterleben, ruhig bleiben und alles andere bleibt in G'ttes Hand.

Und wenn man schon einer besonderen Situation ausgesetzt ist, muss man wenigstens versuchen das Beste daraus zu machen. Sind alle Synagogen zu und ist man gezwungen alleine zu Hause zu beten? Dann muss man das als Möglichkeit sehen, das Gebet ruhiger und andächtiger zu rezitieren als es normalerweise in der Synagoge möglich ist. Man kann auch versuchen über den Sinn der Wörter im Gebetsbuch nachzudenken, oder einfach mal versuchen zu verstehen, was man normalerweise auf Hebräisch durchliest.

Zu Pessach allein?

Bleibt man für Pessach allein mit der Familie ohne Gäste oder ohne einen Gemeinde-Seder? Dann kann man die ganze Aufmerksamkeit beim Seder den Kindern widmen, und es so gestalten, dass die Kinder davon begeistert werden und sehnsüchtig auf nächsten Corona-Seder warten.

Unsere Weisen haben stehts betont, dass G'tt uns nie eine Prüfung gibt, die wir nicht bestehen können. Das heißt ja, dass wir in der Lage sind, diese Herausforderung zu meistern. Gerade in solcher Zeit ist es wichtig die Verbindung zu G'tt stärken. Der Glaube kann eine starke Stütze in Alltag und im Familienleben sein. Unsere Feste, wie die kommende Pessach-Feier, können für uns eine Quelle der Inspiration sein. Das Judentum ist mehr als dreitausend Jahre alt, und genau mit diesem Judentum haben Juden alle Krisen und Katastrophen überlebt.

Und auch wenn die Corona-Pandemie eine Himmlische Strafe sein sollte: mit der richtigen jüdischen Herangehensweise kann sie zum Segen umgewandelt werden.

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Aus Furcht vor Infektion sind die Menschen gezwungen Abstand voneinander zu halten, oder besser noch, sich vollständig zu meiden. Familien hocken in vielfach viel zu kleinen Wohnungen aufeinander, oder bleiben seit Wochen auseinandergerissen. Besonders die ohnehin schon häufig vereinsamten Älteren und Pflegebedürftigen dürfen, medizinisch berechtigt, aber entgegen aller humanen Intuition ihre Kinder oder Enkel nicht mehr sehen, um sich nicht dem für sie nicht selten tödlichen Virus auszusetzen.

Der Globus hat eine Vollbremsung hingelegt

Nicht nur Sport und Kulturveranstaltungen, sondern auch G'ttesdienste sind weltweit und durch alle Religionen hindurch abgesagt. So fällt für die Juden in Israel und der Diaspora in diesem Monat in historisch einmaliger Weise der traditionelle, unter anderem besonders auch den zehn Plagen gegen Pharao gewidmete Pessach-Seder in großem Familien- und Freundeskreis als besondere Ironie des Schicksals ausgerechnet wegen einer neuen Plage der Menschheit, dem Corona-Virus, aus.

Dabei sind in erster Linie die bisherige Bilanz der Corona-Infizierten und -Toten, sowie besonders das schnelle nahezu weltweit exponentielle Wachstum der Infektionszahlen, und der damit korrelierten wachsenden Zahl an Schwerst-Erkrankten und Sterbefällen, eine nahezu unwirklich anmutende Horrorvision wie aus einem bösen Science-Fiction-Film.

In Abhängigkeit von der Dauer des bisherigen Infektions- und Pandemie-Verlaufs wird aber auch das Ausmaß des unvorstellbaren wirtschaftlichen Desasters gerade für den normalen Bürger und besonders für den wirtschaftlich schwächeren Teil der Bevölkerung dem medizinischen Albtraum leider in nichts nachstehen, wenn ihn nicht sogar übertreffen.

Das bei ausbleibender oder unzureichender staatlicher Hilfe unmittelbar bevorstehende Versiegen der persönlichen Geldquellen und unzureichenden Rücklagen großer, finanziell schwacher Bevölkerungsteile könnte eine allgemeine Verelendung in einem seit Kriegsende nicht mehr gekannten Ausmaß verursachen und damit zu einer Destabilisierung der staatlichen Ordnung mit all ihren negativen Weiterungen wie innere Unruhen, Plünderungen, Raub- und Gewalttaten mit Lebensgefahr für alle und jeden und zu vielen anderen gefährlichen Auswüchsen wie etwa häuslicher Gewalt, Kindervernachlässigung und Missbrauch u.a.m. führen.

„Nous sommes en guerre", sagte kürzlich der französische Präsident Macron. Ja, das sind wir wirklich. Wenn auch erst am Beginn, so befinden wir uns bereits in einem in uns hineingetragenen Krieg – nicht nur gegen die heimtückische Infektion, die die kaum Erkrankten gegen die Schwerkranken einnimmt, und Alt von Jung trennt, sondern auch für den Erhalt unserer Gesellschaft und unseres bisherigen Lebens in Freiheit, Wohlstand und Demokratie. Letzteres umso mehr als bereits jetzt erkennbar die politischen Sozialismus-2.0- Bereiter in den Startlöchern sitzen à conto Gesundheitsschutz unserem bislang dem Systemrückbau-Anliegen unserer Klima-hysterischen, links-affinen Politik noch entronnenen freiheitlich westlichem Lebens- und Wirtschaftsmodell den Todesstoß zu versetzen.

> „Das Konzept des öffentlichen Nahverkehrs hält einer Krise wie Corona nicht stand."

Zugegeben, der Staat musste handeln – nicht morgen, nicht in drei Tagen und nicht in einer Woche – sondern hier und jetzt. Wollte man noch einen ernsthaften Versuch unternehmen, Millionen Infizierte und ärztliche Triage-Entscheidungen über Leben und Tod zigtausender Sterbenskranker – vorwiegend älterer Menschen – zu verhindern, bedurfte und bedarf es immer wirksamer bundesweiter Ausgangs- und Kontakterschwernisse. Natürlich gehörten und gehören dazu ebenso geschlossene und streng kontrollierte Grenzen – auch und besonders für die bislang entgegen aller Vernunft ins Land strömende Migration vorwiegend aus Islam-generierten Krisengebieten.

Plötzlich lassen sich Grenzen doch schließen!

Wäre man nicht selbst von den dramatischen Umstellungen des eigenen Lebens betroffen, käme man aus dem Staunen über die plötzliche neue Erkenntnis nicht mehr heraus: Das Schließen der Grenzen geht tatsächlich. Corona macht's möglich. Jetzt also doch!

Wie hatte unsere Kanzlerin noch 2015 und in den Folgejahren immer wieder betont: „Wir können die Grenzen nicht schließen. Wenn man einen Zaun baut, werden sich die Menschen andere Wege suchen."

(*Zitat A. Merkel bei Anne Will Okt./2015).*

Und natürlich haben wir Frau Merkel und ihrem politischen Gefolge samt nachgeschalteten öffentlich-rechtlichen Regierungssendern und den übrigen links- und Islam-affinen Leitmedien dieses bisherige hiesige politische Axiom seit 2015 glauben müssen.

Wie denn auch anders – wer das nicht getan hat, und vor den Folgen der entseelten, besonders der islamischen Zuwanderung, der islamischen Rechts- und Demokratieverachtung und der Ausbreitung des gewalttätigen islamischen Judenhasses nützenden Open-Border-Politik für den hiesigen Rechtsstaat, die hiesige Demokratie und vor allem auch für die hiesige jüdische Bevölkerungsminderheit warnte, der war zweifelsohne ein Rassist und wurde unterschiedslos rechts, rechter am rechtesten verortet, und mit dem Brustton bessermenschlicher Überzeugung ausgegrenzt, beruflich und persönlich gemobbt und diffamiert.

Es dürfte nur allzu gerecht sein, dass das Corona-Phänomen bei all seinem offenkundigen Schrecken, sozusagen als Nebenwirkung wenigstens zur Enttarnung dieser von der Merkel-Regierung und unserer Bessermenschen-Politik sorgsam genährten Falschaussage zur Grenzschließung beigetragen hat.

Und Schreckliches gibt es mehr als genug. Muss doch vor allem sofort das wirtschaftliche Überleben des überwiegend bereits jetzt in Not geratenen Teils unserer Bevölkerung gesichert werden. Die von der Politik angedachten halbherzigen und bürokratischen Kreditvergabeverfahren werden dem gigantischen Ausmaß der gegenwärtigen Krise weder gerecht noch sind sie durch den hiesigen Bürokratismus bewältigbar. Schon gar nicht werden sie rechtzeitig ankommen bei den hilfsbedürftigen Empfängern, von denen viele die geplanten Online-Anträge gar nicht sachgerecht stellen können. Besonders viele Alte, alleinstehende Mütter und andere Benachteiligte laufen große Gefahr auf der Strecke zu bleiben. Steuer- und Gebührenverzichte, Kurzarbeitsanträge, Aussetzungen und Übernahme aller öffentlichen Kosten und Verzicht auf sämtliche Vollstreckungsverfahren sind zu langsam, treffen zumeist die Falschen und sind außerdem nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Helikoptergeld-Zahlungen

Entgegen der hier zum täglichen Politik- und Medienritual gehörenden Verteufelung des US-Präsidenten würden pauschale Geldzuwendungen wie etwa die in den USA angedachten Helikoptergeld-Zahlungen den bedürftigsten Menschen bis zur Bewältigung der medizinischen Krise die wirtschaftliche Existenzangst nehmen und damit helfen sich ohne existentielle Pression ausschließlich auf den Kampf gegen Corona zu konzentrieren. Auch wenn sie nicht der Schulökonomie entsprechen und egal wie teuer sie sein werden, sie sind immer noch ein kleiner Preis für die Erhaltung des gesellschaftlichen Friedens anstelle innerer Unruhen und des keinesfalls als Utopie drohenden Rechts des Stärkeren auf unseren Straßen.

Leider verheißen die Aussagen unserer Politiker nichts Gutes. Sie deuten jetzt schon darauf hin, dass unsere hie-

Fortsetzung auf Seite 6 ▶▶

Trumps Gegner hassen ihn auch dann, wenn er Frieden bringt

Jahrzehntelang wurde Amerika wegen seiner weltweiten Interventionspolitik getadelt. Nun versucht der amerikanische Präsident seine Soldaten aus Krisenherden heimzuholen – das aber passt den Amerika-Hassern genauso wenig.

Von Rainer Bonhorst

US-Präsident Trump und der chinesische Diktator Xi Jinping mit ihren Ehefrauen

Flächendeckend überlagert durch die Aufregung um das Corona-Virus findet ein Stück amerikanischer Politik statt, das man als Friedenspolitik bezeichnen kann. Oder zumindest als einen Versuch, den ewig langen Afghanistan-Krieg zu beenden. Ob es wirklich ein Frieden wird oder nur ein Kriegsende um fast jeden Preis, ist schwer zu sagen: Die Details bleiben vorerst unter Verschluss. Der Mann, der so oder so das Kriegsende in Afghanistan sucht, heißt Donald Trump.

Seit Jahrzehnten hat man sich daran gewöhnt, die Amerikaner dafür zu tadeln, dass sie sich an allen möglichen Ecken der Welt militärisch einmischen. Washington als der notorische, selbsternannte Weltpolizist. Und was macht dieser Donald Trump? Er versucht, seine Soldaten aus allen möglichen Ecken der Welt zurückzuziehen.

Es ist keine Überraschung, dass etliche Deutsche in ihrer Trump-Phobie den Mann im Weißen Haus nun wegen seiner „verantwortungslosen Rückzugsbereitschaft“ geißeln. Jedenfalls ist eine solche Kehrtwende vom Krieg zum Frieden für die vielen Deutschen, deren latente Amerika-Abneigung als Trump-Phobie virulent geworden ist, eine Zumutung.

Aber was sind Donald Trumps Motive? Zu lesen war, dass er es nur macht, um die nächste Wahl zu gewinnen, als wäre das der Gipfel an boshafter Friedenspolitik. Dass Trump schon in seiner Regierungserklärung angekündigt hat, er wolle „endlose Kriege“ beenden, wird seltener erwähnt.

Schlimmstenfalls gibt es ein Déja-vu-Erlebnis

Dem klassischen Amerika-Skeptiker und Trump-Hasser widerfuhr schon vor einiger Zeit ein Schock, als Trump versuchte, seine Soldaten aus Syrien zurückzuholen. Das hat nicht ganz so geklappt, wie er es erhofft hat; auch seine eigenen Republikaner haben ihm einen Strich durch die Rechnung gemacht. Aber immerhin: Der Versuch ist nicht wegzudiskutieren.

So, und jetzt zum eigentlichen Thema dieses Textes: Afghanistan. Trump will schrittweise seine Soldaten nach Hause holen und ist bereit, für dieses Ziel mit den Taliban einen „Deal“ zu machen. Ob er es schafft, hängt – nicht nur, aber auch – wieder von seinen eigenen Republikanern ab, bei denen es skeptische Stimmen gibt. Und mehr noch davon, wie weit die Taliban mitspielen. Wie gut oder wie schlecht der „Deal“ ist, bleibt also umstritten. Schlimmstenfalls gibt es ein Déja-vu-Erlebnis: Aus Vietnam verabschiedete sich Amerika hastig und sieglos nach rund zehn Kriegsjahren. Der Krieg in Afghanistan ist nicht so verheerend, dauert aber schon 18 Jahre.

Wie es scheint, hat Donald Trump eingesehen, dass nach fast zwei Jahrzehnten des Kampfes die Hoffnung auf eine Kapitulation der Taliban zur Fata Morgana geworden ist. Er will den Afghanistan-Krieg nicht auch noch als Begleiter einer zweiten Amtsperiode am Hals haben, was ihm und den Amerikanern zu gönnen wäre. Denn wenn er das nicht schafft, könnte es sein Nachfolger in Afghanistan auf einen zweiten Dreißigjährigen Krieg bringen. Kein sehr verlockender Gedanke.

Deutsche Soldaten vom Hindukusch zurück

Trumps Nordkorea-Vorstöße lassen wir mal beiseite. Auch ohne sie kann man sagen: Wenn Trump so weitermacht, könnte er trotz (oder wegen?) seiner Schreihals-Rhetorik zu dem Friedenspräsidenten werden, der Obama als Nobelpreisträger gerne geworden wäre. Zu einem Nobelpreis wird es in seinem Fall sicher nicht kommen. Und sei es nur, weil Trump als Nobel-Redner seinem Vorgänger nicht das Wasser reichen könnte. Ein Nobelpreis-Twitter ist bisher nicht vorgesehen. Aber das nur am Rande.

Eine Nebenwirkung eines Afghanistan-Deals dürfte sein, dass auch deutsche Soldaten vom Hindukusch zurück an Rhein und Elbe kommen dürfen. Und die haben das dann ausgerechnet diesem Donald Trump zu verdanken. Was für eine bittersüße Pille.

Hier noch ein Nachgedanke: Es war der bei uns fast wie Trump verhasste und belächelte Ronald Reagan, der seinerzeit mit Michail Gorbatschow das Ende des Eisernen Vorhangs möglich machte. So ist das Leben. Man kann sich die Amerikaner, die Gutes für uns tun, nicht aussuchen. Und die, in die sich Deutschland verliebt, bringen nicht immer das, was ihre wohlgesetzten Worte versprechen.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- **Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.**
- **Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.**
- **Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.**
- **Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.**
- **Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.**
- **Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.**

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Bernies Milliardäre: George Soros mit dem eBay-Gründer Omidyar und dem Emir von Katar Hand in Hand für den extrem linken Israel- Dämonisierer Bernie Sanders

Wie der reichste Mann Hawaiis, der franko-persische eBay-Milliardär Pierre Omidyar, der Israel-Feind Soros und das islamistische Katar die Kampagne des Altkommunisten Sanders finanzieren

Ein unheilvolles Trio: EBay-Gründer Pierre Omidyar, der Emir von Katar und der Milliardär George Soros.

Von Daniel Greenfield

Wenn es eine Sache gibt, die jeder über Senator Bernie Sanders weiß, dann ist es, dass er Milliardäre hasst. Als frisch gebackener Millionär und Mitglied der „One Percent“, lenkt Sanders nun seinen alten Hass auf Millionäre ausschließlich auf Milliardäre, denn Milliardäre sollte es nicht geben – darauf besteht er.

Und während Bernie Tugend heuchelt und bestreitet, ein sogenanntes „Political Action Committee“, eine eigene Lobbygruppe, zu haben oder Spenden von Milliardären anzunehmen, wird ein Großteil seiner Medienkampagne von Pierre Omidyar finanziert, dem Gründer von eBay und reichsten Mann Hawaiis.

Omidyar, ein auf Hawaii lebender französisch-persischer Staatsbürger, hat First Look Media (FLM) 250 Millionen Dollar versprochen. Das Aushängeschild des Medienunternehmens FLM, das Omidyar mitgründete, ist „The Intercept“, eine Seite mit linksradikalen, anti-amerikanischen und antisemitischen Inhalten – und diese Seite hat klar und eindeutig einen Favoriten im Wahlkampfrennen des Jahres 2020.

Die Wahlberichterstattung von „The Intercept“ ist voll von sich überschlagendem Sanders-Cheerleading, zu den jüngsten Beispielen gehören: „Sanders wird Trump mit der Kraft der Solidarität schlagen“, „CNN war der größte Gegner von Bernie Sanders in der Iowa-Debatte“ und „Bernie Sanders Geheimnis, um die Unterstützung der Latinos zu gewinnen“.

Aber noch bedeutender ist, dass „The Intercept“ in Sanders‘ Kampagne die Ausforschung der politischen Konkurrenten übernimmt. Die Artikel über Bernie Sanders sind überschwänglich, die Berichte über die anderen Kandidaten hingegen sind unverhohlene Attacken, die als journalistische Recherche ausgegeben und von den Medien weiterverbreitet werden. Dazu gehören auch die jüngsten Geschichten über Bloombergs plagiiertes Wahlkampfmaterial und Gefangenenarbeit.

Der Fachbegriff für die Recherche gerade auch diskreditierender Information über den politischen Kontrahenten ist „opposition research“. Der Unterschied zwischen Journalismus und „opposition research“ sind die Motive, die am Anfang stehen. So verfolgen Journalisten bei einer Geschichte, wohin sie geht. „Oppositionsforscher“ jedoch sind darauf aus, einer bestimmten Kampagne zum Sieg zu verhelfen, indem sie ihren Gegnern Schaden zufügen.

Und es gibt keine Zweifel daran, was die Schlagzeilen und Berichte von „The Intercept“ über Politiker wie Buttigieg motiviert, den die radikale Lieblingsseite des Technologie-Milliardärs Omidyar bisher noch nicht mit Dreck beworfen hatte. Diese von einem Tech-Tycoon und reichsten Mann Hawaiis finanzierte „opposition research“ wird dann retweeted von Sanders‘ Kampagnen-Account, seinen Mitarbeitern, Stellvertretern, Verbündeten und diversen „Bernie Bros.“.

Rufmord gegen Sanders-Konkurrenten

Hinter dieser Massenfertigung von Attacken auf Buttigieg steht „The Intercept“ als Verbreiter von Verschwörungstheorien zugunsten der Sanders-Kampagne. Beispiele für Schlagzeilen gegen Buttigieg sind: „Bürgermeister Pete Buttigiegs mehrheitlich weißer Stab“, „Marihuana: Pete Buttigieg weicht Fragen zu Verhaftungen von Schwarzen aus“ und „Buttigieg nutzte für Umfragen unterbezahlte Zeitarbeiter“. Auch Amy Klobuchar wurde zum Ziel: „Amy Klobuchar verteidigte Strafverfolgung von Khat-Besitz“, „Senator Amy Klobuchar versuchte, Mittel an ein christliches Anti-LGBT-Programm zu leiten“ und „2020-Kandidatin Amy Klobuchar drängt auf Finanzierung der Polizei“.

„The Intercept“ ließ auch aufgeregt Meldungen über Sanders‘ sicheren Wahlsieg in Iowa zirkulieren – als der Sieg jedoch ausblieb, stieg man auf die Verbreitung von Verschwörungstheorien um, die die Lüge stützen sollten, Sanders habe gewonnen. Gerade wird bereits konzertiert eine Reihe von Artikeln vorbereitet, um die Legitimität des Verfahrens zur Nominierung des Kandidaten der demokratischen Partei für den Wahlkampf 2020 anzweifeln zu können.

Nun sind Milliardäre, die politische Webseiten finanzieren, die ihre Ansichten unterstützen, nichts Neues in der Politik. Aber die Nähe zwischen der Sanders-Kampagne und der Hass-Seite eines Milliardärs, die Sanders mit PR und wie oben beschriebenen Informationen zu Kontrahenten versorgt, sollte breit diskutiert werden, vor allem angesichts der Tatsache, dass hier ein Millionärssozialist wie Sanders seine Verachtung für Milliardäre ausstellt.

„The Intercept“ liefert nicht nur zufällig Inhalte, die der Sanders-Kampagne nützlich sind.

Briahna Joy Gray, Bernies nationale Pressereferentin, war die leitende Politikredakteurin von „The Intercept“. Gray wurde von der Webseite des Technologie-Milliardärs eingestellt, nachdem sie 2016 eine lautstarke Unterstützerin von Sanders geworden war. Als das Kampagnenteam sie offiziell einstellte, erklärte sie: „Es war die progressive Vision, die Sanders‘ Kampagne 2016 verkörpert, die meine Karriere im Journalismus zündete.“ Ihr letzter Artikel lautete: „Bernie Sanders fragt die richtige Frage nach Reparationen“. Im Monat darauf wurde sie offiziell Teil von Sanders‘ Kampagnenteam.

„The Intercept“ hat eine sehr klare politische Identität und sie ist auch der mediale Arm einer Bewegung, deren Ziel es ist, linke Kandidaten auszuwählen und zu fördern. Und niemand fragt, wer das alles finanziert und warum.

Omidyar pro Soros

Pierre Omidyar hat ein Vermögen für „The Intercept“ ausgegeben. Er ist auch ein wichtiger Unterstützer der „Open Society Foundations“ von George Soros. Nicht zufällig hat „The Intercept“ Soros energisch verteidigt. Ausgerechnet die Seite, deren Hass auf den jüdischen Staat häufig an Antisemitismus grenzt und deren Mitgründer und Herausgeber, Glenn Greenwald, Hamas und Hisbollah verteidigt hat, beschuldigte Soros-Kritiker des Antisemitismus.

In einer Zeit, in der den digitalen Medien das Geld ausgeht, hat „The Intercept“ genug davon, ist dabei aber extrem unrentabel. Bei nur 156.857 Dollar Einnahmen betrug Greenwalds Jahresgehalt über eine halbe Million Dollar. In einem Jahr wurden fast 10 Millionen Dollar für Gehälter ausgegeben.

Dies sind alles keine üblichen Zahlengrößen im Journalismus, hier geht es um Einflussnahme.

Linke Einflussnahme in Brasilien

Ein offensichtlicher Unterschied zwischen Journalismus und Einflussnahme liegt im Einsatz des Internets, in Form von „Cyber warfare“. Greenwald wurde kürzlich wegen Cyber-Kriminalität in Brasilien angeklagt, weil er sich mit Hackern abgestimmt haben soll, um die Untersuchung der Korruptionsvorwürfe um die ehemalige linke Regierung des Landes zu torpedieren. „The Intercept“ nutzte gestohlene E-Mails und Nachrichten, um politische Gegner wie z.B. Elliott Broidy, den ehemaligen Finanzvorsitzenden des Organisationsgremiums der Republikanischen Partei (RNC) und Trump-Verbündeten, ins Visier zu nehmen, dessen E-Mails von katarischen Agenten gehackt wurden.

Die katarische Verbindung ist nicht zufällig, „The Intercept“ fungiert als Sprachrohr für den reichen Terrorstaat.

Über seine anti-amerikanische und anti-israelische Politik hinaus hat „The Intercept“ im Namen Katars sehr offensichtlich eine Informationskampagne gegen die VAE geführt, die durch Hacks und Cyber-Kriegsführung unterstützt wird.

Schlagzeilen wie „Das schmutzige Doppelleben des VAE-Botschafters Yousef al Otaiba“, „Durchgesickertes Dokument enthüllt Plan für den Finanzkrieg der VAE“ und, ironischerweise, „Think Tanks nehmen Geld der VAE, um die Agenda der Diktatur voranzutreiben“, machen das nur allzu deutlich. Die Geschichte über Otaiba war, wie zu erwarten, das Werk katarischer Hacker.

Berichte über Katar lesen sich wie direkte Regime-Propaganda: „Durchgesickerte Dokumente enthüllen erstaunlichen Plan für Finanzkrieg gegen Katar – und für den Diebstahl der Weltmeisterschaft“, „Im Neocon Think Tank drischt Steve Bannon auf Katar ein und lobt Saudi-Arabien“ und „Saudi-Arabien plante im vergangenen Sommer eine Invasion Katars, Rex Tillersons Bemühungen, sie zu stoppen, könnten ihn seinen Job gekostet haben“.

Solche Dinge lassen RT, Xinhau und sogar Al Jazeera subtil und zurückhaltend erscheinen. Auch weitaus diskreter auftretende ausländische Seiten zur Einflussnahme wurden gezwungen, sich als ausländische Agenten zu registrieren. Warum trieb „The Intercept“ Operationen zur Einflussnahme in diesem Land voran? Fragen Sie seinen Geldgeber. Pierre Omidyar stellte 87 Millionen Dollar der 90 Millionen Dollar-Finanzaustattung von „The Intercept“ zur Verfügung. Es ist sein Baby, trotz der behaupteten redaktionellen Unabhängigkeit, von der es tatsächlich keine Anzeichen in der linientreuen Publikation gibt.

Und das läuft auf eine Medienunternehmung für Sanders Kampagne hinaus, die einen Wert von mehreren zehn Millionen Dollar hat, und die sie sich mit Katar teilt. Er wird von einem Tech-Tycoon finanziert, der eine Menge Geld ausgegeben hat, um politische Ergebnisse in diesem Land zu beeinflussen, indem er die Fassade des Journalismus benutzt.

Das sind Fragen, die es wert sind, gestellt zu werden. Es ist eine Schande, dass das niemand tut.

Bernie Sanders behauptet, dass Milliardäre zu viel Einfluss auf das politische System dieses Landes haben, dennoch hat er den politischen Direktor einer politischen Organisation, ein Milliardärsprojekt, eingestellt, und seine Accounts twittern die gegen seine Kontrahenten gerichteten Rechercheergebnisse derselben Organisation. Und genau wie mit seinen Häusern und seinem 1%-Status kann er nicht glaubhaft beides zugleich sein. Wenn er wirklich meint, dass Milliardäre zu viel Macht haben, sollte er sich von „The Intercept“ lösen. Aber das kann und wird er nicht.

Die offizielle Sanders-Kampagne mit ihrer penetranten Behauptung, nur von kleinen Spendern finanziert zu werden, ist nichts als Fassade. Diese kleinen Spender kommen nicht nur aus den reichsten Bezirken Amerikas, die Kampagne ist außerdem lediglich die Spitze eines viel größeren politischen Eisbergs von gemeinnützigen Organisationen, einer weitaus größeren Bewegung als die Kampagne.

Bernie Sanders braucht weder eine eigene Lobbygruppe (PAC) noch muss er Spendenaktionen mit Milliardären ausrichten. Der millionenschwere Sozialist profitiert von einer viel ausgefeilteren Infrastruktur, die seine eigene Kampagne aktiv fördert und gleichzeitig seine Rivalen ins Visier nimmt. Die laufenden Kosten überwiegen bei weitem die Ausgaben der anderen Kandidaten und ihrer Lobbygruppen.

„The Intercept“ und die undurchsichtigen Motive seines Hintermannes sind ein Beispiel, und nicht das einzige, für diese Praxis. Und die Leute, die das Geld haben, um diese mächtigen Netzwerke zu finanzieren, wie Omidyar oder Soros, müssen Milliardäre sein.

Niemand fragt Bernie nach ihnen. Niemand redet darüber, was sie sich von seiner Regierung erwarten könnten.

Man sollte es aber.

Daniel Greenfield ist ein Shillman-Journalismus-Stipendiat am David Horowitz Freedom Center. Übersetzung: Paul Möllers

Und diesem China sollen wir trauen?

China ist schuld am Ausbruch der Corona-Seuche – hat aber dennoch das Gerücht gestreut, dass die USA die Verantwortung für die neue Epidemie tragen.

Von Max Zimmer

Xi Jinping schreitet durch die Reihen der Abgeordneten des chinesischen Scheinparlaments "Volkskongress".

Als Ende Dezember 2019 das erste Mal in internationalen Medien von einem neuartigen Virus aus China die Rede war, griff die Zensur gegen Ärzte in der Region Hubei bereits seit etwa einem Monat: Anfang Dezember gab es erstmals eine Konversation zwischen Li Wenliang und mehreren weiteren Ärzten über soziale Medien, in einem Chatroom sollen sie sich über eine neuartige Lungenkrankheit aus Wuhan ausgetauscht haben. Als der chinesische Staatsapparat Wind davon bekam, wurde den Ärzten ein Maulkorb verhängt – die staatliche Zensur verbot ihnen, über das Virus öffentlichkeitswirksam zu berichten. Mindestens 8 Ärzte wurden von der Polizei verwarnt und mussten eine Schweigepflichtserklärung unterschreiben.

Wochenlang verbreitete sich das hochinfektiöse Virus, das mittlerweile die Bezeichnung Sars-Cov-2 trägt, in China und darüber hinaus, bis chinesische Behörden schließlich erstmals am 31. Dezember die WHO über den Erreger informierten. Die anfänglichen Vertuschungsversuche des Regimes und das repressive Vorgehen gegen all jene, die sowohl ihre eigene Bevölkerung als auch die Weltgemeinschaft vor dem Virus warnen wollten, führte unweigerlich zu der schnellen und unbemerkten Verbreitung. Zwar ergriff Peking nach Bekanntmachung der Epidemie sehr schnell extreme Maßnahmen, wie die Abschottung der besonders betroffenen Region Hubei, das Virus war aber bereits weit über Wuhan hinaus in die Welt gekommen.

Im Januar wurden erstmals Fälle außerhalb Chinas dokumentiert, im Februar dann bereits massiv in Europa – Der Versuch der kommunistischen Partei, sich als unfehlbar zu beweisen, jegliche Negativnachrichten aus dem eigenen Land zu unterbinden, hat verhindert, dass die Nachbarländer und die Weltgemeinschaft schnell und effektiv Maßnahmen zum Schutz ergreifen konnten. Als China die WHO eingeschaltet hatte, war das Corona-Virus vermutlich schon längst in dutzenden Ländern angekommen, auch in Europa.

Wir haben alles im Griff, das Virus ist besiegt!

Die anschließenden Propaganda-Lügen des kommunistischen Regimes sind auch angesichts dessen eine unfassbare Dreistigkeit: Die Mutmaßung, das Virus wäre von den Amerikanern in China ausgesetzt, um der Volksrepublik zu schaden, ist nur eine der Lügen, die das Regime benutzt, um sich als Opfer zu stilisieren. Auch die angeblich geringen Zahlen an Neuinfektionen, die das Regime verlautbart, sind in dem Kontext nicht gerade glaubwürdig.

China versucht sich nun einen Vorteil zu verschaffen, indem es die eigene Wirtschaft wieder ankurbelt, während der Rest der Welt gerade erst mit der Quarantäne und dem Shutdown beginnt – damit zeigt es nicht nur eine unfassbare Ignoranz, sondern nimmt auch die Weiterverbreitung des Virus im gesamten Land in Kauf, was auch durchaus passieren kann. Nur wird das wohl niemand erfahren, da die Doktrin aus Peking nun lautet: Wir haben alles im Griff, das Virus ist besiegt!

Die westliche Welt sollte aus dieser historischen Zäsur lernen. Das, was die meisten auch schon vor der Corona-Krise hätten wissen sollen, bestätigt sich nun abermals: Das kommunistische Regime ist ein hinterhältiges und eigennütziges, dem bei nichts zu trauen ist. Die verlogenen Anbiederungen mit den Hilfslieferungen an Italien verdeutlichen nur den Versuch, politischen Profit aus der Krise zu schlagen und Europa sowie den Westen zu spalten.

China versucht zur Ordnungsmacht zu werden

Es ist kein Akt der Solidarität oder der Güte, immerhin ist China schuld daran, dass sich Italien und Europa aktuell in dieser Situation befinden. Vor allem verdeutlicht es eines: China versucht zur Ordnungsmacht zu werden. Es konkurriert direkt mit den USA und will die eigene Bedeutung international stärken.

Wir sollten uns die Frage stellen: Wollen wir mit einem solchen Land zusammenarbeiten? Mit einer Diktatur, deren Einfluss immer größer wird und die neuerdings ihre Schamlosigkeit bewiesen hat?

China kauft international Häfen auf, stützt afrikanische Diktatoren und versucht, das eigene Modell des autoritären Korporatismus als direkte Konkurrenz zum westlichen Modell der liberalen Marktwirtschaft und Demokratie aufzubauen. Und es gelingt dem Regime zuweilen immer besser, das müssen wir konstatieren.

Die Corona-Krise hat jedoch eines bewirkt, wie selten ein Ereignis zuvor: Der Drachen ist nackt. Wir haben den wahren Charakter des chinesischen Regimes glasklar erkennen können, und wir sind aktuell noch in der Lage, uns für die Pandemie zu revanchieren, die durch die Vertuschung Pekings verursacht wurde: Wir können das Regime schwächen und aktiv bekämpfen, wirtschaftlich und politisch. Damit es uns nicht bald so ergeht wie Hongkong.

Max Zimmer, geb. 2002, ist Abiturient aus Münster und Autor beim Schülerblog Apollo-News, wo dieser Beitrag zuerst erschien.

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

China ist der Ausgangsort des Virus. Nachdenklich stimmt dessen angebliche räumliche Beschränkung auf Wuhan und wenige andere Städte des chinesischen Riesenreichs.

sige politische Führung, die schon zuvor bei den Sicherheits-Auswüchsen ihrer Migrationspolitik für unseren Staat und seine Menschen versagt hat, nunmehr die schwere Zeit, die ihr bereits heute ein gern angestrebtes dirigistisches Regieren per Erlass – quasi ohne parlamentarische und oppositionelle Kontrolle – ermöglicht, weiter missbrauchen wird.

Nicht zufällig hat der Regierungs-nahe Parlamentspräsident Schäuble hinter dem Deckmantel der Corona-Ängste soeben ohne nennenswerten Bürgerwiderstand gefordert die Geltung parlamentarischer Beschlussfähigkeit auf nur 25 % Parlamentarier-Präsenz zu erweitern. Dabei bleibt die Absicht hinter dem Infektions-Alibi kaum verborgen. Der später und nach dem zur Zeit noch nicht zu bestimmenden Ende des Corona-Albtraums können genau diese Eingriffe in unser parlamentarisches System dazu missbraucht werden, die jetzt unter dem Gebot von Corona bereits erkennbaren System-Change-Ansätze quasi durch die Hintertür in Richtung eines wirtschaftsfeindlichen staatlichen Legats, um nicht zu sagen in Richtung des schon einmal grandios gescheiterten sozialistischen Dirigismus durchzusetzen.

Corona überdeckt andere Probleme – aber löst sie nicht

Auch drängte die Corona-Krise viele andere, bislang unser Geschehen dominierende Probleme in den Hintergrund, schaffte sie aber nicht ab. Ob die per eigentlich überkommener, geradezu absolutistischer Fern-Anordnung der Kanzlerin stornierte Ministerpräsidenten-Wahl in Thüringen, der pietätlos gegenüber den unschuldigen Opfern für parteipolitische Zwecke instrumentalisierte psychopathische Mord-Breivik von Hanau, ob der trotz der hohen Zahl verletzter Frauen, Männer und Kinder von Anbeginn vorsätzlich kaum thematisierte Autoattentäter von Volkmarsen, die Hamburg-Wahl, die Gratulationen unseres Präsidenten an die Mord-Mullahs in Teheran, die weitere Demontage der CDU, der stümperhafte Umgang mit Corona, die heraufziehende Wiederholung des hauptsächlich islamischen Asylantenzustroms von 2015, und last but not least die geradezu peinliche und wirkungslose Anbiederung an den türkischen Islamisten-Unterstützer Erdogan durch den SPD-Außenminister Maas und unterschiedslos durch den CDU-Parteivorsitz-Prätendenten Röttgen – die Probleme des Versagens unserer Politik sind keinesfalls verschwunden. Sie werden wiederkommen. Das zeigen die unterschiedslos auch in Corona-Zeiten verübten islamischen Terrormorde, wie der kürzliche Doppelmord von Frankreich in aller Deutlichkeit.

Unabhängig von den Abwegen unserer Politik gelten unser Mitgefühl und unsere Zuwendung gleichermaßen allen unschuldigen Opfern von Hanau und Volkmarsen sowie ihren traumatisierten Angehörigen – unsere Abscheu und unser Ekel den ruchlosen Tätern beider Anschläge und dem widerwärtigen doppelten Standard unserer empathiefreien, nur ihrem entseelten Dogma folgenden Medien und Politik.

In keinem der Fälle kommt man umhin festzustellen, dass unsere offensichtlich aus dem Ruder jeder politischen Vernunft und demokratischen Anstandes gelaufene Politik auch in dem vergangenen Monat kaum einen Tag vergehen ließ, an dem sie uns nicht bewiesen hat, dass sie keinesfalls beabsichtigt, etwa den exponentiell wachsenden links- und grün-orientierten, mit einem Klima-Alibi in Richtung Sozialismus 2.0 strebenden politischen Irrsinn zu beenden. Das hat erst die Corona-Krise – wenigstens zum Teil – geschafft.

Klima-Hysteriker werden auch Corona instrumentalisieren

Es bedarf keiner Erwähnung, dass die hysterisch erfundene Klima-Apokalypse der Zeugen Gretas und ihrer Anhänger wenigstens temporär einer wirklichen Bedrohung gewichen ist. Ebenso erkennbar in Zeiten der Krise ist die Abwegigkeit des grünen Autoverzichts-Irrsinns. Das Konzept des öffentlichen Nahverkehrs hält einer Krise wie Corona nicht stand. Heute ist jeder dankbar, der noch im Schutz seines eigenen motorisierten Fahrzeugs wenigstens die vitalsten Besorgungen erledigen kann.

Natürlich wird es unseren grünen und linken Klima-Dogmatiker gelingen selbst das offensichtliche Scheitern ihres Konzepts nach der Krise Fakten-verdrehend für die Fortsetzung ihrer Massen-Bevormundung zu instrumentalisieren.

Auch bleibt es nach der Krise dabei: Sei es aus ideologischer Verblendung, aus Unfähigkeit, aus einer Mischung von beidem – die Merkel-Regierung und ihre politische Gefolgschaft hat unser Land gespalten, Demokratie und unserem in den früheren Jahrzehnten dieser Republik wundervoll gelebten freiheitlich-westlichen Lebensstil schweren Schaden zugefügt, sowie unseren dank unseres bisherigen marktwirtschaftlichen liberalen Wirtschaftssystems erarbeiteten Wohlstand und den Wirtschaftsstandort Deutschland schon vor Corona massiv gefährdet.

Diese bereits mehr als ernüchternde Bilanz ließe sich noch beliebig fortsetzen – ein ernsthafter Versuch oder auch nur die Bereitschaft der Verantwortlichen aus den politischen Fehlleistungen und dem politischen Versagen von 15 Jahren Merkel-Regierung oder aus der schwindenden Wählerakzeptanz die richtigen Schlüsse zu ziehen, war und ist bis heute nicht zu erkennen.

Daran ändert auch die gegenwärtig wegen der Corona-Krise erforderliche Hintanstellung der Gegensätze und temporär übliche höhere Wählerakzeptanz dieser inakzeptablen Politik nicht das Geringste. Die Polarisierung der Gesellschaft wird nach Ende von CoVid-19 vermutlich noch stärker aufbrechen als bisher. Corona hat die vor allem auf das Schuldkonto der Kanzlerin und der GroKo gehende Spaltung des Landes, das schnelle Wachsen links- und rechtsextremer Positionen und den jetzt schon irreversiblen Schaden, den unsere Demokratie bereits genommen hat, nur verdeckt, aber nicht repariert – von der verheerenden Gewaltexplosion auf unseren Straßen und Plätzen, die selbst vor Corona nicht Halt macht, von den Islam-dominierten NoGo-Areas und der weiter zunehmenden Verunmöglichung jüdischen Lebens in unserem Lande ganz zu schweigen.

Vor Beendigung dieses Kommentars möchte ich – auch wenn ich kein Anhänger von Verschwörungstheorien bin – das Augenmerk doch auf einige Ungereimtheiten richten, die das Verschulden Chinas am Ausbruch der Corona-Pandemien und dem weltweiten wirtschaftlichen Schaden kennzeichnen, von dem vor allem China profitiert. Außer in Wuhan war China in wenig erklärlicher Weise in kaum einer anderen Metropole massiv betroffen. Außerdem ist es im Gegensatz zu den vor allem westlichen, und zuvor wirtschaftsstärkeren Staaten schon wieder auf dem wundersamen Weg der Genesung seiner Menschen und seiner wirtschaftlichen Stärke. Damit ist es in der Lage in der Zeit der eingebrochenen Börsen billig an erhebliche und wesentliche Anteile wichtiger westeuropäischer und amerikanischer Wirtschaftsunternehmen zu kommen. Ob das eine Antwort auf die restriktiven Handelsproblematiken mit den USA und ein weiterer Schritt in Richtung Sinisierung der westlichen Welt, etwa nach dem afrikanischen Analogon sein könnte, soll und wird an dieser Stelle nicht zu beantworten sein.

Bis zu dieser Klarheit, sowie nach Ende der Corona-Bedrohung und danach werden Israel und das jüdische Volk auch diese Gefahren, allen Anfeindungen der hiesigen und weltweiten Judenhasser und innenpolitischen Krisen und unerwarteten Regierungsbildungen zum Trotz, überstehen. Dies hat das Volk Israel auch in seiner bewegten Vergangenheit und selbst bei dem aussichtslosen heldenhaften Widerstand im Warschauer Ghetto im April 1943 stets bewiesen.

Dem Staat Israel, dem jüdischen Volk und unseren jüdischen Lesern wünschen wir ein koscheres, wenn auch leider Corona-eingeschränktes Pessach-Fest.

„Fridays for future" und ihre Protagonistin Greta werden den Klimawandel wohl auch für die Ausbreitung des Coronavirus verantwortlich machen.

Unseren christlichen Lesern wünschen wir trotz der massiven arabischen Christenvertreibung aus Betlehem ein gesegnetes Osterfest. Und uns allen und besonders unseren älteren Familienangehörigen wünschen wir alles erdenklich Gute, vor allem Gesundheit in diesen für alle schweren Zeiten.

Stay safe and healthy everyone!

Am Israel Chai!

Ihr Dr. Rafael Korenzecher
i.A. S. Akstinat

Coronavirus: Für Islamisten das Produkt einer „zionistisch-amerikanischen Verschwörung“

Wie so oft suchen islamische Länder die Schuld für eigene Fehlleistungen bei anderen – diesmal bei ihrem Versagen im Kampf gegen das Coronavirus.

Ehud Shahar im Labor des wissenschaftlichen Forschungsinstituts Migal in Nordisrael.

Von Hany Ghoraba (Redaktion Audiatur)

Während die Coronavirus (COVID-19)-Pandemie über die ganze Welt fegt, vertreten einige Islamisten die Theorie, dass Allah die Ungläubigen für die Missachtung seiner Befehle bestraft. Sie weisen darauf hin, dass das Virus in Wuhan ausgebrochen ist und die chinesische Regierung die uigurischen Muslime unterdrückt. Berichten zufolge hat der IS in seinem letzten Newsletter „Scharia-Direktiven“ herausgegeben, in denen Anhängern geraten wird, sich aus Europa fernzuhalten.

Das Coronavirus ist eine „von Allah gesendete Qual, auf wen auch immer er will“, hieß es im Rundbrief. „Krankheiten schlagen nicht von selbst zu, sondern durch den Befehl und das Dekret Allahs“.

Als erste Berichte über das Virus aus China kamen, bezeichneten Salafisten in Ägypten, Marokko und anderswo das Virus als „Soldaten Allahs“, der sich gegen die Ungläubigen richtet, die gegen ihn arbeiten. „Die Macht Allahs trifft China, den Kommunismus und den Buddhismus. China erklärte dem Islam und den Muslimen den Krieg und verfolgte unsere uigurischen Brüder“.

Abdul Razzak al-Mahdi, ein syrischer Salafist, twitterte bereits am 20. Januar.

„Allah gab ihnen einen Soldaten (Virus). Und viele von Allahs Soldaten sagten: Ehre sei ihm … O Allah, vergrößere ihr Leiden und ihre Not, bis sie aufhören deine Religion und deine Gläubigen zu bekämpfen.“

Der Tenor der islamistischen Kommentare änderte sich, nachdem der Ausbruch auf andere Länder, insbesondere den Iran, übergriff. Generalmajor Hossein Salami vom Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) vermutete, dass das Coronavirus eine von den Vereinigten Staaten entwickelte biologische Waffe gegen China und den Iran sein könnte.

Der Iran leidet jetzt unter einem der schlimmsten Coronavirus-Ausbrüche weltweit. Bis Montag wurden 853 Menschen durch die Krankheit getötet. Die tatsächliche Zahl könnte dramatisch höher sein. Zu den Opfern gehören hochrangige Regierungsbeamte und leitende Kleriker.

Wettlauf zum Impfstoff

Wissenschaftler auf der ganzen Welt versuchen unterdessen, einen Impfstoff zu entwickeln, um die Krise zu beenden. Ein von den Amerikanern entwickelter Impfstoff hat am Montag mit klinischen Studien begonnen. Ein israelisches Labor steht Berichten zufolge an der Schwelle zu einer ähnlichen Lösung. Sollte sich eines der beiden Labore als erfolgreich erweisen, stehen diejenigen vor einem neuen Dilemma, die darauf beharren, dass die beiden Länder die Wurzel des weltweiten Übels sind.

Der algerische Nachrichtensender Al Masdar veröffentlichte eine Verschwörungstheorie unter der Schlagzeile: „Eine zionistische Organisation steckt hinter dem Coronavirus, und die zionistische Einheit (Israel) behauptet, den Impfstoff gefunden zu haben“.

Der iranische Mullah Nasser Makarem Shirazi erklärte, es sei verboten, israelische Medikamente gegen das Virus einzunehmen, es sei denn, es gebe keine Alternative. Selbst westliche Israel-Hasser konnten sich nicht mit dieser Aussicht abfinden.

„Lieber gehe ich das Risiko mit dem Virus ein, als einen israelischen Impfstoff zu nehmen“, schrieb Roshan M. Salih, ein Journalist des iranischen Press TV und Redakteur der britischen islamischen Nachrichtenseite „Five Pillars“. Als Menschen verärgert reagierten schrieb er, dass er „die Israel-Lobby aktiviert“ habe.

Press TV veröffentlichte unterdessen einen Artikel des amerikanischen Verschwörungstheoretikers Kevin Barrett, um die Behauptung zu untermauern, dass das Coronavirus eine amerikanisch-israelische Verschwörung sei, die den Iran mit biologischer Kriegsführung schädigen will. „USA und Israel führen massenhaft biologische Kriegsführung“, lautete die Schlagzeile des Artikels vom 7. März.

Barrett, ein „9/11 Truther“, drehte in der Sache immer mehr durch:

„Die Vereinigten Staaten führten 2001 einen biologischen Krieg gegen ihren eigenen Kongress mit der Anthrax-Komponente der False Flag Operation am 11. September.“

„Die Vereinigten Staaten werden also von Psychopathen geleitet, die durchaus in der Lage sind, den 3. Weltkrieg durch einen Angriff auf China und den Iran mit biologischer Kriegsführung auszulösen, wobei der Iran-Teil vermutlich von Israel angeführt wird. Das ist die wahrscheinlichste Erklärung für das, was wir sehen.“

Das ist die Art von Müll, wie sie von Press TV veröffentlicht wird.

Wollen Amerikaner den chinesischen Niedergang?

Im Irak lehnte der prominente schiitische politische Führer Moqtada al-Sadr jeglichen Impfstoff aus den Vereinigten Staaten ab und beschuldigte Präsident Trump, „dieses Virus zu verbreiten, vor allem, weil die meisten, die daran leiden, Amerikas Feinde sind“. „O Trump, wenn Sie Atheist sind und sich für einen Heiler halten, suchen wir keine Hilfe außer die von Allah“, sagte al-Sadr. „Jedes Heilmittel das von Ihnen oder Ihren verseuchten Unternehmen kommt, akzeptieren wir nicht. Sie sind nicht nur ein Feind Allahs, sondern ein Feind der Nationen und ein Virus, der Kriege und Pest verbreitet“.

Der Fernsehsender Al Manar der Hisbollah brachte einen Beitrag von Ali Abadi, in dem es hieß, dass die USA von einer Verringerung der Zahl der Beschäftigten in der chinesischen Wirtschaft profitieren könnten. „Zumindest wissen wir, dass die Vereinigten Staaten eine fieberhafte Angst vor dem anhaltenden Wachstum der chinesischen Wirtschaft haben, und sie versuchen seit vielen Jahren, dieses Wachstum durch politischen Druck zu bremsen, um Peking zu zwingen, Schritte wie die Aufwertung des chinesischen Yuan zu unternehmen“, schrieb Abadi. „Amerikanische Think-Tanks befürchten, dass die USA durch das rasche Wachstum Chinas ihre globale Führungsposition verlieren werden“.

Der Historiker der Muslimbruderschaft, Mohamed Gawady, glaubt, dass sich die Ideologie der Gruppe als Folge des Virus durchsetzen wird, obwohl seine Logik nicht ganz klar war. „Ägypten war das erste Land, das in der Geschichte gegründet wurde. Es ist das erste Land, das von einem Mitglied der Muslimbruderschaft [Mohamed Morsi] angeführt wurde.“, schrieb er. „So Gott will, werden nach dem Coronavirus alle Präsidenten der Welt Muslimbrüder sein, weil die Menschheit dann reifer geworden ist“.

Der weltweite COVID-19-Ausbruch hat den Islamisten eine neue Gelegenheit gegeben, Antisemitismus und Verschwörungstheorien über ihre vermeintlichen Feinde zu verbreiten. Auch wenn der Virus mittlerweile auch die USA und Israel getroffen hat, bestehen viele Islamisten darauf, hinter allem eine Verschwörung zu sehen.

Hany Ghoraba ist ein ägyptischer Schriftsteller, Analyst für Politik und Terrorismusbekämpfung bei Al Ahram Weekly und ein regelmäßiger Redakteur der BBC. Eine englische Version dieses Artikels wurde ursprünglich von „The Investigative Project on Terrorism“ veröffentlicht.

Die anti-israelische Hetze von Nelson Mandelas Enkelsohn

Südafrikas Israel-Feinde nutzen Nelson Mandelas Vorliebe für arabische Terrorfürsten für ihre Propaganda, und führen das Land in eine rassistische Katastrophe.

Von Ben Cohen

Nelson Mandela und Jassir Arafat

Die BDS-Bewegung, deren Ziel es ist, dass der Rest der Welt den Staat Israel unter Quarantäne stellt, als wäre er das Coronavirus, bemüht sich in Südafrika um einen Imagewechsel.

Letzte Woche kündigte BDS Südafrika – eine NGO, die innerhalb des regierenden Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) erheblichen Einfluss genießt – an, dass es einen neuen Namen, ein neues Logo und eine erneuerte Mission annehmen wird. Von nun an wird die Gruppe unter dem Namen „Afrika für Palästina“ auftrete. Ihr Verständnis dessen, was „Palästina“ ausmacht, ist ihrem Logo zu entnehmen: es zeigt eine palästinensische Keffiyeh, die sorgfältig so gefaltet ist, dass sie die Umrisse einer Karte des gesamten Gebiets zwischen Mittelmeer und Jordan zeigt.

Was hat es mit der neu definierten Mission der Organisation auf sich? Laut einer Erklärung von BDS Südafrika von letzter Woche wird die neu aufgestellte Gruppe (…) „versuchen, Bündnisse und Partnerschaften auf dem ganzen Kontinent aufzubauen, die direkte Unterstützung für Palästina zu verstärken und der palästinensischen Diaspora zu helfen“. Um das zu erreichen, soll die „schleichende israelische Infiltrierung unseres Kontinents zurückgedrängt werden“. (…)

Nachdem der jüdische Staat in den 1950er Jahren enge wirtschaftliche und politische Beziehungen zu den afrikanischen Nationen entwickelt hatte, die gerade erst von den Fesseln des europäischen Kolonialismus befreit worden waren, verdrängte arabischer Druck Israel für mehrere Jahrzehnte vom Kontinent. Doch im neuen Jahrhundert hat eine Kombination aus kreativer israelischer Diplomatie, modernster israelischer Technologie und Entwicklungsexpertise sowie einer neuen Entschlossenheit der afrikanischen Führer, die Beziehungen zu Israel an ihren eigenen Interessen – und nicht an denen panarabischer oder panislamischer Organisationen – auszurichten, dazu geführt, dass das Zeitalter der Isolation Israels in Afrika beendet wurde. Quer über den gesamten Kontinent hat die israelische Präsenz zugenommen, und Jerusalem unterhält nun zu 41 der 44 Staaten südlich der Sahara volle diplomatische Beziehungen.

Obwohl die Organisation es niemals zugeben würde, sieht BDS Südafrika/ „Afrika für Palästina“ zunehmend wie ein Relikt aus vergangenen Zeiten aus, das verzweifelt gegen den „Wind of Change“ ankämpft, der über den Kontinent fegt. Während Israel Technologie und materielle Hilfe anbietet, von der Versorgung mit sauberem Wasser bis zur AIDS-Prävention, von Kinderkliniken bis zur Hochschulbildung, haben die lokalen Verbündeten der „palästinensischen“ Sache außer Ideologie nichts anzubieten.

Der Enkel Mandelas an vorderster Front

Aber für die Führer der BDS-Kampagne in Südafrika ist Ideologie alles, was zählt. In einer Rede vor der von den Islamisten unterstützten „Palestine Expo“ in London im Juli vergangenen Jahres wetterte Nkosi Zwelivelile Mandela, ein südafrikanischer Parlamentarier und Führer von BDS Südafrika, gegen Israel als Verkörperung des „Neo-Imperialismus“. Er zitierte einen Artikel, den Malcolm X 1964 für die ägyptische Presse geschrieben hat, und in dem er behauptete, dass „die immer wieder intrigierenden europäischen Imperialisten Israel klugerweise dort platziert haben, wo es die arabische Welt geographisch spaltet, die Saat der Uneinigkeit unter den afrikanischen Führern sät und die Afrikaner von den Asiaten trennt“. Kaum weniger als weltweite Verschwörung also.

Fall es noch irgendeinen Zweifel geben sollte, was die BDS-Bewegung von der Legitimität Israels hält – noch immer glauben einige Menschen, BDS wolle bloß die 1967 begonnene israelische „Besatzung“ beenden –, hören wir zu, wie Nkosi Mandela sich ausdrückte. Als Israels Hauptbefürworter, so erklärte er dem Londoner Publikum, würden die Vereinigten Staaten niemals „anerkennen, dass die Ursache des Konflikts auf das Jahr 1948 und die Gründung Israels zurückgeht. Entscheidend war nicht das Jahr 1967, und im Zentrum des Konflikts steht nicht ein israelischer Rückzug aus den besetzten Gebieten, um den es stets in Friedensverhandlungen geht, sondern die Heimkehr von Flüchtlingen in einen palästinensischen Staat“. Anders gesagt, handelt es sich um ein Nullsummenspiel: Wenn Sie für Palästina sind, müssen Sie gegen Israel sein.

Es wird Ihnen nicht entgangen sein, dass Nkosi Mandela den gleichen Nachnamen trägt wie der verstorbene südafrikanische Präsidenten Nelson Mandela – es ist sein Enkel. Nkosi Mandela beruft sich in seinen schwülstigen Reden über die „Palästinenser“ regelmäßig auf das Vermächtnis seines Großvaters – und das auf unehrliche Art und Weise.

Denn obwohl unbestreitbar ist, dass Nelson Mandela ein Befürworter „palästinensischer“ Unabhängigkeit und ein Verbündeter des verstorbenen PLO-Chefs Jassir Arafat war, war er – in deutlichem Gegensatz zu seinem Enkel – nicht auf die Elimination Israels aus, sondern trat für zwei Staaten ein, die Seite an Seite leben sollten.

Verzerrtes Bild vom eigenen Großvater

Wie ich in einer Kolumne 2013 anlässlich des Todes von Nelson Mandela schrieb: „Mandelas Memoiren sind voller positiver Bezüge auf Juden und sogar auf Israel. Er erinnert daran, dass er nicht von Fidel Castro über Guerilla-Kriegsführung gelernt hat, sondern von Arthur Goldreich, einem südafrikanischen Juden, der während des israelischen Unabhängigkeitskrieges im Palmach gekämpft hatte. Er erzählt die Anekdote, dass die einzige Fluggesellschaft, die bereit war, seinen Freund Walter Sisulu ohne Pass nach Europa zu fliegen, Israels staatseigene El Al war. Und der ultimative rauchende Colt – die Gleichsetzung von Israels Demokratie mit der Apartheid – findet sich bei ihm nicht.“

Die schändlich falsche Darstellung von Nelson Mandela als militanter Antizionist, die BDS Südafrika propagiert, ist nur eine Komponente einer breit angelegten Kampagne, für die kein Missverständnis, keine Halbwahrheit und keine glatte Lüge zu absurd ist, wenn sie nur der Dämonisierung Israels und des Zionismus dient. Sosehr Ärger über diese Vorgehensweisen auch berechtigt ist, so sollte er doch durch die Einsicht gemildert werden, dass die Äußerungen von BDS-Befürwortern umso schriller werden, je mehr Niederlagen sie einstecken müssen.

Im vergangenen November etwa scheiterte BDS Südafrika daran, die Universität von Kapstadt, eine der prestigeträchtigsten Institutionen höherer Bildung auf dem Kontinent, dazu zu bringen, die Beziehungen zu israelischen akademischen Einrichtungen abzubrechen. Im selben Monat ist es der Gruppe auch nicht gelungen, die etliche Millionen schwere Übernahme des Molkereigroßunternehmens Clover durch ein israelisches Konglomerat zu verhindern – und der Versuch, nach der Übernahme einen Boykott von Clover-Produkten in Gang zu bringen, wurde von den Südafrikanern rundum ignoriert.

Kein noch so bemühter Imagewechsel kann darüber hinwegtäuschen.

(Der Artikel ist unter dem Titel „‚Rebranding' BDS on the African continent“ zuerst beim Jewish News Service erschienen. Übersetzung für Mena-Watch von Florian Markl.)

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Erdogans nützliche Idioten in Deutschland springen über jedes Stöckchen

Vor allem die Deutschen tappten wie weiland 2015 in die konstruierte Mitleids-Falle, die ihnen dieses Mal der türkische Präsident an der griechischen Grenze gestellt hat.

Von Thomas Rietzschel

Junge Männer versuchen von türkischer Seite aus den Grenzzaun zu Griechenland einzureißen.

„Niemanden", schrieb die „Frankfurter Allgemeine" kürzlich, „Niemanden, der ein Herz hat, wird es unberührt lassen, dass europäische Grenzbeamte mit harter Hand gegen Migranten vorgehen, selbst wenn von denen nicht alle friedlich sind." Sollte die Aussage stimmen, dann muss ich mir eingestehen, ein herzloser Mensch zu sein, oder doch einer, in dessen Brust ein kaltes Herz schlägt, denn ganz ohne geht es eben auch nicht.

Nein, die Nachrichten, die uns seit Tagen aus Griechenland erreichen, rühren mich so wenig zu Tränen wie die Bilder von der Grenze zur Türkei. Und das ist gut so. Denn wer „nur mit dem Herzen gut" sieht wie der „kleine Prinz" in Antoine de Saint-Exupérys gleichnamigem Märchen, mag ein liebes Kind sein. Die Realität kann er nicht erfassen, schon gar nicht die politische. Gefühlsduselei und Kitsch triumphieren lassen über den kühlen Verstand. Die Freude am Mitleid trübt den Blick.

Statt der jungen Männer, die modisch frisiert und gekleidet, forsch über die Grenze drängen, werden nur noch gebrechlich Alte und weinende Kinder wahrgenommen. Weder den Reportern an vorderster Front noch den Politikern weitab will auffallen, dass die Männer, werden sie nach den Beweggründen ihres Vormarschs befragt, stets das Gleiche antworten. Alle wollen sie nach Europa, fast ausnahmslos nach Deutschland, damit es ihnen „besser geht". Dass sie kommen, um in Freiheit zu leben, habe ich bisher in keinem Interview gehört.

Was spricht gegen Saudi-Arabien?

Nun ist das Streben nach einem gehobenen Wohlstand ein Wunsch, den es allemal zu respektieren gilt, zumal von denen, die ihn selbst schon genießen. Dieser Antrieb hat die Menschen seit jeher motiviert, ihre Heimat zu verlassen. Nur sind sie stets als Auswanderer aufgebrochen, nicht als die „Flüchtlinge", als die wir sie heute empfangen sollen: als Bedrohte, mit deren massenhafter Aufnahme sich die Konsumgesellschaft ein gutes Gewissen machen möchte. Ganz abgesehen davon, dass sie ihren Lebensstandard auch mit der Umsiedlung innerhalb der arabischen Welt erhöhen könnten, zum Beispiel in Saudi-Arabien, einem der reichsten Länder überhaupt.

Nur müsste das eben auf legalen Wegen erfolgen, während es für die Einwanderung nach Europa genügt, emotionale Drohkulissen aufzubauen, indem etwa „unbegleitete Kinder und Jugendliche" als Vorhut auf die lebensgefährliche Reise geschickt werden. Sind sie erst einmal aufgenommen, folgt der Nachzug der Eltern und Großeltern im Verfahren der „humanitären Familienzusammenführung" schnell auf dem Fuß. Damit konnten die verfolgten Juden nie rechnen, schickten sie ihre Kinder allein ins Ausland, um deren Leben zu retten. Eher schon erinnert der kalkulierte Schwindel unserer Tage an den „Kinderkreuzzug", den die Christen 1212 organisierten, um das Heilige Land im Nahen Osten zu erobern.

Der Missbrauch der Kinder zu politischen Zwecken hat Methode. Vielen freilich mag er heute und hierzulande umso weniger auffallen, als auch Grüne und Linke, hatten sie bei ihren Aufmärschen mit Gegenwehr zu rechnen, Kinderwagen vor sich herschoben. Der Zweck heiligte die Mittel. Zielstrebig geschürte Emotionen brechen den Widerstand, damals wie heute an der griechisch-türkischen Grenze. Keine Sperranlage, die dem Ansturm der wachsenden und emotional befeuerten Masse auf Dauer standhalten würde.

Die Wiederholung ist schon da

Wer den Anfängen nicht wehrt, sollte sich deshalb über die Folgen nicht wundern. Ist die Büchse der Pandora erst einmal geöffnet, zieht ein Übel das nächste nach sich. Die seit Wochen herunter geleierte Behauptung, 2015 und 2020 seien nicht vergleichbar, eine arabische Invasion wie vor fünf Jahren soll und werde es nicht wieder geben, ist nichts als propagandistischer Mumpitz, ein abermaliger Versuch der Ablenkung von dem Unabwendbaren. Stecken wir doch bereits mittendrin in der Wiederholung, zwangsläufig.

Nachdem die Bundeskanzlerin zuerst auf Recht und Gesetz gepfiffen hatte, als sie am 4. September 2015 die bedingungslose Öffnung der Grenzen verfügte, ohne den Bundestag in die Entscheidung einzubeziehen, war sie im Jahr darauf gezwungen, Europa der Gnade des türkischen Präsidenten auszuliefern. Nach dem von ihr eingefädelten Flüchtlingsdeal soll die Türkei weitere Zuwanderer, insbesondere aus Syrien, der EU vom Hals halten. Der vereinbarte Wächterlohn beträgt sechs Milliarden. Ob das zu viel oder zu wenig ist, sei dahingestellt. Es spielt keine Rolle.

Schneller als es die politischen Schwachmaten der EU wahrhaben wollten, dürfte der Sultan am Bosporus verstanden haben, dass er fortan am längeren Hebel sitzt, dass man ihm in Brüssel wie in Berlin zu Willen sein muss. Über die Jahre sammelte er in den türkischen Auffanglagern ein Millionenheer, das er nun jederzeit in Marsch setzen kann. Was jetzt auf uns zu rollt, ist keine humanitäre Katastrophe, die nicht abzusehen gewesen wäre. Vielmehr handelt es sich um die weitere Eskalation eines fortdauernden Flüchtlingsdramas, ausgelöst durch die Hybris einer deutschen Bundeskanzlerin.

Der Irrglaube, alles irgendwie im Griff zu haben

Wenn sie heute sagt, der „Kontrollverlust" von 2015 dürfe sich nicht wiederholen, weiß man nicht, was schwerer wiegt, die Verdrängung der eigenen Schuld oder der Irrglaube, alles schon irgendwie im Griff zu haben. Da sie zugleich von einer „Sackgasse" spricht, in der sich die nachdrängenden Massen an der türkisch-griechischen Grenze befänden, ist abermals mit dem Schlimmsten zu rechnen, eben mit jener Wiederholung, die es nicht geben soll.

Allein mit einem Hubschrauberflug der EU-Chefin über das Krisengebiet wird sich das Problem nicht lösen lassen, auch nicht damit, dass Ursula von der Leyen die Griechen als „europäischen Schild" bei der Abwehr weiterer Zuwanderer feiert. Solches Geschwätz wirkt nicht weniger zynisch als das Versprechen, den Griechen bis zu 700 Millionen für die Erledigung der Drecksarbeit an der europäischen Außengrenze zu überweisen.

Wollten die Europäer ernsthaft etwas gegen die wahrhaft schrecklichen Zustände unternehmen, müssten sie endlich selbst in das Geschehen eingreifen und eigene Kräfte zur Sicherung ihres Territoriums entsenden, nicht bloß mit Frontex so tun, als ob sie etwas tun würden. Deutschlands Freiheit ist nicht bloß am Hindukusch oder in Mali, sondern auch am Rande des eigenen Kontinents zu verteidigen.

Gebratene Tauben fallen vom Himmel

Das allein wäre ein Beweis der Stärke, den die Verführten auf der Gegenseite verstehen könnten, der sie womöglich davon abhielte, Kopf und Kragen zu riskieren.

Die Scheckbuch-Diplomatie indessen bewirkt nur das Gegenteil von dem, was zu tun wäre. Erweckt sie doch den Eindruck, dass im gelobten Land des Wohlstands nach wie vor Geld in Hülle und Fülle da sein muss, gebratene Tauben vom Himmel fallen und jeder, der es bis dahin schafft, ein „Dach über den Kopf" bekommt, wie es ihnen Merkel 2015 versprach, ohne zu wissen, dass Araber unter „Dach" ein eigenes Haus verstehen.

Wie sollen sie ahnen, was sie tatsächlich erwartet: das Leben in einer innerlich verfeindeten Gesellschaft, in einem Land, das durch die staatlich beförderte Invasion aus der arabisch-moslemischen Welt gespalten wurde wie noch nie nach dem Zweiten Weltkrieg.

Nein und nochmals nein! Bevor ich mich mit den Bildern von Lesbos oder der türkisch-griechischen Grenze in die Mitleidsfalle locken lasse, bleib ich doch lieber bei meinem kalten Herzen und klarem Verstand.

Machmud Abbas' Lügenkarte

Die vielfach mit Fakten widerlegten und geschichtsverfälschenden Nahost-Karten vom angeblichen israelischen Landraub benutzt der „Palästinenser"-Führer und Terror-Entlohner Abbas auch noch im Jahr 2020 vor der UNO zur Irreführung der Weltöffentlichkeit.

Von Danny Danon

JOHANNES EISELE, AFP

Machmud Abbas hantiert gerne mit Landkarten vor der UNO.

Als der „Palästinenser"-Führer Machmud Abbas vor dem UN-Sicherheitsrat sprach, um den Nahost-Friedensplan von US-Präsident Donald Trump anzuprangern, brachte er eine besondere Requisite mit: eine Abbildung mit einer Reihe von Landkarten mit dem Titel „The Palestinians [sic] Historic Compromise", die zeigen soll, wie das „historische Palästina" im Laufe des 20. Jahrhunderts „verschwunden" ist.

Obwohl die Verwendung von Bildern bei den Vereinten Nationen weder neu noch einzigartig ist, wurde noch nie eine Grafik, welche die Geschichte so eklatant verzerrt, vor dem höchsten Gremium der internationalen Diplomatie gezeigt. Diese Episode sollte außerhalb von Turtle Bay die Alarmglocken läuten lassen, da sie einen wachsenden Trend zur Neuschreibung der historischen Aufzeichnungen des Nahen Ostens darstellt.

Die allgemein als „Karte der Lügen" bezeichnete Grafik von Abbas deutet in irreführender Weise an, wie das so genannte „historische Palästina" von 1917 durch eine Reihe von Kompromissen in den Jahren 1937, 1947 und 1967 an Größe verloren hat, bis es in „Trump's Plan" im Jahr 2020 kaum noch erkennbar ist. Wenn man die Karte für bare Münze nimmt, legt sie nahe, dass die plötzliche Gründung und das Wachstum eines Staates, Israel, auf Kosten eines anderen Staates, Palästina, ging.

Die Wahrheit ist jedoch etwas vollkommen anderes.

Die Vorstellung, dass 1917 ein souveräner Staat „Palästina" existierte – wie auf der Karte von Abbas dargestellt – ist eine fantasievolle Neuinterpretation der Geschichte. Die Römer benannten dieses Land am östlichen Ufer des Mittelmeers, welches die angestammte Heimat des jüdischen Volkes war und in dem zwei Tempel und zahlreiche Königreiche errichtet wurden, in „Palästina" um. Dies nachdem sie die jüdischen Königreiche Juda und Israel im Jahre 70 n. Chr. zerstört hatten, in dem Versuch, die jüdische Verbindung zu diesem Land aus den historischen Aufzeichnungen zu tilgen.

In den nächsten anderthalb Jahrtausenden verschob sich die Souveränität, da die Weltreiche um die Kontrolle über das Heilige Land wetteiferten. Bis zum 20. Jahrhundert war das Osmanische Reich 400 Jahre lang die souveräne Macht gewesen, gab aber die Kontrolle über „Palästina" ab, um die jüdische und arabische Bevölkerung nach dessen Auflösung 1917 an den Völkerbund zu überführen.

Bis heute hat es ein eigenständiges „Palästina" nie gegeben, im Widerspruch zur zweiten Täuschung auf der Karte von Abbas: dass die Palästinenser historische „Kompromisse" eingegangen seien. In den 1930er Jahren schlug Chaim Weizmann (später der erste Präsident Israels) vor, dass die jüdische Gemeinschaft einem Staat zustimmen würde, selbst wenn er „die Größe einer Tischdecke" hätte. Während die Juden in Palästina bereit waren, auch nur das kleinste Maß an Souveränität zu akzeptieren, waren die Araber in Palästina nicht bereit, etwas anderes als das Maximum zu akzeptieren. Für sie war die arabische Souveränität an die Absage der jüdischen Souveränität gebunden.

Kompromisse sind notwendig, wenn ein begrenzter Wert auf mehrere Parteien aufgeteilt wird. Aber die Nullsummenbilanz der Araber hat eine Kultur der Ablehnung hervorgebracht. Da die Juden immer wieder internationalen Teilungsangeboten zustimmten – dem Plan der Peel-Kommission von 1937, dem Teilungsplan der Vereinten Nationen von 1947 und dem Angebot von Gebieten zur Normalisierung im Jahr 1967 – war die Antwort der Araber und Palästinenser jedes Mal „Nein" zu einem Kompromiss. Indem er diese Karten mit „Kompromissen" seitens der „Palästinenser" vorlegt, versucht Abbas, die Geschichte neu zu schreiben.

> Während die Juden in Palästina bereit waren, auch nur das kleinste Maß an Souveränität zu akzeptieren, waren die Araber in Palästina nicht bereit, etwas anderes als das Maximum zu akzeptieren.

Wenn ein Bild mehr sagt als tausend Worte, hat Abbas der Wahrheit unermesslichen Schaden zugefügt, indem er der internationalen Gemeinschaft eine Grafik vorführte, die fälschlicherweise suggeriert, dass die „Palästinenser" ständig Kompromisse über ein historisches Heimatland eingegangen sind, in dem sie angeblich politische Souveränität genossen haben.

Dass Abbas seine Karte zur höchsten Ebene der internationalen Diplomatie gebracht hat, deutet darauf hin, dass er glaubt, die Welt sei bereit, diese revisionistische Geschichte des Nahen Ostens zu unterstützen. In dieser Hinsicht könnte er sich leider nicht irren.

Das Umschreiben der Geschichte war lange Zeit eine Taktik offener antiisraelischer und antisemitischer Organisationen. Auf dem Universitätsgelände verwenden anti-israelische Gruppen während der berüchtigten Israel-Apartheid-Woche regelmäßig eine Version dieser Karte. Die antisemitische BDS-Bewegung verwendet diese Grafik in ihren Kampagnenmaterialien. Al Jazeera, der Propagandaarm von Katar, der ein wachsendes Publikum unter den jüngeren Generationen in Amerika hat, zeigt ein interaktives Video zum Thema „Verschwindendes Palästina" als Teil seines „Palästina-Remix"-Kanals.

Am heimtückischsten ist jedoch die zunehmende Verwendung der Karte an den etablierten Schauplätzen. Im Oktober 2015 zeigte MSNBC diese Karten während einer Live-Sendung, in der die jüngste Welle „palästinensischer" Gewalt auf dem Tempelberg diskutiert wurde (für was man sich später entschuldigte). Im Jahr 2017 veröffentlichte die Columbia University die Karten auf Werbeanzeigen für einen Workshop zum Thema „Citizenship and Nationality in Israel/Palestine". Im September letzten Jahres wurden die Karten bei einer Abiturprüfung in Finnland vorgelegt.

Die Verwendung der „Karte der Lügen" in den Mainstream-Medien und insbesondere in akademischen Kreisen bewirkt eine Normalisierung ihres Inhalts und ihrer Botschaft.

Für Israel und das jüdische Volk stellt dies eine echte Gefahr dar. Die Bemühungen, den jüdischen Staat zu delegitimieren, werden immer lauter, und die Vereinten Nationen haben kürzlich eine „schwarze Liste" israelischer Unternehmen veröffentlicht, die in Judäa und Samaria tätig sind, was nur das jüngste Beispiel dafür ist, dass der Revisionismus der Geschichte greifbare Folgen hat.

Die eigene Interpretation und das Verständnis der Vergangenheit bilden die Annahmen über die Gegenwart und bestimmen die Vision für die Zukunft. Der Glaube an Abbas' „Karte der Lügen" wird mehr tun, als nur die Vergangenheit zu entehren; er wird der Sache des Friedens unwiderruflich schaden.

Danny Danon ist Israels Botschafter bei den Vereinten Nationen. Auf Englisch zuerst erschienen bei Jewish News Syndicate. Übersetzung Audiatur-Online.

Serbien, der pro-israelische Außenseiter Europas

Das von unserer Politik vielgeschmähte demokratische Nicht-EU-Land Serbien ist im Gegensatz zu den meisten Balkan-Staaten nicht nur ein großer Freund Israels, sondern wird auch eine diplomatische Vertretung in Jerusalem eröffnen.

BAZ RATNER / POOL, AFP

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić mit Benjamin Netanjahu

Von Benjamin Weinthal

Gegenüber der „Jerusalem Post“ teilte der serbische Präsident Aleksandar Vucic mit, dass er beabsichtige Waffen von Israel zu kaufen. Er machte diese Aussagen während eines Interviews auf der jährlichen AIPAC-Konferenz in Washington. Als starke Antwort auf Fragen zur BDS-Kampagne in Westeuropa sagte Vucic, der serbische Kauf von Waffen aus Israel werde „keine kleine Lieferung sein“.

Seine Äußerungen und Handlungen können als beißende Kritik an der BDS-Kampagne angesehen werden. Vucic betonte, Serbien sei „kein fruchtbarer Boden für antisemitische Botschaften“ und es gebe dort kein BDS. Dies steht im klaren Gegensatz zur florierenden Entwicklung der BDS-Bewegung in Westeuropa.

„Niemand hat je von dieser Boykottbewegung in Serbien gehört“, sagte er auf der Versammlung des American Israel Public Affairs Committee (AIPAC). Während seiner Rede kündigte er seine Pläne zur Eröffnung einer diplomatischen Mission und eines Wirtschaftsbüros in Jerusalem an.

„Wir werden sehr bald nicht nur ein Büro unserer Handelskammer eröffnen, sondern werden zusammen mit unserer Handelskammer, neben unserer Botschaft in Tel Aviv auch ein offizielles Staatsbüro in Jerusalem mit einer offiziellen serbischen Flagge eröffnen“, sagte der Präsident.

Vucic sagte der „Jerusalem Post“ weiter, sein Land werde immer sein „Bestes tun, um unsere Interessen mit Israel in Einklang zu bringen."

Vucic ist ein ehemaliger Ultranationalist, der abrupt die Seiten gewechselt hat, um ein führender Verfechter engerer Beziehungen zur Europäischen Union zu werden, aber immer noch auf die Unterstützung der Rechten in Serbien angewiesen ist. Er wurde massiv attackiert, weil er das Massaker von Racak im Jahr 1999 bestritten hatte, bei dem Kosovo-Albaner von serbischen Streitkräften getötet wurden, einen Vorfall, den er als „erfunden“ bezeichnet hat.

Die „Jerusalem Post“ fragte den Präsidenten auch nach dem Abstimmungsmuster seines Landes bei den Vereinten Nationen, wo Israel laut der Netanjahu-Regierung routinemäßig mit Voreingenommenheit ins Visier genommen wird. Vucic sagte im Zusammenhang mit Anti-Israel-Resolutionen: „Wir können uns immer enthalten.“

Vucic sagte, es sei Sache der „Palästinenser“ und Israelis, eine Einigung über ihren Territorialstreit zu erzielen. Er begrüßte die Initiative von US-Präsident Donald Trump in dieser Angelegenheit.

Sein eigener Großvater väterlicherseits wurde im Zweiten Weltkrieg von der von den Nazis unterstützten kroatischen faschistischen Ustascha ermordet. Die kroatischen Faschisten vertrieben seine Familie, die sich in der Nähe von Belgrad niederließ.

Vucic ist mit den Gefahren des tödlichen Antisemitismus und Faschismus bestens vertraut und setzte sich energisch für ein Denkmal für das Konzentrationslager Staro Sajmiste in Belgrad ein, in dem Serben, Juden und Roma während der Besetzung des Balkanlandes durch die Nazis ermordet wurden.

„Die Juden kämpften Seite an Seite mit dem serbischen Volk“ gegen die Faschisten und Nazis im Zweiten Weltkrieg, sagte Vucic.

Vucic führte im Januar einen Gedenktag für die jüdischen Opfer des Holocausts ein. Eine gelbe Flagge, die an die Abzeichen erinnert, die Juden während des Holocaust tragen mussten, wurde in Serbien gehisst, um den Internationalen Holocaust-Gedenktag als „Ehrenabzeichen“ zu markieren, sagte der Präsident des Landes.

Die Flagge mit einem Davidstern und dem Wort „Jude“ wehte neben der Nationalflagge des Landes über dem Nordeingang von Belgrads Novi Dvor, dem offiziellen Sitz des serbischen Präsidenten. Das Design erinnert an die gelben Sterne der Juden in ganz Europa zwischen 1939 und 1945.

Donna Rachel Edmunds und Reuters haben zu diesem Bericht beigetragen.

Zuerst erschienen in der „Jerusalem Post“. Übersetzung aus dem Englischen von Daniela Stemmer.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Der kaum beachtete inner-moslemische Rassismus

Der islamische Rassismus greift nicht nur Juden und andere vermeintlich „Nicht- Gläubige“ an, sondern richtet sich auch gegen moslemische Glaubensgenossen aus anderen Ländern: Hier beispielhaft beleuchtet an der gelebten Verachtung der moslemischen Iraner für die moslemischen Afghanen.

Von Anastasia Iosseliani

Afghanische Flüchtlinge in der iranischen Stadt Saveh 130 Kilometer südwestlich von Teheran

Die tragische Situation an der türkisch-griechischen Grenze dieser Tage offenbart ein Problem, über das selten geredet und meistens geschwiegen wird: den Rassismus innerhalb der Ummah, der Gemeinschaft der islamischen Staaten. Gäbe es diesen Rassismus innerhalb der Ummah nicht, so könnten afghanische Flüchtlinge von Recep Erdogan nicht als Bauernopfer missbraucht werden, um die zivilisierte Welt zu erpressen.

Diese afghanischen Flüchtlinge sind jetzt im türkisch-griechischen Grenzgebiet, weil in Afghanistan seit 40 Jahren ununterbrochen Krieg herrscht und die muslimischen Nachbarländer wie das Regime der Islamischen Republik Iran und die Türkei unter AKP-Herrschaft ihre Glaubensbrüder aus Afghanistan nicht wollen, und deswegen diese Menschen vor die Tore Europas drängen.

Im Fall des Iran ist diese Diskriminierung von Afghanen besonders bitter. Denn der Iran und Afghanistan haben viel gemeinsam, beides sind Staaten im Mittleren Osten mit einer persischsprachigen Mehrheitsbevölkerung und einer islamisch geprägten Kultur. Aber Afghanistan wird vom Tribalismus heimgesucht, während der Iran die Geisel des Islamismus und des persischen Chauvinismus ist. Dieser persische Chauvinismus ist auch die Wurzel des Rassismus gegenüber allen nicht-persischen Nachbarn in der Region. Für diese nicht-persischen und nicht-iranischen Menschen haben die Iraner ein Wort: Aniran. Ein «Aniran» ist ein Nicht-Arier/Nicht-Iraner, sprich jemand, der nicht-persischer, nicht-iranischer Herkunft ist, und der nach Ansicht vieler Iraner deshalb primitiv und verräterisch sei.

Afghanen und Perser sind Verwandte

Diese Mentalität führt dazu, dass selbst Afghanen, die kulturell und linguistisch den iranischen Persern sehr ähnlich sind, im Iran und von Persern, bis hin zur persischen Diaspora, aufs Übelste diskriminiert werden. Wie der afghanische Journalist Frud Bezhan schreibt, bleiben ihnen im Iran oftmals nur die Tätigkeit als Tagelöhner, und diese wird nicht immer entlohnt. Stattdessen werden afghanische Tagelöhner oft von ihren iranischen Vorgesetzten um ihren Verdienst gebracht und weggejagt wie räudige Hunde. Auch werden Afghanen in iranischen Fernsehsendungen oft stereotypisch als ungebildet und minderwertig dargestellt.

Natürlich beschränkt sich der aus dem persischen Chauvinismus angefeuerte Rassismus nicht nur auf Afghanen, wie ich aus eigener Erfahrung berichten kann. Ich wurde aufgrund meiner georgischen Herkunft von Iranern sogar hier in Zürich beschimpft, bedroht und geschlagen und beschuldigt, an der Verbreitung von Krankheiten wie AIDS, des Coronavirus und der Verschmutzung von «Bumeh Ariyani» (dt. arischem Boden/iranischem Boden) schuld zu sein.

Im Gegensatz zu den Afghanen, die sich im Iran befinden, habe ich allerdings einen klaren Vorteil: Ich kann notfalls in ein Land fliehen, das sich nicht in einem permanenten Konflikt befindet. Das können viele Afghanen nicht, und so sind sie auf Gedeih und Verderb dem Rassismus ihrer muslimischen Glaubensbrüder ausgeliefert.

Die Afghanen suchen Schutz im Iran, wo sie ganz offensichtlich nicht willkommen sind und migrieren dann in die Türkei, wo sie von Erdogan, der sich gerne als Führer der muslimischen Welt aufspielt, zur Erpressung der zivilisierten Welt benutzt werden. Diese Situation ist tragisch, und zeigt, dass ein «moslemisches Zusammengehörigkeitsgefühl» nur eine Legende ist.

Schwarzafrikaner im Islam

Stattdessen existiert eine Rang- und Hackordnung innerhalb der islamischen Welt, bei der nicht nur die Afghanen den Kürzeren gezogen haben: Schwarzafrikaner werden nicht selten «Abid» (dt. Diener/Sklave) genannt. Die entsprechende Mentalität hinter dem Wort führt dazu, dass bis heute schwarze Menschen innerhalb der islamischen Gemeinschaft, bestenfalls wie Menschen zweiter Klasse behandelt werden.

Aber zurück zu den Afghanen, die von ihren persischen Brüdern weggemobbt und von Erdogan missbraucht werden, während er der demokratischen Regierung Griechenlands Nazi-Methoden vorwirft, um die zivilisierte Welt wieder einmal zu erpressen und wie der österreichische Bundeskanzler richtig bemerkte, diese Afghanen als Waffe benutzt. Genauso erbärmlich wie das Verhalten Erdogans gegenüber den Afghanen ist das Schweigen innerhalb der islamischen Gemeinschaft gegenüber diesem Rassismus. Kein Land, das sich islamisch nennt, nimmt sich dieser Afghanen an.

Somit ist die jetzige Situation an der griechisch-türkischen Grenze die letzte Konsequenz eines moralischen Scheiterns der zutiefst rassistischen Ummah, in der Despoten und Chauvinisten ihre eigenen Glaubensbrüder verjagen.

Da sich aber kaum ein Mentalitätswandel erzwingen lässt, bleiben der zivilisierten Welt nur wenige Möglichkeiten, um sich nicht weiterhin von Despoten und Autokraten erpressen zu lassen. Zuallererst sollte dafür der sogenannte «kritische Dialog» und der «Wandel durch Annäherung» aufhören. Stattdessen wäre jetzt eine Außenpolitik gegenüber solchen Staaten angebracht, die eine Kombination aus Zuckerbrot und Peitsche praktiziert und die Zivilisation nicht auf dem Altar der Gleichgültigkeit opfert, sondern stattdessen Despoten in die Schranken weist, damit diese aufhören verzweifelte Menschen zu gefährden.

Despoten wie Erdogan verstehen nur eine Sprache – die der harten Hand. Stattdessen wird leider noch immer ein Laissez-faire und Laissez-aller gegenüber dem Teekessel-Diktator vom Bosporus und anderen Autokraten praktiziert, aller Vernunft und allen Fakten zum Trotz. Und damit wird Tür und Tor geöffnet für immer weitere Erpressungsversuche durch Staatenlenker, die für Menschenleben und Menschenrechte nur Verachtung übrighaben.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Könnte das jüdische Leben in Europa nach nunmehr fast 2000 Jahren zu Ende gehen?

Der verstorbene Historiker Robert Wistrich, der damalige Leiter des Vidal Sassoon International Center für Antisemitismusstudien an der Hebräischen Universität von Jerusalem, erklärte schon im Jahr 2013, dass dem Judentum im Klima der gegenwärtigen Islam-Anbiederung nur noch „10-20 Jahre“ nennenswerte Präsenz in Europa verbleiben würde.

Von Giulio Meotti (Redaktion Audiatur)

Moshe Kantor, der Gründer des Welt-Holocaust-Forums, sagte es erneut in Jerusalem: „Antisemitismus könnte ein rutschiger Abhang zu einer globalen Katastrophe sein. Es ist möglich, dass es in 30 Jahren keine Juden in Europa mehr geben wird.“ Trotz der berühmten und wunderbaren jüdischen Widerstandskraft, scheint es bereits an die Wände geschrieben zu sein: Das jüdische Leben in Europa könnte im Jahr 2050 bereits nur noch als eine Erinnerung existieren.

Deswegen habe ich gerade – auf Italienisch – ein Buch mit dem Titel „Europa ohne Juden. Antisemitismus und der Verrat des Westens.“ verfasst.

Im Jahr 1977 lebten in Frankreich etwa 700.000 Juden. Heute sind es bereits weniger als 500.000. Laut Berechnung werden in den nächsten 20 Jahren, 60.000 von ihnen das Land verlassen (60.000 haben dies bereits in den letzten 10 Jahren getan).

Toulouse hatte eine 20.000 Mitglieder starke Gemeinde. Heute sind es nur noch 10.000. Nizza hatte ebenfalls eine jüdische Gemeinde von 20.000 zu verzeichnen. Jetzt sind es nur noch ungefähr 5.000 Mitglieder. Mindestens 80 Prozent der Juden verließen das Département Seine-Saint-Denis, um anderswo in Frankreich ein sichereres Zuhause zu finden. Jüdische Symbole sind im ganzen Land verschwunden und jüdisches Leben kann heute nur noch hinter Stacheldrähten, Kameras, Sicherheitstüren und Polizeipatrouillen existieren.

In den letzten zwei Jahren erlebte Deutschland eine dramatische Welle antijüdischer Angriffe, und man muss schon masochistisch oder verrückt sein, um jüdisches Leben einfach so fortzusetzen, als wäre nichts geschehen.

Schwund auch in Italien

Die meisten jüdischen Gemeinden in Italien verschwinden, mit Ausnahme derjenigen in Rom und Mailand, wo die Zahl der Juden von 6.505 im Jahr 1996 auf 5.244 zurückging. Niederländische Juden, mit Ausnahme der Orthodoxen, sind nahezu alle assimiliert. Schweden ist ein Albtraum für Juden und die bloße Erwähnung von Malmö kann zu einem Schaudern führen. Das jüdische Leben in Dänemark und Norwegen ist schon jetzt nicht mehr lebensfähig. Belgische Juden werden ebenfalls bedrängt und viele Synagogen wurden verkauft und geschlossen. Britische Juden können nur überleben, wenn das orthodoxe Judentum die Führung übernimmt und den Prozess der Assimilierung stoppt.

Es gibt keinen einzigen jüdischen Verantwortlichen – vom Oberhaupt der jüdischen Gemeinde in Marseille bis hin zum Oberrabbiner von Brüssel –, der seinen Gemeinden nicht geraten hätte, in der Öffentlichkeit keine jüdischen Symbole mehr zu tragen.

Jüdische Studenten verstecken ihre Identität überall, von Amsterdam bis Oslo, von Berlin bis Paris.

Das jüdische Leben könnte in Zukunft weiter bestehen, aber nur im Verborgenen. Juden werden ein passives, stilles und demütiges Profil annehmen müssen, gerade so, als ob sie in der Öffentlichkeit nicht mehr existieren würden. So könnte zum ersten Mal seit 1.500 Jahren ein echtes jüdisches Leben in Europa beendet werden. Aber wahrscheinlich hat der Holocaust dies bereits erreicht. Was würde das französische Judentum heute ausmachen, wenn es keine Juden gäbe, die in den 1960er Jahren aus Algerien kamen? Was würde das deutsche Judentum heute ausmachen, wenn es nicht Juden gäbe, die nach den 1990er Jahren aus Russland kamen, oder ohne die israelischen Expats?

Kantor hat recht. In 30 Jahren könnte alles vorbei sein. Aber auch Europa könnte vorbei sein.

Giulio Meotti, Kulturredakteur bei Il Foglio, ist ein italienischer Journalist und Autor. Auf Englisch zuerst erschienen bei „Arutz Sheva“. Übersetzung Audiatur-Online.

WIKIMEDIA

Der jüdische Dichter Süßkind von Trimberg (rechts) trifft einen deutschen Bischof. (Darstellung aus dem 14. Jahrhundert)

TuS REISEBÜRO
IHR SPEZIALIST FÜR ISRAELREISEN

Ihr zuverlässiger Partner für organisierte Reisen
Flüge weltweit | Reiseberaatung und Planung | Visum in GUS-Länder | Reisen auf Kredit

www.TUS-REISEN.COM

Das Heilige Land
GRUPPENREISEN NACH ISRAEL
Ganzjährig möglich
AB 878€ pro Person HP/ DZ/ 1 Woche
HOTEL, TRANSFERS, AUSFLÜGE

Buchen Sie über unser Reisebüro
Flüge nach Israel mit:
EL AL, ISRAIR, EasyJet, UP **AB 99€**

HOTELS:
TEL AVIV
Armon Hayarkon 3* 461€ |7T| ÜF
JERUSALEM
Prima Park 3* 392€ |7T| ÜF
NETANYA
Galil 3* 337€ |7T| ÜF

NEU **EXCLUSIVE TOURS** TuS Reisebüro

- **Sri-Lanka** ab 724€ (10T, HP) (Hotels, Transfers, Ausflüge)
- VIETNAM ab **1920€** (15 Tage)
- MADEIRA ab **699€** (7 Tage)
- GEORGIEN ab **650€** (7 Tage)
- ASERBAIDSCHAN ab **850€** (7 Tage)
- ST. PETERSBURG ab **450€** (4/5 Tage)

KUR URLAUB (Sanatorium)
Baltyk 3* (Kolberg) ab 258 p.P | 15 Kur. | 6T | VP
Jaunkemeri (Lettland) ab 252 p.P | 20 Kur. | 6T | VP
Belvedere 4* (Karlsbad) ab 255 p.P | 15 Kur. | 6T | HP

Kur am Toten Meer:
Kibbutz Ein Gedi + SPA Paket
DZ | HP p.P. ab 850€ p.P.
Hotel Lot 3* | DZ | HP p.P. ab 650€

Pauschalreisen Weltweit
Spanien ab 370€
Italien ab 470€
Zypern ab 360€
Emirates ab 880€
Kuba ab 970€
Griechenland ab 480€
Türkei ab 385€
Kanaren ab 525€
Thailand ab 760€
Bali ab 990€

Адрес: Kantstr. 97, 10627 Berlin, Тел: 030/217 61 17, 375 911 31 E-Mail: info@tus-reisen.com Web: www.TUS-REISEN.com

In höchster Corona-Not findet die Politik Zeit für eine GEZ-Gebührenerhöhung

Ohne die geringste Notwendigkeit wird die allgemeine Ablenkung durch das neue Virus missbraucht, u.a. auch um die ohnehin umstrittenen Zwangsgebühren für die öffentlich-rechtlichen Gesinnungsmedien noch einmal um nahezu einen Euro zu erhöhen.

Von Alexander Wendt

INA FASSBENDER AFP

Der Rundfunkbeitrag soll ab 2021 um 86 Cent pro Monat auf 18,36 Euro steigen. Das haben die Ministerpräsidenten der Bundesländer beschlossen. Bisher sind pro Monat 17,50 Euro fällig. Die Ministerpräsidenten folgen damit der Empfehlung, die die „Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten“ (KEF) im Februar gegeben hat. In Kraft treten kann die Erhöhung allerdings erst, wenn die Länderparlamente zugestimmt haben.

Das größte Problem von ARD und ZDF ist allerdings nicht mangelndes Geld. Die folgende Dokumentation zeigt, wo das Problem des öffentlich-rechtlichen Gebührenfunks liegt. Ob es um das Abbügeln unangenehmer Nachrichten wie Migrantenkriminalität geht, um Narrative wie „Hetzjagden in Chemnitz“, um Ökoalarmismus oder generell um die korrekte Haltung: ARD und ZDF haben schwere Schlagseite. Die Senderverantwortlichen bestreiten das regelmäßig.

1./4. JANUAR 2016

Schweigen zu Massenübergriffen vor der Haustür

Über die mehr als 1.000 Übergriffe von Migranten auf Frauen in der Silvesternacht 2015/16 im Kölner Stadtzentrum berichten die öffentlich-rechtlichen Sender – wie alle überregionalen Medien – mehrere Tage lang gar nicht. Und das, obwohl die „Kölner Rundschau“ schon am 2. Januar detailliert Fakten nennt und 80 Prozent der Strafanzeigen schon am 1. Januar eingehen. Besonders für den WDR ist das Schweigen eine journalistische Bankrotterklärung. Denn die Übergriffe finden praktisch vor der Haustür des Sendegebäudes am Appellhofplatz statt.

Nach ihrem Schweigen versuchen ZDF und ARD, die Debatte von den Fakten wegzulenken. Am 7. Januar 2016 behauptet die Aktivistin Anne Wizorek im ZDF„Morgenmagazin“, auf dem Münchner Oktoberfest gebe es jedes Jahr die „offizielle Dunkelziffer“ von 200 Vergewaltigungen. Die Zahl ist frei erfunden. Am gleichen Tag darf Wizorek abends im „Heute Journal“ einen Kommentar sprechen und wieder davon ablenken, dass es sich bei den Tätern von Köln durchweg um Migranten aus arabischen Ländern handelte:

„Das Fatale an der Situation ist, dass wir nur auf sexualisierte Übergriffe von Männern mit Migrationshintergrund gucken. Wenn wir nur auf diese Gruppe schauen und sie als alleinige Täter identifizieren, ist das eine rassistische Annahme.“

Die ARDRedakteurin AnnaMareike Krause verbreitet ebenfalls das Narrativ vom angeblich viel schlimmeren Oktoberfest. Sie twittert:

„Wenn sexuelle Gewalt etwas mit herkunftsbedingten Männlichkeitsnormen zu tun hat, dann hätte ich ein paar Fragen zum Oktoberfest.“

MAI/JUNI 2017

Doku wird verhindert – zu Israelfreundlich

Der WDR gibt bekannt, dass er den als WDR/ArteKoproduktion beauftragten Film von Joachim Schroeder und Sophie Hafner „Auserwählt und ausgegrenzt – der Hass auf Juden in Europa“ nicht ausstrahlen will. Die Begründung, die mündlich gegeben wird, lautet: Die Dokumentation sei „nicht ergebnisoffen“ und zu Israelfreundlich, sie gehe zu stark auf den Antisemitismus arabischer Migranten in Europa ein. Am 13. Juni 2017 zeigt „Bild.de“ den Film gegen den Willen des WDR. Daraufhin strahlt die ARD den Film aus, organisiert aber gleich nach der Sendung einen „Faktencheck“, in dem der Sender versucht, den (vorher intern schon abgenommenen) Film als unseriös darzustellen.

17. JANUAR 2018

Sebastian Kurz – vorgeführt statt interviewt

Bei „Maischberger“ ist der österreichische Kanzler Sebastian Kurz zu Gast. Sandra Maischberger leitet die Sendung mit einem Kommentar ein, bevor ihr Gast überhaupt zu Wort gekommen ist: „Die zarteste Versuchung, seit es Populismus gibt – so spötteln die Kritiker über den neuen Kanzler Österreichs.“ Allerdings findet sich bei Google kein spöttelnder Kritiker als Urheber dieser Formulierung, die von der ARDTalkmeisterin wie ein geflügeltes Wort eingeführt wird, sondern nur Maischberger selbst. In der Sendung versucht Maischberger Kurz wie einen Schuljungen dastehen zu lassen: „Haben Sie Ihren Studentenausweis noch?“ An etlichen Stellen fällt sie ihrem Talkgast ins Wort, viele ihrer Fragen beschäftigen sich nicht mit ihm, sondern der FPÖ.

5. FEBRUAR 2018

ZDF macht sich über Sprachbehinderung lustig

Die „Heute-Show“ führt eine kurze Aufnahme vor, die den AfD-Bundestagsabgeordneten Dieter Amann bei einer Bundestagsanhörung zeigt. Amann referiert darüber, dass viele Asylbewerber in Deutschland nicht gut genug Deutsch sprechen, um auf dem Arbeitsmarkt Erfolg zu haben. Amann stottert bei seinem Vortrag, „Heute-Show“-Moderator Oliver Welke äfft das Stottern nach. Den Zuschauern wird suggeriert: Der AfD-Mann kann selbst nicht richtig Deutsch. Was sie nicht erfahren: Der Abgeordnete ist sprachbehindert; am Anfang seiner Wortmeldung hatte er ausdrücklich darauf hingewiesen (was für den Beitrag der „Heute-Show“ weggeschnitten wurde).

Welke entschuldigte sich später: Er habe nicht gewusst, dass Amann ein Sprachhandicap habe.

27. AUGUST 2018

„Tagesschau“ bedient Hetzjagd-Narrativ

Die „Tagesschau“ verbreitet das später millionenfach angeklickte „Hase“-Video aus Chemnitz, das von dem linksradikalen Account „Antifa Zeckenbiss“ mit der Behauptung „Menschenjagd in Chemnitz“ in Umlauf gebracht wurde. Der 19-Sekunden-Film zeigt, wie ein Mann für einige Sekunden zwei Jugendlichen mit Migrationshintergrund nachläuft, ohne sie zu erreichen. Zu einem Übergriff kommt es nicht. Trotzdem behauptet die „Tagesschau“-Sprecherin: „Und auf Videos im Netz ist zu sehen, wie Teilnehmer der Demonstration offenbar Migranten angreifen.“

Mit dem Plural „Videos“ behauptet sie außerdem, es gebe mehrere Quellen. Die Nachrichtensendung zeigt auch Regierungssprecher Steffen Seibert und Kanzlerin Angela Merkel, die beide erklären, in Chemnitz hätten „Hetzjagden“ stattgefunden. Nach Ermittlungen der Generalstaatsanwaltschaft Sachsen stellte sich der Hetzjagdvorwurf als falsch heraus. Recherchen von „Tichys Einblick“-Autor Hariolf Reitmaier ergaben außerdem, dass der Szene in dem Video nach Aussagen von Beteiligten eine Provokation der beiden Jugendlichen vorausgegangen sein soll.

Durch die Verbreitung des Antifa-Zeckenbiss-Videos trägt die „Tagesschau“ zusammen mit der Kanzlerin wesentlich dazu bei, den Fokus von der Tötung eines Chemnitzers durch zwei Migranten zu „Hetzjagden“ auf Migranten in Chemnitz zu verschieben.

1. SEPTEMBER 2018

Chemnitz – falsche Filmaufnahmen

In den „Tagesthemen“ berichtet die Redaktion über die Demonstration von AfD, Pegida und „Pro Chemnitz“ in Chemnitz, die an die Tötung des

Chemnitzers Daniel Hillig durch Migranten erinnern soll. Dazu zeigt die Nachrichtensendung allerdings Aufnahmen, die fast eine Woche vorher von einem Aufmarsch rechtsextremer Hooligans gedreht wurden. Darin sind Neonazis zu sehen, die rufen: „Wir sind die Fans, Adolf Hitlers Hooligans“. Mit einem entsprechenden Kommentar suggerieren die „Tagesthemen“, diese Szene zeige die AfD-Demonstration.

Nachdem die ARD von vielen Zuschauern darauf aufmerksam gemacht wurde, dass die Bilder nicht das Ereignis zeigen, über das die „Tagesthemen“ berichten, räumt Moderatorin Caren Miosga in der Ausgabe am nächsten Tag die Fehlleistung ein. Die ARD teilt mit, die falsche Bebilderung sei ein technisches Versehen gewesen.

7. SEPTEMBER 2018

Chemnitz – irreführender „Faktencheck“

In seinem „Faktencheck“ behauptet ARD-Mitarbeiter Patrick Gensing: „Der Chef des Verfassungsschutzes hat die Vermutung geäußert, ein Video aus Chemnitz sei eine gezielte Fälschung“ – um Maaßens angebliche Falschbehauptung dann zu „widerlegen“. In Wirklichkeit hatte der damalige Verfassungsschutzchef nicht von Fälschung gesprochen, sondern in einem Interview Zweifel daran geäußert, dass die erst von „Antifa Zeckenbiss“ verbreitete und dann von vielen Medien weitergereichte Aufnahme „authentisch“ eine Hetzjagd zeigt. Maaßens Zweifel stellt sich als berechtigt heraus.

14. SEPTEMBER 2018

NS-Rhetorik gegen Maaßen

Über Hans-Georg Maaßen verbreitet Die ZDF-„Heute-Show“ per Facebook und Twitter einen Vergleich des Verfassungsschutzchefs mit einem Maulwurf und bezeichnet ihn als „Schädling“, indem sie die Überschrift wählt: „Vor Schädlingen sollte man sich schützen. #Maaßen“.

Außerdem heißt es in dem Post über Maaßen: „Untergräbt alles“ und „gibt Insiderinfos an die AfD“. Bei der Behauptung, Maaßen hätte „Insiderinfos“ des Verfassungsschutzes an die AfD gegeben, handelt es sich um eine freie Erfindung der Redaktion.

Nach Protesten gegen die Benutzung des Begriffs „Schädling“, der an NS-Rhetorik erinnert, löscht die Redaktion der „Heute-Show“ den Post und entschuldigt sich.

FEBRUAR 2019

ARD-„Framing Manual“ für Psychokampfführung

Das von der MDR-Intendantin Karola Wille beauftragte „Framing Manual“ der ARD gelangt in die Öffentlichkeit – gegen den Willen des Senders. Das „Manual“ der Linguistin Elisabeth Wehling erweist sich als eine Art Anleitung zur psychologischen Kampfführung: „Wenn Sie Ihren Mitbürgern die Aufgaben und Ziele der ARD begreifbar machen und sie gegen die orchestrierten Angriffe von Gegnern verteidigen wollen, dann sollte Ihre Kommunikation nicht in Form reiner Faktenargumente daherkommen, sondern immer auf moralische Frames aufgebaut sein, die jenen Fakten, die Sie als wichtig erachten, Dringlichkeit verleihen und sie aus Ihrer Sicht – nicht jener der Gegner – interpretieren.“

Das Manual erklärt grundsätzlich jeden, der den öffentlich-rechtlichen Rundfunk kritisiert, zum „Gegner“. Die ARD sei ein „Gemeinwohlfunk“, wer ihn infrage stelle, verhalte sich „demokratiefern“.

Später kommt heraus, dass Wehlings „Berkeley International Framing Institute“ eigentlich nur aus Wehling selbst besteht. Die ARD hat für das „Manual“ mehr als 100.000 Euro gezahlt; nach der heftigen Kritik an dem Framing-Leitfaden stuft der ARD-Vorsitzende Ulrich Wilhelm die teure Ausarbeitung zur „Diskussionsgrundlage“ herab.

16. JULI 2019

Einseitige Israel-Doku – der ewige Aggressor

Der SWR strahlt den Dokumentarfilm „Lea Tsemel, Anwältin“ aus, in dem es um die Auseinandersetzungen zwischen arabischen Staaten und Israel geht. In dem Streifen wird Israel durchgängig als Aggressor dargestellt, gegen den es nur „Widerstand“ gibt: „Israels Besatzung palästinensischer Gebiete führt seit Generationen zu blutigen Auseinandersetzungen. Auf palästinensischen Widerstand folgt israelische Expansion, eine friedliche Lösung des Konflikts ist in weite Ferne gerückt.“

Dass die arabischen Nachbarn unmittelbar nach der Staatsgründung Israels 1948 einen Krieg gegen das Land mit dem Ziel seiner Auslöschung begannen – diese historische Tatsache bleibt unerwähnt. Stattdessen heißt es auf einer eingeblendeten Texttafel: „Seit 1967 dehnte Israel sein Gebiet um das Dreifache aus“. Unterschlagen wird die Tatsache, dass Israel die zeitweilig besetzte Sinai-Halbinsel wieder an Ägypten zurückgab, den Gazastreifen in die Unabhängigkeit entließ und einen Teil des Westjordanlands der „palästinensischen“ Selbstverwaltung unterstellte.

Auf Nachfrage teilte der SWR mit, die Aussage von der „Ausdehnung um das Dreifache“ könne zu „Missverständnissen“ führen; der Sender habe die Passage auf der Texttafel nachträglich geändert.

29. JULI 2019

Verdrehtes Johnson-Zitat beim ZDF

ZDF-Moderator Claus Kleber behauptete am 29. Juli im „Heute-Journal“, der britische Tory-Chef Boris Johnson habe sich selbst mit den Worten charakterisiert: „Man kann nicht ausschließen, dass in meinem Fall hinter der Fassade eines durchgeknallten Idioten tatsächlich ein durchgeknallter Idiot steckt.“ Was, so Kleber bedeutungsschwanger, müsse man von einem künftigen Premierminister halten, der sich selbst als durchgeknallten Idioten bezeichne?

Was die Zuschauer der Nachrichtensendung nicht erfuhren, jedenfalls nicht aus der Sendung selbst: Das Johnson-Zitat („You can't rule out the possibility that beneath the elaborately constructed veneer of a blithering idiot, there lurks an blithering idiot“) stammt aus dem Jahr 2010 – und bezog sich nicht auf ihn selbst.

14.OKTOBER 2019

Grünen-Politikerin wird zur neutralen „Kundin“

Die ZDF-Sendung „Heute – in Deutschland“ beschäftigt sich mit dem Boykott mehrerer Bioläden gegen einen Landwirt, der Biohirse herstellt und Mitglied der AfD ist. In dem Bericht zeigt der Sender einen Bioladen in Leipzig, die Kommentatorinnen-Stimme erklärt, „die Kunden“ stünden hinter der Boykottentscheidung des Ladenbetreibers. Als Beleg zeigt der Beitrag eine Kundin namens Monika Lazar, die sagt: „AfD- Hirse will ich nicht essen.“

Was die Zuschauer nicht erfahren: Bei Lazar handelt es um keine normale Kundin, sondern um eine grüne Bundestagsabgeordnete mit Schwerpunkt „antifaschistische Politik“. In derselben Sendung darf dann noch eine andere Politikerin – dieses Mal unter Angabe der Partei – den Boykott kommentieren und gutheißen: eine Abgeordnete der Linkspartei.

Als das ZDF darauf hingewiesen wird, dass es eine grüne Berufspolitikerin als Normalbürgerin verkauft, nimmt es den Beitrag vorübergehend aus dem Archiv und stellt ihn später wieder kommentarlos geändert ein: dieses Mal mit dem Hinweis auf Lazars politisches Mandat.

7. DEZEMBER 2019

Ausgetrocknete Viktoriafälle beim MDR

„Klimawandel: die Viktoriafälle sind trocken“ – mit diesem Sendetitel schockt der MDR seine Zuschauer. Als Beleg für die Austrocknung der Viktoriafälle dienen Bilder einer etwa 200 Meter langen Felskante in Sambia, die tatsächlich trockengefallen ist. Die Zuschauer erfahren allerdings nicht, dass dort erstens im Dezember Trockenzeit herrscht und der Sambesi-Fluss in dieser Zeit grundsätzlich Niedrigwasser führt und dass zweitens die gezeigte Felskante in dieser Zeit fast immer trockenfällt, wobei die Viktoriafälle – zu Zeiten hoher Wasserstände 1700 Meter breit – aber auch im Dezember nicht ausgetrocknet sind, sondern nur jahreszeitlich typisch schmaler laufen, wobei die Wasserhöhe von Jahr zu Jahr schwankt. Verschwiegen wird drittens, dass dieser Vorgang nichts mit Klimaveränderungen zu tun hat, sondern mit dem Wechsel von Regen- und Trockenzeit.

Der MDR löscht den Beitrag später aus seinem Archiv.

28. DEZEMBER 2019

Oma ist erst eine Umwelt- und dann eine Nazisau

Der WDR stellt ein Video mit seinem Kinderchor online: Darin singen die jungen Mädchen eine auf grün und klimapopulistisch gebürstete Variante des Kinderlieds „Meine Oma fährt im Hühnerstall Motorrad“. Jetzt brät sich die Oma billiges Fleisch vom Discounter und ist deswegen „eine alte Umweltsau“. Nach etlichen wütenden Zuschauermails und -anrufen erklärt die Redaktion das Lied für „Satire“ und stellt das Video offline. WDR-Intendant Tom Buhrow bittet um Entschuldigung. Das wiederum sehen viele Mitarbeiter des WDR als „Einknicken“.

Der WDR-Mitarbeiter Danny Hollek twittert, die Omas derjenigen, die sich über den Song aufregten, seien tatsächlich keine Umwelt-, sondern „Nazisau“. 40 Filmmacher, die auch für öffentlich-rechtliche Sender arbeiten, fordern, das Umweltsau-Video müsse wieder online gestellt werden. Ein WDR-interner Protestaufruf gegen den angeblich zu nachgiebigen Buhrow wird an andere Medien weitergereicht. Die wesentliche Aussage darin, Buhrow selbst hätte die Absetzung des Videos angeordnet, ist nachweislich falsch.

Am 4. Januar 2020 versucht sich der WDR in der Sendung „Aktuelle Stunde“– wie zuvor „Spiegel Online“ – mit dem Beitrag „Wie ein Shitstorm im Netz entsteht“ an dem Nachweis, der „Shitstorm“ (also die Empörung, der Protest, die Kritik) gegen das Oma-Umweltsau-Lied sei aus „rechten Filterblasen“ gekommen und „gesteuert“ gewesen. Die präsentierten Daten des WDR belegen das allerdings nicht – so wie schon vorher die „Spiegel“-Daten im Gegenteil zeigten, dass die Mehrheit der Tweets zu dem Umweltsau-Lied nicht von „rechten“ Accounts stammten.

Statt über die eigene Echokammer und die aufdringliche grüne Agenda zu diskutieren, versucht der ARD-Sender, Kritiker mit dem Label „rechts“ zu versehen.

29. FEBRUAR 2020

Strategie-Konferenz der „Linke“ in Kassel „der eine Prozent der Reichen erschießen“ von „Tagesschau“ und „heute“ komplett unkritisch und wohlwollend begleitet

Die „Strategiekonferenz“ der Linkspartei in Kassel gerät für die Linken zum Image-Desaster. Zu krass fielen die Redebeiträge dort aus, von der Fantasie, „det eine Prozent Reiche (zu) erschießen“ über das Gejuxe von Parteichef Bernd Riexinger, Gegner nicht zu erschießen, sondern der Zwangsarbeit zuzuführen, bis zur Stakkato-Rede eines Genossen, der seine Verachtung für den Parlamentarismus deutlich machte: „Staatsknete abgreifen, Informationen abgreifen und der Bewegung zuspielen“, das sei die Aufgabe der linken Parlamentarier – und ansonsten „den parlamentarischen Betrieb schwächen“.

Die linksextremistische Gesinnung, die in Kassel offensichtlich wurde, führte sogar zu einer Bundestagsdebatte.

Bei der Konferenz handelte es sich allerdings um kein Geheimtreffen. Journalisten der ARD und ZDF waren in Kassel dabei, filmten, führten Interviews, die „Tagesschau“ sendete einen langen, aber völlig unkritischen Bericht, ebenso ZDF „heute“.

2. März 2020

„Tagesthemen“ melden Tod eines Kindes vor der Küste von Lesbos, ohne die Umstände zu erläutern.

In den „Tagesthemen“ vom 2. März berichtete Moderatorin Pinar Atalay: „Als heute ein Schlauchboot vor Lesbos kenterte, kam ein Kleinkind ums Leben.“ Das Kind starb tatsächlich, aber das Boot war keineswegs einfach „gekentert“. Die Migranten in dem Boot hatten es, wie bereits Stunden vor der Sendung zahlreiche Medien berichteten, selbst versenkt. Nur über die Methode gab es unterschiedliche Auskünfte. Laut „Zeit“, „SZ“ und ZDF „durchlöcherten“ die Migranten das Schlauchboot beim Anblick eines Patrouillenbootes der griechischen Küstenwache. Andere („Spiegel“, „Bild“, „SVZ“) meldeten, sie hätten das Boot „selbst umgedreht“ oder „absichtlich kentern lassen“ – eine „übliche Praxis“, um die Aufnahme durch griechische Grenzer zu erpressen. Nach internationalem Seerecht müssen Schiffe Menschen in Seenot an Bord nehmen, auch wenn die sich selbst in Seenot gebracht haben.

7. MÄRZ 2020

„Wort zum Sonntag“ ruft zum Sturm auf die Parlamente auf

Vermeintlich oder tatsächlich im Namen der Evangelischen Kirche hat der NDR am 7. März 2020 um 23.35 Uhr für vier Minuten ein „Wort zum Sonntag“ zur Flüchtlingssituation an den Grenzen zwischen der Türkei und Griechenland vom Stapel gelassen. Dieses „Wort zum Sonntag“ gipfelte in zwei Aussagen „Wir müssen die Parlamente stürmen. In denen Neofaschisten sitzen und uns in Schreckstarre verfallen lassen genauso wie das Corona-Virus … Mit Verlaub: Ich könnte kotzen!“

Milli Görüs, Ditib und Graue Wölfe – Die unheilvolle Nähe deutscher NRW-Politiker zu Islamisten und türkischen Nazis

Die Islam-Anbiederung der nordrhein-westfälischen Politik sorgt für das Erblühen des türkischen Faschismus im größten deutschen Bundesland. Politiker von CDU, SPD und Grünen bieten durch ihre Besuche in den Moscheen der „Grauen Wölfe" sogar diesen antisemitischen Rechtsextremisten moralischen Rückhalt.

Von Stefan Frank

MAJAHITU / AFP

Die ehemalige SPD-Ministerpräsidentin von NRW, Hannelore Kraft (Zweite von rechts) bei einem Treffen mit DITIB-Funktionären.

Wie sehr bedroht der Islamismus Juden in Nordrhein-Westfalen? Das wollte eine nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete von der Landesregierung wissen und stellte am 4. Februar 2020 eine parlamentarische Anfrage mit dem Titel: „Antisemitismus im Islamismus – Steht die Landesregierung zum staatspolitischen Konsens?"

Die AfD-Abgeordnete Gabriele Walger-Demolsky fragte nach der Zahl der antisemitischen „Ereignisse" und den Maßnahmen, die die Regierung dagegen ergreift. Am 11. März erhielten sie und die Öffentlichkeit die Antwort der Landesregierung. Einleitend weist diese auf eine Studie des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) hin (sie wurde im April 2019 von Audiatur-online besprochen). Darin, so die Landesregierung, empfehle das BfV „eindringlich, Menschen, die beruflichen Kontakt zu muslimischen Personen mit Migrationshintergrund und/oder Flüchtlingen haben, auf das potentielle Vorhandensein eines antisemitischen Gedankenguts vorzubereiten. Hervorgehoben werden muss dabei, dass es sich ausdrücklich nicht um den Islam als (grundgesetzlich geschützte) Religion handelt, sondern um den ‚Islamismus' als Form des politischen Extremismus."

Genau diese Annahme ist die vielleicht größte Schwäche jener Studie: dass Antisemitismus unter Muslimen stets eine Folge von „Islamismus" sei. Es erschließt sich nicht, warum ein Moslem, der es mit dem Beten nicht so genau nimmt und vielleicht sogar hin und wieder Alkohol trinkt oder einen Joint raucht – der also alles andere als ein Islamist ist –, allein wegen dieser lockeren Lebensweise kein antisemitisches Gedankengut haben sollte. Denn um Verschwörungstheorien oder judenfeindliche Bilder zu übernehmen, braucht man keine salafistische Koranschule besucht oder bestimmte Bücher gelesen haben. Es reicht aus, einschlägige Denkmuster und Gerüchte aufgenommen zu haben, vielleicht seit frühester Jugend in der Familie oder von Freunden.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung sieht das offenbar anders. Sie hält vor allem jenes „antisemitische Gedankengut", das „von islamistischen Gruppierungen und Einzelpersonen" verbreitet wird, für ein Problem. Als „islamistische Organisationen und Strömungen", die, „bezogen auf den Antisemitismus, besonders kritisch bewertet" werden, nennt sie in ihrer Antwort: „Muslimbruderschaft, HAMAS, Hizb Allah, Hizb ut-Tahir, Milli Görüs, IS, Salafismus". Nicht genannt wird der wohl einflussreichste Islamverband in Deutschland: die von der türkischen Regierung gesteuerte Ditib. Und das, obwohl der Verband immer wieder wegen antisemitischer Hetze in der Kritik steht.

Antisemitische Straftaten

Die Parlamentsabgeordnete erkundigt sich in ihrer ersten Frage nach „antisemitische[n] Ereignisse[n] mit islamistischem Hintergrund". Doch schon hier muss die Landesregierung passen: Lediglich über antisemitische Straftaten werde eine Statistik geführt, nicht hingegen über „Sachverhalte, die unterhalb der Schwelle zur Strafbarkeit liegen". Das hat Folgen. Antisemitismus ist eben keine Straftat, und solange keine Hakenkreuze gezeigt werden oder zu Straftaten aufgerufen wird, kann jeder über das Internet oder in der Moschee seine antisemitischen Verschwörungstheorien verbreiten, ohne dass der Staat davon überhaupt Notiz nimmt. Was nun die Straftaten betrifft, weiß die NRW-Landesregierung, dass im Zeitraum von Anfang 2017 bis Ende 2019 in Nordrhein-Westfalen elf antisemitische Straftaten mit vermutetem bzw. erwiesenem islamistischen Hintergrund registriert wurden, die sich wie folgt aufschlüsseln: 2017 habe es fünf Fälle von Bedrohung gegeben, eine Sachbeschädigung, zwei Fälle von Volksverhetzung und einen Fall von Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten. 2018 verzeichnete die Polizei in Nordrhein-Westfalen drei Fälle von Volksverhetzung, 2019 drei Fälle von Beleidigung.

> „Es erschließt sich nicht, warum ein Moslem, der es mit dem Beten nicht so genau nimmt und vielleicht sogar hin und wieder Alkohol trinkt oder einen Joint raucht – der also alles andere als ein Islamist ist –, allein wegen dieser lockeren Lebensweise kein antisemitisches Gedankengut haben sollte."

Was tut die Landesregierung?

Nach gegenwärtigen oder geplanten Maßnahmen gegen islamistischen Antisemitismus gefragt, antwortet die Landesregierung mit einem Hinweis auf öffentliche Veranstaltungen und Vorträge. So habe das nordrhein-westfälische Innenministerium etwa zusammen mit der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf und dem Bürgerbündnis „Düsseldorfer Appell" gemeinsam die Fachtagung „Antisemitismus –alter Hass in neuen Formen?" veranstaltet:

„Etwa 170 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Politik und Verbänden, Sicherheitsbehörden und Bildungspraxis nahmen daran teil. Im Rahmen von Vorträgen und Workshops wurden Erscheinungsformen des Antisemitismus im Rechtsextremismus, im Islamismus und in bestimmten Teilen des Linksextremismus aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet."

Kontaktbeamter für muslimische Institutionen

Zudem informiere der Verfassungsschutz „in eigenen Veranstaltungen oder in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen oder staatlichen Partnern" regelmäßig Politik und Öffentlichkeit. „Da Erscheinungsformen des Antisemitismus feste Bestandteile der islamistischen Ideologie sind, werden antisemitische Diskurse und Narrative in Vortragsveranstaltungen des Verfassungsschutzes aufgegriffen und dazu sensibilisiert." Weitere Programme: Das Präventionsprogramm „Wegweiser – gemeinsam gegen gewaltbereiten Salafismus" biete „neben einer Beratungs- und Unterstützungsstruktur" auch „flächendeckende Sensibilisierung". Diese „beinhaltet auch das Thema Antisemitismus". Für die nordrhein-westfälische Polizei stünden aufklärerische Medien bereit (z. B. „Mitreden!" oder „Radikalisierung erkennen und Anwerbung verhindern."). Die Kreispolizeibehörden wirkten auch in Netzwerken wie dem „Netzwerk gegen Antisemitismus" mit. „In diese Netzwerkarbeit ist regelmäßig auch der Kontaktbeamte für muslimische Institutionen (KMI) eingebunden, um zu gewährleisten, dass Antisemitismus als international verachtenswert kommuniziert wird."

Zudem habe die Landesregierung „bereits 2018 die Funktion der Antisemitismusbeauftragten geschaffen. Sie ist mit der Überprüfung, Vernetzung und wo erforderlich auch der Stärkung aller Maßnahmen des Landes gegen Antisemitismus jeglichen Ursprungs befasst". Antidiskriminierungsarbeit sei einer der „zentralen Bausteine des Förderprogramms der Integrationsagenturen in Trägerschaft der Freien Wohlfahrtspflege", und Nordrhein-Westfalens Schulen sollen „durch ein Klima der Wertschätzung und gegenseitiger Akzeptanz geprägt sein, das dazu beiträgt, extremistischen Positionen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in jeder Form entgegenzuwirken":

„Nordrhein-Westfalen tritt Antisemitismus an Schulen mit einer klaren Haltung deutlich entgegen und fördert strukturell und konzeptionell schulische Prävention und Intervention. Dies gilt für alle Formen antisemitischer Haltungen, da antisemitische Stereotype, Erzählungen und Verschwörungsmythen in allen gesellschaftlichen Gruppen, Milieus und Schichten vorkommen können. Ihnen sachkompetent zu begegnen, ist eine wichtige Aufgabe, die sich für Lehrkräfte, aber auch für alle Mitglieder der Zivilgesellschaft, ergibt. Schule kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie zentrale Kompetenzen vermittelt, um menschenfeindlichen Haltungen entschlossen entgegenzutreten."

Schließlich ist da noch die Landeszentrale für politische Bildung. Sie „initiiert Bildungsprozesse, um im Vorfeld und in Frühphasen der Entwicklung antidemokratischer Haltungen jungen Menschen aller Nationalitäten und Religionen menschenrechtsorientierte Werte und Normen zu vermitteln und damit respektvolles Handeln als unabdingbare Haltung in unserer demokratischen Gesellschaft zu stärken. Mit ihren Sensibilisierungs-Maßnahmen gegen Antisemitismus wird die Landeszentrale allen Facetten der Gesellschaft gerecht. Das bedeutet, dass alle

Artikulationsformen des aktuellen Antisemitismus thematisiert werden, auch islamistischer Antisemitismus."

Audiatur-Online bat den Historiker, Soziologen und Antisemitismusforscher Günther Jikeli von der Indiana University Bloomington um seine Einschätzung der Stellungnahme der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Er sagt:

„Die Bemühungen der NRW Landesregierung, Antisemitismus und Islamismus auch explizit als Problem unter Muslimen zu benennen, sind begrüßenswert und ein Schritt in die richtige Richtung, wie auch erste Maßnahmen in der Bildung, die noch weiter auszubauen sind, denn das Problem wird zunehmen."

Neuer Antisemitismus durch 2015

Lobend erwähnt Jikeli zudem, dass radikale islamistische Gruppierungen „explizit genannt" würden. „Darüber hinaus lässt sich aber feststellen, dass sich auch in der größten, und traditionell säkularen islamischen Organisation in Deutschland, DITIB, antisemitische und zunehmend auch islamistische Tendenzen breitmachen, denn DITIB steht in direkter Verbindung zum türkischen Staat, der seit Erdogans Machtübernahme Islamisten in Schlüsselpositionen setzt." In alevitischen, traditionell sehr säkularen und liberalen islamischen Organisationen hingegen seien keine islamistischen Tendenzen zu beobachten. Auch die Auseinandersetzung mit Antisemitismus in den eigenen Reihen werde in alevitischen Organisationen offen geführt, so Jikeli. Er weist darauf hin, dass gerade die jüngste Migrationswelle aus dem arabischen Raum eine Form des Antisemitismus nach Deutschland gebracht habe, die man nicht einfach dem „Islamismus" zurechnen könne:

„Unter den heute etwa fünf Millionen Muslimen in Deutschland befinden sich etwa 800.000 Syrer und Iraker. Der in diesen Ländern nach wie vor einflussreiche arabische Nationalismus, der seit seiner Entstehung eng mit antisemitischen Weltbildern verbunden ist, führt dazu, dass auch viele der säkularen Syrer und Iraker antisemitisches Gedankengut haben, was sich häufig in Verschwörungstheorien zeigt."

Allerdings gelte es auch hier zu differenzieren:

„Etwa 30 Prozent der Syrer in Deutschland sind Kurden und teilen nicht die Ideologie des Panarabismus, u.a. da sie vom arabischen Nationalismus direkt betroffen waren und diskriminiert wurden. Unsere Befragungen mit über 150 Geflüchteten aus Syrien und dem Irak haben jedoch gezeigt, dass es durchaus Personen gibt, die jetzt den vom syrischen Regime propagierten Juden- und Israelhass hinterfragen."

Bringen die Maßnahmen der Regierung etwas?

Es wäre nun an der nordrhein-westfälischen Landesregierung – aber auch an den politischen Instanzen anderswo –, in Erfahrung zu bringen, ob das, was die Landesregierung an Wissen vermitteln lässt, eine praktische Anwendung an der Basis findet. Führen all die genannten Publikationen, Workshops, Vorträge und Antidiskriminierungsprogramme zu Resultaten?

Das Verhalten der nordrhein-westfälischen Landesregierung in den letzten Jahren lässt daran zweifeln, dass sie sich ernsthaft mit dem islamischen Antisemitismus auseinandersetzt. Zum Projekt „Muslimisches Engagement in NRW" lud das Landesintegrationsministerium letztes Jahr auch Organisationen der Muslimbruderschaft ein – also eben jener Organisation, die die Landesregierung selbst als „islamistisch" einstuft und, wie sie sagt, „bezogen auf den Antisemitismus besonders kritisch bewertet". Wie das zusammenpasst, sollte die Regierung erklären. Auch andere politische Verantwortungsträger in Nordrhein-Westfalen zeigen sich zuweilen an der Seite von Extremisten. Anlässlich des „Tags der offenen Moschee" am 3. Oktober 2019 besuchten Remscheids Oberbürgermeister Burkhard Mast-Weisz (SPD) und der Landtagsabgeordnete Sven Wolf (SPD) zusammen mit Politikern von CDU, Grünen und der Linken eine Moschee der rechtextremen türkischen Organisation „Graue Wölfe". In Nordrhein-Westfalen, so scheint es, tut Aufklärung über Antisemitismus nicht nur unter Zuwanderern Not, sondern auch in Ministerien, Rathäusern und dem Landtag.

Armin Laschets vermeintliches Engagement für das jüdische Leben

Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen will sich als judenfreundlich profilieren – kuschelt aber mit organisierten Israel-Feinden.

Von Henryk Broder

Der Merkelianer Armin Laschet will CDU-Bundesvorsitzender werden.

Erst vor kurzem hat das Land NRW eine eigene Vertretung in Tel Aviv eröffnet. Das musste sein, obwohl in Israel neben der deutschen Botschaft und dem Goethe-Institut alle Stiftungen deutscher Parteien, von Konrad Adenauer bis Rosa Luxemburg, aktiv sind, um die Zivilgesellschaft in Israel und die Zwei-Staaten-Lösung voranzubringen. Hinzu kommen private deutsche Stiftungen, die diverse Projekte aus Forschung und Wissenschaft fördern.

Dann gibt es noch das deutsch-israelische Zukunftsforum, das deutsch-israelische Jugendwerk, die deutsch-israelische Industrie- und Handelskammer und eine Reihe weiterer deutsch-israelischer Institutionen, die damit beschäftigt sind, Brücken zwischen Deutschland und Israel zu bauen. Die beiden Länder sind bestens verdrahtet und vernetzt, besser als Bayern und Baden-Württemberg. Im Prinzip ist Israel längst ein deutsches Bundesland mit einem Sonderstatus, der ihm eine weitgehende Autonomie garantiert. Bis jetzt hat die Bundeskanzlerin Israel jedenfalls nicht aufgefordert, ein Wahlergebnis rückgängig zu machen.

So eine symbiotische Beziehung muss natürlich gepflegt werden. Deswegen wurden der Kanzlerin so gut wie alle Auszeichnungen verliehen, die von jüdischen Organisationen an Persönlichkeiten vergeben werden, die sich um „das jüdische Leben" verdient gemacht haben, wie auch immer. Zuletzt war es der Theodor-Herzl-Preis des Jüdischen Weltkongresses, der ihr feierlich umgehängt wurde.

Neue Preisträger braucht das Land

Es gibt nur ein Problem. Nach zahllosen Preisen und 17 Ehrendoktorhüten, davon drei aus Israel, wird die One-Woman-Show allmählich peinlich. Den Laudatoren gehen die Worte aus. Deswegen müssen neue Preisträger her. Zum Beispiel Armin Laschet, der MP von NRW und Anwärter auf den Job des Kanzlers.

Für sein Engagement für das Judentum bekam er jetzt den Israel-Jacobson-Preis der Union progressiver Juden in Deutschland. Sozusagen im Vorgriff auf die Kanzlerschaft.

Laschet bedankte sich mit einer Rede, in der er das sagte, was bei solchen Anlässen gesagt wird. Das Judentum ist Teil Deutschlands, ist Teil der deutschen Kultur, hat die deutsche Kultur mitgeprägt, die Literatur und die Musik und vieles andere mehr.

Vielen Dank, liebe Juden, danke Heinrich Heine, danke Alfred Ballin, danke Hans Rosenthal, dass ihr unsere Kultur mitgeprägt habt!

Laschet nutzte die Gelegenheit, um zweierlei festzuhalten. Erstens: „Mancher ist bei uns leicht bei der Hand, insbesondere auf der politischen Rechten, der sagt, der Antisemitismus ist eingewandert. Er war aber immer da." Zweitens: „Linke vertreten vielleicht manche These, die ich nicht teile, aber sie ziehen nicht mordend durchs Land."

Laschet, Jahrgang 1961, ist eigentlich alt genug, um sich an die RAF zu erinnern, die in den 70er und 80er Jahren mordend durchs Land zog. Die Liste der RAF-Opfer ist lang, einige der Morde sind bis heute nicht aufgeklärt. Macht nichts, ein Politiker muss nicht alles wissen. Er muss auch nicht das Buch „Die Bombe im jüdischen Gemeindehaus" von Wolfgang Kraushaar über linken Terror und linken Antisemitismus gelesen haben. Und bei „Entebbe" nicht daran denken, dass es linke deutsche Revolutionäre waren, die ihren arabischen Freunden halfen, Juden zu selektieren. Von Ulrike Meinhof nicht zu reden, die das Olympia-Massaker von 1972 mit den Worten kommentierte, die israelische Regierung habe ihre Sportler „verheizt, wie die Nazis die Juden".

Das alles ist an Laschet vorbeigerauscht, wie ein Schnellzug, unterwegs von Hamm nach Herne. Es reicht, dass er ein Pils von einem Alt unterscheiden kann. Mehr muss der MP von NRW nicht können, nicht einmal, wenn er Kanzler werden möchte.

Von Henryk M. Broder erschien am 8. November 2019 das Buch „Wer, wenn nicht ich – Henryk M. Broder". Der Autor befasst sich darin mit „Deutschen, Deppen, Dichtern und Denkern auf dem Egotrip". Das Buch kann im Achgut.com-Shop bestellt werden. Die dritte Auflage ist ab sofort lieferbar.

Kollateralschäden der „bunten Vielfalt“ oder die schnelle Gewöhnung der Deutschen an die vorwiegend islamische Gewalt

Vor wenigen Jahren noch waren Axt-Angriffe und Autoramm-Attacken in Deutschland nahezu unbekannt und undenkbar – heute erregen sie kaum noch die Gemüter zwischen Flensburg und Garmisch-Partenkirchen.

Von Thilo Schneider

„Wir stehen vor einem fundamentalen Wandel. Unsere Gesellschaft wird weiter vielfältiger werden, das wird auch anstrengend, mitunter schmerzhaft sein. Das Zusammenleben muss täglich neu ausgehandelt werden. Eine Einwanderungsgesellschaft zu sein heißt, dass sich nicht nur die Menschen, die zu uns kommen, integrieren müssen“.

(Aydan Özoguz, stellvertretende SPD-Vorsitzende und Flüchtlingsbeauftragte 2015)

Handout AMAQ NEWS AGENCY, AFP

Der Asylbewerber Mohammad Daleel (links) verübte am 24. Juli 2016 einen Sprengstoffanschlag im bayerischen Ansbach, bei dem 15 Menschen verletzt wurden. Der über Lampedusa eingereiste Asylbewerber Anis Amri (rechts) ermordete am 19. Dezember 2016 auf dem Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz 12 Menschen. Beide Taten wurden im Namen des Islamischen Staates verübt.

Können Sie sich noch an den 14. Juli 2016 erinnern? An diesem Tag fuhr Mohamed Lahouaiej Bouhlel mit einem LKW die „Promenade des Anglais“ in Nizza im Auftrag seines Gottes entlang und pflügte durch knapp 500 Menschen, die nicht mehr wollten, als ihren Feierabend genießen. Am 19. Dezember 2016 wiederholte sich mit Anis Amri das Geschehen auf dem Weihnachtsmarkt des Breitscheidplatzes in Berlin. Beide Vorfälle dürften Ihnen noch im Kopf sein. Am 22. März 2017 fuhr ein gewisser Khalid Massood mit einem gemieteten Hyundai Tucson in eine Menschenmenge auf der Westminster Bridge in London, mit nur zwei Toten war man in England glimpflich bedient, der Vorfall geriet schnell in Vergessenheit. In Stockholm gab es einen gleichartigen Anschlag mit „nur“ fünf Toten und „nur“ vierzehn Verletzten am 7. April 2017. Diesmal war der Täter ein Usbeke, auch hier reklamierte der IS die Tat für sich. Ohne die Recherche zu diesem Artikel wäre ich nicht mehr auf diesen „Vorfall“ gekommen. Einen im wahrsten Sinne des Wortes „Trittbrettfahrer“ gab es dann am 19. Juni 2017, diesmal fuhr ein Engländer mit seinem Lieferwagen gezielt in eine Gruppe von Muslimen. Auch dieses Ereignis ging etwas unter, es gab „nur“ einen Toten. Mit etwas Glück und gutem Gedächtnis ist Ihnen aber noch der 17. August 2017 im Kopf, da fuhr ein Marokkaner einen LKW in eine Menschenmenge in Barcelona. Da es hier immerhin 14 Tote und über 100 Verletzte gab, dürfte es hier bei einigen Lesern „klingeln“. Auch hier hatte der IS seine Finger im Spiel.

Nizza, Berlin, London, Limburg, Stockholm, Barcelona

Im Jahr 2018 war es dann in Europa bezüglich Attentaten mit Fahrzeugen recht ruhig. Am 8. Oktober des letzten Jahres kam es schließlich in Limburg zu einem „Vorfall“ mit einem Syrer, der einen LKW kaperte und mehrere Fahrzeuge rammte, bevor er von zufällig anwesenden Jungpolizisten aus dem Fahrerhaus gezerrt wurde. Dieses Attentat ging schnell unter, es wurde kaum berichtet und wenn, dann immer mit dem Hinweis, dass es sich bei dem Täter eigentlich um einen „Mann“ handelt, bei dem „der Bundesstaatsanwalt in jede Richtung ermittelt“. Ein Ereignis, kaum noch der Rede wert, es gab ja auch keine Toten, sondern lediglich ein paar Verletzte. Das Fahrzeug als Waffe ist in unserer gesellschaftlichen Realität als übliches Lebensrisiko angekommen. Dafür hat jedes Kindergartenfest die Betonpoller, die es an der Grenze zu den deutschen Nachbarländern nicht geben darf. Mit anderen Worten: Wir haben uns an entsprechende Meldungen gewöhnt. Im Zweifelsfall ist der Täter immer ein „psychisch gestörter Mann“ und davon laufen augenscheinlich jede Menge herum.

„Alle müssen sich darauf einlassen und Veränderungen annehmen“, sagt Frau Özoguz, auch, wenn diese „Veränderungen mitunter schmerzhaft sind.“ Vor allem für die Leute, die einen Abendspaziergang machen oder einen Glühwein trinken möchten.

Am 18. Juli 2016 fuhren Touristen aus Honkong mit dem Zug von Rothenburg ob der Tauber nach Würzburg. Im Zug begegneten sie einem minderjährigen und unbegleiteten Flüchtling, der sie völlig unvermittelt mit einem Beil angriff. Der Vorgang ging damals durch die Presse, weil er neu und spektakulär war. Der Täter wurde auf der Flucht von einem SEK-Kommando erschossen, seine Identität wurde nie öffentlich. Die Sozialprognose war gut, er hatte eine Lehrstelle in einer Bäckerei in Aussicht.

Der kurz darauf stattgefundene Sprengstoffanschlag von Ansbach durch Mohammed Daleel am 24. Juli 2016 mit einem Toten und fünfzehn Verletzten war kaum noch eine Meldung wert und ist daher auch nicht merk-würdig.

Axtmorde, deren Täter stets „ein Mann“ ist, der gelegentlich „einen deutschen Pass hat“ oder „deutscher Staatsangehöriger“ ist, gab es seitdem zu Hauf, in ganz vielen unterschiedlichen Städten mit mehr oder weniger unterschiedlichen Motiven. Wer bei Google die Begriffe „Axt“ und „verletzt“ oder „getötet“ in die Suchfunktion eingibt, erhält ein Panoptikum des Grauens. Berichtet wird mittlerweile allerdings nur noch regional, meist handelt es sich bei den Taten um die Bereinigungen ungeklärter „familiärer Beziehungen“ oder um einfaches, frustriertes Ausrasten einzelner oder selbstradikalisierter Täter. Opfer kann so ziemlich jeder werden, wenn er nur zur falschen Zeit am falschen Ort ist.

Der Terror ist in der Provinz angekommen

Der „falsche Ort“ sind dabei mittlerweile kleine Dörfer oder Marktflecken wie Hoppstädten (273 Einwohner) oder Nandlstadt (5318 Einwohner), deren Namen Sie noch nie gehört oder gelesen haben. Diese Taten tauchen auch nur noch bei Tiefenrecherchen auf und sind bestenfalls „von regionalem Interesse“, auch wenn der Axttäter von Hoppstädten von der Polizei erschossen wurde. Beide Vorfälle stammen aus dem Herbst 2019 und Sie haben noch nie davon gehört. Es gab keine Toten. Unstimmigkeiten mit Äxten zu klären, scheint mittlerweile festes Repertoire Schon-länger-hier-Lebender und Neu-Hinzugekommener zu sein. Da findet sich dann der Axthieb eines Irakers in das Gesicht eines Autofahrers, dem er vor das Fahrzeug gesprungen war, nur noch im hinteren Teil der lokalen Abendzeitung München. Gleich neben der Werbung für das kostenlose Girokonto der Ersten Parkbank – gehen Sie weiter, hier gibt es nichts zu sehen!

Wer gerade keine Axt zur Hand hat, der arbeitet zur Klärung offener Diskussionsfragen gerne mit einem Messer oder einer Machete, die etwas exklusiveren und traditionelleren Diskutanten benutzen das exotischere Samuraischwert, um ihre überraschten Gegenüber niederzustrecken und längere Argumentationen abrupt zu beenden. Und wer von alldem gar nichts hat, der kann seine Mitmenschenskinder ja immer noch die Rolltreppe hinunter oder vor die einfahrende Bahn treten oder schubsen. Dazu muss mittlerweile nicht einmal ein wenigstens dünner Grund vorliegen.

Sicher bemerkt der ein oder andere Leser, wie dieser Artikel immer weiter in einen süffisanten, fast zynischen Ton abgeglitten ist. Weil ich – und weil die Leser selbst – sich mittlerweile daran gewöhnt haben, dass derartige Taten geschehen. Jeden Tag. Der Tod der Bridget Driscoll am 17. August 1896 war eine Sensation. Denn sie war die erste Person, die von einem Auto überfahren wurde. Heute sind wir es gewohnt, einen gewissen Prozentsatz an Toten und Verletzen im Straßenverkehr hinzunehmen und Meldungen über Unfälle interessieren uns überhaupt nur noch, wenn es unüblich viele Verletze gab oder, siehe oben, ein Fahrzeug als Waffe benutzt wurde. Und so wird es auch mit Axt-, Messer- und Machetenmorden sein. „Nun sind sie eben da“ und sind Teil unseres Lebens geworden. Kollateralschäden des „Aneinander Gewöhnens“. Nur darf der Nachwuchs nach wie vor gewarnt werden, zu einem Betrunkenen ins Auto zu steigen. Vor allzu intimem Kontakt mit „Neu-Hinzugekommenen“ zu warnen, gilt als rassistisch. Wahrscheinlich passiert ja auch nichts. Wie bei dem betrunkenen Autofahrer auch.

Ich bin weder Psychologe, noch Kriminalexperte. Ich für meinen Teil vermute, dass hinter all diesen Portionen an Wahnsinn in Wahrheit das Bedürfnis vieler Menschen steckt, endlich „wahrgenommen“ zu werden. Sich Gehör zu verschaffen. Es genügt nicht mehr, auf der Straße oder im Internet herum zu pöbeln, das kann jeder, nein, in die Abendnachrichten schafft es nur, wer sich ein Gewehr bastelt und an einer Synagogentüre als „Endgegner“ scheitert oder in einer Shisha-Bar wild um sich ballert. Nur hierfür gibt es noch die mediale Aufmerksamkeit, die sich die Hassenden wünschen. Und es geht um die Bilder, die erzeugt werden. Ob es nun traurige Kinderkulleraugen an der türkisch-griechischen Grenze oder die berühmten „Pallywood“-Streifen mit gestellten und erlogenen Angriffe seitens des IDF auf arme und harmlose „Palästinenser“ sind. Immer höher, weiter, schneller und grausamer muss die Tat sein, um überhaupt mediale Aufmerksamkeit zu finden. Es wäre schön, wir alle wollten weniger berühmt und weniger abgebrüht sein. Wir kämen besser miteinander aus. Ganz ohne irgendein „Zusammenleben“ aushandeln zu müssen.

Die dpa-Lemminge: Falschmeldungen und ihre willigen Verbreiter

Was die mächtige Deutsche Presseagentur meldet, übernehmen Deutschlands Journalisten oft ungeprüft. Nun hat die dpa den Besuch eines Politikers auf der griechischen Insel Lesbos frei erfunden. Und die Medienmacher der halben Republik schreiben ab, was ihrer politischen Einstellungen entspricht und was sie glauben wollen.

Von Alexander Wendt (Tichys Einblick)

„Der Besuch auf Lesbos war dann doch nicht so erfreulich, wie AfD-Politiker Oliver Kirchner ihn sich vorgestellt hatte“, berichtete die „taz“ am Sonntag über einen angeblichen Besuch des AfD-Manns auf der griechischen Insel, die Ziel vieler Migranten ist: „Der AfD-Fraktionschef in Sachsen-Anhalt hatte mit dem rechten Blogger Oliver Flesch auf einer antifaschistischen Demo in der Inselhauptstadt ‚agitiert‘ und wurde daraufhin von Antifaschist*innen eingekesselt. Retterin in der Not: die griechische Polizei. Voller Dankbarkeit zeigt sich der AfD-Politiker für seine Befreiung aus den Fängen der Antifa.“

„Stern Online“ machte aus dem Vorfall eine größere Geschichte mit der der Überschrift „Lesbos: AfD-Politiker gerät bei Demo mit Linken aneinander“. Und der Unterzeile: „Die Krise an der EU-Außengrenze zieht Rechte und Rechtsextreme aus Deutschland an. Ein AfD-Politiker berichtet nun, er sei von antifaschistischen Demonstranten ‚eingekesselt‘ worden.“

Ähnliche Beiträge veröffentlichten auch „Zeit Online“, „Merkur“, „NOZ“, der „Mitteldeutsche Rundfunk“ und andere. Die „Stern“-Geschichte las sich („ein AfD-Politiker berichtet nun“) zumindest in der Unterzeile so, als hätte der „Stern“ mit Kirchner gesprochen, und verfüge über Informationen aus erster Hand.

Hatte er allerdings nicht. Die Geschichte von der Kirchner-Visite auf Lesbos ist falsch. „Ich war noch nie in meinem Leben in Griechenland“, sagt der Politiker auf Nachfrage von „Tichys Einblick“. Er habe inzwischen rechtliche Schritte gegen verschiedene Medien eingeleitet. Die dpa zog die Meldung mittlerweile zurück. Kirchner sagte, eine dpa-Mitarbeiterin habe ihn angerufen und sich bei ihm entschuldigt.

Wie kam es überhaupt zu der Falschmeldung? Aus Lesbos hatte der Videoblogger Oliver Flesch mit Kameramann Stefan Bauer gefilmt, Migranten und Einwohner interviewt und mit der Polizei gesprochen. Flesch steht der „Identitären Bewegung“ und generell der Rechtsaußen-Szene nah, er wurde tatsächlich von linken Demonstranten auf Lesbos erkannt und zusammen mit Bauer nach eigenen Angaben umringt, konnte aber mit Hilfe der Polizei unbeschadet abziehen. Davon berichtete Flesch in seinem Video-Blog. Kameramann Bauer ähnelt dem AfD-Mann Kirchner, wenn auch nur sehr entfernt. Bei beiden handelt es sich um mittelalte Männer mit Kahlkopf.

„Warte mal, Kirchner hat eine Glatze, Kameramann Bauer ebenfalls – sollte das für die Deutsche Presseagentur bereits ausreichen, um aus Bauer Kirchner zu machen?“, spottet Flesch. Offenbar: ja.

„Ich kann mir das nicht anders erklären, als dass man uns verwechselt hat, weil wir beide die gleiche Frisur haben“, meint auch Kirchner.

Die Fehlmeldung zeigt gleich drei Probleme vieler deutscher Medien. Erstens schreiben oder senden ihre Journalisten gern ohne Überprüfung, wenn ein Sachverhalt zu passen scheint. AfD-Mann, auch noch aus dem Osten, macht Stimmung gegen Migranten auf Lesbos – da erübrigt sich eine Nachfrage. Die wäre in Kirchners Fall sehr einfach gewesen: Seine Mobilfunknummer findet sich auf der Website seiner Fraktion gleich neben seinem Foto.

ARIS MESSINIS, AFP

Zuwanderer, die auf der griechischen Insel Lesbos ankommen

Deutschlands journalistische Monokultur

Das zweite Problem besteht in der Medien-Monokultur. dpa und Dienste wie das „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ (RND) versorgen dutzende Blätter und Sender mit Material, das Redaktionen, wie der Fall zeigt, ohne Überprüfung und eins zu eins übernehmen. Ihre Beiträge unterscheiden sich nur durch die Überschriften, die suggerieren sollen, die jeweiligen Medien hätten einen eigenen Zugang zu dem Thema. Die deutsche Medienvielfalt, von der Verlagsmanager und Medienforscher gern schwärmen, besteht in Wirklichkeit vor allem in einer Vielfalt der Vertriebskanäle für identische Inhalte aus wenigen Händen. Viele Online-Redaktionen von Blättern, die wirtschaftlich unter Druck stehen, beschäftigen eigentlich keine Redakteure mehr, sondern Textverarbeiter, die angelieferte Text-Fertigprodukte für das eigene Portal umpacken.

> Die deutsche Medienvielfalt, von der Verlagsmanager und Medienforscher gern schwärmen, besteht in Wirklichkeit vor allem in einer Vielfalt der Vertriebskanäle für identische Inhalte aus wenigen Händen.

Unter diesen Bedingungen verbreiten sich Falschmeldungen viral, nicht nur im Fall des falschen AfD-Manns auf Lesbos. Ende 2019 behauptete beispielsweise ein Journalist der „Kieler Nachrichten“, der Kabarettist Dieter Nuhr habe bei seinem Auftritt Greta Thunberg mit Hitler und Stalin verglichen. Obwohl er überhaupt kein passendes Nuhr-Zitat lieferte, wanderte die Unterstellung via RND zu dem Online-Auftritt dutzenden Blättern, die das Stück ohne Rückfrage nach einem Beleg übernahmen, erst recht ohne eine Rückfrage bei Nuhr. Später korrigierten die Zeitungen reihenweise die Meldung.

Was zum dritten Problem führt: den Korrekturen. Der „Stern“ löschte einfach kommentarlos seine Meldung über Kirchner auf Lesbos. Wer www.stern.de/fluechtlingskrise-lesbos–afd-politiker-geraet-bei-demo-mit-linken-aneinander-9173932.html anklickt, gelangt zu einer Fehlermeldung: „Sorry, wir finden den Artikel nicht. Auch der MDR beseitigte seine Falschmeldung kommentarlos.

Bei Lesern dürfte also die falsche Behauptung hängenbleiben – falls sie nicht woanders die Korrektur lesen. „Zeit Online“, „Merkur“, „NOZ“ und andere veröffentlichten eine entsprechende Korrektur unter dem geänderten Text, in dem nur noch von dem Zusammenstoß zwischen dem deutschen Video-Team und linksradikalen Demonstranten auf Lesbos die Rede ist.

Bei der „taz“ stand die Behauptung über Kirchners Lesbos-Reise am Montag immer noch auf der Seite.

Weitere erfundene Geschichten beim „Stern“

Für den „Stern“ ist die Lesbos-Geschichte übrigens schon die zweite Peinlichkeit innerhalb kurzer Zeit. In seiner Kolumne beschrieb „Stern“-Kommentator Ulrich Jörges eine Szene, die beweisen sollte, dass Merz ein eitler Macho sei und deshalb nicht zum CDU-Chef und Kanzler tauge.

„Kürzlich erschien [Merz] zum Interview bei einem TV-Sender“, textete Jörges, ohne Details und Quelle zu nennen: „Die Maskenbildnerin, eine junge Frau, trat ihm mit ausgestreckter Hand entgegen, um sich vorzustellen und ihn zu begrüßen. Er warf ihr seinen Mantel über den Arm.“

Zwar übernahm kein Medium direkt die Geschichte. Aber Melanie Amann, Chefin des „Spiegel“-Hauptstadtbüros, twitterte sie weiter, ebenso „Freitag“-Verleger Jakob Augstein („irre Szene“).

Merz’ Sprecher Armin Peter erklärte umgehend, die Szene sei „frei erfunden“. Inzwischen setzte Merz vor dem Landgericht Berlin eine einstweilige Verfügung gegen den „Stern“ durch.

Die halbherzige Distanz der Evangelischen Kirche zu BDS und die Entjudaisierung der Bibel

In der evangelischen Bibel wurden wichtige jüdische Bezüge des Urtextes unterschlagen – dies beeinflusst bis heute den protestantischen Blick auf Israel.

Von Elisabeth Lahusen

Es gibt eine neue Stellungnahme der EKD zur Debatte um die „Boycott, Divestment and Sanctions"-Bewegung, kurz BDS. Hier wird nach einer Einleitung in 10 Punkten dargelegt, wie die EKD ihre Position im Konflikt zwischen Israel und den „Palästinensern" sieht, in welcher Situation sich die EKD in Folge der deutschen Vergangenheit befindet, und dass man trotz der eigenen historischen Einbindung die Zusammenarbeit mit BDS-Unterstützern braucht.

Auffallend ist: Es handelt sich in Form und Aufbau nicht um ein Diskussionspapier, sondern um eine Verkündigung in 10 Punkten. Man ist sich von Seiten der EKD also offenbar sehr sicher. 10 Punkte – das erinnert nicht nur zufällig an die 10 Gebote. Göttliche Gebote haben bekanntlich den Vorteil, dass sie nicht hinterfragt werden dürfen. Sie sind in Stein gemeißelt und die Gläubigen haben sich danach zu richten. Die EKD gibt folgerichtig an dieser Stelle auch keine Erklärungen dafür, warum sie es für wichtig hält, mit BDS-Unterstützern zusammenzuarbeiten. Sie sagt hier weder, warum man diese Zusammenarbeit für notwendig hält, noch hinterfragt sie die Quellen der eigenen Argumente. Wenn aber ein Zug so eindeutig in die Irre fährt, dann lohnt es sich, zu schauen, ob es nur am aktuellen Zugführer, oder vielleicht doch auch an der vorangegangenen Weichenstellung liegt. Ich möchte mir daher erlauben, zu einem Exkurs zu den 10 Geboten einzuladen, denn die Probleme der Lutheraner mit dem jüdischen Volk sind viel älter als der Nahostkonflikt.

Was im modernen Dekalog der EKD fehlt

Wer die christlichen Traditionen kennt, wird wissen, dass die lutherische und katholische Kirche bei den 10 Geboten signifikante Veränderungen vorgenommen haben. Die Unterschiede zu anderen christlichen Traditionen (Anglikanisch, Orthodox, Reformiert) lasse ich hier bewusst außen vor, obwohl es hier auch in Bezug auf die traditionellen antijüdischen Tendenzen und ihre Ausformungen in der antisemitischen und antiisraelischen Politik der Gegenwart durchaus interessante Beobachtungen gibt. Ich möchte hier explizit nur die Rolle der EKD beleuchten und beziehe mich deshalb im Folgenden auf die Wiedergabe des Dekalogs im Onlineauftritt der EKD (www.ekd.de/Zehn-Gebote-10802.htm). Für das Verständnis werden jeweils 2 Gebote der ebenfalls online verfügbaren Übertragung aus dem hebräischen Urtext durch Rabbi Dr. Bamberger von der Synagogengemeinde Saar gegenübergestellt (leicht redigiert) und auf bestimmte Punkte hingewiesen, die auch für das Verständnis der Sicht der EKD auf den Nahostkonflikt wichtig sind. Kenner des jüdischen Urtexts mögen verzeihen, wenn hier nicht jede Nuance berücksichtigt wird.

Die EKD stellt ihrer Online-Darstellung der 10 Gebote unter dem Titel „Grundlage der christlichen Ethik" folgenden Text voran:

„Einzelne Gebote kennen viele aus dem Religionsunterricht: Du sollst nicht töten. Oder: Du sollst Mutter und Vater ehren. Nach biblischer Überlieferung hat Gott die Zehn Gebote dem Propheten Mose auf dem Berg Sinai übergeben. Sie sind im Alten Testament überliefert. Die Gebote regeln die Haltung des Menschen zu Gott und zu den Mitmenschen."

Schauen wir einmal genau hin. Was steht in der jüdischen Bibel und was hat die EKD aktuell daraus für die christliche Ethik gemacht?

Ferdinand Ostrop, AFP

Heinrich Bedford-Strohm, Oberhaupt der Evangelischen Kirche in Deutschland, lässt israel-feindliche Pfarrer gewähren.

Übertragung nach dem Urtext:

Gott sprach alle diese Worte also:

(1.) Ich bin der Ewige, dein Gott, der ich dich aus dem Lande Ägypten geführt hat, aus dem Hause der Sklaven.

(2.) Es seien dir keine anderen Götter vor meinem Angesichte. Mache dir kein behauenes Bild oder jegliche Gestalt von dem, was im Himmel oben, von dem, was auf der Erde unten, und von dem, was im Wasser unterhalb der Erde. Bücke dich nicht vor ihnen und diene ihnen nicht, denn ich bin der Ewige, dein Gott, ein eifervoller Gott, der die Schuld der Eltern ahndet an den Kindern, am dritten und am vierten Geschlecht, denen, die mich hassen. Und der Gnade erweist bis ins tausendste Geschlecht denen, die mich lieben und meine Gebote hüten.

Die EKD dazu:

„Das erste Gebot

Ich bin der Herr, dein Gott. Du sollst keine anderen Götter haben neben mir.

Das zweite Gebot

Du sollst den Namen des Herrn, deines Gottes, nicht mißbrauchen."

Hier fällt auf, dass der Bezug der 10 Gebote zum Judentum völlig eliminiert wurde. Der moderne lutherische Gläubige erfährt hier zudem weder etwas von dem Ursprung des jüdischen Volkes im Nahen Osten („dein Gott, der ich dich aus dem Lande Ägypten geführt hat"), noch etwas davon, dass das Judentum durch die Geschlechterfolge weitergetragen wird und es sich also nicht nur um einen Glauben, sondern ganz explizit um ein Volk handelt. (Ganz im Gegensatz übrigens zur Lutherbibel letzter Hand, wie sie 1545 durch Hans Lufft gedruckt wurde. Man kann Luther einiges vorwerfen im Umgang mit den Juden, aber eine willkürliche Verkürzung des Bibeltextes wäre ihm nicht eingefallen. Und auch die Elberfelder Bibel kennt den Sabbat und den Bezug zum Auszug aus Ägypten.) Das 3. jüdische Gebot wird dann bei den Theologen der EKD weiter zum 2. christlichen. Damit verschiebt sich neben dem Verlust des Bilderverbotes auch die Zählung. Gehen wir weiter nach der Übertragung aus dem Urtext:

(3.) Sprich nicht den Namen des Ewigen, deines Gottes, zum Vergeblichen aus, denn der Ewige lässt den nicht ungestraft, der seinen Namen zum Vergeblichen ausspricht.

(4.) Gedenke des Sabbattages, ihn zu heiligen. Sechs Tage sollst du arbeiten und all dein Werk verrichten. Der siebente Tag ist Sabbat dem Ewigen, deinem Gott, zu ehren, verrichte keinerlei Arbeit, du, dein Sohn und deine Tochter, dein Knecht, deine Magd, dein Vieh und dein Fremder, der in deinen Toren lebt. Denn in sechs Tagen hat der Ewige den Himmel und die Erde erschaffen, das Meer und alles was in ihnen ist, und ruhte am siebenten Tage, darum segnete der Ewige den Sabbattag und heiligte ihn.

EKD:

Das dritte Gebot

Du sollst den Feiertag heiligen.

Das vierte Gebot

Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren.

Aus dem heiligen jüdischen Sabbat wird hier einfach der „Feiertag". Dass die Siebentagewoche eine jüdische Erfindung war, der man als guter Christ in der Form, aber nicht mehr im Inhalt folgt (Sonntagsruhe) erfährt man hier ebenfalls nicht.

Weiter heißt es in der jüdischen Bibel:

(5.) Ehre deinen Vater und deine Mutter, dass deine Tage lang werden auf dem Erdreiche, das der ewige, dein Gott, dir gibt.

(6.) Morde nicht.

Die EKD führt weiter mit

Das fünfte Gebot

Du sollst nicht töten.

Das sechste Gebot

Du sollst nicht ehebrechen.

Was es auf sich hat mit dem Hinweis auf Erde, die Gott dem Menschen gibt und der damit verbundenen Ehrung der Eltern, wäre vielleicht auch einmal interessant. Denn es gibt über die EKD hinaus ein großes Unverständnis christlicher Kreise in Bezug auf die Bindung des jüdischen Volkes zu Eretz Israel. Aber hier gibt es noch ein weiteres Problem, das unmittelbar in die Gegenwart wirkt. Aus dem 6. Gebot des Judentums wird bei der EKD das 5. Gebot. Und nicht nur die Zählung ist eine andere, sondern es wird dabei auch inhaltlich eine Veränderung vorgenommen. Jedes moderne Strafgesetzbuch in demokratischen Staaten unterscheidet im Sinne der jüdischen Bibelfassung zwischen Morden und Töten. Die EKD unterscheidet hier ausdrücklich nicht und gibt ihren Gläubigen damit auch keine Richtschnur für ihr Handeln. Es wäre danach auch folgerichtig kein Unterschied, ob ein Polizist, um sich oder andere zu retten, einen Attentäter tötet, oder ob jemand vorsätzlich einen anderen Menschen ermordet. Wer zwischen Mord und Tötung nie zu unterscheiden gelernt hat, läuft Gefahr, etwas moralisch gleichzusetzen, was nicht zu vergleichen ist. Dieser Fehler lässt sich schon bei Luther nachweisen.

Der Vollständigkeit halber seien auch Nr. 7 und 8 erwähnt:

(7.) begehe keinen Ehebruch,

(8.) stehle nicht,

EKD:

Das siebte Gebot

Du sollst nicht stehlen.

Das achte Gebot

Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten.

Weiter geht es mit

(9.) sage gegen deinen Nächsten kein falsches Zeugnis aus.

(10.) Begehre nicht das Haus deines Nächsten, begehre nicht das Weib deines Nächsten, seinen Knecht, seinen Ochsen, seinen Esel und alles, was deinem Nächsten gehört."

EKD:

Das neunte Gebot

Du sollst nicht begehren deines Nächsten Haus.

Das zehnte Gebot

Du sollst nicht begehren deines Nächsten Weib, Knecht, Magd, Vieh noch alles, was dein Nächster hat.

Um formal wieder auf die Zahl 10 zu kommen, wird bei der EKD das 9. Gebot (Reihenfolge nach 2. Buch Mose) einfach aufgeteilt und es werden zweie daraus gemacht. Das 9. EKD- Gebot schützt demnach explizit die Immobilie und das 10. dann allen beweglichen Besitz des „Nächsten". Ich möchte hier einmal offenlassen, ob der verbale Furor bestimmter westlicher Christen gegen jüdische Häuslebauer im Westjordanland vielleicht genau hier seinen Ursprung hat. Die katholische Kirche hat übrigens aktuell aus dem Besitz an der Frau ein exklusives 9. Gebot (Reihenfolge nach 5. Buch Mose) gebastelt.

Die Schlussbemerkung der EKD lautet:

„Hinweis: Bei der Zählung der Gebote gibt es im Judentum und in den christlichen Kirchen unterschiedliche Traditionen. Die hier wiedergegebene Fassung folgt der lutherischen und römisch-katholischen Tradition. Eine andere Zählung ergibt sich dort, wo das Bilderverbot – ‚Du sollst dir kein Bildnis machen' – als zweites Gebot aufgeführt wird, so in der anglikanischen, reformierten und orthodoxen Tradition. Dort werden dann ‚neuntes' und ‚zehntes' Gebot als ein Gebot verstanden."

Die massiven inhaltlichen Eingriffe in den jüdischen Urtext sind der EKD also keine Erwähnung wert. Das lässt vermuten, dass hier auch kein Bewusstsein für die Tragweite der eigenen Textexegese vorhanden ist.

Was die EKD zu BDS zu sagen hat

Seit Anfang März steht nun die Stellungnahme der EKD zu BDS online. Den 10 Punkten ist eine Erklärung vorangestellt:

„BDS" steht für Boycott, Divestment and Sanctions und geht zurück auf einen internationalen Aufruf der palästinensischen Zivil-

gesellschaft aus dem Jahr 2005. Unterstützt und initiiert wurde der Aufruf von palästinensischen Parteien, Verbänden und Organisationen als Erstunterzeichnern. Ziel der Kampagne ist, mittels verschiedener Boykottmaßnahmen auf Israel wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Druck auszuüben, um Israel zur Änderung seiner Politik gegenüber dem palästinensischen Volk und zur Beendigung der Besatzung palästinensischer Gebiete zu bewegen."

Hier wird keine klare Trennung zwischen „geht zurück auf Zivilgesellschaft" und „wurde initiiert von Parteien, Verbänden und Organisationen" vorgenommen. Dass die „Palästinensische Autonomiebehörde" als politisches Zentralorgan ein höchst problematisches Verhältnis zu zivilen Standards hat und auch die Hamas-Partei in ihrem Herrschaftsgebiet diktatorisch auftritt, scheint bei der EKD noch nicht angekommen zu sein. Wer eine Änderung von „Politik" verlangt, sollte mit den jeweiligen Verantwortlichen der anderen Seite in einen Dialog treten und konkrete Forderungen äußern. Doch BDS verkündet unterschiedslos Boykott

„gegen israelische Waren und Dienstleistungen, israelische Künstlerinnen und Künstler, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Sportlerinnen und Sportler."

Mit anderen Worten: allen Israelis wird die Begegnung oder der Auftritt, etwa in den Medien oder bei Vortragsveranstaltungen, grundsätzlich verweigert. Anders als hier von der EKD dargestellt, verfolgt BDS also ein ganz anderes Ziel als nur Kritik an der aktuellen israelischen Politik.

Unter Punkt 1 heißt es: „Der Rat der EKD hält in der aktuellen Debatte um Israel und Palästina an seiner bisherigen Position fest und tritt für eine Zweistaatenlösung ein." Hier möge sich die EKD vormerken, dass eine „Zweistaaten-Lösung" erst denkbar ist, wenn auch die „Palästinenser" einen eigenen Staat ausgerufen haben. Vorerst weigern sie sich, das zu tun. Weiter schreibt die EKD: „Maßstab ist dabei stets die Einhaltung der Standards der Menschenrechte und des Völkerrechts." Welche Menschenrechte die Hamas im Umgang mit der Bevölkerung des Gazastreifens einhält und wie es insbesondere den Christen dort ergeht, scheint die EKD dabei nicht zu interessieren.

In Punkt 2 distanziert sich die EKD von der BDS- Bewegung:

„Die Evangelische Kirche lehnt Boykottmaßnahmen gegen Israel ab und beteiligt sich nicht an entsprechenden Projekten im Rahmen der BDS-Kampagne. (…) Gerade in Deutschland ist das Assoziationsfeld der NS-Aktion „Kauft nicht bei Juden" praktisch unvermeidlich, wenn sich die Worte „Boykott" und „Juden / jüdischer Staat / Israel" verbinden. Wer durch sein politisches Reden und Handeln Existenzängste bei Nachfahren von Shoah-Überlebenden und -Opfern auslöst, kann nicht glaubhaft darlegen, Antisemitismus-Gefahren hinreichend ernst zu nehmen. Durch Boykottaufrufe gegen Firmen, Veranstalter und Organisationen werden bisweilen die Meinungs-, Kunst- oder die Wissenschaftsfreiheit eingeschränkt. Jüdische Gemeinden und Institutionen werden teils pauschal für die Politik des Staates Israel in Regress genommen. Solche Boykottaufrufe sind ein Hindernis für eine Friedenslösung, die Israels Fortbestand als demokratischer Staat und nationale Heimstätte des jüdischen Volkes ebenso garantiert wie sie die Rechte der Palästinenser in einem eigenen Staat gewährleisten muss."

Die EKD verkennt dabei, dass Iran, „palästinensische" Organisationen wie die Hamas oder auch die Hisbollah im Libanon sowie früher alle arabischen Staaten, darunter Ägypten und Syrien, ganz offen die Vernichtung des jüdischen Staates verkündet und betrieben haben. Nicht nur Nachkommen der Schoah-Überlebenden, sondern jeder einzelne Israeli kennt den Begriff „Existenzangst". Die Raketen der Hamas und auch die Selbstmordattentäter unterscheiden auch nicht zwischen arabischen und jüdischen Israelis. Wobei auffallend ist, dass die EKD die religiöse und ethnische Vielfalt in Israel nicht berücksichtigt. Im Gegenteil, die EKD bemüht sich sichtlich um Äquidistanz zu beiden Seiten – Israel und dem „palästinensischen Volk", wobei die „palästinensische" Seite als „zivilgesellschaftlich" dargestellt wird und man Kritik an Israel (hat Israel etwa keine Zivilgesellschaft?) grundsätzlich begrüßt, aber keinerlei Kritik an den diversen „palästinensischen" Organisationen übt.

„3. Für die Haltung der Evangelischen Kirche spielt die besondere historische Verantwortung Deutschlands, die auch den Kirchen aus ihrer eigenen Geschichte erwächst, eine grundlegende Rolle. Sie ergibt sich für die Evangelische Kirche aus ihrem eigenen historischen Versagen gegenüber den Juden. Israel hat für das deutsche Selbstverständnis seit Ende des Zweiten Weltkrieges eine fundamentale Bedeutung. Anhand von Israel reden wir immer auch über „uns" und „unsere Lehre" aus Auschwitz. Dies unterscheidet die Diskussion in Deutschland von der internationalen Debatte, aber auch von der Art und Weise, in der der Konflikt in Israel und Palästina von den Betroffenen selbst erlebt wird.

Im letzten Jahrzehnt beobachten wir in Deutschland mit Sorge und Entsetzen eine Zunahme antisemitischer verbaler Aus- und gewaltsamer Überfälle. Neben einem selbstkritischen Umgang mit unserer eigenen Geschichte und Tradition sehen wir uns daher in der Verantwortung, allen Formen von Antisemitismus sowohl in den eigenen Reihen wie auch in unserer Gesellschaft entschieden entgegenzutreten. Das betrifft auch unser Verhältnis zu Israel. Diese besondere Verantwortung der evangelischen Kirchen in Deutschland unterscheidet sich daher prinzipiell von der Position anderer Kirchen mit anderen historischen Erfahrungen und in anderen politischen Kontexten."

> Wer zwischen Mord und Tötung nie zu unterscheiden gelernt hat, läuft Gefahr, etwas moralisch gleichzusetzen, was nicht zu vergleichen ist.

Die EKD erwähnt hier die besondere Verantwortung der Kirche und das eigene Versagen. Genau hier hätte die EKD in ihrer Stellungnahme auch die eindeutig antisemitischen und letztlich juden-vernichtenden Absichten der BDS-Bewegung in den Vordergrund stellen müssen. Und wen meint die EKD mit „die Betroffenen selbst" – nur die „Palästinenser", oder auch die jüdischen und arabischen Israelis, die unter dem Terror leiden? Und warum werden die Ursachen der „Zunahme antisemitischer verbaler Aus- und gewaltsamer Überfälle" in Deutschland nicht genannt? Nebenbei sei hier angemerkt, dass der Staat Israel erst 3 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gegründet worden ist.

„4. Der Staat Israel und seine Politik dienen häufig als Projektionsfläche für antisemitische Ressentiments unterschiedlicher Provenienz (rechtsradikal, linker Antizionismus, islamistisch). Kritik an Israel hat insofern einen judenfeindlichen Resonanzraum. Es ist deshalb unerlässlich, eine konkrete Diskussion darüber zu führen und jeweils im Einzelfall zu überprüfen, wo die Grenzlinien zwischen legitimer Kritik, konstruierten Feindbildern und judenfeindlichen Ressentiments liegen. (…)"

Hier erwähnt die EKD die Problematik einer Grenzüberschreitung von legitimer politischer Kritik zu Antisemitismus. Aber warum diese politische Kritik sich angesichts der vielen diktatorisch geführten Nachbarstaaten so exklusiv immer Israel aussucht, wird nicht hinterfragt.

„5. Die EKD registriert mit großer Sorge, dass sowohl pro-israelische als auch pro-„palästinensische" Unterstützergruppen in Deutschland ihre Positionen in immer ausschließenderer Weise vertreten und dass das gesellschaftliche Diskussionsklima zum Thema Israel und Palästina immer stärker vergiftet wird. Der Streit ist häufig geprägt durch eine Tabuisierung und Skandalisierung abweichender Meinungen und durch eine Verhärtung der Fronten, die Verständigung und Differenzierung kaum mehr zulassen."

In diesem Bemühen um Äquidistanz wird völlig außer Acht gelassen, dass es sich bei der antiisraelischen Agitation und ihren Unterstützern nicht um Vertreter „abweichender Meinungen" handelt, sondern um vernichtungs-antisemitische Propaganda, die das Existenzrecht Israels in Frage stellt.

„6. Die EKD sieht als Anliegen des BDS-Gründungsaufrufs von 2005 das Bekenntnis zu Gewaltfreiheit, den Einsatz für Menschenrechte und das Ziel eines gerechten Friedens in Israel und Palästina. Sie sieht zugleich mit Sorge, dass sowohl im Gründungsaufruf als auch in der Bewegung selbst eine klare Abgrenzung gegenüber einer einseitigen Kritik fehlt, die auf eine Delegitimation des Staates Israel und seine Dämonisierung als jüdischem Staat hinausläuft und damit von einer antisemitischen Haltung nicht mehr unterscheidbar ist und einseitige Bewertungsmaßstäbe anlegt. Sie verurteilt es, wenn BDS-Vertreter und -Vertreterinnen aggressiv auftreten und Druck auf staatliche und nichtstaatliche Institutionen, Veranstalter, Unternehmen etc. ausüben, sich dem grundsätzlichen Boykott gegen Israel anzuschließen."

Dieser Punkt ist besonders abenteuerlich. Denn einerseits wird BDS völlig ohne Beleg „als Anliegen das Bekenntnis zu Gewaltfreiheit, den Einsatz für Menschenrechte und das Ziel eines gerechten Friedens in Israel und Palästina" zugeschrieben, aber schon in der Folge wird zurecht das tatsächliche Verhalten und die Aggressivität von BDS erwähnt. Doch welchen Wert haben „Bekenntnisse" zu Gewaltlosigkeit, wenn sie in der Wirklichkeit nicht umgesetzt werden. Warum kann hier die EKD diese Diskrepanz zwischen Propaganda und Wirklichkeit nicht klar als Lüge benennen?

Unter 7. behauptet die EKD:

„Im Interesse einer friedlichen Regelung des israelisch-palästinensischen Konfliktes, an der gerade Deutschland interessiert sein muss und ist, bedarf es einer differenzierten Sicht auf Ursachen, Verantwortlichkeiten, aber auch auf Unversöhnlichkeiten und unauflösbare Gegensätze. Es bedarf ernsthafter Bemühungen und Sensibilität in der wechselseitigen Wahrnehmung und in der Anerkennung legitimer Bedürfnisse, Interessen, Motivationen und Sichtweisen aller Beteiligter. Es braucht ein hohes Maß an Nüchternheit, Sachlichkeit, Differenziertheit aber auch Einfühlungsvermögen und Sensibilität als Basis für einen Dialog, der gegenseitiges Verstehen und Verständigung ermöglicht."

Genau daran hätte sich auch die EKD halten müssen, wenn sie wie selbstverständlich von „Palästina" und „palästinensischen Gebieten" redet. Und was sind hier „legitime Bedürfnisse" und wo liegt das deutsche Interesse, wenn speziell auf „palästinensischer" Seite aus religiösen Gründen die Abschaffung des jüdischen Staates auf „islamischem Land" gefordert wird?

„8. Die EKD und ihre Evangelische Mittelost-Kommission sind seit Jahrzehnten bemüht, Dialogfähigkeit und Dialogräume zwischen Gruppen und Organisationen zu stärken, die sich der Solidarität entweder mit Israel oder mit Palästina verpflichtet fühlen. (…) In einem solchen Dialog haben Positionen sowie Vertreter und Vertreterinnen, die einseitig Israel diffamieren und dämonisieren oder antisemitische Positionen einnehmen, ebenso wenig Raum wie jene, die jegliche Kritik an der Regierung Israels und ihrer Politik als judenfeindlich zurückweisen und unter einen antisemitischen Generalverdacht stellen."

Das ist bemerkenswert: Es gibt zwar in vielen demokratischen Ländern außer den bekannten Oppositionsparteien immer auch eine „außerparlamentarische Oppositionen", aber nur im Falle von Israel scheinen Vertreter der Kirche sich berufen zu fühlen, zusätzlich eine „außerstaatliche Opposition" zu unterstützen.

„9. Die EKD ist auf verschiedene Weise – bis hin zu vertraglich geregelten Kirchengemeinschaften oder auf der Ebene der Kirchlichen Weltbünde – auch mit ökumenischen Partnern verbunden, die sich als Teil der BDS-Bewegung verstehen, einzelne Maßnahmen wie etwa einen Investitionsentzug umgesetzt haben oder BDS-Maßnahmen unterstützen. Dieses Engagement kann die erwähnten ökumenischen Partnerschaftsbeziehungen nicht in Frage stellen. (…) Eine sachliche Auseinandersetzung darüber, wie die ökumenisch gemeinsam angestrebten politischen Ziele eines gerechten Friedens für die Region am besten erreicht werden können, muss möglich sein."

Das heißt im Klartext: Wir wollen zwar wegen der deutschen Geschichte nicht selbst bei BDS mitmachen, aber wenn es andere tun, dann bleiben wir trotzdem deren Freunde. Und was bitte bedeutet mit Blick auf die Situation des Irak, auf Krieg und Bürgerkrieg in Syrien, auf die Hamas, den IS, den islamischen Dschihad, Boko Haram und diverse andere Terrorgruppen und nicht zuletzt den antiisraelischen Vernichtungswillen des Iran ein „gerechter Friede für die Region"?

„10. Die Kritik an der BDS-Kampagne darf nicht dazu führen, die Arbeit bzw. Unterstützung anerkannter israelischer, palästinensischer und internationaler Organisationen einzuschränken. Die EKD unterstützt israelische und palästinensische Menschenrechtsorganisationen; sie fördert humanitäre und soziale Dienste in den besetzten palästinensischen Gebieten und engagiert sich gemeinsam mit Partnern vor Ort für Versöhnung und Verständigung zwischen Israelis und Palästinensern."

Bei allem Bedauern der EKD über den Antisemitismus in Europa, der auch über BDS angeheizt wird: Eine Verantwortlichkeit von der PA oder gar der Hamas für die Situation der Palästinenser und die Rolle von BDS, die von Anfang an den Terror legitimiert hat, will oder kann die EKD weder sehen noch eindeutig benennen. So wie die 10 Gebote dieser Kirche nicht zwischen Mord und Tötung unterscheiden, hat man auch hier keinerlei moralischen Kompass erkennen.

Es wäre schon ein Fortschritt, wenn man sich künftig beim Lernen der 10 Gebote auch daran erinnert, wie diese ursprünglich gedacht waren. Und wenn man schon ein Gebot für den Schutz der Immobilienbesitzer einführt, so sollte man auch der Juden gedenken, die im letzten Jahrhundert im gesamten arabischen Raum enteignet wurden, sowie auch der Christen, die dort aktuell aus ihren Häusern vertrieben werden. Denn eines ist sicher: ein gerechter Friede in Nahost ist mit Israelkritik nicht zu erreichen.

Die Unehrlichkeiten und Tatsachenverdrehungen der Regierung Merkel in Sachen Corona

Fünf Fragen an die deutsche Bundeskanzlerin zu Grenzen, die sich plötzlich doch schließen lassen, einer frei erfundenen deutschen Zeitungsmeldung zu Donald Trump, die auf falschen Informationen aus Regierungskreisen beruhte, und anderen Widersprüchlichkeiten

Tobias SCHWARZ, AFP

Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr Gesundheitsminister Jens Spahn

Von Oliver Veld

Für die Grünen ist es eine bittere Erkenntnis: die Natur ist grausam. Sie kann mit Viren die Gesundheit gefährden, aber auch Ideologien ins Wanken bringen. Vielen wird erst jetzt bewusst, dass Grenzschließungen tatsächlich Leben retten und Professorinnen für Gender Studies trotz Millionen-Zuschüssen nie einen Impfstoff gegen tödliche Epidemien entwickeln können. Das Versagen und die Widersprüche der grün-linken Politik von CDU, SPD, Grünen, FDP und SED/Die Linke treten ab jetzt noch offener zu Tage. Auch tendenziöser Kampagnenjournalismus einiger Redakteure beim meinungsmachenden „Medienkartell" aus ARD, ZDF, „Spiegel", „taz", „Zeit" und „Süddeutscher Zeitung" wird nicht verhindern können, dass rational denkende Bürger immer lauter Fragen wie diese stellen:

1. Warum müssen plötzlich Notkredite aufgenommen werden, um die finanziellen Folgen der Corona-Krise abfedern zu können?

Die Nachricht aus dem Bundestag vom 25. März 2020 hört sich nicht nur nach einer Katastrophe an – sie ist tatsächlich eine: Es wurde die höchste Neuverschuldung seit Bestehen der Bundesrepublik beschlossen: 156 Milliarden Euro! Die für die finanzielle Stabilität des Landes wichtige Schuldenbremse ist passé. Unter diesen Beschlüssen werden noch viele Generationen nach uns leiden. Was ist denn aus den sprudelnden Steuer-Mehreinnahmen der letzten Jahre geworden? Hat man damit keine Reserven gebildet? Hat man sie etwa an die sogenannten „Flüchtlinge" verschenkt, die zu über 95 % über sichere Drittstaaten einwanderten und zum allergrößten Teil kein Anrecht auf Asyl haben, aber wiederum größtenteils nicht abgeschoben werden? Sind durch die jährlichen Ausgaben von 20-25 Milliarden Euro (Angaben der Bundesregierung) für die meist illegalen und hier wahrscheinlich dauerhaft verbleibenden Zuwanderer unsere finanziellen Reserven aufgebraucht worden? Ist jetzt tatsächlich das eingetreten, wovor Merkel-Kritiker immer gewarnt haben? Laut Hessens Regierungschef Volker Bouffier hat sich sein Finanzminister aus Sorge um die allgemeine wirtschaftliche Lage das Leben genommen. Was ist speziell in diesem Bundesland so besorgniserregend?

> „Einreisen aus den Risikogebieten China, Iran und EU hat Trump schnell unterbunden (ab 31. Januar aus China, ab 12. März aus der EU, für Iraner gelten schon länger Einreisebeschränkungen). In Deutschland hingegen kamen noch Wochen danach Flugzeuge aus China, Iran und Italien an."

2. Warum kann man nun plötzlich doch Grenzen schließen und kontrollieren?

2015 konnte man dies, wie uns Frau Merkel sagte, nicht. Hatte sie damals nur Angst vor den Reaktionen der Medien, deren Redakteure oft einer „No borders, no nations"-Ideologie anhängen? Angela Merkel und ihre Freunde von SPD, Grünen, FDP und SED/Die Linke müssen jetzt eingestehen, dass man Schlagbäume doch herunterlassen kann und Grenzen Leben retten. Staaten, die schon immer unkontrollierte Einreisen verhinderten, stehen aktuell besser da. Ihre Maßnahmen, so zeigt sich, bieten nicht nur Schutz vor Kriminalität, Einwanderung in die Sozialsysteme und kultureller Unterwanderung, sondern anscheinend auch vor ungebetenen Krankheiten. So sind in ganz Osteuropa und auch in Israel vergleichsweise wenige Corona-Tote zu beklagen. Deutschland bezahlt seine seit Jahren offenen Haustüren mit zunehmender Kriminalität (laut Bundeskriminalamt u.a. mit durchschnittlich mindestens 16 Fällen von sexuellem Missbrauch durch Asylbewerber pro Tag!), abnehmendem Bildungsniveau und Milliarden-Ausgaben im Sozialbereich. Diese Milliarden fehlen nun den Schon-länger-hier-Lebenden in der Wirtschaftskrise.

3. Warum hat sich die Bundesregierung kein Vorbild an Donald Trumps Einreisebeschränkungen genommen?

Als wahrscheinlich einziger westlicher Staatenlenker beschäftigt sich der US-Präsident seit Jahrzehnten privat intensiv mit der Gefährlichkeit von Viren, Keimen oder Bakterien. Schon 2004 warnte er in seinem Buch „Ansichten und Einsichten eines Multimilliardärs" vor dem Schütteln von Händen! Er zieht eine japanische Verbeugung vor, weil er die Übertragungswege von Krankheitserregern gut kennt. Sein Interesse für das Thema hat gute Gründe: Sein Großvater starb an der Spanischen Grippe. Doch auch während der Corona-Krise lassen viele deutsche Medien nichts unversucht, um US-Präsident Donald Trump als unwissenden Clown darzustellen. Das ist aber wie so oft eine Verdrehung der Realität. Ganz im Gegensatz zur deutschen Regierung hat er entschlossen gehandelt und Einreisen aus den Risikogebieten China, Iran und EU schnell unterbunden (ab 31. Januar aus China, ab 12. März aus der EU, für Iraner gelten schon länger Einreisebeschränkungen). In Deutschland hingegen kamen noch Wochen danach Flugzeuge aus China, Iran und Italien an. Die Passagiere dieser eintreffenden Flüge wurden weder kontrolliert noch isoliert! Besonders kurios: Aus Deutschland in China eintreffende Flugpassagiere müssen seit Monaten in Quarantäne. Umgekehrt mussten nach Deutschland einreisende Chinesen dies aber bis vor wenigen Tagen nicht.

Nach Angaben der „Süddeutschen Zeitung" sollten Einreisende aus Hochrisikoländern an deutschen Flughäfen lediglich ihre Adressdaten angeben, was sowieso bei jedem Flug international gefordert wird. Rückkehrern aus Italien wurde von Jens Spahns Gesundheitsministerium empfohlen, sich selbst freiwillig(!) in Quarantäne zu begeben. Zu diesem Zeitpunkt gab es allerdings schon massive Beschränkungen für das öffentliche Leben in Deutschland. Das heißt: Wieder einmal wurden Zugereiste we-

niger streng behandelt als Schon-länger-hier-Lebende. Wie viele Infizierte durch die unzureichenden Einreiseregelungen der Bundesregierung einsickern konnten, ist unklar. Erst durch einen EU-Beschluss wurde die lebensgefährliche Fahrlässigkeit unserer Regierung gestoppt, sodass seit wenigen Tagen mit großer Verspätung endlich auch bei uns Nicht-EU-Bürger abgewiesen werden.

4. Welches Regierungsmitglied hat die Falschmeldung zu Trump und Corona in die Welt gesetzt?

Am 15. März schrieb Jan Dams von der „Welt", dass seine Zeitung aus Kreisen der deutschen Bundesregierung Folgendes gehört habe: US-Präsident Donald Trump versuche, Wissenschaftler der Tübinger Medizinfirma CureVac, die an einem Corona-Impfstoff arbeitet, mit hohen finanziellen Zuwendungen nach Amerika zu locken und dann das Medikament exklusiv für sein Land zu sichern. Der „Welt"-Artikel „Donald Trump greift nach deutscher Impfstoff-Firma" wurde von fast allen deutschen Medien ungeprüft in großen Teilen übernommen und entwickelte sich zu einem der meistgelesenen des Monats. Die Aussage war: Der böse egoistische Trump denkt nur an sein Land und will den Rest der Welt verrecken lassen. Der US-Botschafter in Berlin, Richard Grenell, bezeichnete den Bericht auf Twitter schnell als unwahr. Auch die Tübinger Firma selbst dementierte etwaige Lockversuche umgehend. „Wir wissen nicht, woher dieses Gerücht kommt", sagte der Firmenchef dem „Tagesspiegel". Die schnellen Richtigstellungen hinderten jedoch die deutsche Medienszene nicht am weiteren Aufbauschen der Falschmeldung. An der gefährlichen Panikmache beteiligten sich auch Außenminister Heiko Maas (SPD), Katrin Göring-Eckardt (Grüne) und Horst Seehofer (CSU). Welcher Regierungsmitarbeiter bzw. welches Mitglied der Bundesregierung die falsche Nachricht gestreut hat, ist noch immer unklar. Wer will die wichtigen deutsch-amerikanischen Beziehungen auf diese Weise torpedieren? Möchte man damit vom Versagen der Berliner Politik ablenken?

Donald Trumps Großvater Frederick starb an der Spanischen Grippe.

Würde eine hiesige Firma einen Impfstoff gegen Corona entwickeln, wäre dies angesichts des wissenschafts- und unternehmerfeindlichen Gesamtklimas im grün-links dominierten Deutschland eine echte Überraschung. Mit Spannung darf auch auf israelische Forschungsinstitution geschaut werden – im jüdischen Staat forscht man dazu an mehreren Orten auf Hochtouren: am MIGAL-Forschungszentrum, am staatlichen Institut für biologische Forschung und beim Unternehmen VAXIL.

5. Warum deutet die Bundesregierung die antisemitische Tat von Halle in eine „islamfeindliche" um?

Am 19. März antwortet das Bundesinnenministerium auf eine Anfrage der SED/Die Linke zu islamfeindlichen Straftaten in Deutschland im vergangenen Jahr (www.ulla-jelpke.de/wp-content/uploads/2020/03/KA-19_17613-Islamfeindlichkeit.pdf). In der Antwort wird das versuchte Attentat von Stephan B. am 9. Oktober 2019 auf die Synagoge von Halle als „islamfeindlich" bezeichnet. Auch die beiden deutschen nicht-islamischen Mordopfer Jana L. und Kevin Sch. aus Halle werden als Opfer einer „islamfeindlichen" Tat dargestellt (sogar als die beiden einzigen Opfer islamfeindlicher Gewalt 2019!). Weder Ziel noch Opfer der Tat hatten etwas mit dem Islam oder Moslems zu tun. Weshalb findet diese Umdeutung des versuchten Attentats statt, die alle Juden in Deutschland beleidigt und sie erneut daran zweifeln lässt, dass der deutsche Staat auf ihrer Seite ist bzw. sie schützen will?

Die falsche Umdeutung der Tat wurde von der seit jeher anti-israelisch/antisemitisch eingestellten SED/Die Linke genüsslich in einer Pressemitteilung verbreitet und von zahlreichen Medien wie dem „Spiegel" am 28. März unkritisch als Falschmeldung veröffentlicht. Wie kann das in einem Land passieren, das die Verbundenheit mit den Juden immer wieder als Staatsräson deklariert?

Wird von irgendeinem Medium kritisiert, dass unsere Regierung unter Angela Merkel Kriminalitätsstatistiken manipuliert und Politiker anderer Staaten diffamiert? Nein! Die Medien sind zu Hofberichterstattern heruntergekommen. Zum Dank dafür, dass Frau Merkel ansonsten nach der Pfeife der führenden Redakteure in Deutschland tanzt, fassen sie sie mit Samthandschuhen an.

Beispielhaft ist hier ein Artikel aus der „Zeit", der folgendermaßen beginnt: „Emotional, empathisch und mit großer Kraft – Angela Merkel hat ihre Politik bisher nie fulminant erklärt. Ihre Ansprache zum Umgang mit dem Coronavirus aber ist eine Meisterleistung der Krisenkommunikation ...". Die Ministerpräsidenten von CDU, SPD, Grünen und der SED/Die Linke in den Bundesländern haben sich am 12. März ohne jegliche Diskussion mit einer weiteren Erhöhung der GEZ-Gebühren bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunksendern für die unkritische Berichterstattung bedankt. Genehme Zeitungen werden oft großzügig mit staatlichen Anzeigenaufträgen bedacht. Wo soll das enden, wenn Medien und Regierung paktieren statt sich gegenseitig zu kontrollieren?

Die viel zu späte Anklage der deutschen Bundesanwaltschaft gegen die IS-Rückkehrerin Omaima A.

Erst drei Jahre nach ihrer Einreise nach Deutschland wurde die Helferin der sadistischen Terrororganisation „Islamischer Staat" verhaftet. Ihr Fall beleuchtet ein lange verdrängtes Problem: Die islamistischen Täter leben unbehelligt unter uns.

Von Birgit Gärtner

Die IS-Unterstützerin Omaima A. konnte im Januar 2015 unbehelligt ins IS-Kalifat aus- und im September 2016 wieder nach Deutschland einreisen, obwohl ihre Familie bereits 2012 ins Visier des Verfassungsschutzes geraten war. Erst durch die Recherchen der libanesischen Journalistin Jenan Moussa wurde der Fall im Frühsommer 2019 bekannt, Omaima A. im September 2019 schließlich verhaftet und in Untersuchungshaft genommen. Am vergangenen Montag erhob die Bundesanwaltschaft Anklage.

Eine „wirklich gläubige" Muslimin

Ihre Vita liest sich wie aus einem Lehrvideo zur Ausbildung rechtgeleiteter Dschihadistinnen: Bereits 2011 hing sie nachweislich der salafistischen Ideologie an, 2012 trat ihre Familie mit dem Ansinnen an die zuständigen Behörden, im Hamburger Stadtteil Harburg ein Einkaufszentrum „for muslims only" zu errichten. Noura A., vermutlich ihre Mutter, betrieb zu diesem Zeitpunkt einen Internetshop, den „Mumin-Shop" – Mumin steht für „wirklich gläubig".

Im Mai 2012 organisierte Omaima A. eine Spendenkampagne für einen „Bruder", der wegen Polizistenmordes angeklagt war, 2015 folgte sie ihrem ersten Ehemann mitsamt den gemeinsamen Kindern in das IS-Gebiet. Nachdem dieser bei Kämpfen um Kobane ums Leben kam, heiratete sie nach islamischem Recht den Berliner Ex-Rapper Denis Cuspert alias Deso Dogg, den ranghöchsten deutschen IS-Funktionär. Sie versuchte per Email, Frauen für das Kalifat anzuwerben und hielt sich laut Anklage ein jesidisches Mädchen als Sklavin.

Als sie zum vierten Mal schwanger wurde und sich wohl zudem mit Deso Dogg überwarf, verließ sie das Kalifat und ließ sich unbehelligt wieder in Hamburg nieder. Darüber hinaus wollte sie einer als salafistisch eingestuften Organisation Spenden zukommen lassen. Business as usual einer Gotteskriegerin in Friedenszeiten.

Dank an Jenan Moussa

Hätte die libanesische Journalistin Jenan Moussa nicht Omaima A.s Handy gefunden und sie an ihrem neuen Wohnsitz aufgespürt, dann würde diese vermutlich immer noch unbehelligt ihrer neuen Tätigkeit als Übersetzerin und Eventmanagerin nachgehen. Da Jenan Moussa der Hamburger Staatsanwaltschaft ihr umfangreiches Belastungsmaterial präsentierte, wurde Omaima A. am 9. September 2019 verhaftet und in Untersuchungshaft genommen. Am 16. März 2020 erhob die Bundesanwaltschaft Klage gegen sie, sodass ihr vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht (OLG) der Prozess gemacht wird.

Die Begründung der Bundesanwaltschaft liest sich folgendermaßen:

„Anklage gegen ein mutmaßliches Mitglied der ausländischen terroristischen Vereinigung ‚Islamischer Staat (IS)' wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit u.a. erhoben.

Der 1975 in Berlin geborene und 2018 in Syrien getötete Ex-Rapper und Islamist Deso Dogg war mit der jetzt verhafteten Omaima A. verheiratet.

Die Bundesanwaltschaft hat am 6. März 2020 vor dem Staatsschutzsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Hamburg Anklage gegen die deutsche und tunesische Staatsangehörige Omaima A. erhoben.

Die Angeschuldigte ist hinreichend verdächtig, sich als Mitglied an der ausländischen terroristischen Vereinigung ‚Islamischer Staat (IS)' beteiligt zu haben (§ 129a Abs. 1 Nr. 1, § 129b Abs. 1 Sätze 1 und 2 StGB). Zudem ist sie wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit (§ 7 Abs. 1 Nr. 3 VStGB), Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflicht (§ 171 StGB), Menschenhandels zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft zulasten eines Kindes unter 14 Jahren (§ 233 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3, § 232 Abs. 3 Nr. 1 und 2 StGB a. F.), Freiheitsberaubung (§ 239 Abs. 1 StGB) und Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz (§ 22a Abs. 1 Nr. 6 KrWaffKontrG) angeklagt. (…)

Später zog die Familie in Raqqa in eine gemeinsame Wohnung. Fortan führte Omaima A. den Haushalt und erzog die gemeinsamen Kinder im Sinne der IS-Ideologie. Hierdurch ermöglichte sie ihrem damaligen Ehemann Nadar H., für die terroristische Vereinigung als Kämpfer tätig zu werden. Von dem IS erhielten sie sowohl für sich als auch für ihre Kinder monatliche finanzielle Zuwendungen. Im März 2015 übte die Angeschuldigte zudem die tatsächliche Gewalt über ein Sturmgewehr Kalaschnikow AK 47 aus.

Zwischen Frühjahr und Sommer 2015 hielt Omaima A. ein 13-jähriges jesidisches Mädchen über einen nicht bekannten Zeitraum als Sklavin. Das Mädchen war zuvor von dem ‚Islamischen Staat' versklavt worden und der Angeschuldigten von einer Freundin vorübergehend zur eigenen Verwendung überlassen worden. Dabei handelte die Angeschuldigte entsprechend der Ideologie des IS. Hiernach sollte der jesidische Glaube ausgerottet werden. Zudem war aus Sicht des IS die Versklavung jesidischer Frauen religiös gerechtfertigt."

„Palästinenser-Präsident“ Abbas: Im 16. Jahr seiner vierjährigen Amtszeit

Dass der vermeintlich moderate Terror-gegen-Israel-Unterstützer Machmud Abbas schon seit Langem nicht mehr demokratisch legitimiert ist und sogar politisch missliebige Journalisten einsperren lässt, wird von der deutschen Politik und der EU wohlwollend geduldet.

Von Khaled Abu Toameh (Redaktion Audiatur)

MENAHEM KAHANA, AFP

Viele Akteure, mit denen der „ewige Präsident“ zu tun hatte, sind längst Vergangenheit: Machmud Abbas und Ariel Scharon, 2003.

Am 2. März, gingen die israelischen Wähler zum zehnten Mal seit der Unterzeichnung der Osloer Abkommen mit den „Palästinensern“ 1993 an die Wahlurnen. Die „Palästinenser“ hingegen hatten seither nur vier Wahlen – zwei für die Präsidentschaft der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ (PA) und zwei für das „palästinensische“ Parlament, den „Palästinensischen Legislativrat“ (PLC).

Die letzten „palästinensischen“ Wahlen fanden 2006 statt. Die Hamas, die islamistische Bewegung, die den Gaza-Streifen regiert, gewann 44,4 % der Stimmen (74 Sitze), während die rivalisierende Fatah-Fraktion von Präsident Machmud Abbas 41,4 % der Stimmen (45 Sitze) erhielt. Der „Palästinensische Legislativrat“ hat 132 Sitze.

Ein Jahr nach den Wahlen des PLC ergriff die Hamas nach dem Sturz des PA-Regimes von Abbas gewaltsam die Kontrolle über den Gaza-Streifen. Der Hamas-Putsch führte zu einer Spaltung zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen und hat seitdem das „palästinensische“ Parlament praktisch gelähmt.

Die „Palästinenser“ sind die einzigen Menschen im Nahen Osten, die kein funktionierendes Parlament haben. Im Jahr 2018 beschloss Abbas, den PLC aufzulösen und sagte, er werde innerhalb von sechs Monaten Wahlen abhalten. Dieser Schritt von Abbas wurde von vielen „Palästinensern“ scharf kritisiert und sie beschuldigten ihn, die „Palästinensische Autonomiebehörde“ und ihre Institutionen unter seine Kontrolle bringen zu wollen.

Der 84-jährige Abbas hat sein Versprechen, „innerhalb von sechs Monaten“ Parlamentswahlen abzuhalten, nicht eingehalten. Wer braucht ein Parlament, wenn man einen Präsidenten hat, der kürzlich in das 16. Jahr seiner vierjährigen Amtszeit eingetreten ist? Wer braucht lästige Parlamentarier, die ihren Präsidenten und die Regierung belästigen, indem sie unbequeme Fragen stellen oder – noch schlimmer – die Leistung der „palästinensischen“ Führung kritisieren?

Das Fehlen eines parlamentarischen Alltags für die „Palästinenser“ war für Abbas, der seinen politischen Rivalen und Kritikern gegenüber weiterhin null Toleranz zeigt, in der Tat sehr praktisch.

Erst diese Woche befahl Abbas seinen Sicherheitskräften im Westjordanland, einen weiteren „palästinensischen“ Journalisten, Ayman Kawarik, zu verhaften, weil er kritische Kommentare auf Facebook gepostet hatte. Kawarik ist bei weitem nicht der erste „palästinensische“ Journalist, der in den Gefängnissen von Abbas landete, weil er seine Meinung geäußert hat. Niemand spricht jemals kritisch über die „palästinensische“ Führung.

Mit diesem harten Vorgehen gegen Kritiker begegnet Abbas also den wenig schmeichelhaften Kommentaren der „palästinensischen“ Journalisten. Auch die Fähigkeit, Kritik von Mitgliedern des (längst nicht mehr funktionierenden) Parlaments zu tolerieren, fehlt ihm.

Obwohl das „palästinensische“ Parlament eigentlich seit 2007 nicht mehr funktioniert, hat Abbas auf die Äußerungen bestimmter Parlamentsmitglieder reagiert, indem er ihnen ihre Immunität entzogen oder ihre Gehälter gekürzt hat.

Im Jahr 2016 entzog Abbas fünf Parlamentsmitgliedern die parlamentarische Immunität: Jamal Tirawi, Shami al-Shami, Najat Abu Bakr, Nasser Juma'ah und Mohammed Dahlan. Ein Jahr später beschloss Abbas auch, die Zahlung der Gehälter an mehrere Abgeordnete einzustellen, darunter einige, die seiner eigenen Fatah-Fraktion angehören.

Araber leben freier unter Juden als unter Arabern

Während „palästinensischen“ Parlamentsmitgliedern die Gehälter und die parlamentarische Immunität sowie die Meinungsfreiheit und die Möglichkeit, ihre parlamentarische Arbeit auszuüben, entzogen wurden, können arabische Knesset-Abgeordnete in Israel über die israelische Regierung und ihre Politik sagen, was immer sie wollen, ohne auch nur einen Gedanken an mögliche Folgen zu verschwenden.

Der arabische Knesset-Abgeordnete Ahmad Tibi zum Beispiel war ein vehementer und lautstarker Kritiker des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und der Politik seiner Regierung. Da Tibi und seine arabischen Kollegen in der Knesset in Israel leben, können sie bei Parlamentswahlen kandidieren und ihre Meinung ohne Angst vor Vergeltungsmaßnahmen äußern. Würden die arabischen Knessetmitglieder unter dem Abbas-Regime leben, wären die wahrscheinlichen Szenarien eine Verhaftung oder Schlimmeres.

Die „palästinensischen“ Parlamentsmitglieder können ihre arabischen Kollegen in Israel nur beneiden über die grundsätzliche Existenz freier Wahlen – und über die außergewöhnliche Freiheit, welche die arabischen Bürger Israels genießen. Unter der Herrschaft der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ hätten Tibi und seine Kollegen nicht sehr lange durchgehalten.

Im September 2019 gelobte Abbas – diesmal während einer Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen – erneut, längst überfällige Parlamentswahlen im Westjordanland abzuhalten.

Schwätzer Abbas

Bislang haben jedoch noch keine Wahlen stattgefunden. Wie zu erwarten war, gibt Abbas die Schuld für sein eigenes törichtes Verhalten Israel: Es kann keine Wahlen geben, wenn Israel die Wahl nicht in Jerusalem zulässt. Obwohl Israel nicht gesagt hat, dass es den Arabern in Jerusalem die Teilnahme an den „palästinensischen“ Wahlen verbieten würde, hat Abbas – zusammen mit der Europäischen Union – versucht, es so aussehen zu lassen, als ob Israel die geplante Wahl absichtlich behindert. Dasselbe hat er zuvor auch der Hamas vorgeworfen: die Behinderung der Wahl.

Abbas, so scheint es, will keine Neuwahlen, nicht für die Präsidentschaft und nicht für das Parlament. Er würde es zweifellos vorziehen, die PA weiterhin als sein privates Königreich zu führen. Warum sollte sich Abbas, der im Januar 2005 gewählt wurde, mit einer neuen Präsidentschaftswahl beschäftigen, die ihm Zeit und Energie für den Wahlkampf abverlangt? Außerdem scheint Abbas keinem „Palästinenser“ das Vergnügen zu gönnen, ihn bei irgendeiner Wahl herauszufordern. Hat er sich, was ihn betrifft, nicht das Recht verdient, Präsident auf Lebenszeit zu sein?

So wird Abbas seinen Fehler von 2006, als die Hamas die Parlamentswahlen gewann, nicht wiederholen. Ein von der Hamas dominiertes Parlament wäre nur eine Qual für seine Helfer und ihn.

Während sich die israelischen Wähler zu den Wahlurnen begaben, sprach Abbas weiter über seinen Wunsch, seinem Volk die Möglichkeit zu geben, seine Parlamentsmitglieder und den Präsidenten zu wählen. Versuchen Sie auch nur einen „Palästinenser“ zu finden, der ihm glaubt.

Vorerst müssen die „Palästinenser“ im Westjordanland und im Gazastreifen weiterhin die Realität akzeptieren, unter den nicht gewählten und totalitären Machthabern der PA und der Hamas zu leben. Für die „Palästinenser“ ist jede israelische Wahl eine traurige Erinnerung an das katastrophale Versagen der „palästinensischen“ Führung und das völlige Fehlen von Demokratie unter der PA und der Hamas.

Unterdessen ignoriert die internationale Gemeinschaft weiterhin, dass den „Palästinensern“ die Möglichkeit verweigert wird, Wahlen abzuhalten. Israel zu verurteilen, kann eine Vollzeitbeschäftigung sein, die wenig Raum für die Erinnerung daran lässt, dass den „Palästinensern“ seit 14 Jahren das Recht, einen Wahlzettel anzufassen, vorenthalten wird.

Khaled Abu Toameh ist ein preisgekrönter arabisch-israelischer Journalist und TV-Produzent. Auf Englisch zuerst erschienen bei Gatestone Institute. Übersetzung Audiatur-Online.

Stammt der Name „Chebli“ aus Algerien?

Die Geschichte des Landes Israel ist jüdisch, nicht „palästinensisch“: Die Ortsnamen haben fast ausnahmslos jüdische Wurzeln und die Familiennamen der sogenannten „Palästinenser“ stammen wie der Name Chebli auffallend häufig aus anderen, entfernten Regionen der arabischen Welt.

Von Dr. Yechiel Shabiy (Redaktion Audiatur)

Sawsan Chebli (hier mit US-Botschafter Richard Grenell) behauptet eine „palästinensische“ Abstammung. Ihr Familienname kommt aber vor allem im westlichen Nordafrika vor.

Die Behauptung der gewählten Vertreter der israelisch-arabischen Bevölkerung, sie seien die ursprünglichen Eigentümer des Landes, während die jüdischen Bürger Israels (und damit der Staat Israel selbst) „koloniale Eindringlinge“ seien, ist eine völlige Umkehrung der historischen Realität.

Die gewählten Politiker der arabischen Bevölkerung Israels behaupten, dass die „Palästinenser“ die ursprünglichen Eigentümer des Landes sind – eine einheimische Minderheit, die von ausländischen Invasoren enterbt wurde. Nach dieser Vorstellung, die darauf abzielt, die zionistische Geschichte über die Rückkehr des jüdischen Volkes in seine historische Heimat zu untergraben, sind die Araber des Landes Israel – wie die Indianer in Amerika, die Ureinwohner in Australien und die Zulu-Stämme in Südafrika – Opfer des europäischen Imperialismus/Kolonialismus, der sie zu einer entrechteten und unterdrückten Minderheit in ihrem eigenen Land machte. Von diesem Standpunkt aus gesehen sei der Zionismus eine grobe Perversion des Judentums, weil die Juden kein Volk, sondern nur eine religiöse Gemeinschaft ohne nationale Attribute oder Bestrebungen darstellen, geschweige denn ein Recht auf einen eigenen Staat, selbst in einem winzigen Teil des islamisch-arabisch-„palästinensischen“ Erbes.

Diese These ist nicht nur ohne jegliche Grundlage, sondern eine völlige Umkehrung der historischen Wahrheit.

Es waren arabisch-muslimische Invasoren, die in dem Jahrzehnt nach dem Tod des Propheten Mohammed als aufsteigende imperialistische Kraft in das Land Israel kamen und die Grundlage für die Kolonisierung dieses Landes durch eine lange Reihe von muslimischen Reichen bis zum Fall des Osmanischen Reiches am Ende des Ersten Weltkriegs legten. Während dieser langen Ära identifizierten sich die nichtjüdischen und nichtchristlichen Bewohner des Landes als Muslime – nicht als Araber und schon gar nicht als „Palästinenser“ – bis zum Ersten Weltkrieg, als die Idee des arabischen Nationalismus mit Hilfe des britischen Imperialismus an Fahrt gewann.

Die „palästinensischen“ Namen deuten auf eine ausländische Herkunft hin

Man braucht sich nur die üblichen Familiennamen der „Palästinenser“ anzusehen, um ihre kolonialistische Herkunft zu erkennen: Hijazi, von den Hijaz auf der Arabischen Halbinsel, von denen die ursprünglichen Invasoren kamen; Bosniak, aus Bosnien; Turk, aus der Türkei; Halabi, aus Syrien; Hindi, aus Indien; Jemen, aus dem Jemen; Masarwa/Masri/al Masri, aus Ägypten; Mughrabi, aus dem Maghreb, und so weiter.

Im Gegensatz dazu zeugen unzählige Ortsnamen im Land Israel von einer jüdischen Präsenz über Tausende von Jahren. Nehmen Sie zum Beispiel den Narbeta-Fluss im Norden Samarias. Narbeta, die aramäische Aussprache von Arubot, der biblischen Stadt, in der einer der 12 Gouverneure König Salomos lebte, beherrschte die gesamte Region Nordsamarien. In Narbeta, so erzählt Yosef ben Matityahu (Josephus), schlachteten die Römer während des Großen Aufstandes (66-73 n.Chr.) Tausende von Juden ab. Das Gebiet ist voller archäologischer Überreste aus dem Zweiten Tempel, der mischnaischen und talmudischen Epoche.

Die römisch-byzantinische Herrschaft wurde von der jüdischen Bevölkerung nicht angenommen und diese rebellierte im Laufe der Jahrhunderte immer wieder gegen die römische Herrschaft. Der Große Aufstand führte zu einer erheblichen Dezimierung der jüdischen Bevölkerung, aber es waren der Bar Kochba-Aufstand (132-35) und die nachfolgenden religiösen und wirtschaftlichen Dekrete, die die Bevölkerung vor allem in der Region Judäa vernichteten. Von den Eigentümern jüdischer Güter und den Bauern wurden hohe Steuern erhoben und die Betroffenen suchten in den nahegelegenen Gebieten, vor allem in Syrien, Zuflucht.

Besorgt über den jüdischen Charakter und die Demographie des Landes Israel versprachen die Weisen denjenigen, die im Land wohnten und sogar denjenigen, die nur vier Ellen darin gingen, ein Leben in der nächsten Welt. Mit den Worten von Rabbi Meir: „Wer seine Kinder im Land Israel aufzieht, dem ist ein Platz in der zukünftigen Welt versprochen“. Die Siedlungstätigkeit blühte, insbesondere in Galiläa, Samarien und den Hügeln von Süd-Hebron. Dutzende von Gemeinden entwickelten sich, darunter Tiberias, Baram, Gush Halav, Yota, Eshtemoa, Halhoul, Kfar Kanna, Arraba und Sachni.

Juden konvertieren zum Christentum

Mit der christlichen Vorherrschaft im Römischen Reich verschlechterte sich das Schicksal der Juden. Ganze Bevölkerungsgruppen von Juden und Nichtjuden konvertierten zum Christentum und die jüdische Präsenz schrumpfte stark. Nicht umsonst spielten die Juden des Landes Israel eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der persischen Eroberer im Jahr 614.

Im Jahr 628 besiegte der byzantinische Kaiser Heraklius die Perser. Obwohl er den Juden und ihrem Führer Benjamin von Tiberias versprochen hatte, dass ihnen nichts geschehen würde, wenn sie die Waffen niederlegen würden, brach er sein Versprechen und ermordete Tausende von Juden.

Weniger als ein Jahrzehnt später eroberten die Muslime mit Hilfe der jüdischen Bevölkerung das Land. Obwohl die jüdische Bevölkerung in der Landwirtschaft und in den Städten während der muslimischen Herrschaft weiterhin in guter Verfassung war, wurde sie von der Eroberung durch die Kreuzritter und der anschließenden Eroberung durch die Mamluken hart getroffen.

Wie aus Beschreibungen jüdischer und christlicher Pilger hervorgeht, lebten Juden bis zum 18. und 19. Jahrhundert in jüdischen Dörfern in Galiläa wie Kfar Hanania, Parod, Baram, Alma, Ein Zeitim, Kfar Kanna und anderen. Es waren die osmanischen Türken, die die jüdischen Dorfbewohner zwangen, ihre Häuser zu verlassen, entweder durch Vertreibung, Diskriminierung, Verfolgung oder Erhöhung ihrer Steuern, was die Juden dazu veranlasste, in die Städte Safed, Tiberias, Akkon, Haifa und sogar Tyrus und Sidon zu wandern.

In der Region Nordsamaria lebten Juden in Anin bei Umm al-Fahm und bauten Zitronen für den Handel an, bis die Türken dort jemenitische Araber ansiedelten. Darüber hinaus wurde die Gemeinde Bitra (Bitron auf Aramäisch) zu Barta'a. In diesem Dorf und seiner Umgebung siedelten sich der große Kaba-Clan, ein Zweig des Banu-Hilal-Stammes aus Saudi-Arabien, sowie der Masarwa-Clan aus Ägypten an.

Die Araber ersetzten Wein durch Oliven

Die nordsamarischen Berge sind mit Tausenden von Überresten von Weinpressen und Terrassen übersät, die den jüdischen und samaritanischen Bewohnern der Region als Weinberge dienten. Als die muslimische Bevölkerung die Macht übernahm, brach die Weinindustrie zusammen und wurde durch den Oliven- und Johannisbrotanbau ersetzt.

Das Land spricht hebräisch. Die Namen der Gemeinden haben im Hebräischen eine linguistische Bedeutung: Jaffa = yafeh (schön), Haifa = hofa shel ihr (Ufer einer Stadt), Shikmona = shkamim (Bergahorn), Nazareth = notzeret/shomeret (Wächter), Beit Guvrin = ihr hag'varim/hat'kifim (Stadt der Starken), und so weiter. Als die Araber diese Orte eroberten, sprachen sie die Namen auf ihre eigene Weise aus, verzerrten sie und veränderten ihre Bedeutung: So wurde aus Shfaram (was „ein Volk, dessen Glück sich gebessert hat“ bedeutet) Shfa'amr, Ganim wurde Jenin, Bitra wurde Barta'a, Ashdod wurde Isdud, Tur Karem (was „Berg der Weinberge“ bedeutet) wurde Tulkarem und Jordanien wurde zu Urdan. Alles Namen ohne sprachliche Bedeutung im Arabischen.

Wie der israelische militärische und politische Führer Yigal Allon sagte, hat ein Volk das seine Vergangenheit nicht kennt, eine karge Gegenwart und eine ungewisse Zukunft. Als Ahmed Tibi, ein israelisch-arabisches Mitglied der Knesset, bei Präsident Reuven Rivlin protestierte, dass die Araber des Landes Israel die einheimischen Bewohner des Landes und damit seine Herren seien, hätte der Präsident ihm angemessen antworten müssen, wie es das Diktum der jüdischen Weisen besagt: „Wisse, wie man einem Ignoranten antwortet“.

Heute sind die Winzereien und die Weinbaugebiete in die Berge Samarias zurückgekehrt und am Feiertag des Tu Bishvat werden immer mehr Weinstöcke gepflanzt. Die Erklärung von US-Außenminister Mike Pompeo über die Legalität der jüdischen Gemeinden im Westjordanland sowie der auf diesem Prinzip basierende Friedensplan von Präsident Trump bieten eine einzigartige Gelegenheit, die Souveränität auf alle israelischen Gemeinden im Westjordanland anzuwenden, einschließlich der Gemeinden im Norden Samarias, wo der Narbeta-Fluss fließt.

Dr. Yechiel Shabiy ist Forscher am Begin-Sadat Center for Strategic Studies (BESA Center) und Dozent für Politikwissenschaft an der Bar-Ilan Universität. Er ist spezialisiert auf den arabisch-israelischen Konflikt, islamistische Bewegungen und national-religiöse Radikalisierung unter den israelischen Arabern.

Die Vertreibung der „palästinensischen“ Christen

Während christliche Offizielle damit beschäftigt sind, Israel die Schuld an ihrem Exodus aus der Region zuzuschieben, werden die Christen in Bethlehem erneut von moslemischen Verbrechern und Schlägern ins Visier genommen.

Von Bassam Tawil (Redaktion Audiatur)

Musa Al SHAER, AFP

Christen beten in der Geburtskirche von Bethlehem.

Das jüngste Opfer dieser gegen Christen gerichteten Gewalt ist Dr. Salameh Qumsiyeh, ein Gynäkologe aus Bethlehem, der am 18. Februar 2020, als er mit seinem Auto durch das Stadtzentrum fuhr, von nicht-identifizierten Schlägern brutal angegriffen wurde.

Aussagen von Augenzeugen zufolge stoppten vier maskierte Angreifer das Auto von Qumsiyeh und schlugen ihn mit Knüppeln und scharfkantigen Werkzeugen, bevor sie vom Tatort flohen. Qumsiyeh wurde auf dem schnellsten Weg ins Krankenhaus gebracht, wo die Ärzte feststellten, dass er schwere Verletzungen erlitten hatte.

Die Familie des Arztes, eine der größten christlichen Familien in der Gegend von Bethlehem, veröffentlichte eine Erklärung, in der sie den Angriff scharf kritisierte und ihn als „sündigen und verachtenswerten Angriff einer Gruppe von Feiglingen und Personen, die Gesetze und nationale und soziale Normen verletzen,“ bezeichnete. Die Familie brachte darüber hinaus ihre Bestürzung über den Angriff zum Ausdruck und beteuerte, dass er von „Söldnern“ durchgeführt worden sei. Sie forderte die Sicherheitskräfte der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ (PA) auf, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um „die Feiglinge zu verhaften und sie vor Gericht zu bringen“.

Auch „palästinensische“ Gruppen in der Gegend von Bethlehem verurteilten den „brutalen und feigen“ Angriff auf Qumsiyeh. „Wir verurteilen diese feige und verdächtige Tat, die nicht mit unseren Traditionen vereinbar ist, auf das Schärfste“, betonten die Gruppen in einer Erklärung.

Das Holy Family Hospital in Bethlehem verurteilte den Angriff auf Qumsiyeh ebenfalls und forderte die „palästinensischen“ Sicherheitskräfte auf, die Täter zu ergreifen und vor Gericht zu bringen.

Eine 63-jährige christliche Mutter starb

Der Angriff auf Qumsiyeh erfolgte nur wenige Wochen nach dem Angriff auf eine Christin aus der Stadt Bait Dschala, in der Nähe von Bethlehem, die starb, als Polizeibeamte der PA eine Razzia in ihrem Haus durchführten, um ihren Sohn Yusef wegen unbezahlter Schulden zu verhaften. Bei dieser Frau handelte es sich um die 63-jährige Terez Ta'amneh.

Ihre Tochter Marian al-Hajal beschuldigte die Sicherheitskräfte der „Palästinensischen Autonomiebehörde“: „Ihr habt meine Mutter getötet“ und sagte weiter, dass sie als Christin kein Vertrauen in das „palästinensische“ Gesetz und die „palästinensische“ Polizei habe. „Die sieben Polizeibeamten, die die Razzia in unserem Haus durchführten, wurden angeführt von Jamal Hmeid, dem Neffen von Kamel Hmeid, dem palästinensischen Gouverneur Bethlehems“, erklärte sie.

Am Vorabend des vergangenen Weihnachtsfests beklagte sich die 76-jährige Fairouz Ijha, eine Christin aus Bethlehem, darüber, dass sie seit zwei Jahren vor Gericht darum kämpft, ein ihrer Familie gehörendes Stück Land zurückzuerhalten, das von Muslimen illegal beschlagnahmt wurde. „Jedes Mal, wenn ich den Richter um Erlaubnis bat, das Wort ergreifen zu dürfen, sagte er mir: ‚Sie sind noch nicht dran‘“, erklärte Fairouz. „Wäre ich Muslimin, wäre ich anders behandelt worden.“

Missliche Lage der Christen

Eine christliche Lehrerin, die sich „Diana“ nannte, betonte, dass die Diskriminierung von Christen nicht neu sei und sogar zugenommen habe. „Die [palästinensische] Polizei hat unterschiedliche Gesetze für Muslime und Christen“, versicherte sie. „Wenn es zum Beispiel zu einem Autounfall kommt, an dem ein Christ und ein Muslim beteiligt sind, ergreift die Polizei immer die Partei des Muslims.“

Die missliche Lage der Christen, die unter der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ im Westjordanland und unter der Hamas im Gazastreifen leben, wird von der internationalen Gemeinschaft und ausländischen Journalisten, die im Nahen Osten leben, oft ignoriert.

Es ist erwähnenswert, dass die christliche Bevölkerung in der Gegend von Bethlehem von 86 % im Jahr 1950 auf nunmehr weniger als 12 % zurückgegangen ist. Im gesamten Westjordanland machen die Christen heute weniger als 2 % der Bevölkerung aus, während es in den 1970er Jahren noch 5 % waren.

Im von der Hamas regierten Gazastreifen ist die Situation der Christen noch schlimmer. Die Zahl der dort lebenden Christen ist im Vergleich zu 4.200 im Jahr 2007 auf nur noch wenige Hundert gesunken.

„Die Hamas hat mein Haus übernommen und es in ein Kriegslager verwandelt“, sagte Kamal Teresi, ein Christ, der vor kurzem aus dem Gazastreifen geflohen war.

„Ich wurde mehrfach ins Gefängnis gesteckt, und das Hamas-Gefängnis besteht nur aus Prügel und psychologischer Folter. Wir Christen sind keine Zaungäste in Palästina; wir leben seit 2000 Jahren in Palästina; wir sind keine Gäste. Sie [die Hamas] schikanieren und schädigen die christliche Öffentlichkeit und christliche Institutionen, Kirchen und Verbände. Ich kann nicht in den Gazastreifen zurückkehren; eine Rückkehr wäre mein Todesurteil.“

Während die christliche Bevölkerung sagt, dass sie sich unter der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ und der Hamas nicht mehr sicher fühlt, lügen ihre Führer die Welt weiterhin in Bezug auf die missliche Lage ihrer Gemeinde an. Anstatt die Verfolgung von Christen durch die Palästinensische Autonomiebehörde und die Hamas anzuprangern, sind diese christlichen Führer damit beschäftigt, Israel die Schuld zuzuschieben.

Diese christlichen Führer, die vielleicht vermeiden wollen, selbst ins Visier zu geraten, scheinen die Welt glauben machen zu wollen, dass die Christen aus Bethlehem und dem Gazastreifen aufgrund der israelischen Sicherheitsmaßnahmen gegen Terroristen fliehen, und nicht aufgrund der Gräueltaten, die von den „palästinensischen“ Behörden und den Muslimen im Westjordanland und im Gazastreifen verübt werden.

Wenn das wahr wäre, warum fliehen dann nicht auch die Muslime aufgrund der angeblich Taten Israels? Die Sicherheitsmaßnahmen Israels richten sich im Übrigen in der Regel nicht gegen Christen, sondern gegen „palästinensische“ Muslime, die in terroristische Aktivitäten verwickelt sind. Wenn jemand einen guten Grund hat, vor den israelischen Sicherheitskräften zu fliehen, dann sind es die muslimischen Terroristen und ihre Familien, und nicht friedliche und wehrlose Christen, von denen die meisten nicht an anti-israelischen Aktivitäten oder am Terrorismus beteiligt sind.

Was tun die christlichen Führer Palästinas, um ihre Gemeinschaft zu verteidigen? Unglücklicherweise lautet die Antwort: nichts. Einige stellen sich sogar auf die Seite der Muslime, die Verleumdungen gegen Israel verbreiten.

Verleumdungskampagne gegen Israel

Einer dieser Geistlichen ist das Oberhaupt der Diözese Sebastia der Griechisch-Orthodoxen Kirche in Jerusalem, Erzbischof Atallah Hanna, der kürzlich behauptete, Israel habe ihn im Rahmen eines offenbar fehlgeschlagenen Attentats „vergiftet“. Hanna, der für seine bösartige Hetze gegen Israel bekannt ist, behauptete, er habe eine gefährliche Menge Gift eingeatmet, als ein Gasbehälter durch das Fenster seines Zimmers in der Kirche geschossen wurde.

Später stellte sich heraus, dass Hannas Vorwürfe völlig unbegründet waren und lediglich die Fortsetzung einer verabscheuungswürdigen Verleumdungskampagne gegen Israel darstellten.

Eine Untersuchung der israelischen Behörden ergab, dass die Kirche ein israelisches Unternehmen beauftragt hatte, in der Kirche Pestizide zu sprühen. „Wir erwarten von einem Geistlichen, dass er bei der Wahrheit bleibt“, erklärte das israelische Außenministerium in Reaktion auf die Verleumdung von Hanna, „und dass Geistliche auf der ganzen Welt diese ungeheuerlichen falschen Behauptungen anprangern und von der Verbreitung dieser Verleumdung absehen.“

Hanna ist, wie andere christliche Führer in Palästina, nicht nur ein Lügner, sondern auch ein Verräter gegenüber seiner eigenen Gemeinde. Hanna hat sich nicht zu dem Angriff auf Qumsiyeh und andere Christen in Bethlehem geäußert. Er schert sich nicht um das Leiden seiner Gemeinde unter der repressiven islamistischen Herrschaft der Hamas im Gazastreifen.

Indem sie den wahren Grund für die Flucht der Christen aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen ignorieren, bestärken Führer wie Hanna die christfeindlichen Muslime und erlauben ihnen, ihre Angriffe auf die dort lebenden Christen fortzusetzen.

Was die internationale Gemeinschaft und die christlichen Institutionen auf der ganzen Welt betrifft, so ist es ihre oberste Pflicht, diese Verleumdungen von christlichen Führern Palästinas auf ihre sachliche Richtigkeit hin zu überprüfen. Wenn sie dies nicht tun, wird der Tag kommen, an dem kein einziger Christ mehr in Bethlehem, im Gazastreifen und höchstwahrscheinlich auch im Nahen Osten übrigbleibt, mit Ausnahme Israels, wo ihre Zahl zunimmt.

Bassam Tawil ist ein im Nahen Osten lebender muslimischer Araber. Auf Englisch zuerst erschienen bei Gatestone Institute. Übersetzung Audiatur-Online.

Israel von oben

Der jüdische Staat hat eine lebendige Sportflieger-Szene – ein Erlebnisbericht mit beeindruckenden Luftbildern israelischer Landschaften.

Von Rainer Brorsen

Blick auf die Hafenstadt Aschdod

In Israel gibt es allen – gerade auch militärisch bedingten Beschränkungen zum Trotz – eine lebendige Szene der fliegerischen Grundlagenschulung sowie von Hobbypiloten, die sich in gemieteten oder in einigen Fällen auch eigenen, meist einmotorigen Propellerflugzeugen über Israels außerordentlich abwechslungsreicher Landschaft vergnügen. Diese „Kleinfliegerei“ hat ihre Heimatbasis natürlich nicht am großen internationalen Flughafen Ben Gurion (fliegerisch: ICAO LLBG), sondern geht im Wesentlichen von dem überschaubaren kleinen Landeplatz in Herzliya (ICAO LLHZ) aus. Der Autor, früher selber recht erfahrener Privatpilot, hat mehrere schöne Flugzeugausflüge über Israel „auf dem Beifahrersitz“ mitgemacht und auch photographisch dokumentiert.

Der Herzliya-Flugplatz liegt nördlich von Tel Aviv und ist gut erreichbar; direkt am besten mit dem eigenen Wagen oder per Pickup. Am Eingang erwartet den vorab angemeldeten Fliegergast eine Ausweiskontrolle von gut bewaffneten, wachsamen, aber freundlichen Sicherheits-Mitarbeitern. Dies ist unkompliziert, nach kurzen Rückfragen und wenigen Minuten erledigt und die Zufahrt zu dem im Wesentlichen von Kleinflugzeugen (1- bis 2-motorige Flugzeuge und einige wenige Hubschrauber) vorwiegend für Schulungen genutzten Flugplatz frei.

Die dortigen Flugschulen werben natürlich, wie überall auf der Welt, mit der ganz großen Karriere als Verkehrsflugzeugführer. Denn schließlich: sie alle haben einmal klein angefangen. Der Pilot unserer einmotorigen Cessna 172 ist bereits recht erfahren und auf dem Wege zum Verkehrsflugzeugführer. Er freut sich, mit uns zusammen ein weiteres Mal wichtige Flugstunden für den nächsten Ausbildungsschritt günstig sammeln zu können.

Nach allen notwendigen Flugvorbereitungen, Flugzeug-Checks, Briefings und Freigaben (fliegerisch: LLHZ ist eine Kontrollzone CTR) befinden wir uns bereits auf dem Rollweg vom Herzliya Airfield und freuen uns auf einen schönen Flug Richtung Negev bei ziemlich gutem Wetter über Israel.

Nach dem Start drehen wir in eine Linkskurve, melden uns beim Tower von Herzliya ab und kontaktieren den nördlichen militärischen Radar Controller mit dem passenden Rufzeichen „Pluto“: sämtliche Flüge über Israel sind nämlich Radar-kontrolliert (fliegerisch: ähnlich CVFR). Nun fliegen wir entspannt an der Küste Tel Avivs entlang und kommen als erstes an dem kürzlich, nach langen politischen Kämpfen dichtgemachten dortigen Stadtflughafen Sde Dov (ICAO ehemals: LLSD) vorbei, dessen Landebahn direkt am ersten Tage nach der Rechtsgültigkeit des Schließungsbeschlusses wegplaniert und damit „vorsichtshalber“ endgültig unbrauchbar gemacht wurde.

Werbeplakat einer Segelfliegerschule

Das Solarturmkraftwerk nahe dem Kibbuz Aschalim südlich von Beerscheba in der Negev-Wüste

Wir fliegen weiter an der Küste entlang an den Badeorten Bat Yam sowie der Hafenstadt Ashdod und der Einwandererstadt Ashkelon vorbei in Richtung Gaza.

Bevor wir allerdings an der arabischen Terror-Enklave ankommen, drehen wir weiter nach Süden ab in Richtung der Wüstenstadt Beerscheva, wo wir vor der Skyline der Stadt im Hintergrund einen tiefen Überflug über die Landebahn des dortigen kleinen Flugplatzes (ICAO LLBS) machen (fliegerisch: low pass).

Weiter geht es nach Ashalim mitten in der Negev-Wüste, wo ein hochmodernes Solarkraftwerk mit 121 Megawatt Leistung in einem 240 Meter hohen Turm Wasser mit der Sonnenreflektion aus mehr als 3 Quadratkilometern Spiegeln aufheizt. Es ist eines der größten Solarkraftwerke der Welt.

Unsere letzte Ausflugsstation ist nun Mitzpe Ramon mit seinem legendären Erosionskrater in der Wüste Negev. In der größten Ausdehnung misst er fast 40 km, er ist zwischen zwei und zehn Kilometern breit und 500 Meter tief. Direkt am Kraterrand hat in Mitzpe Ramon vor einigen Jahren ein Luxushotel aufgemacht, welches praktisch nur von dem gigantischen Ausblick lebt. Auch aus der Luft ist der Riesenkrater für uns ein großartiger Anblick.

Nun heißt es langsam umkehren, denn als Privatflieger (fliegerisch: VFR) müssen wir kurz nach Sonnenuntergang gelandet sein und das muss für uns natürlich an der Heimatbasis unserer Flugschule in Herzliya sein.

Weiter unter der Aufsicht des südisraelischen Militärkontrolleurs (Rufzeichen hier: Hagav = Heuschrecke) bewegen wir uns zügig auf die Küste zu und fliegen nordwärts an Jaffa und Tel Avivs Strandpromenade entlang.

Rechtzeitig setzen wir noch in der Spätnachmittagssonne Israels zur Landung auf unserer Homebase an – nach einem weiteren herrlichen „Israel von oben“-Ausflug.

Fotos sämtlich vom Autor. Er ist seit Jahrzehnten ein regelmäßiger Israel-Besucher. Freunde bezeichnen ihn auch als „Zionisten im Herzen“. Kontakt: dr.brorsen@gmx.de

Israels Araber sind die glücklichsten Araber im Nahen Osten

Über emanzipierte und zufriedene Araber in Israel wird von deutschen und westlichen Journalisten so gut wie nie berichtet – sie passen nicht ins gewünschte und hier vorsätzlich falsch verbreitete Bild vom jüdischen Staat als „Unterdrücker der Araber und Apartheidsregime“.

Von Bassam Tawil

MENAHEM KAHANA, AFP

Ausgelassene arabisch-moslemische Frauen am Strand von Tel Aviv

„Palästinenser“, die unter der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ (PA) im Westjordanland und der Hamas im Gaza-Streifen leben, können von der Lebensqualität ihrer arabischen Brüder in Israel nur träumen.

Dank der derzeitigen Führer in der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ und der Hamas ist das „palästinensische“ Volk in miserablen Lebensbedingungen versunken. Armut, Arbeitslosigkeit und Unterdrückung sind seit Jahrzehnten ihr Los. Das liegt daran, dass die PA und die Hamas wiederholt Friedenspläne abgelehnt haben, die den „Palästinensern“ Wohlstand geboten hätten.

Kürzlich lehnten die PA und die Hamas den Plan von US-Präsident Donald Trump für den Frieden im Nahen Osten ab, der einen 50 Milliarden Dollar schweren Investitions- und Infrastrukturvorschlag zur Schaffung von mindestens einer Million neuer Arbeitsplätze für die „Palästinenser“ vorsieht. Der Plan sieht Projekte im Wert von 27,5 Milliarden Dollar im Westjordanland und im Gazastreifen sowie 9,1 Milliarden Dollar für „Palästinenser“ in Ägypten, Jordanien und im Libanon vor. Zu den „geplanten Projekten gehören Projekte in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Bildung, Strom, Wasser, Hochtechnologie, Tourismus und Landwirtschaft“.

„Palästinensische“ Führer haben jedoch „Nein“ zum Trump-Plan gesagt und ihn als „amerikanisch-zionistische Verschwörung zur Liquidierung der Palästinenserfrage und der Rechte des palästinensischen Volkes“ bezeichnet.

Diese Führer, die den Trump-Plan ablehnten, bevor sie ihn überhaupt gesehen haben, kümmern sich offensichtlich nicht um das Wohlergehen ihres Volkes. Mit der Ablehnung des 50-Milliarden-Dollar-Angebots haben die „palästinensischen“ Führer erneut bewiesen, dass sie es vorziehen, ihr Volk weiterhin in Armut und Elend leben zu sehen, als einen Vorschlag zur Finanzierung verschiedener Wirtschaftsprojekte und zur Schaffung von Arbeitsplätzen für die vielen arbeitslosen „Palästinenser“ zu akzeptieren. Die wahren Verlierer der hartnäckigen Ablehnung durch die „palästinensische“ Führung sind tragischerweise das „palästinensische“ Volk.

Einstweilen gibt es in der Region andere Araber, die mehr Glück haben als die „Palästinenser“ im Westjordanland und im Gazastreifen: die arabischen Bürger Israels. Diese Bürger haben das Glück, dass sie nicht unter der Herrschaft der korrupten und inkompetenten Führer der PA und der Hamas leben müssen. Diese arabischen Bürger haben das Glück, dass sie in Israel leben.

Araber beneiden Araber unter israelischer Regierung

Die zwei Millionen arabische Bürger Israels werden sogar von ihren „palästinensischen“ Brüdern im Westjordanland und im Gazastreifen beneidet. Es vergeht kaum ein Tag, an dem die „Palästinenser“ nicht erneut an das gute und komfortable Leben der arabischen Bürger Israels erinnert werden.

Das jüngste Beispiel für ihr erfolgreiches und blühendes Leben ist in Arraba, einer Stadt in der Region Galiläa im Norden Israels, zu sehen. Mit einer Bevölkerung von 26.000 Einwohnern ist Arraba heute eine der führenden Gemeinden der Welt, was die Zahl der Ärzte betrifft.

„Es gibt 400 Ärzte in Arraba“, sagte Dr. Tarek al-Sa'di, ein Internist aus der Stadt, der am Rambam Hospital in Haifa arbeitet, das 1938, 10 Jahre vor der Gründung des Staates Israel, gegründet wurde. „Arraba hat die höchste Anzahl Ärzte der Welt. Wir sprechen von 15 Ärzten pro 15.000 Einwohner. Das ist ein sehr hoher Prozentsatz.“

Der plastische Chirurg Yusef Nassar, ebenfalls ein Bewohner von Arraba, bemerkte dazu: „In unserer Stadt geschieht etwas Merkwürdiges. In jedem Haus finden Sie drei oder vier Ärzte. Ich habe mehrere Kliniken im ganzen Land. Wer kommt in meine Kliniken? Aus vielen Städten und Dörfern, Juden und Araber gleichermaßen.“

Saeed Yassin, ein erfahrener Familienarzt aus Arraba, ist stolzer Vater von drei Ärzten – zwei Jungen und einem Mädchen. „Ich habe auch zwei weitere Söhne, die Apotheker sind“, sagte er.

Darüber hinaus wies Dr. Yassin darauf hin, dass seine 10 Brüder und Schwestern alle Ärzte sind. „Alle sechs Monate hört man das Feuerwerk, das zur Feier des Abschlusses von weiteren 15 oder 20 Ärzten, die die medizinischen Prüfungen bestanden haben, abgefeuert wird“, fügte er hinzu. „Es ist nicht einmal selten, dass eine Familie Ärzte, Anwälte und Ingenieure hat. Das ist für uns normal geworden.“

Arabische Frauen in Israel scheinen auch mehr Möglichkeiten zu haben als diejenigen, die unter der PA und der Hamas leben. Die Einwohner von Arraba bemerken, dass die Zahl der Ärztinnen in der Stadt sogar noch höher ist als die der männlichen Ärzte.

Dr. Wuroud Yassin, die am Carmel-Krankenhaus in Haifa arbeitet, hat das renommierte Technion – das Israelische Institut für Technologie in Haifa – absolviert.

„Ich habe am Technion zusammen mit Menschen verschiedener Herkunft und Religion, einschließlich Arabern und Juden, studiert“, sagte sie. „Ich war das einzige Mädchen in meiner Familie, und mir wurde beigebracht, dass es keinen Unterschied zwischen einem Jungen und einem Mädchen gibt. Man hat mir auch beigebracht, dass nichts unmöglich ist, wenn man hart arbeitet.“

Eine weitere Erfolgsgeschichte in Arraba ist die des Psychologen Saleh Kana'neh, Gründer und Direktor des El-Razi-Zentrums für Diagnose, Behandlung und Rehabilitation, des ersten Zentrums seiner Art, in dem ein professionelles Personal zusammenkommt, um behinderte Kinder und Jugendliche zu diagnostizieren und in voller Abstimmung mit der Regierung, den Gesundheitsbehörden und den örtlichen Behörden innovative Heilmittel zu entwickeln, die der arabischen Gemeinschaft gerecht werden.

Betrachtet als Mekka der psychischen Diagnose und Behandlung arabischer Kinder, hat das Zentrum fast 50.000 Behandlungen für 1.500 Kinder in Tageseinrichtungen durchgeführt und 20.000 Diagnosen in den Diagnosezentren überwacht, und es hat darüber hinaus Tausende von Stunden zur Beratung der Patienten und des Personals geleistet.

Stolz auf die Akademiker

„Wir behandeln auch Juden“, erklärte Dr. Kana'neh. „Wir sind stolz darauf, dass die meisten unserer Mitarbeiter Frauen sind. Sie werden kein Haus in Arraba finden, das nicht mindestens einen Akademiker hat. Das macht unsere arabische Gemeinschaft stolz. In Arraba haben wir 100 Psychologen. Das bedeutet, dass auf 2.500 Einwohner der Stadt ein Psychologe kommt.“

Solche Erfolgsgeschichten von Arabern werden von den internationalen Medien und der Gemeinschaft gerne ignoriert. Diese Menschen, die in Israel leben, fühlen sich offensichtlich wohl.

Würden sie im Westjordanland und im Gazastreifen leben und sich täglich über Israel beschweren, hätten sie die Aufmerksamkeit der ganzen Welt erhalten.

Internationale Journalisten, die über den Nahen Osten und viele internationale Organisationen berichten, ziehen es vor, die Augen vor solchen Geschichten zu verschließen, weil sie den positiven Aspekt des Lebens in Israel zeigen.

Es gibt noch mehr unwillkommene gute Nachrichten über die arabischen Bürger Israels: Die israelische Regierung gab 2018 bekannt, dass sie in den letzten zwei Jahren 4,5 Milliarden Schekel (1,3 Milliarden Dollar) in den arabischen Regionen investiert hat. Die Regierung kündigte auch an, dass sie 20 Millionen Schekel (5,6 Millionen Dollar) in den arabischen Hochtechnologiemarkt investieren werde. Insgesamt hat die Regierung beschlossen, bis Ende 2020 15 Milliarden Schekel (4,3 Milliarden Dollar) in den arabisch-israelischen Sektor zu investieren, um „die soziale und wirtschaftliche Kluft zwischen den Minderheitensektoren und der allgemeinen Bevölkerung durch eine Änderung der Mechanismen für die Mittelzuweisung zu verringern“.

Während die israelische Regierung Hunderte von Millionen Dollar investiert, um die Lebensbedingungen ihrer arabischen Bürger zu verbessern, berauben die Führer der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ und der Hamas ihr Volk weiterhin der ausländischen Hilfe, einer besseren Zukunft und Hoffnung.

Die 50 Milliarden Dollar, die der Trump-Plan den „Palästinensern“ angeboten hat, werden am Ende zurückgehalten, weil die „palästinensischen“ Führer etwas anderes im Sinn haben: weiterhin ihre eigenen Bankkonten auf Kosten ihres Volkes zu bereichern. Kein Wunder also, dass Araber – einschließlich „Palästinenser“ – wenn sie von einem besseren Leben träumen, oft davon träumen, nach Israel zu ziehen. Es ist auch kein Wunder, dass die meisten arabischen Israelis nicht Teil eines „palästinensischen“ Staates werden wollen und verlangen, in Israel zu bleiben.

Bassam Tawil lebt im Nahen Osten.
Englischer Originaltext: “The Fortunate Arabs in the Middle East”
Übersetzung: Daniel Heiniger

Vom Hisbollah-Agenten zum israelischen Rabbiner: Avraham Sinai alias Ibrahim Jassin

Es kommt nicht alle Tage vor, dass ein Muslim zum Judentum konvertiert und Rabbiner wird. In diesem Fall stammt der Israeli auch noch aus dem Libanon, und spionierte einst für die Hisbollah – bis die Araber seine Kinder töteten.

(Israelnetz) Seit 23 Jahren lebt Rabbi Avraham Sinai in Israel, seine Söhne dienten in Eliteeinheiten des Militärs – doch ursprünglich stammt er aus dem Libanon. Dort war er Spion der Hisbollah, die sich die Vernichtung des jüdischen Staates auf die Fahnen geschrieben hat.

Als Ibrahim Jassin wurde der heute 57-Jährige im Libanon geboren, seine Eltern waren Schiiten. Der Bürgerkrieg, der 1975 begann, entfremdete ihn von der Heimat. „Hier ist das Paradies und dort die Hölle", sagt der Rabbi gegenüber „n-tv" über Israel und den Libanon. „Wo der einzelne Mensch nicht mehr zählt und seine Würde antastbar ist, ist die Hölle." Die Brutalität der syrischen Armee und der „Palästinensischen Befreiungsorganisation" (PLO) war aus seiner Sicht „erbarmungsloser als der Krieg in Syrien". So hätten PLO-Kämpfer seine kleine Tochter an zwei Autos gebunden, die voneinander wegfuhren – und sie auf diese Weise getötet. 1982 begrüßte er, wie viele andere Libanesen, die israelischen Besatzer als Befreier.

Auch die Hisbollah empfand er als brutal. Dennoch spionierte er für die schiitische Miliz. 1985 wurde er von Hisbollah-Kämpfern entführt und monatelang in einem Bunker gefoltert. Grund war der damals noch nicht gerechtfertigte Verdacht, er arbeite mit Israel zusammen. Imad Mughnija habe vor Sinais Augen dessen kleinen Sohn lebendig verbrannt. Der Hisbollah-Führer kam 2008 bei einer Explosion in der syrischen Hauptstadt Damaskus ums Leben, die Hisbollah macht Israel für seinen Tod verantwortlich.

Avraham Sinai hat eine dramatische Lebensgeschichte.

Israels Hilfe zahlt sich aus

Auch nach der Ermordung seines Babys arbeitete der Libanese weiter für die Hisbollah, denn er sann auf Rache. Später kam er in Kontakt mit dem israelischen Kommandeur Zachi Bareket. Dieser sorgte nämlich dafür, dass Sinais Frau bei der Geburt einer Tochter Hilfe von israelischen Ärzten bekam. Sie wurde nach Haifa ausgeflogen und dort versorgt.

Der israelische Kommandeur hatte den Hintergedanken, durch solche Aktionen das Vertrauen von Libanesen zu gewinnen. In diesem Fall war er erfolgreich. Bis heute verbindet Sinai und Bareket eine Freundschaft. Der Agent spionierte gleichzeitig für die Hisbollah und für Israel. Der israelischen Zeitung „Yediot Aharonot" sagte er im vergangenen Jahr: „Wenn ich Zachi anrief, um ihm von Terroristen zu erzählen, wusste ich, dass sie aus meinem Dorf gejagt würden und das fand ich gut." Zudem bekam er Treibstoff und einen Passierschein für die Checkpoints, ebenso wie ein von „Palästinensern" beschlagnahmtes Gewehr.

Doch wurde er 1989 gefangengenommen und verbrachte ein Jahr in einem syrischen Gefängnis. Nach seiner Freilassung setzte er die gefährliche Agententätigkeit fort, bis er 1997 nach Israel gebracht wurde. Mittlerweile lebt er im galiläischen Zefat, das auch als Safed bekannt ist. „Gott wollte, dass ich weiterlebe", sagte er gegenüber „n-tv". Ausgerechnet durch den Koran kam er dazu, die Thora zu studieren. Denn dieser lehre, dass darin die Wahrheit liege.

Der Koran weckte das Interesse am Judentum

Mit seiner Familie trat er zum Judentum über. Nach eigenen Angaben hatte er bereits in der Haftzeit davon geträumt, als Jude in Safed zu leben. Er wurde orthodoxer Rabbiner. Heute führen nur der älteste Sohn und die jüngste Tochter ein religiöses Leben. Die restlichen fünf Kinder sind säkular eingestellt. „Sie sind dankbar, ein freies Leben in Israel zu genießen und sprechen kein Arabisch", erzählte er.

Bareket merkte in einem Gespräch mit „Yediot Aharonot" an: „Wir sind nicht Freunde, sondern Brüder. Wenn er überall im Land Vorträge hält, komme ich für eine kurze Einführung. Erst dann kommt er mit seinem ultra-orthodoxen Gewand herein, und jeder ist schockiert." Sinai bezeichnet den Libanon als wunderschön – doch Israel sei seine neue Heimat.

Nur Naive glauben an Frieden durch die Gründung eines „Palästinenser"-Staates

Der ehemalige und wahrscheinlich zukünftige Knesset-Sprecher Juli Edelstein: „Der US-Friedensplan hat einen Fehler: einen palästinensischen Staat."

(Israel Heute) Juli Edelstein lobte den US-Präsidenten Donald Trump für seine neue Herangehensweise an die israelisch-„palästinensische" Friedensstiftung, sagte jedoch, der amerikanische Plan enthalte immer noch einen fatalen Fehler: einen „palästinensischen" Staat.

„Der Plan ist wichtig, da er den gesamten Ansatz ändert. Israel muss nicht mehr alles für die Chance auf Frieden geben. Wir werden nicht mehr automatisch für schuldig befunden", sagte Edelstein in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung".

In Bezug auf Trumps umfassenden Friedensplan „vom Frieden zum Wohlstand" erklärte Edelstein weiter, dass es nicht gelingen werde, den Friedensprozess in Gang zu bringen, weil er den „Palästinensern" einen unabhängigen Staat garantiere.

„Dies sagt den Palästinensern, dass sie nicht wirklich verhandeln müssen und immer noch einen Staat bekommen werden, selbst wenn sie den Präsidenten der Vereinigten Staaten einen Hund nennen", sagte der Knesset-Sprecher.

Edelstein wies darüber hinaus auf die Absurdität der Tatsache hin, dass sich alle Friedenspläne der letzten 20 Jahre mit dem Schutz Israels vor Gewalt aus einem künftigen „palästinensischen" Staat befassen mussten.

„Jeder weiß, dass dieser Staat von Anfang an feindselig sein wird. Müssen amerikanische Marines uns vor Terrorismus schützen?", fragte er.

Dies ist eine Frage, die auch viele andere Israelis gestellt haben.

Wenn selbst westliche Friedensvermittler bereitwillig davon ausgehen, dass ein künftiger „palästinensischer" Staat die Quelle anhaltender terroristischer Gewalt gegen Israel sein wird, warum sollte man dann überhaupt seine Gründung überhaupt fordern?

Hat die Welt nichts aus der vollständigen Übergabe des Gazastreifens durch Israel gelernt, der zu einem Zufluchtsort für Dschihadisten geworden ist?

Juli Edelstein hat seinen Posten wahrscheinlich nur übergangsweise an Benny Gantz abgetreten.

Als Sophia Loren Hebräisch lernte

Netflix wird in Kürze das neue italienische Drama „The Life Ahead“ ausstrahlen, in dem Sophia Loren eine jüdische Holocaust-Überlebende spielt. Die italienische Filmdiva hat seit jeher Sympathien für die jüdische Kultur und drehte bereits in den 60er Jahren einen Film in Israel.

Von David Lange

Das Filmmagazin „Deadline“ berichtet, wie Netflix die Rechte an „The Life Ahead“ erworben hat, einem italienischen Drama, in dem Sophia Loren eine Holocaust-Überlebende spielt. Als ich dies las, erinnerte ich mich an Lorens Unterstützung für Israel und das jüdische Volk.

Sie sollte 2016 eigentlich nach Israel kommen (ich weiß nicht, was daraus geworden ist, aber ich glaube nicht, dass das weiterverfolgt wurde, weil ich keinen Bericht oder Fotos dazu finden konnte).

Davor war sie 2006 hier, um an den Feierlichkeiten zum 70. Geburtstag von Zubin Mehta teilzunehmen, und 1999 kam sie zum 30-jährigen Jubiläum von Mehta als Direktorin des Israel Symphony Orchestra.

Ihr berühmtester Besuch in Israel war 1964, als sie „Judith“ drehte. Es ist angemessen zu sagen, dass sie ein Fan von uns und unserem Land war.

„Judith“ Loren liebt Israel und umgekehrt

Der einzige Ort in Israel, an dem Miss Loren keine Polizeieskorte benötigte, war der Teil Jerusalems, in dem die Chassidim lebten, die ultraorthodoxen Juden, die Bärte tragen und nie ins Kino gehen.

„Ich wollte seit dem Besuch des Papstes im letzten Jahr, den ich im Fernsehen verfolgte, in dieses Land kommen“, sagte Miss Loren in leicht britisch akzentuiertem Englisch. „Als Kurt Unger vorschlug, hier einen Film nach einer Geschichte von Durrell zu machen, dessen „Justine“ und „Clea“ ich so sehr bewundere, war ich begeistert.

Als Miss Loren auf Anfrage von Unger, einem israelischen Produzenten, der seinen

Das Filmposter zu „Judith“

ersten Spielfilm drehte, nach Israel kam, kam sie mit einem Wortschatz von etwa 50 hebräischen Wörtern an. „Ich könnte ein paar Sätze machen“, sagte sie, „und meinen Namen auf Hebräisch schreiben. Da ich meinen Namen nicht auf Hebräisch schreiben musste, habe ich das wieder vergessen – aber jetzt kann ich ungefähr 200 hebräische Wörter und ein einfaches Gespräch führen.“

Als Miss Loren am 29. Juli 1964 in Israel ankam, lernte sie zehn Tage lang das Land kennen, bevor sie für Paramount Pictures an „Judith“ arbeitete. Sie besuchte das als Lochamei Hagetaot bekannte Museum zwischen Haifa und Naharija, in dem es eine Ausstellung zur nationalsozialistischen Verfolgung der Juden gab.

Das Museum wirkt fast wie eine Industrieausstellung. Es gibt glänzende Gipsmodelle eines ordentlichen Warschauer Ghettos und eines Konzentrationslagers; und eine schmutzige blau-weiß gestreifte KZ-Uniform in einer Glasvitrine. Miss Loren weinte, als sie diesen Ort besuchte.

Arabische Kinder weniger gepflegt als jüdische Kinder

Sie wusste ein bisschen vom faschistischen Terror gegen die Juden in Italien. „Meine Mutter hatte Freunde in Rom, die während des Krieges verhaftet wurden“, erinnerte sie sich, aber ich war damals erst ein Kind. In Israel besuchte Frau Loren mehrere Kibbuzim, von denen einige noch vor der Gründung des Staates Israel angelegt wurden. Sie war sehr beeindruckt von den Kindern an diesen Orten. Sie leben in den meisten Kibbuzim ab dem Alter von drei Monaten getrennt von ihren Eltern. Aber sie sind sehr sauber und gesund, ein auffälliger Kontrast zu den zerfetzten, schmutzigen arabischen Bengeln, deren Gesichter lila von Impetigo-Flecken sind, und die in den vermüllten Gassen der Altstadt von Akko spielen.

„Der Kibbuz ist eine ganz andere Welt“, sagte Miss Loren, „aber viel näher an der realen Welt. Die Menschen hier haben eine direkte Lebensweise, die sich stark von Europa unterscheidet. Es ist sehr gut, Kinder zur Arbeit auszubilden. Es ist diese energische Jugend, die Israel seine Atmosphäre verleiht. Sie fahren durch eine moderne Stadt und der Fahrer sagt: ‚Vor fünf Jahren war das Wüste.‘ Es ist fantastisch zu sehen, was sie in so kurzer Zeit getan haben.“

„Die Frauen hier – ich denke, sie haben so viel mehr Erfahrung mit Männern als die europäischen Frauen“, fuhr Miss Loren fort. „Sie denken über die Männer dasselbe wie über sich selbst. Sie sind zusammen in der Armee. Sie sind unabhängig. In Italien hat eine junge Frau, die heiraten soll, diese Erfahrung nicht; Sie kann einen Fehler machen, dann gibt es keine Möglichkeit, ihn zu korrigieren. Ich denke, die Frauen in Israel sind besser in der Lage, einen Partner zu wählen.“

Bei ihrer 10-tägigen Tour durch das Land besuchte Frau Loren als Gast eines Generals ein Armeelager am Mittelmeer und ging dort schwimmen, bis die Truppen sie erkannten. Die Israelis sind ein hemmungsloses Volk, auch in Uniform. Aber Miss Loren hatte nichts gegen den Menschenauflauf: „Es ist Teil des Preises, den man zahlt, um eine öffentliche Person zu sein“, sagte sie. „Würden sie aufhören, mich zu nerven, wäre ich verärgert.“

Noch bevor „Judith“ mit den Dreharbeiten begann, gab es in Kairo und im Rest der Vereinigten Arabischen Republik (Syrien und Ägypten hatten sich 1958-61 in diesem Staat zusammengeschlossen) Gerüchte, dass es einen Boykott aller Loren-Filme geben würde, wenn sie weiterhin einen Film in Israel drehen würde. Sophia sagte dazu mit dem Lächeln von Mona Lisa: „Die arabischen Länder sind Demokratien, oder? Ich kann nicht glauben, dass die Menschen einer Demokratie eine Künstlerin boykottieren würden, nur weil sie in einem Umfeld arbeitet, das sie nicht gutheißen. Ich glaube, dass die Israelis nicht einmal einen meiner Filme boykottieren würden, selbst wenn er in der Vereinigten Arabischen Republik gemacht worden wäre.“

Zuerst erschienen bei "Israellycool". Ins Deutsche übersetzt von: Daniela Stemmer.

„Wer, wenn nicht ich“

Rezension des neuen Buches von Henryk M. Broder

Von Filip Gaspar

Eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit, ihn nicht zu kennen, den 1946 in Kattowitz (Polen) geborenen Henryk M. Broder, der zur Bundestagswahl mit seiner Liste „Alte Weiße Männer, SUV-Fahrer und Vielflieger“ antreten will. Und diese Liste deutet darauf hin, was er mit seinem neuen Buch wieder angestellt hat. Er hat ein Buch verfasst, in dem er eine Momentaufnahme des gesellschaftlichen Treibens in Deutschland, Europa und natürlich bei den ehemaligen amerikanischen Freunden macht, die seit dem Einzug von Donald Trump ins Weiße Haus von einem Tyrannen unterjocht werden.

Ein Tyrann ist der freilich nur, wenn man dem Weltbild derer folgt, denen Broder in seinem Werk den Spiegel vorhält. „Wer, wenn nicht ich“ zeigt das Bild eines irreparablen Verhältnisses. Einmal zum „besten Deutschland, in dem wir je gelebt haben“ und auf der anderen Seite zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Neue Freunde macht er sich keine, doch genau darauf scheint Broder auch keinen Wert zu legen. Jeder bekommt bei ihm sein Fett weg, angefangen bei Greta Thunberg oder ihrer deutschen Stellvertreterin Luisa Neubauer, die – dem Klima zuliebe – eine Stelle im Aufsichtsrat von Siemens nicht antreten wollte. Wer wissen möchte, was derzeit los ist und leider auch schiefläuft, dem sei Broders Buch ans Herz gelegt – natürlich ohne Gewähr! Denn die Einsichten, die Broder mit den Lesern teilt und die man unterbewusst schon längst erahnte, aber vielleicht aus Selbstschutz verdrängte, können sehr schmerzhaft sein. Doch auch als zukünftige Chronik wird dieses Werk dienen und zwar als Chronik eines „nicht überdachten Irrenhauses“, wie Broder über Deutschland zu sagen pflegt. Es dient auch als Gebrauchsanweisung für das „täglich neu auszuhandelnde Zusammenleben“.

Maria Ladenburgs Eltern

Nachdem das erste Kopfschütteln und Lachen bei der Lektüre verflogen ist, soll es zum Denken anregen. Auf den ersten Blick scheint es eventuell zu dünn geraten zu sein, doch Broder schafft es auf 200 Seiten das Protokoll einer Entwicklung aufzuzeigen, die um das Jahr 2015 herum seinen Anfang nahm und bis heute weitergeht. Wer noch einmal die besten Aussagen von Heiko Maas, Heinrich Bedford-Strohm, Katrin Göring-Eckardt oder anderer bedeutender Denker des 21. Jahrhunderts aufgezeigt haben möchte, ist hier richtig. Und zwischen vielen muss das Zusammenleben täglich neu ausgehandelt werden muss. Darunter fallen zum Beispiel die, die das Klima um jeden Preis retten wollen und denjenigen, die es bezahlen sollen. Zwischen Rettungsdiensten und denjenigen, die dessen Arbeit nicht immer wertzuschätzen wissen. Broder macht einen Rundumschlag und zeigt die Facetten des Wahnsinns auf und führt sie dem Leser genüsslich vor. Dabei muss immer im Hinterkopf behalten werden, dass laut Bundestagspräsidentin Claudia Roth Broders Geschäftsmodell auf Falschbehauptungen und Hetze basiere. Teilweise kommt hinter dem ironischen Ton auch Bitterkeit zum Vorschein, wenn er schreibt „Eine Weile dachte ich, ich will Rache nehmen. Für meine Eltern, (…) überhaupt für die sechs Millionen, die an meiner Wiege standen. (…) Ich habe kein Verständnis für Eltern, die eine Stiftung zugunsten von Flüchtlingen gründen, nachdem ihre Tochter von einem Flüchtling ermordet wurde.“

Natürlich werden Politiker nicht verschont, die, wie sein Liebling Heiko Maas immer wieder das Mantra wiederholen „wegen Ausschwitz in die Politik gegangen zu sein“ oder andere, die behaupten, dass es neben der deutschen Sprache keine weitergehende Kultur gäbe. Greta Thunberg und ihre „Fridays for Future“-Bewegung werden als „Vorboten eines Totalitarismus, der nur auf ein Alibi gewartet hat, um sich entfalten zu dürfen“ bezeichnet.

Da, wie bereits oben erwähnt, dieses Buch kürzer als sonst ausgefallen ist, sollen hier nicht zu viele Inhalte vorab verraten werden, oder in der Sprache der nicht-alten weißen Männer: Es soll nicht „gespoilert“ werden. Dafür aber unbedingt die NICHT-Kaufempfehlung von Henryk M. Broder selbst. Er rät dringend vom Kauf ab und führt dafür auch gleich zehn Gründe an. Hier folgt nur eine kleine Auswahl dieser Gründe. Es besteht die Gefahr, dass man „depressiv“ oder „aggressiv“ werde, überlegen werde in die SPD einzutreten oder noch schlimmer sein Spiegel-Abonnement kündigen oder sich um einen Job bei Siemens bewerben. Zum Ende des Bu-

ches erfolgt aber auch der Hinweis, dass man es gar nicht selbst lesen müsse, sondern es vollkommen ausreiche „es zu kaufen und dann jemandem zu schenken, den Sie nicht leiden können“.

Na, wenn das mal kein Kaufgrund ist, soll mich der Klimawandel holen!

Henryk M. Broder
„Wer, wenn nicht ich“
Achgut Edition
200 Seiten, Hardcover
24,00 € (D)

Vom ukrainischen Pruth an die Seine

Zum 50. Todestag von Paul Celan

Von Dr. Elvira Grözinger

Um den 20. April 1970 stürzte der berühmte Dichter Paul Celan von der Pariser Pont Mirabeau in die Seine und ertrank. Bis heute rätselt man darüber, ob es ein Unfall oder Selbstmord war. Sein Leichnam wurde erst am 1. Mai des Jahres zehn Kilometer weiter flussabwärts bei Courbevoie gefunden. Er wurde am 12. Mai auf dem Friedhof Cimetière parisien de Thiais beerdigt, also an dem Tag, an dem Nelly Sachs, seine gute Freundin und Literaturnobelpreisträgerin des Jahres 1966, verstarb.

Paul Celan (ursprünglich Antschel) und Nelly (Leonie) Sachs verband das Thema der Schoah: Er war ein Überlebender der Arbeitslager in Rumänien, seine Eltern überlebten das Konzentrationslager in Transnistrien jedoch nicht. Nelly und ihrer Mutter gelang noch 1940 im letzten Moment die Flucht aus Berlin nach Schweden, wo sie bis zu ihrem Tod lebte. Sein berühmtestes Gedicht ist die „Todesfuge“ (1944) und ihres „O die Schornsteine“ (1947). Beides sind Elegien, beweinen die Opfer und klagen zugleich die deutschen Täter an. Beide gehören hierzulande zur Schullektüre. Sachs‘ Wertschätzung in Deutschland wurde 1965 mit der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels augenscheinlich. Ihr Briefwechsel mit Paul Celan erschien 1993 bei Suhrkamp.

Paul Celan stammte aus Czernowitz, der Hauptstadt der Bukowina am Pruth, ehemals Österreich-Ungarn, damals Rumänien, heute in der Ukraine. Czernowitz mit seinen 90.000 Einwohnern (davon in den 1920er Jahren 40 % Juden) war vor dem Zweiten Weltkrieg ein Zentrum deutsch-jüdischer und jiddischer Literatur, genoss den Ruf das „kleine Wien“ zu sein. Von dort stammen viele bekannte jüdische Literaten, wie Rose Ausländer, Itzik Manger, usw., und eben Celan, der als deutschsprachiger Dichter internationalen Ruhm genießt. Die Sowjets deportierten ab 1940 mehrere Tausend Czernowitzer Juden nach Sibirien, die nachfolgenden deutschen Besatzer ermordeten dort 1941 innerhalb von nur zwei Tagen 20.000 Menschen, fast die Hälfte der jüdischen Bevölkerung der Stadt. Die meisten anderen wurden deportiert und kamen um, so auch die Eltern von Paul Celan.

Die „Kanonisierung“

Auch er wurde in Deutschland mit Preisen bedacht. Die erste Ehrung, der Förderpreis des Kulturkreises der Deutschen Wirtschaft, wurde ihm 1957 zuteil, 1958 folgte der Bremer Literaturpreis, die Kanonisierung erfolgte 1960 mit der wichtigsten deutschen literarischen Auszeichnung, dem Georg-Büchner-Preis der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung. 1964 erhielt Celan den Großen Preis des Landes Nordrhein-Westfalen.

Als Büchnerpreisträger wurde Celan in den deutschen literarischen Olymp aufgenommen: „Durch die Dichtung Paul Celans sind so gut wie alle kanonischen Formen literarischer Erkenntnis problematisch geworden“, schrieb 1987 Winfried Menninghaus. Desgleichen vermerkte schon 1977 John E. Jackson, „ […] die Diskrepanz zwischen einer sofort einleuchtenden ästhetischen Faszinationskraft seiner Gedichte und einer nicht weniger evidenten Schwierigkeit ihrer Deutung.“ Darin ergeht es Celans Werk ähnlich dem von Franz Kafka, es erfährt fortwährend neue Interpretationen, wobei man die jüdische Komponente der Celan’schen Dichtung viel schneller als bei Kafka erkannte. Auch Celans komplexe Dankesrede mit dem Titel „Der Meridian“ wird bis heute als historisch bezeichnet und stellte für das deutsche Publikum keine leichte Aufgabe dar. Celan nannte seine philologischen Experimente „Daseinssprache“, die zu vielen Deutungen seines Werkes, inklusive auch Fehlurteilen, führten, auch in seiner Darmstädter Rede zu Anspielung auf den Helden von Büchners Fragment „Lenz“, welches mit den Worten beginnt „Den 20. Jänner ging Lenz durchs Gebirge“ und endet mit: „Sein Dasein war ihm eine notwendige Last. – So lebte er hin…..“ Celan bewegte sich zwischen Literaturen hin und her, las und übersetzte in mehreren Sprachen. Und er fragte in der Büchner-Preisrede: „Vielleicht darf man sagen, dass jedem Gedicht sein ‚20. Jänner‘ eingeschrieben bleibt?“ Am 20. Januar – das hat Paul Celan gewiss nicht aus den Augen verloren – haben die Nazis in der Wannseevilla die „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen. Unter diesem Datum litt Paul Celan zu seinem frühen Tod und es ist der Schlüssel zu seiner Dichtung.

Paul Celan (1938) und Nelly Sachs (1910)

> Die deutschen Dichter und Denker erwiesen sich dort als intellektuelle Henker, ohne jegliche Empathie. Celan wurde bis ins Mark getroffen, so wie zuvor von den unbegründeten Plagiatsvorwürfen von Claire Goll.

Eingang des Geburtshauses von Paul Celan in Czernowitz (damals Rumänien, heute Ukraine)

Ingeborg Bachmann hielt zu ihm

Der Dichter war ein schöner Mann und es gab, außer seiner Frau, der Künstlerin Gisèle Celan-Estrange, viele andere Frauen in seinem Leben, mit denen er auch ausgiebige Korrespondenzen führte. Darunter war die österreichische Dichterin und Prosaistin Ingeborg Bachmann (1926-1973), Geliebte zahlreicher anderer Männer, die ihm aber zur Seite stand, als er, der kurz davor den deutschen Mördern entronnene, 1952 bei der Tagung der „Gruppe 47“ nach seiner „zu pathetischen“ Lesung u.a. der „Todesfuge“ auf skandalöse Weise kritisiert und abgelehnt wurde. Die deutschen Dichter und Denker erwiesen sich dort als intellektuelle Henker, ohne jegliche Empathie. Celan wurde bis ins Mark getroffen, so wie zuvor von den unbegründeten Plagiatsvorwürfen von Claire Goll. Bachmann, Celans Stütze, lebte zuletzt mit Max Frisch zusammen und als er sie verließ, erlitt sie einen Nervenzusammenbruch. 1973 starb sie, tablettensüchtig, in ihrem Bett durch eine brennende Zigarette. Celan, der zunehmend unter Wahnvorstellungen litt, die zur Trennung von seiner Frau führten, fühlte eine Affinität zu den Unglücklichen.

Celan geistig nahestehend war auch der deutsche Poet Friedrich Hölderlin (1770-1843), dessen 250. Geburtstag sich dieses Jahr am 20. März jährte. Als Opfer politischer Intrigen wurde er 1806 in die Tübinger Universitätsklinik zwangseingewiesen und mit Psychopharmaka behandelt, wovon er sich nicht mehr ganz erholte. Er bewohnte bis zu seinem Lebensende ein Zimmer im Turm eines Hauses am Neckar, dem heutigen Hölderlin-Turm. Ihm widmete Celan sein berühmtes Gedicht „Tübingen. Jänner“, in dem er den Verlust der sprachlichen Ausdruckskraft thematisierte. Dort heißt es am Ende: „Käme,/ käme, käme ein Mensch/ zur Welt, heute/ mit/ dem Lichtbart der/ Patriarchen: er dürfte,/ spräche er von dieser/Zeit, er/dürfte/ nur lallen und lallen/immer-, immer-/ zuzu./ (‚Pallaksch. Pallaksch‘).“ Auch Celans Gedichte wurden immer dunkler, kryptischer, wortkarger. Ein solches war sein „Keine Sandkunst mehr“, das lautet: „Keine Sandkunst mehr, kein Sandbuch, keine Meister./ Nichts entwürfelt. Wieviel/Stumme?/Siebenzehn./Deine Frage- deine Antwort./ Dein Gesang, was weiss er?/Tiefimschnee, /Iefimnee,/I-i-e.“ Martin Lüdke nannte es „das Gedicht der Moderne überhaupt“ und es blieb rätselhaft.

Die „Meister“, die hier fehlen, bringen uns zurück zur „Todesfuge“, in der es heißt „der Tod ist ein Meister aus Deutschland“. Dieses Gedicht dient einer gerade erschienenen neuen Biographie Celans von Thomas Sparr als Folie: Todesfuge. Biographie eines Gedichts (DVA 2020), die sich sehr gut liest. Nicht alles darin ist für Celankenner neu, aber die Art des Zugangs, wie anhand des Poems das Leben Celans und die Rezeptionsgeschichte der „Todesfuge“, die Übertragungen und Vertonungen auf dem kulturgeschichtlichen Hintergrund der Bundesrepublik entfaltet werden, ist neu. Sparr porträtiert den großen Dichter in seiner ganzen „jüdischen Einsamkeit“. Das spannende Buch mit Anmerkungen, einer Zeittafel, einem Personen- und Ortsregister sowie einer Bibliographie ist daher jedem zu empfehlen, der sich mit dem literarischen Nachkriegsdeutschland und dem nicht mehr so ganz präsenten Kapitel der deutsch-jüdischen Dichtung vertraut machen möchte.

Tel Aviver Nächte bleiben lang – auch die Corona-Pause wird daran nichts ändern

Die fünf besten Clubs in Israels Party-Metropole im Überblick

Von Tina Adcock

YEHUDA RAIZNER, AFP

Nachtschwärmerinnen in Tel Aviv

Auf was freut man sich als deutsche Studentin an der Tel Aviv University – neben dem Privileg seinen Abschluss an einer der weltbesten Universitäten abschließen zu dürfen und Wissen von Professoren aufsaugen zu können – am meisten? Richtig, auf das Meer, die Sonne, das großartige Essen und die unvergesslichen Nightlife-Erlebnisse in einer Stadt, die, wie man so schön sagt, nie zu schlafen scheint.

In diesem Artikel möchte ich, trotz und vielleicht auch gerade wegen des Coronavirus-Wahnsinns, einige meiner Lieblingsclubs vorstellen und somit das Licht auf ein Leben jenseits von Krankheit, Krisen und Konflikten lenken, das man in Tel Aviv wie in keiner anderen Stadt im Nahen Osten zu feiern versteht. Also Le Chaim und Yallah Habibis – los gehts!

1) HaHoog Hazfoni

Diese Bar ist direkt am Haupteingang der Tel Aviv University im Stadtteil Ramat Aviv gelegen und bietet, neben einem entspannten Ambiente zwischen Palmen, Lichtern und stets gut gelauntem Personal, auch zwischen den Vorlesungen einen beliebten Treffpunkt für eine kalte Limonade, oder auch ein Alexander-Bier, sowie wirklich gutes Essen.

Doch am Abend erwacht die Bar erst richtig zum Leben und bietet für Studenten sogenannte Armband-Angebote, die, vor allem für Tel Aviver Preise, wirklich günstig sind. Für etwas über 70 Schekel kann man den ganzen Abend Weine, Bier und einige Mixgetränke genießen. Meine Empfehlung: Die hausgemachte Limonade mit Minze und Arak. Wer es gerne härter mag, kann ein Armband für etwas über 90 Schekel erwerben und dann den ganzen Abend auch Tequila u.ä. zu sich nehmen. Sollte man zu speziellen Anlässen vorbei schauen wollen, wie ich dies mit meinen Mitbewohnern und Freunden zu Silvester getan habe, dann lohnt es sich einen Tisch vorab zu reservieren, da die meisten Studenten zum einen die Nähe zum Wohnheim und natürlich das Flair der Bar hoch schätzen, und es fast immer voll ist. Dieser Fakt hindert allerdings weder die Gäste, noch die Mitarbeiter daran, die ganze Nacht durchzutanzen und zu singen. Gerade für Studenten, die noch relativ neu in Israel sind und noch nicht viele Kontakte geknüpft haben, lohnt es sich einen Abend in der Studentenbar zu verbringen, da es dort nicht allzu lange dauert, bis man sich ganz in das Gefüge aus Tanz, guter Laune und Umarmungen einfügt.

2) Kuli Alma

Der für mich beste Club in Tel Aviv ist das Kuli Alma, welches im Süden von Tel Aviv gelegen ist. Nirgendwo sonst kann man das New York von Israel in einer Nussschale so kennenlernen, wie in dem von außen eher unscheinbar wirkendem Club. Sobald man ihn jedoch betritt, wird man vom Florentiner Charm der Umgebung aufgesogen. Das Essen ist vorzüglich, vor allem die verschiedenen Pizzen sind einen Bissen wert. Die Preise sind für Clubs in Tel Aviv normal und meine persönliche Empfehlung ist: Heidelbeer-Eistee mit Vodka – köstlich!

Sollte man mit seinen Freunden einen Clubabend planen, lohnt es sich auf der Website der Location vorbeizuschauen, da zahlreiche und vor allem unterschiedliche Konzerte und DJs dem Club ihre Aufwartung machen. Es findet sich dort in jedem Fall alles von Elektro bis Hip Hop und auch die wechselnden Kunstausstellungen, an denen man leichtfüßig vorbeitanzt, sind erwähnenswert, weil dadurch, trotz mehrmaligem Besuch, die Location immer wieder ein wenig anders aussieht. Selbst die stillen Örtchen sind ein künstlerischer Höhepunkt und musikalisch eine Abwechslung, da dort immer guter alter Rock'n Roll abgespielt wird, der an die Zeiten der Großeltern und den Aufbaut von Israel erinnert.

3) Der Flohmarkt in Jaffa

Wer es nach den ganzen Tanzerlebnissen ein wenig ruhiger angehen will (aber hoffentlich nicht zu sehr, denn dann ist Jerusalem eher the place to go), findet tagsüber auf dem sogenannten „Flea Market" in Jaffa den geeigneten Platz. Dort werden in guter alter Nahost-Markt-Manier die verschiedensten Sachen zum Verkauf angeboten. Von Nahrungsmitteln über Schmuck bis zu Gewürzen ist hier alles zu finden. Dies lohnt sich vor allem für Studenten, da die Nahrungsmittel zumeist wesentlich billiger sind als in den israelischen Supermärkten, und man eine Fülle an jüdischen und arabischen Händlern antrifft, an denen man seine sprachlichen Fähigkeiten und Verhandlungsmethoden unter Beweis stellen kann. Kleine Erfolgserlebnisse spornen den studentischen Geist an, und so begann es einer meiner Lieblingsmärkte zu werden, nachdem ich erfolgreich auf Arabisch (was ich im Rahmen meines Masters in Middle Eastern Studies an der Tel Aviv University erlernte) eine Halskette reduziert gekauft hatte und – weil ich mich so sehr bemüht habe den Akzent exakt zu treffen – die zweite Halskette geschenkt bekam. Nahost-Friedenspolitik im Alltag.

Doch zurück zum Nachtleben auf dem Flohmarkt. Am Wochenende werden am Abend alle Ladentheken im wahrsten Sinne des Wortes hochgeklappt und die Stände verwandeln sich in kleine Bars, in denen man wunderbar Barhopping, also das Trinken eines Getränks und dem anschließenden Weiterziehen in die nächste Bar, betreiben kann. In jeder Location gibt es eine neue Spezialität zu entdecken, neue Leute kennenzulernen, neue Musik zu genießen und eine neue Hookah- (hier auch als Shisha bekannt) Sorte zu probieren. Vor allem Freitagabend gilt dieses Areal als Vorbereitung für die Clubs. Der Spruch „In Jerusalem wird gebetet, in Haifa wird gearbeitet und in Tel Aviv wird gefeiert", hat viel Wahres in sich.

4) The Block

Dieser Club ist mitten im Herzen von Tel Aviv gelegen und ist sowohl riesig als auch berühmt für seine Techno- und House-DJs. Wer seinen Herzschlag also der elektronischen Tanzmusik verschrieben hat, ist hier genau richtig. Die Beats spiegeln allerdings auch ein wenig die Preise wieder, denn die Getränke rangieren eher im höheren Kreditkartenbereich, auch wenn sie zugegebenermaßen natürlich auch nicht am hochwertigen Alkohol sparen.

Die DJs rangieren von lokalen bis zu internationalen Größen, und mein kanadischer Mitbewohner, der mich mehr oder weniger zu einem Besuch genötigt hat, lag mit einer Sache richtig – der Club ist immer angenehm gefüllt, aber nicht überfüllt und die Stimmung ist so gut, dass selbst ich die halbe Nacht durchgetanzt habe.

5) Lima Lima Bar

Wer, wie ich, lieber seine Hüften zu Hip Hop und auch Reggaeton schwingt, der ist im Lima Lima Club genau richtig. Hier sind nicht nur die Purim-Parties legendär, sondern jeder Besuch bietet ein Erlebnis in Bezug auf die Sefardi-Szene in Israel und deren unterschiedliche Musikrichtungen, Drinks und Stimmungen. Vor allem im Bereich Reggaeton habe ich in Tel Aviv bisher keinen anderen Club gefunden, der derart verschiedene Künstler dieser Sparte präsentieren kann. Auch mit der Cocktailkarte kann das Lima Lima glänzen – vor allem südamerikanische und spanische Spezialitäten werden hier angeboten und die Qualität ist muy bien. Die Preise rangieren zwischen normal und leicht gehoben, was angesichts der guten Musik, dem außergewöhnlichen Ambiente und den stets gutgelaunten Mitarbeitern durchaus zu verkraften ist.

Alles in allem kann ein Artikel nicht reichen, um die zahlreichen Locations in Tel Aviv würdig zu präsentieren. Vor allem als deutsche Studentin ist man immer wieder über die Entspanntheit und die gute Laune der Angestellten überrascht, egal zu welcher Uhrzeit und egal in welchem Zustand sich die Gäste befinden. Die DJs, ob Residents oder Gäste, sind niemals genervt, wenn man sie doch einmal um das Abspielen eines Lieblingslieds bittet, und die Geselligkeit der Israelis bietet nicht nur die Gelegenheit neue Freunde zu gewinnen, sondern auch zu erkennen, dass Israel nicht nur Konflikt, Krieg und Anspannung ist, sondern viel mehr das Leben an sich zu feiern versteht. Der Nahostkonflikt? Der spielt in der israelischen Party-Szene keinerlei Rolle und das ist auch gut so. Es wird getanzt, diskutiert, umarmt und zusammen getrunken, was das Zeug hält und somit ist es nicht nur ein besonderer Platz um Spaß zu haben, sondern auch um sich eventuell bestehender Vorurteile zu entledigen und neue, vielleicht vormals ungeahnte, Freundschaften zu knüpfen.

Die jüdischen Opfer von Katyn

Unter den polnischen Offizieren und Intellektuellen, die vor 80 Jahren bei dem Massaker durch den sowjetischen NKWD ermordet wurden, waren auch zahlreiche Juden.

Von Krzysztof Bielawski (sztetl.org.pl)

Im September-Feldzug (auch Polenfeldzug) von 1939 verteidigten rund 100.000 Juden ihr Land in den Reihen der polnischen Armee; von diesen hatten 6-7 % Offiziersränge.

Nach dem sowjetischen Einmarsch in Polen wurden 232 bis 255.000 Soldaten der polnischen Streitkräfte und anderer Formationen gefangengenommen. Die Sowjets schickten mehr als die Hälfte dieser Menschen in Kriegsgefangenenlager, in denen laut NKWD-Bericht 130.242 polnische Staatsbürger inhaftiert waren. 8.348 Offiziere wurden aussortiert, in die Lager von Koselsk, Ostaschkow und Starobelsk verschleppt und „den NKWD-Abteilungen zur Verfügung gestellt". Im Frühjahr 1940 erschossen die Tschekisten auf Stalins Befehl nahezu alle gefangenen polnischen Offiziere. Verschiedenen Schätzungen zufolge liegen in den Massengräbern – den sogenannten „Todesgruben" – in Katyn, Twer, Bykiwnja, Charkiw und anderen Orten 15 bis 24.000 Polen.

Die Henker töteten mit einem Schuss in den Hinterkopf, nachdem sie zuvor die Hände ihrer Opfer hinter dem Rücken verbunden oder die Kleidung auf den Kopf übergeworfen hatten. Und die Welt erfuhr von diesem Verbrechen erst, als die Nazis im Juni 1941 die Verwaltungsregion Smolensk (Katyn liegt in dieser Region) besetzten. Die lokale Bevölkerung setzte die neue Regierung über das Massengrab in Kenntnis (Anmerkung des Autors: Nach einer anderen Version wurde es versehentlich von polnischen Zwangsarbeitern entdeckt), und die Deutschen machten sich an die Exhumierungsarbeiten in Katyn. Zu diesem Zweck wurde eine internationale medizinische Kommission aus Experten aus den von den Nazis besetzten Ländern sowie aus der Schweiz gebildet. Das polnische Rote Kreuz wurde ebenfalls hinzugezogen.

Im September 1943 eroberten die Rotarmisten die Region Smolensk von der Wehrmacht wieder zurück, woraufhin sich der NKWD einer weiteren Exhumierung widmete – diesmal, um Beweise zu fälschen und die Deutschen für all das Grauen verantwortlich zu machen.

Um der Lüge mehr „Wahrheitsgehalt" zu verleihen, präsentierte man den Touristen nach dem Krieg das weißrussische Dorf Chatyn, dessen Bewohner 1943 von den Nazis bei lebendigem Leibe verbrannt oder einfach erschossen wurden. Erst in den Jahren der Gorbatschow'schen Perestroika übergab die sowjetische Führung der polnischen Seite Listen der Hingerichteten und verwies auf die Plätze der Massenmorde.

Rabbiner Baruch Steinberg (die Frau auf dem Bild ist unbekannt), in den späten 1930er Jahren

Es ist nicht leicht festzustellen, wie viele Juden unter den Toten waren, der Nachname reichte dafür nicht immer aus, und die meisten Verwandten der ermordeten jüdischen Offiziere waren schließlich Opfer des Holocaust geworden. Professor Marian Fuks vom Jüdischen Historischen Institut veröffentlichte in den frühen 90er Jahren Listen von getöteten Juden in der Zeitung „Volksstimme". Das Buch eines Binjamin Meirtczak enthält die Namen von 231 in Katyn ermordeten Juden, 188 in Charkiw und 19 in Mednoje. Unter ihnen befanden sich u.a. Ärzte, Apotheker, Anwälte und Ingenieure.

In Katyn starb auch Baruch Steinberg, Oberrabbiner der polnischen Streitkräfte, der 1897 in Peremyschljany (heute Ukraine) in eine Rabbinerfamilie geboren wurde. Als junger Mann trat Steinberg der polnischen Militärorganisation bei und verteidigte während des ukrainisch-polnischen Krieges 1919 die Stadt Lemberg (ukrainisch Lwiw). Er absolvierte die Lemberger Universität und wurde 1928 Rabbiner der polnischen Armee. Zunächst wurde er nach Grodno und anschließend nach Warschau und Krakau geschickt. Im Jahr 1933 wurde Steinberg Leiter der Hauptdirektion für geistliche Vormundschaft über jüdische Soldaten und drei Jahre später Oberrabbiner der polnischen Armee. Baruch Steinberg war Anhänger von Jozef Pilsudski, der oft an patriotischen Veranstaltungen teilnahm. Im Jahr 1939 kam Steinberg in Gefangenschaft, wurde in einem Lager in Starobelsk, im Butyrka-Gefängnis in Moskau und in Lagern von Juchnow und Koselsk festgehalten. „Am Freitagabend stellten wir uns unter das Dach einer kleinen Scheune. Dort beteten Hunderte von Juden unter der Leitung des Rabbis Dr. Steinberg inbrünstig auf Hebräisch", erinnert sich Bronislaw Mlynarski in seinem Buch „W niewoli sowieckiej" (deutsch „In sowjetischer Gefangenschaft").

Vom 11. bis 12. April 1940 wurde Rabbi Baruch Steinberg dem NKWD in der Verwaltungsregion Smolensk „zur Verfügung gestellt". Er starb wahrscheinlich am 12. oder 14. April 1940 im Wald von Katyn. Er wurde 42 Jahre alt.

„Tagelang haben wir auf eine Nachricht von Vater gewartet", erinnert sich die Professorin Janina Goldhar, Tochter des Mediziners, Dozenten an der Universität Warschau und Katyn-Opfers Mieczyslaw Proner. „Ein erstes Lebenszeichen erhielten wir im Oktober 1939. Vater sagte, dass er sich gut fühle. Mama war froh, dass er sich bei den Sowjets befand, denn für einen Juden war es besser in russischer als in deutscher Gefangenschaft zu sein. Im Dezember erhielten wir eine Postkarte aus einem Lager in Starobelsk und dann noch eine. Vater schrieb wieder, dass er sich gut fühle und bat mich, ihm unsere Fotos zu schicken (er schrieb auch, dass er meinen Teddybären bei sich hatte). Die dritte Postkarte war Anfang März geschrieben worden. Sie wurde zur gleichen Zeit geliefert, als das von Mama versandte Paket mit den Fotos wieder zurückgeschickt wurde. Zu diesen Zeitpunkt kam uns nicht der Gedanke in den Sinn, dass Vater bereits tot war."

Auf den polnischen Militärfriedhöfen von Katyn und Charkiw finden sich Tafeln mit tausend Namen von Opfern; unter diesen nicht wenige Familiennamen polnischer Juden.

Übersetzung aus dem Russischen: Edgar Seibel

Nachtrag von Krzysztof Bielawski:
P.S.: „Ich bin in Charkiw geboren und aufgewachsen. Als Pionierstudent habe ich zusammen mit meinen Kameraden im Park am Denkmal für die Toten Blumen niedergelegt. Uns wurde damals gesagt, dass dort sowjetische Patrioten ruhten, die von den Deutschen erschossen wurden. Heute weiß ich, dass da in Wirklichkeit zum Tode verurteilte Polen begraben liegen, die 1940 von ‚tapferen' NKWD-Leuten hingerichtet und verscharrt worden sind. Unter den Tausenden Opfern (3.820 Menschen) dieses Verbrechens befanden sich: der ehemalige Stabskapitän des ‚12 Gussarski Achtyrski' (Kavallerieregiment), Veteran des Ersten Weltkriegs, Brigadegeneral der polnischen Streitkräfte Konstanty Plisowski, Infanterieoffizier Jakub Wajda, Vater des polnischen Filmregisseurs Andrzej Wajda, sowie Oberstleutnant Maksymilian Landau, ein Jude, der die Artillerie während der Verteidigung von Lemberg vor Angriffen der Roten Armee und der Wehrmacht befehligte."

Skandal im russischen Fernsehen

Der russische Politologe, Direktor des Nahost-Instituts und ehemalige Präsident des russisch-jüdischen Kongresses, Jewgeni Satanowski, sagte im TV-Sender „Rossija", Stalin habe mit seinem Befehl, polnische Gefangene in Katyn hinzurichten, richtig gehandelt.

Obwohl Satanowski für seine „Putintreue" bekannt ist, empörte seine Aussage sogar einen anderen Putin-Günstling: den bekannten TV-Moderator jüdischen Glaubens Wladimir Solowjow.

Der Botschafter Polens in Moskau, Wlodzimierz Marciniak, wandte sich diesbezüglich mit einem Brief an den russischen Sender und betonte:

„Ich bin entsetzt über die Aussage von Jewgeni Satanowski zum Massaker von Katyn. Der Autor billigt ein Verbrechen großen Ausmaßes, das von den Behörden der Russischen Föderation als solches längst anerkannt und verurteilt worden ist … Eine ‚Rechtfertigung' des kriminellen Akts des NKWD, wie sie in der Talk-Show ‚Ein Abend mit Wladimir Solowjow' (Sender Rossija 1) zu hören war, schafft einen gefährlichen Präzedenzfall. Die Thesen von Jewgeni Satanowski können als Straftat angesehen werden. Eine feindselige Haltung ist kaum zu leugnen."

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.
Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!
Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!
Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.
Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Jakob Egit – der Vater der jüdischen Autonomie in Schlesien nach dem Zweiten Weltkrieg

Die unglaubliche Geschichte der nur vier Jahre lang bestehenden jüdischen Autonomie in einem winzigen Teil von Polen, dem im Eulengebirge befindlichen Reichenbach.

Von Tina Adcock

Landkarte Schlesiens mit der Stadt Reichenbach

Reichenbach gehörte bis zum Siebenjährigen Krieg noch zu Österreich und fiel anschließend an Polen. Diese kleine Stadt war Schauplatz einiger historischer Ereignisse. Im Jahr 1790 etwa trafen sich dort Repräsentanten aus Böhmen, Österreich, Preußen, Holland und Polen, um über den Österreichich-Türkischen Krieg zu verhandeln. Am 27. Juli 1813 wurde in der Stadt außerdem die Konvention von Reichenbach unterzeichnet, die das anti-napoleonische Bündnis schuf – bestehend aus Preußen, Russland und Österreich. Die Industrialisierung, sowie die Judenemanzipation förderten den Aufschwung der Region. Bereits seit 1875 gab es eine Synagoge in „Rychbach". Sie überdauerte selbst den Zweiten Weltkrieg, da man sie an einen „arischen" Friedhofsgärtner verkauft hatte. Während des Krieges diente die Synagoge – ironischerweise – als Hauptquartier der Hitlerjugend, und wurde nach Kriegsende an die Gemeinde zurückgegeben. Seit dem deutschen Überfall auf Polen im Jahr 1939 gehörte die Region zum damaligen Deutschen Reich. Die Stadt hatte, wie viele andere in Schlesien, Glück im Unglück, und wurde nicht zerstört. Reichenbach kam jedenfalls nach dem Kriegsende zu Polen. Vor allem polnische Juden und ehemalige KZ-Häftlinge, die im Lager Groß-Rosen als Arbeitssklaven für das Nazi-Geheimprojekt „Riese" (ein Stollensystem – der Ersatz für das Führerhauptquartier) Zwangsarbeit verrichten mussten, siedelten sich in der Stadt an.

Die rasche Organisation der jüdischen Autonomie war bemerkenswert. Es gab eine jüdische Selbstverwaltung, jüdische Schulen, Krankenhäuser, Waisenhäuser, landwirtschaftliche Kibbuzim, Theater und vieles mehr.

Im Jahr 1946 benannte die polnische Behörde Rychbach in Dzierzoniów um. Die anfängliche Unterstützung der polnischen Regierung wich allerdings schnell, weil die Kommunisten einen zentralistischen Staat anstrebten. Die Regierung vertrat bald schon die Meinung, dass eine jüdische Autonomie die staatliche Autorität untergraben würde. Die Angriffe auf Juden häuften sich, ein Beispiel dafür ist unter anderem das Pogrom von Kielce am 4. Juli 1946. Es kam zu Schauprozessen gegen jüdische Partei- und Staatsfunktionäre. Nach dem Pogrom von Kielce zogen viele ehemalige Einwohner in das Heilige Land, andere wanderten in die Vereinigten Staaten aus. Im Jahr 1980 wurde schließlich die Synagoge geschlossen und verfiel, da es nicht mehr genügend jüdische Anwohner gab.

Vorfälle während des Polnisch-Sowjetischen Krieges

Nach diesem kurzen historischen Abriss stellt sich die Frage nach einer Leitfigur, die der jüdischen Autonomie in Reichenbach den Weg bereitete. Tatsächlich gab es eine Person, der diese Rolle wohl zugeschrieben werden kann. Es handelt sich hierbei um Jakob Egit, der im Jahre 1908 in Broryslaw (Polen) geboren wurde, und 1991 in Kanada starb. Egit durchlebte und erinnerte sich fortwährend an zahlreiche antisemitische Ereignisse in seiner Heimat. So zum Beispiel an den Polnisch-Sowjetischen Krieg im Jahr 1920, als Polen 17.000 wehrdienstleistende Juden in Lager in Warschau steckte und sie pauschal bezichtigte Feinde zu sein. In Minsk erschoss man 43 Juden, ohne jemals dafür gerichtlich belangt zu werden und in Plock wurde Rabbi Shapiro durch ein Militärgericht zum Tode verurteilt, weil er angeblich durch seine hebräischen Gebete Geheimnisse an den Feind übermittelt hätte. Die Losung „Entjudung des polnischen Staates" war ebenfalls sehr populär zu dieser Zeit. Einer persönliche Kindheitserinnerung Egits zufolge, drang ein Mob in sein Haus ein, jüdische Bewohner wurden wahllos angegriffen und ein alter Mann wurde an ein Pferd gebunden und zur allgemeinen Belustigung über den Boden geschleift. Nachdem auch die Weltwirtschaftskrise in Polen verheerende Folgen hatte und den Antisemitismus noch weiter befeuerte, entschloss sich Jakob Egit in das britische Mandatsgebiet Palästina auszuwandern. Die „Jewish Agency for Palestine" lehnte seinen Antrag wegen seiner Mitgliedschaft in der Partei „Poale Zion" ab, da sie nicht daran interessiert war, im Mandatsgebiet eine sozialistische oder gar kommunistische Entwicklung zu fördern.

Sozialistische Bestrebungen

Im Jahr 1931 gründete sich die „Allgemeine Jüdische Arbeiterpartei", die u.a. Manifeste an alle jüdischen Arbeiter, Besitzer kleiner Betriebe, Handwerker usw. sendete. Sie setzten sich für die Verbesserung der Situation der jüdischen Arbeiter und der verarmten jüdischen Volksmassen ein. Sie forderten den gleichen Status für jüdische wie nichtjüdische Arbeiter und ein Ende des Boykotts jüdischer Unternehmer. Im Jahr 1943 wurde die Partei letztendlich verboten, arbeitete aber im Untergrund weiter. Egit wurde wegen seiner Mitarbeit mehrmals festgenommen, jedoch immer wieder entlassen. Er zog – wie viele polnische Juden – samt Frau und Kind in die Sowjetunion, da sie seit 1918 u.a. öffentliche Kampagnen gegen Antisemitismus ins Leben rief. Stalin sagte während eines Interviews im Jahr 1931 gegenüber der amerikanischen „Jewish Telegraph Agency": „ Der National- und Rassenchauvinismus ist ein Überrest der menschenfeindlichen Sitten aus der Periode des Kannibalismus […] In der UdSSR wird der Antisemitismus als eine der Sowjetordnung zutiefst feindliche Erscheinung vom Gesetz aufs strengste verfolgt. Aktive Antisemiten werden nach den Gesetzen der UdSSR mit dem Tode bestraft." Diese Äußerungen und Taten vergisst man gern, da sich die Sowjetunion später ebenfalls als ein Feind der Juden entpuppte.

Egits Eltern und seine Geschwister, die in Polen geblieben waren, starben während der deutschen Besatzung. Er selbst trat der Roten Armee bei. Als Egit von den tausenden überlebenden Juden erfuhr, entsandte ihn der Zentralrat der Juden Polens nach Reichenbach. Er erfasste die Lage und erarbeitete ein Konzep für die jüdische Autonomie. Von einer Übersiedlung nach Palästina hielt er nichts mehr, da er meinte, dass Hitler sonst mit einem „judenreinen Europa" einen Sieg davongetragen hätte. Zu dem zu Anfang recht kleinem Kreis gesellten sich bald tausende Juden aus der Ukraine, Weißrussland, Litauen und Mitteleuropa. Reichenbach erlebte eine Blütezeit durch die Wiederbelebung der Textilindustrie und der Elektronik-Branche, der Ausbesserung der Straßen und dem Anlegen von Parkanlagen. Die Anzahl der damals dort ansässigen Juden schwankte zwischen 17.500 in den unmittelbaren Nachkriegsjahren und 6.000 und 3.500 in den Jahren zwischen 1950-1968. Doch, wie schon erwähnt, fand die kurze Blütezeit ein jähes Ende mit der alsbald fehlenden Unterstützung durch den polnischen Staat und den sich häufenden antisemitischen Ausschreitungen. Die Behörden entzogen 1949 Jakob Egit ihren Beistand. Zeitgleich beendete Stalin seine Unterstützung Israels und erklärte Zionismus zum Verbrechen. In der Sowjetunion und in allen Ostblockstaaten wurden Schauprozesse gegen jüdische Partei- und Staatsfunktionäre abgehalten und dauerten bis zum Tode Stalins im Jahr 1953 an. Im Jahr 1949 kam es zur Verhaftung Egits wegen „jüdischen Nationalismus". Im Jahr 1950 wurde er wieder freigelassen, verlor aber alle Posten, die er vormals innehatte.

Liebesentzug durch die polnische Regierung

Er zog anschließend nach Warschau und wurde dort Redakteur einer jüdischen Zeitung, die jüdische Republik aber löste sich auf. Im Jahr 1957 emigrierte Jakob Egit desillusioniert nach Kanada und veröffentlichte im Jahr 1991 seine Autobiographie „Die große Illusion". 1996 starb er in seiner nordamerikanischen Wahlheimat.

Rafael Blau, ein Israeli aus Beer Schewa, gründete die Stiftung „Beiteinu Chaj", die versucht den Verfall der Synagoge in Reichenbach zu stoppen und sie originalgetreu zu restaurieren, um sie als Bethaus, Museum und jüdisch-polnisches Bildungszentrum zu nutzen. Im Jahr 2009 trafen sich die ehemaligen Einwohner zu Rosch HaSchana in der Stadt, um gemeinsam zu beten und den Ort zu besichtigen.

Rychbach, das durch eine vier Jahre andauernde jüdische Autonomie den Traum vieler Überlebender der Schoah symbolisierte, fand, wie viele ähnliche Projekte, ein jähes Ende durch den wiederauflebenden Antisemitismus und eine Staatsgewalt, die sich jenen in den Weg stellte, die einen Vernichtungskrieg gegen ihr Volk überlebten. Jakob Egit kämpfte für ein Leben, das frei von Benachteiligung und Anfeindungen gegenüber Juden sein sollte. Zumindest hat sich sein Traum, zu einem gewissen Teil, in Eretz Israel erfüllt.

Die Konvertitin Fatima Grimm – der bis ins Dritte Reich hineingehende rote Faden des deutschen Islam

Die frühe islamische Kooperation mit den Nazis (Teil 2)

Von Birgit Gärtner

Bei der Entwicklung des weit verzweigten islamischen Netzwerkes in Deutschland hatten und haben Konvertitinnen und Konvertiten eine Schlüsselrolle inne. Eine davon ist Fatima Grimm, geborene Helga Lili Wolff, Tochter des Generals der Waffen-SS, Karl Wolff, der wegen Beihilfe zum Mord an 300.000 Jüdinnen und Juden zu einer Haftstrafe von 15 Jahren verurteilt wurde. Fatima Grimm rührte in vielen islamischen Töpfen und gab u.a. Materialien heraus, die an Schulen für den Islam-Unterricht zum Einsatz kamen.

Kleiner Gefallen unter Volksgenossen

Als sie als Helga Lili Wolff am 25. Juni 1934 geboren wurde, war ihr Vater, der 1933 in die NSDAP und die SS eingetreten war, bereits SS-Standartenführer. Am 9. November 1939 wurde er zum Chef des persönlichen Stabes „Reichsführer SS“, Heinrich Himmler, befördert.

Mit diesem überwarf er sich, weil er sich von Helgas Mutter scheiden ließ. Er wurde dann in Italien eingesetzt und dort zum „höchsten SS- und Polizeiführer“ ernannt. Als solcher fädelte er den Waffenstillstand in Italien ein, vermutlich auf eigene Faust, weil ihm klar geworden war, dass der Traum vom Endsieg ausgeträumt war.

Von der „Endlösung“ hingegen, der Vernichtung des europäischen Judentums, will er nichts mitbekommen haben. Das behauptete er jedenfalls später. Allerdings sprechen einige Fakten dagegen: Zum einen nahm er eigenem Bekunden zufolge als Zuschauer an einer Massenexekution in Minsk teil; zum anderen war er derjenige, der dafür sorgte, dass die Deportationen durchgeführt werden konnten, nachdem bei der Räumung des Warschauer Ghettos Engpässe bei den Transportkapazitäten auftraten. In einem Schreiben vom 13. August 1942 bedankte er sich für Ganzenmüllers Beistand: „Mit besonderer Freude habe ich von Ihrer Mitteilung Kenntnis genommen, daß nun schon seit 14 Tagen täglich ein Zug mit Angehörigen des auserwählten Volkes nach Treblinka fährt […] Ich habe von mir aus mit den beteiligten Stellen Fühlung aufgenommen, so daß eine reibungslose Durchführung der gesamten Maßnahme gewährleistet erscheint.“

Deshalb wurde er 1964 wegen Beihilfe zum Mord an 300.000 Jüdinnen und Juden zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, wurde aber 1969 wegen Krankheit begnadigt und verbrachte seine letzten 15 Lebensjahre in Freiheit. Vor seinem Ableben verhalf er noch dem „Stern“-Reporter Gerd Heidemann zu den angeblichen „Hitler-Tagebüchern“, einem der größten Medienskandale der Nachkriegszeit. Der Skandal bestand allerdings darin, dass die „Tagebücher“ sich als Fälschung erwiesen – nicht, dass der „Stern“ die Geschichte des wohl größten Massenmörders der Weltgeschichte abdruckte. Jedenfalls zum Teil, denn alsbald stellte sich heraus, dass der erhoffte Quotenbringer eine schnöde Fälschung war.

Fatima Grimm rührt in vielen islamischen Töpfen

Für den Vater kann Helga Wolff alias Fatima Grimm nichts. Doch dass er noch kurz vor seinem Tod zum Islam konvertierte, in Anwesenheit von Mitgliedern des IZM bestattet wurde und sie das Totengebet sprach, lässt auf eine enge Verbindung zwischen Vater und Tochter schließen. Peter Schütt, der nach seiner Karriere als kommunistischer Schriftsteller zum Schiitentum konvertierte, schreibt in seiner Biographie über Fatima Grimm, sie habe „ihr Leben unter der erdrückenden Gewissenlast, ein Täterkind zu sein“, gelitten. Nicht bekannt ist indes, ob ihr die Verbrechen des Vaters zu schaffen machten, oder dass diese zunehmend als solche wahrgenommen wurden.

SS-General Karl Wolff, Vater von Fatima Grimm.

An ihrem 26. Geburtstag, dem 25. Juni 1960, konvertierte sie in München bei dem im ersten Teil erwähnten Imam Ibrahim Gaçaoglu, Gründer der „Islamischen Gesellschaft in Westeuropa“. Sie hatte einen Tschechen kennengelernt, der ebenfalls konvertiert war. Gemeinsam reisten sie 1962 nach Pakistan und kehrten 1965 nach München zurück.

Dort engagierte sie sich offenbar in der Moscheebau-Kommission, im Protokoll der Generalversammlung vom 11. April 1971 taucht sie als Fatima Heeren-Salem als „Sekretär“ im neu gewählten „geschäftsführenden Ausschuss“ auf.

1983 wurde ihre Ehe geschieden, 1984 heiratete sie den Konvertiten Abdul Karim Grimm und zog zu ihm nach Hamburg. Dass es sie von der Isar an die Elbe verschlug, sei „eine wundersame Geschichte“, verriet sie der „Islamischen-Zeitung“ in einem Interview:

„Auf meiner Pilgerfahrt (Umra) 1982 freundete ich mich sehr mit den Kindern von Abdul Karim Grimm an, die ebenfalls mit ihrem Vater daran teilnahmen und deren Mutter etwa sechs Jahre vorher verstorben war. Als die ältere Tochter Nadija erfuhr, dass ich alleinstehend war, schrieb sie mir kurzerhand einen Brief und fragte: ‚Fatima, warum kommst du nicht nach Hamburg und heiratest unseren Papa?‘ Und so schlossen wir tatsächlich am 1. April 1984 den Bund der Ehe, und ich zog ich von München nach Hamburg, wo ich bis heute lebe. Es waren 25 Jahre, die mir viel Glück und viele unvergessliche gemeinsame Erlebnisse beschert haben, alhamdulillah.“

Auch Abdul Karim Grimm war einst zum Islam konvertiert und an der Gründung der „Deutschen Muslim Liga“ (DML) und dem Bau der dem IZH angeschlossenen schiitischen Imam-Ali-Moschee an der Alster beteiligt. Die DML ist die älteste islamische Vereinigung in Deutschland, Funktionen können nur Konvertiten übernehmen. Damit soll demonstriert werden, dass der Islam keine „Ausländerreligion“, sondern „integraler Bestandteil der deutschen Gesellschaft“ sei. Die DML ist ebenfalls Gründungsmitglied des ZMD, dessen Ehren- und Beiratsmitglied Fatima Grimm seit 1999 war.

Für den Islam mit der Waffe in der Hand

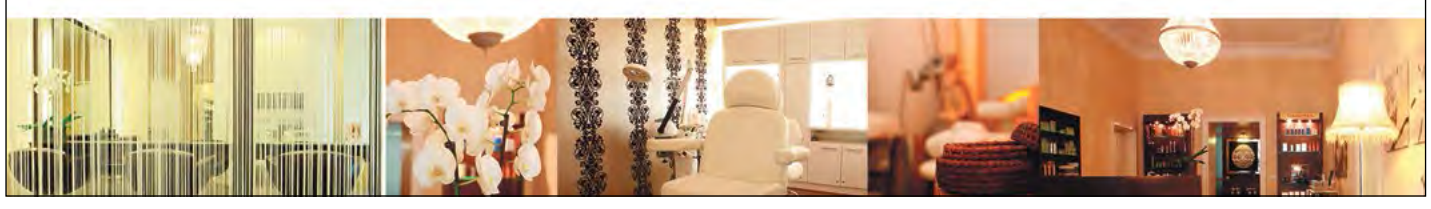
Ihr Schwerpunkt waren die Themen Kindererziehung sowie die Rolle der Frau im Islam. Sie sprach sich für Polygynie (Mehrehe des Mannes) und arrangierte Hochzeiten aus. In ihrer Publikation „Die Erziehung unserer Kinder“ schreibt sie:

„Ich meine, dass wir etwa um das 15. Lebensjahr herum damit rechnen dürfen, unsere Kinder für den Begriff des Dschihad aufgeschlossen zu finden. Wir müssen ihnen dann zeigen, auf welchen Gebieten unser Glaube den Angriffen des dar ulharb ausgesetzt ist, und ihnen Wege eröffnen, die es ihnen einmal ermöglichen sollen, die Verteidigung erfolgreich in die eigenen Hände zu nehmen. Dazu gehört, dass wir als Mütter nicht feige und ängstlich darauf bedacht sind, unsere Söhne vor jeder Gefahr zu bewahren. Wir könnten es sowieso nicht, denn wenn Gott ihre Stunde für gekommen hält, kann sie ebenso ein Auto überfahren oder eine Krankheit heimsuchen. Vielmehr sollten wir ihnen immer vor Augen führen, was für eine großartige Auszeichnung es für jeden Muslim ist, für die Sache des Islam mit der Waffe in der Hand kämpfen zu können. Einen größeren Verdienst kann er sich ja durch nichts auf Erden erwerben.“

Allerdings könnten „unsere Söhne“ „ebenso mit Wort und Schrift für die Sache Gottes streiten, man kann als Arzt kranken und verwundeten Muslimen helfen, man kann als Ingenieur wichtige technische Geräte entwickeln, als Architekt lebensnotwendige Gebäude errichten — diese Reihe ließe sich bis ins Unendliche fortsetzen“. Ziel sei, so Grimm in der noch heute erhältlichen Broschüre: Der „endgültige Triumph des Islam auf Erden“.

Als sie am 6. Mai 2013 starb, verfasste der ZMD einen Nachruf auf sie, Eslam, die vom Konvertiten Yavuz Özoğuz publizierte „Enzyklopädie des Islams“ sowie der „Liberal-Islamische Bund“, in dem sie ebenfalls Mitglied war. Der wurde 2010 gegründet und stellt sich gern als Reformislam dar. Prominentestes Mitglied ist die Vorsitzende Lamya Kaddor, eine Religionspädagogin, die u. a. dadurch in die Schlagzeilen geriet, dass fünf ihrer Schüler sich später der Mörderbande „Islamischer Staat“ anschlossen.

Fatima Grimm ist sozusagen der rote Faden in der Geschichte des deutschen Islams, der sich von München über Hamburg ins Rheinland, vom sunnitischen über den schiitischen bis zum sogenannten „progressiven“ Islam, von 1960 bis in die Gegenwart hinein zieht.

BEAUVITÉ®
... wo die Schönheit zu Hause ist.
Kosmetik · Friseur · Maniküre · Pediküre · Permanent Make-up · Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung · Lipolaser · Kryolipolyse · Kavitation · Mesotherapie
Faltenunterspritzung · Multipolare Radiofrequenz
Fasanenstraße 40 · 10719 Berlin · Tel.: (030) 88 91 64 59
WWW.BEAUVITÉ.DE


Taube und Falke in einer Person

Zum 40. Todestag von Jigal Allon

Von Daniel Frick (Israelnetz)

Jigal Allon ist nicht so bekannt wie andere politische Größen in Israel. Doch mit seinem Wirken und Denken hat er etwa den Frieden mit Ägypten entscheidend vorangebracht. Vor 40 Jahren ist der israelische Kriegsheld und Außenminister gestorben.

Wenn Zehntausende Menschen bei strömendem Regen zum Begräbnis eines Politikers kommen, hat dieser im Leben wohl vieles richtig gemacht. Vor 40 Jahren, am 29. Februar 1980, starb Jigal Allon, bis 1977 israelischer Außenminister, im Alter von 61 Jahren an einem Herzanfall. Eine Prozession brachte den Leichnam am 3. März vom Krankenhaus in Afula in seinen 35 Kilometer entfernten Wohnort, Ginossar am nordwestlichen Ufer des Sees Genezareth. Mitte der 1930er Jahre hatte Allon den Kibbuz mitbegründet.

Zahlreiche politische, militärische und andere gesellschaftliche Führungsfiguren zollten Allon Respekt. Dabei hoben sie sein militärisches Genie als Kommandeur der Palmach und später in der Armee hervor. Unter Allons Kommando gelang es Israel etwa, die Ägypter im Unabhängigkeitskrieg 1948/49 in der Negev-Wüste zurückzudrängen.

Doch auch Allons Friedensbemühungen fanden Erwähnung. Sogar der ägyptische Präsident Anwar as-Sadat meldete sich in einer Mitteilung zu Wort und bekundete sein Beileid. Er würdigte das Engagement des damaligen Außenministers beim Abzug israelischer Truppen vom Sinai Mitte der 1970er Jahre – ein Schritt auf dem Weg zum 1979 geschlossenen Friedensvertrag. Tatsächlich entsprach es Allons Vorstellung, dass der Friede nicht auf einmal kommen würde. Vielmehr bedürfe es kleiner Schritte, um Vertrauen herzustellen – einer dieser Schritte war eben das Abkommen Sinai II zwischen Israel und Ägypten.

Jigal Allon und Golda Meir (1971)

Ein Plan für Nahost

Auch mit Jordanien hatte Allon eigentlich diese Kunst der kleinen Schritte im Blick, um dauerhaft zu einem Frieden zu kommen. Sein 1967 nach dem Sechs-Tage-Krieg vorgestellter Plan, heute bekannt als „Allon-Plan“, war dazu ein Mittel: Dieser sah eine israelische Annexion von Teilen des Westjordanlandes, mitsamt des Jordantales, vor. Die vorwiegend arabisch besiedelten Teile des Gebietes sollten hingegen in einen politischen Verbund mit Jordanien gebracht werden. Mit anderen Worten: Der Plan betonte die Bedeutung sicherer Grenzen – die Kontrolle des Jordantales –, bei gleichzeitiger Bereitschaft zu territorialen Kompromissen.

Hinter diesem Plan steckte eine Haltung, die Historiker heute als eine „Mischung von Taube und Falke“ beschreiben: Die Auffassung, dass Israel nur in sicheren Grenzen überleben könne – und dass unter Voraussetzung dieser Sicherheit aber auch Frieden mit den Ländern der Region möglich sei. Andere bekannte israelische Politiker wie Mosche Dajan gingen von einer grundsätzlichen Gegnerschaft in der Region aus, die unlösbar schien und nur durch entschiedene Sicherheitspolitik eingedämmt werden könne.

In den 1970er Jahren traf sich Allon dreimal mit dem jordanischen König Hussein, um diese Angelegenheiten zu besprechen. Nach außen hin zeigte sich Hussein freilich kompromisslos, er trage Verantwortung für „jeden Zentimeter“ Land. Heute lässt sich nur darüber spekulieren, was passiert wäre, wenn es Allon vergönnt gewesen wäre, als Kandidat der Arbeitspartei bei den Wahlen 1981 anzutreten und Regierungschef zu werden – in den letzten Lebensjahren arbeitete er auf dieses Ziel hin. Und in der Position des Premierministers hätte er sicher versucht, seinen Plan voranzubringen.

Amt und Verzicht

Tatsächlich hegte Allon schon lange Ambitionen auf den Regierungsposten. Nach dem Tod Levi Eschkols 1969 führte er die Regierungsgeschäfte übergangsweise und war neben Mosche Dajan einer der Favoriten für eine dauerhafte Amtsübernahme. Vom damaligen Generalsekretär der Arbeitspartei, Pinchas Sapir, ließ er sich aber davon überzeugen, Golda Meir den Vortritt zu lassen. Als Meir 1974 zurücktrat, bot sich die nächste Gelegenheit. Doch aus Parteiräson zog er zurück, so dass Jitzchak Rabin den Posten bekam. Damit wurde nicht er, sondern Rabin der erste Premier, der im Land geboren wurde, nämlich 1922 in Jerusalem.

Allon kam 1918 in Kfar Tabor zur Welt. Im Alter von 27 Jahren war er bereits Kommandeur der paramilitärischen Palmach, und mit 30 Jahren der mit Abstand erfolgreichste Kommandeur der israelischen Armee im Unabhängigkeitskrieg. Allerdings war er sich mit Staatsgründer David Ben-Gurion nicht grün: Dieser hatte Anfang 1949 den israelischen Vormarsch im Sinai beendet, Allon wollte weiterkämpfen. Aufgrund dieses Streites machte Ben-Gurion später nicht Allon zum Armeechef, wie es viele erwartet hatten, sondern Jigael Jadin.

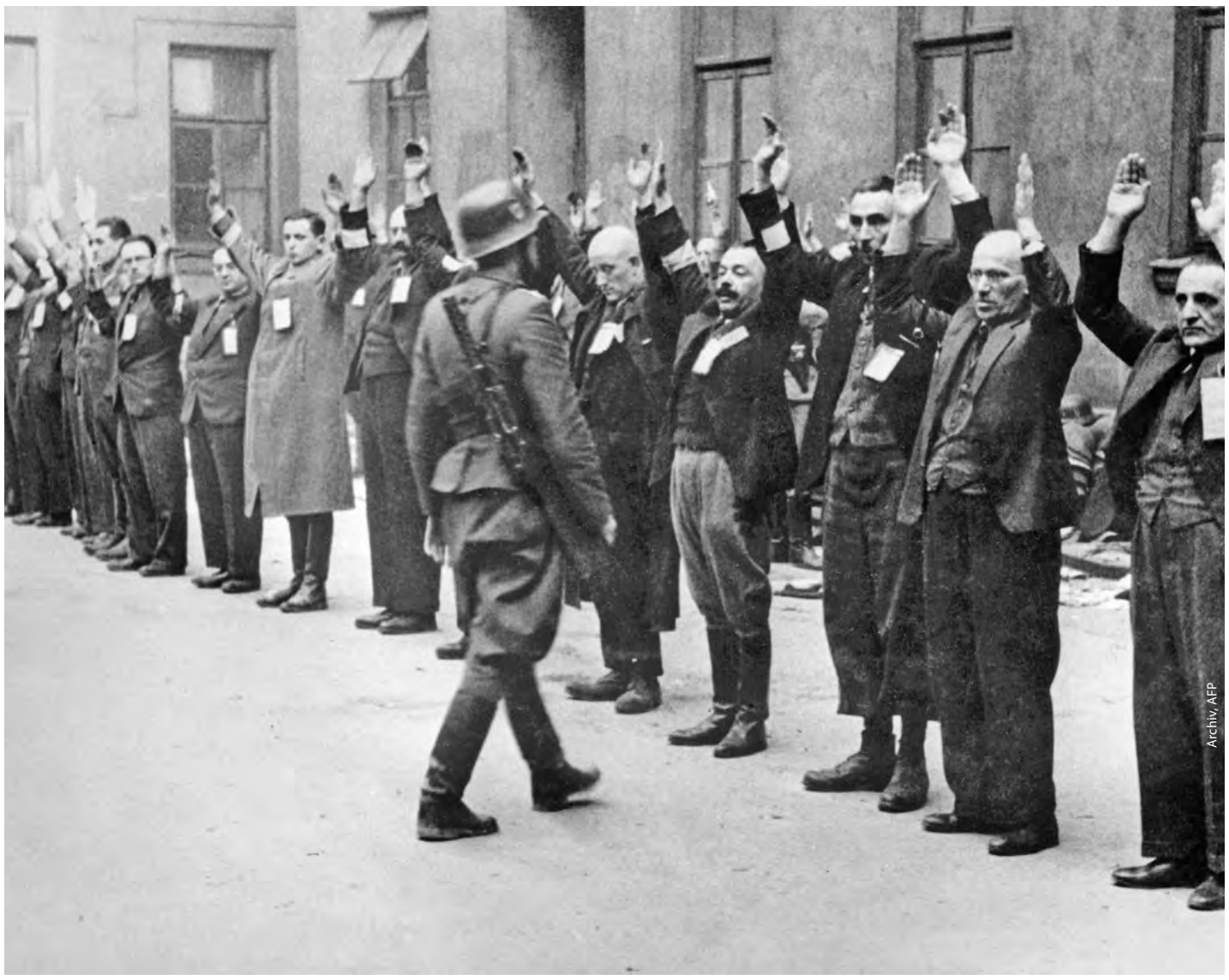
Vielleicht ist diese Konstante in der Biographie Allons, letztlich nie „ganz nach oben“ gekommen zu sein, ein Grund dafür, dass sein politisches Vermächtnis heute unterschätzt wird. Ein Schimon Peres, der Mitte der 1970er Jahre als Verteidigungsminister gegen das Sinai-Abkommen war und zuletzt als Vertreter des „Friedenslagers“ galt, ist in der historischen Erinnerung weitaus präsenter. Das beklagt jedenfalls der israelische Historiker Udi Manor. Der 40. Todestag bietet Anlass, Allons Vermächtnis neu zu bedenken.

Jigal-Allon-Museum und -Bildungszentrum im Kibbuz Ginnossar

„Wir wussten vorher, dass sie uns besiegen würden.“

Die israelische Unabhängigkeit (im April feiern wir den Jom Haatzmaut) ist auch eine späte Belohnung für die April-Helden des Aufstandes im Warschauer Ghetto 1943.

Von Oliver Vrankovic


Archiv, AFP

Eine Reihe verhafteter Aufständischer vom Warschauer Ghetto

„Was wir durchgemacht haben, lässt sich unmöglich mit Worten ausdrücken. Wir sind uns darüber klar, dass das Geschehene unsere kühnsten Träume übertrifft. Die Deutschen waren zweimal genötigt, aus dem Ghetto zu flüchten.“ Diese Worte schrieb der Anführer des Aufstands im Ghetto Warschau, Mordechai Anielevicz, in seinem letzten Brief vom 23. April 1943 an seinen Stellvertreter Yitzhak Zuckerman.

Im März 1942 erreichten Berichte von der Judenvernichtung in Chelmno das Ghetto. Zivia Lubetkin bezeugte dazu 1961 im Prozess gegen Adolf Eichmann. „Wir haben unsere kulturellen Aktivitäten eingestellt (...) und unsere ganze Arbeit war nun der aktiven Verteidigung gewidmet.“

Zivia Lubetkin war im Juli 1942 Mitgründerin der Zydowska Organizacja Bojowa (ŻOB), die im Januar 1943 unter der Leitung von Mordechaj Anielewicz den bewaffneten Widerstand gegen die Massendeportationen wagte. Stellvertretender Kommandeur war Zivias späterer Ehemann Yizhak „Antek“ Zuckermann.

Der Verlauf des Januar-Aufstandes hatte den Widerstandskämpfern Mut gemacht. Ihr System der verbundenen Dachböden funktionierte und sie blieben entgegen ihrer Erwartungen am Leben. Am 19. April 1943 begann der Aufstand im Warschauer Ghetto.

Das Kommando über die Aufständischen hatte Mordechai Anielevicz. Sein Stellvertreter Yitzhak „Antek” Zuckerman befand sich als Verbindungsmann zum polnischen Widerstand auf der „arischen“ Seite des Geländes.

1961 trat Zivia Lubetkin im Eichmann-Prozess auf, sie war die einzige Zeugin, die während ihrer Aussage sitzen blieb. Über den Beginn des Aufstands sagte sie aus: „Es war merkwürdig, die etwas mehr als 20 jüdischen Jungen und Mädchen zu sehen, die diesem bewaffneten und mächtigen Feind gegenüberstanden und freudig und fröhlich waren. Warum waren sie freudig und fröhlich? Wir wussten, dass unser Ende gekommen war. Wir wussten vorher, dass sie uns besiegen würden, aber wir wussten auch, dass sie einen hohen Preis für unser Leben zahlen würden.“

In einem Interview mit Yad VaShem erinnerte sich der Widerstandskämpfer Simcha „Kazik“ Rotem, der einer Zehnergruppe von Männern und Frauen unter dem Kommando von Hanoch Guttmann im Areal der Bürstenmacherwerkstätten zugeteilt war, wie unter dem Tor ein Tunnel gegraben und darin Sprengstoff deponiert wurde. Über das Anrücken der Deutschen schreibt Rotem in seinen Memoiren: „Sie marschierten, endlos. Nach ihnen kamen Panzer, Panzerwagen, leichte Artillerie und hunderte Männer der Waffen-SS auf Motorrädern. [...] Plötzlich spürte ich wie schwach wir waren. Wer waren wir, was galt unsere Widerstandskraft gegen Panzer und Panzerwagen? Wir hatten nur Pistolen und Handgranaten. Trotzdem blieb mein Kampfgeist unerschüttert. Endlich kam die Zeit mit ihnen abzurechnen.“

Von seinem Beobachtungsposten sah Rotem am Tag nach dem Ausbruch des Aufstandes im zentralen Ghetto, wie sich eine SS-Einheit dem Bürstenmachertor näherte. Guttmann kam hinzu, wartete den besten Augenblick ab und zündete den Sprengstoff. Kazik im Interview mit Yad VaShem:

„Ich war nach der massiven Explosion mit dem Anblick zerschlagener Gliedmaßen und deutscher Körper in der Luft geschockt. Dieses deutsche Volk, das Europa erobert und vor den Toren Moskaus geklopft hatte – dies war kein Schauspiel, an das wir gewöhnt waren, und sicherlich nicht in einem Ghetto. Juden töteten Deutsche. Es war etwas Außergewöhnliches… Ich war tatsächlich einige Zeit gelähmt, als die Deutschen vor dem Chaos davonliefen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren wir jahrelang daran gewöhnt, dass Juden um ihr Leben rannten [...] Es war das erste Mal seit dem Ausbruch des Krieges, dass die Deutschen flüchteten.“

Der Straßenkampf dauerte fünf Tage. Dann begannen die Deutschen das Ghetto abzubrennen. Es gab keine direkten Konfrontationen mehr und die Widerstandskämpfer und verbliebenen Bewohner des Ghettos mussten sich in den stickigen und heißen Bunkern verstecken. Am Tag vor ihrer Entdeckung durch die Deutschen beschloss das ZOB-Kommando, dass sich Lubetkin aufmachen solle, um eine Verbindung durch die Abwasserkanäle zur „arischen“ Seite des Geländes zu finden. Als sie zurückkehrte, waren Anielewicz und seine Kameraden tot. Am 10. Mai 1943 führte Zivia Lubetkin die letzten Kämpfer zu den Fluchtwegen in der Kanalisation.

WIKIPEDIA

Zivia Lubetkin (Aufnahme vor September 1939)

Im August 1944 nahmen die wenigen Überlebenden des Kampfs im Warschauer Ghetto am Warschauer Aufstand der Polen gegen die deutsche Besatzung teil.

Im Juni 1946 hielt Zivia Lubetkin eine Rede auf der Konferenz der Vereinten Kibbuz-Bewegung in Yagur. Einen ganzen Tag lang stand sie in einem riesigen Zelt und berichtete von „den Tagen der Zerstörung und der Revolte“ (wie auch ihr Buch später heißen sollte). Unter den Zuhörern waren Yitzhak Sadeh und viele ehemalige Palmach-Kämpfer. Manche hörten zum ersten Mal vom jüdischen Widerstand gegen die Nazis, der für die Kibbuz-Bewegung zu einer wichtigen Motivation für den Kampf um den Staat Israel wurde. Zivia sagte einleitend zu ihren Ausführungen, dass sie während der Zeit, als sie von Zerstörung und Tod umgeben waren, nur mit dem Gedanken an die ferne Heimat und die Arbeiterbewegung in Erez Israel am Leben blieben.

Auf Lubetkins Initiative bildete sich in Yagur eine Kerngruppe aus überlebenden Widerstandskämpfern und Partisanen für die Gründung des Kibbutz Lohamei HaGettaot. Am sechsten Jahrestag des Warschauer Ghetto-Aufstandes erfolgte der Spatenstich für die Kollektivsiedlung und das daran angeschlossene Haus der Ghettokämpfer (Beit Lochamei HaGettaot), welches das erste Museum überhaupt war, das den Opfern des Holocaust und des jüdischen Widerstandes gedachte. Aus der Zeremonie zum Spatenstich wurde der in Israel jedes Jahr begangene Gedenktag an die Opfer des Holocaust und die Helden des Widerstands. Ob und wie die zentralen Feiern in Yad VaShem und Lochamei HaGettaot in diesem Jahr ausgerichtet werden steht wegen der Korona Pandemie, die auch Israel schwer getroffen hat, in den Sternen. Gleiches gilt für den eine Woche später stattfindenden Gedenktag für die Opfer der Kriege und des Terrors und die Feierlichkeiten zum israelischen Unabhängigkeitstag.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig die historisch interessanten Titelblätter der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Jüdische Rundschau

Abonnementspreis
(Zusendung inbegriffen) vierteljährlich:
1. durch die Expedition:
a) in Berlin —,90 Mark. b) nach auswärts 1,— Mark. c) für das Ausland 1,50 Mark.
2. im Postabonnement 1,25 Mark.

Insertionspreis
die viergespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 25 Pfennig.

✡ Organ ✡
der
Zionistischen Vereinigung
für
Deutschland.

UNIV.-BIBL. ERLANGEN

Adresse für Geldsendungen und Bestellungen:
Verlag Jüdische Rundschau, E. G. m. b. H., Berlin N. 54, Auguststr. 49a.
Geschäftsstunden der Expedition: täglich (ausser Sabbat und Sonntag) vormittags 10—1, nachmittags 3—7 Uhr.

Adresse der Redaktion:
Berlin N W. 52, Melanchthonstrasse 4.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JUEDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

Nummer 14 Berlin, 7. April 1905 — 2. Nissan 5665 X. Jahrgang

Inhalt

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.
(Baseler Programm.)

Zur Beachtung
Gibt es eine Judenfrage? II
Von Heinrich Sachse
Mitteilungen des Zentralbureaus
Moses Hess
Von Eljaquim
Brief aus Palästina
Von Dr. Grünhut-Jerusalem
ALTNEULAND und seine Arbeit
Von Elias Auerbach
Zur Ostafrikafrage
Von Dr. Emil Simonson
Stellennachweis für jüdische Akademiker
Vom Gruppenverband Posen
Aus der Bewegung
Rundschau
Aus dem modernen Ghetto
Aus Russland
Christl. Liebe — jüdischer Rachegott
Verband der deutschen Juden
Fontane und die Assimilationsjuden
Heilsarmee und Unheilsarmee in Jerusalem
Der Enkel eines Polen . . . .
Antisemitisches Bubenstück
Hinter den Kulissen
Pücklers Abgang
Der antisemitische Gentleman
Jüdische Katakomben
Sellins Forschungen in Palästina
Rundschau der Presse
Verschiedenes
Nationalfond
Briefkasten der Redaktion
Feuilleton
Vom Turnen Von Sonia
Literaturbericht
Konzert Rothstein
Die Judenbuche
Von Anette von Droste-Hülshoff

Gedenket des Herzlwaldes!

NATIONALFOND-VERWALTUNG
für Deutschland
Adresse für Geldsendungen:
Max Wollsteiner,
Berlin N.W. 23, Holsteiner Ufer 10

Zionistische Vereinigung für Deutschland
Zentralbureau:
Berlin W. 66
Mauerstrasse 2 III

ZIONISTISCHE KOMMISSION
zur Erforschung Palästinas;
Redaktion von ALTNEULAND
Berlin W. 15,
Pfalzburgerstrasse 83

Viren und die jüdischen Mikrobenjäger

Der Beitrag jüdischer Wissenschaftler zur Bekämpfung der großen Menschheitskrankheiten ist größer als weitgehend bekannt.

Von Dr. Frank Heynick

Die Niederlande waren im 17. Jahrhundert ein Land großer Toleranz, in dem die aus Spanien und Portugal vertriebenen Juden, einschließlich renommierter Ärzte, mit Offenheit begrüßt wurden. Nicht zufällig war dies das niederländische Goldene Jahrhundert, eine Zeit atemberaubender Fortschritte in den Künsten und Wissenschaften. Dort wurden u.a. die ersten Mikroskope erfunden. Antoni van Leeuwenhoek entdeckte damit in der Stadt Delft in den 1670er Jahren einen wahren Zoo bisher unsichtbarer Mikroorganismen, der selbst in den fieberhaftesten Träumer bis dahin unvorstellbar gewesen war.

Während des 18. Jahrhunderts und bis weit in das 19. hinein gab es unter Medizinern Spekulationen über eine mögliche Beziehung von Mikroorganismen zu Krankheiten. Bestimmte Arten dieser winzigen Wesen schienen in den Organen oder im Blut von Patienten mit bestimmten Krankheiten zu erscheinen. Aber es gab zahllose Fragen wie z.B.:

1. Könnten diese so primitiven Lebewesen von selbst entstehen („Spontanzeugung“)?
2. Waren sie die Ursache der Krankheit oder waren sie das Erzeugnis des erkrankten Körpers?
3. Könnte sich eine pathogene Mikrobe einer Krankheit in die einer anderen Krankheit verwandeln?
4. Waren bei Krankheiten, von denen bekannt war, dass sie ansteckend waren, Mikroorganismen die Schuldigen, die von einem kranken auf einen gesunden Körper übertragen wurden, um dort zu keimen?

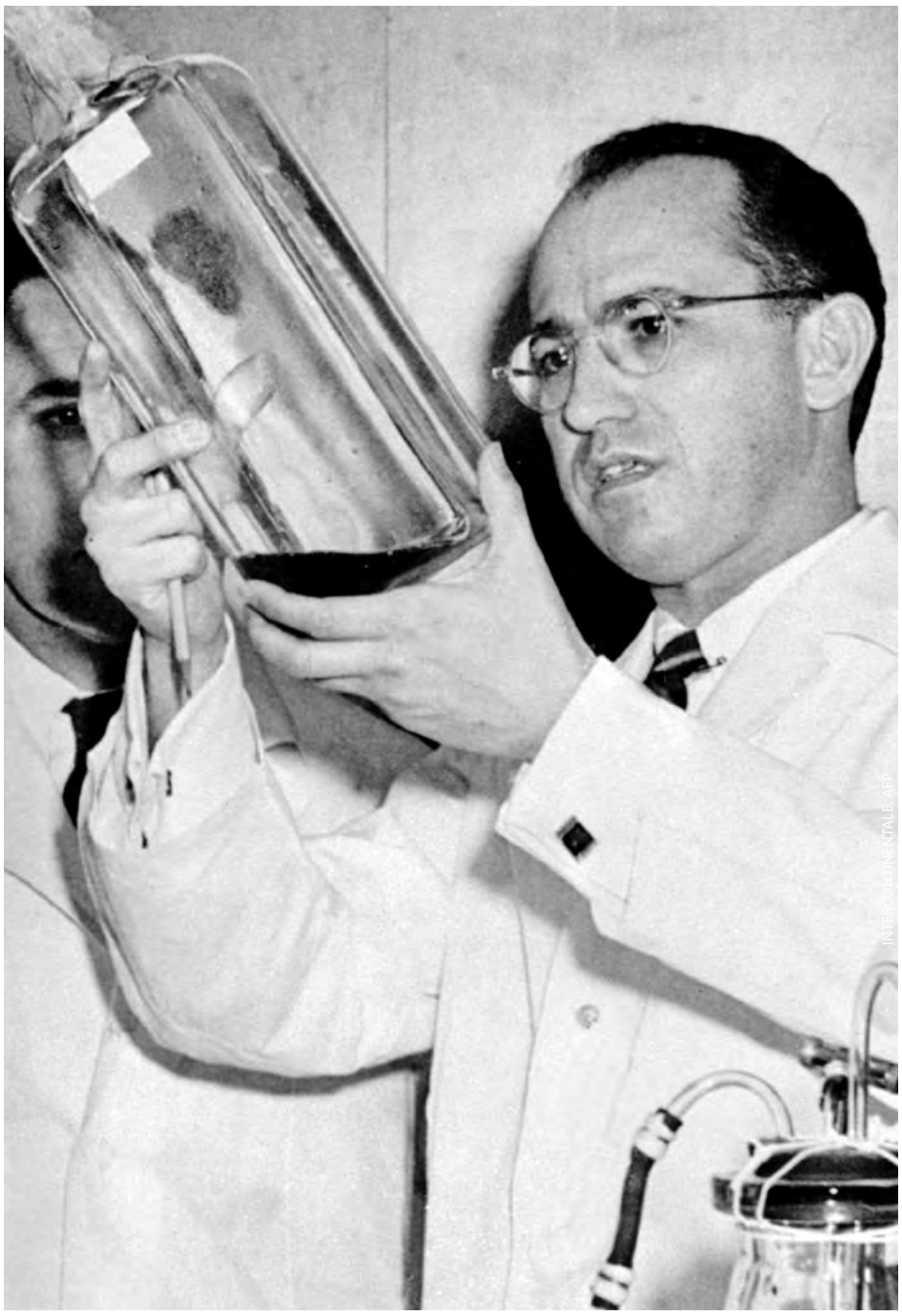
Ein bayerischer Jude erzielt den Durchbruch

Ein Durchbruch, der das heroische Zeitalter der „Mikrobenjäger“ einleitete, gelang 1840 mit der Veröffentlichung von „Von den Miasmen und Kontagien“ durch den bayerischen Arzt Jacob Henle, einem Nachkommen frommer Rabbiner. Mit technologisch fortschrittlichen Mikroskopen und deduktiver Analyse von Fallbeispielen erklärte Henle der medizinischen Welt: „Das Contagium ist eine mit individuellen Leben begabte Materie, die sich nach Art der Tiere und Pflanzen reproduzieren (...) und parasitisch auf dem kranken Körper lebt. Keine tote, chemische Substanz, auch nicht organische, vermehre sich auf Kosten einer anderen“.

Ein Jahr später veröffentlichte der polnisch-deutsche Jude Dr. Robert Remak die erste seiner Beobachtungen, dass Zellen – aller lebenden Organismen einschließlich der Mikroben – nur durch Teilung der Elternzellen entstehen können. So half Remak dabei, dem Konzept der „Spontanzeugung“ ein Ende zu setzen.

Waffen für die Menschen

Der Krieg der Menschheit gegen übertragbare Krankheiten beschleunigte sich dramatisch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In der deutschen Stadt Breslau (heute Wrocław, Polen) veröffentlichte der Botanik-Mikroskopiker Dr. Ferdinand Cohn 1872 seine „Über Bacterien, die kleinsten lebenden Wesen“. Als unbestrittener Meister der Klassifikation des unsichtbaren Lebens erklärte Cohn, dass ein Mikroorganismus einer Krankheit zwar verschiedene Transformationen durchlaufen kann, jedoch der Mikroorganismus dieser spezifischen Krankheit bleibt und nicht einer anderen.



Ein Held der Menschheit: Der jüdische Arzt Jonas Salk besiegte die Kinderlähmung, die noch in den 1950er Jahren auch in Deutschland zahlreiche Kinder und Jugendliche befiel. Sogar auf eine Patentierung seiner Methode verzichtet er - und ließ sich damit Millionengewinne entgehen.

Robert Koch, ein Student von Henle und Schützling von Cohn von protestantischem Abstammung, entdeckte das Tuberkulose-Bakterium und klärte den mysteriösen Lebenszyklus des Anthrax-Bazillus auf.

Solche dramatischen Fortschritte führten zur Entdeckung von Gliedern in der Kette („Vektoren“), über die die verschiedenen pathogenen Mikroorganismen übertragen werden, und dann zu Maßnahmen, um diese Glieder zu brechen: Cholera durch mit Abwasser kontaminiertes Trinkwasser, Schlafkrankheit durch die Tsetsefliege, Kindbettfieber durch die kontaminierten Hände von Ärzten und Hebammen, Malaria (auf Italienisch „schlechte Luft“) durch Mücken.

Für Abwehrmaßnahmen gegen diese Seuchen brauchte man ein ganzes Arsenal aggressiver „Waffen“.

In den 1890er Jahren war der jüdische Arzt Paul Ehrlich in Berlin maßgeblich an der Entwicklung von Seren beteiligt. Der wässrige Teil des Blutes (nach der Koagulation) eines Tieres, das eine toxinproduzierende Krankheit wie Diphtherie bekämpft hat, enthält starke Antitoxine, die einem Diphtheriepatienten injiziert werden können. Ehrlich, ein brillanter und einfallsreicher Chemiker, war Vorreiter bei der selektiven Färbung spezifischer Mikroorganismen, um sie unter dem Mikroskop zu unterscheiden. Dieses Prinzip inspirierte ihn zur Entwicklung des ersten Chemotherapeutikums – der Arsenverbindung Salvarsan (die er auch „Zauberkugel“ nannte), die auf die Spirochäten der Syphilis zielte und diese zerstörte. (Ehrlichs Glaubensgenosse Albert Wassermann hat den Bluttest für Syphilis entwickelt.)

Als das neue Jahrhundert anbrach, herrschte allgemeiner Optimismus, dass die Menschheit bald frei von allen schweren Infektionskrankheiten sein würde.

Aber es fehlte ein Teil des Puzzles.

Immunsystem aktivieren durch Impfung

Seit antiken Zeiten war bekannt, dass Menschen, die eine bestimmte Krankheit überlebten, ganz oder teilweise immun gegen einen Angriff derselben Krankheit waren. 1798 zeigte der englische Arzt Edward Jenner, dass eine absichtliche Impfung mit den Pusteln relativ gutartiger Kuhpocken („Vakzination“ vom Lateinischen Vacca = Kuh) die Person vor einem Angriff vor den weitaus virulenteren und tödlicheren Pocken schützte.

Zu den großen Erfolgen im Krieg gegen übertragbare Krankheiten gehörte die Entwicklung einer neuen Art der Impfung durch den französischen Chemiker Louis Pasteur, einem frommen Katholiken. Pasteur zeigte, wie die Inokulation eines Patienten mit getöteten oder (durch Trocknen oder andere Techniken) abgeschwächten Krankheitserregern wie Tollwut das natürliche Immunsystem gegen einen anschließenden Angriff durch die vollständig virulente Krankheit aktivierte.

Aber hier lag das Problem. Im Gegensatz zu den Mikroorganismen Tuberkulose, Cholera, Diphtherie, Syphilis und so vielen anderen Krankheiten, hatte noch niemand die Erreger von Pocken und Tollwut gesehen. Pasteur spekulierte, dass es sich um Mikroorganismen handelte, die außerhalb der Sicht der leistungsstärksten Mikroskope lagen.

Um die Wende zum 20. Jahrhundert zeigte der niederländische Mikrobiologe Martinus Beijerinck, wie die Flüssigkeit einer infizierten Pflanze, selbst nachdem sie durch den feinsten Filter gesiebt wurde, noch immer gesunde Pflanzen infizieren konnte. Dies war ein wichtiger Durchbruch, aber Beijerinck ging zu Unrecht davon aus, dass der Täter nicht aus Feststoffen bestand. Er nannte es „Virus“, lateinisch für Gift.

Dass niemand je ein Virus gesehen hatte, machte den Kampf schwieriger. Zwischen 1918 und 1920, als die Spanische Grippe mehr Menschenleben forderte als alle Schlachtfelder des Ersten Weltkriegs zusammengenommen, führte die Ärzteschaft sie fälschlicherweise auf ein opportunistisches Bakterium zurück, das unter dem Mikroskop sichtbar war.

Mit der Erfindung des Elektronenmikroskops in den frühen 1930er Jahren wurde die Grenze des Sichtbaren dramatisch verschoben, wodurch Viren, die hunderte Male kleiner als Bakterien sind, endlich fürs menschliche Auge erkennbar wurden. Pasteur schien recht gehabt zu haben, als er postulierte, dass der Tollwutwirkstoff ein Mikroorganismus sei.

Aber er lag nicht ganz richtig. Spätere Untersuchungen zeigten, dass sich Viren – im Gegensatz zu Lebewesen (Organismen) – nicht selbst vermehren können. Viren erwiesen sich als Pakete von genetischem Material – DNA oder RNA –, die lebende Zellen durchdringen, befehligen und zerstören, um sich selbst zu vermehren.

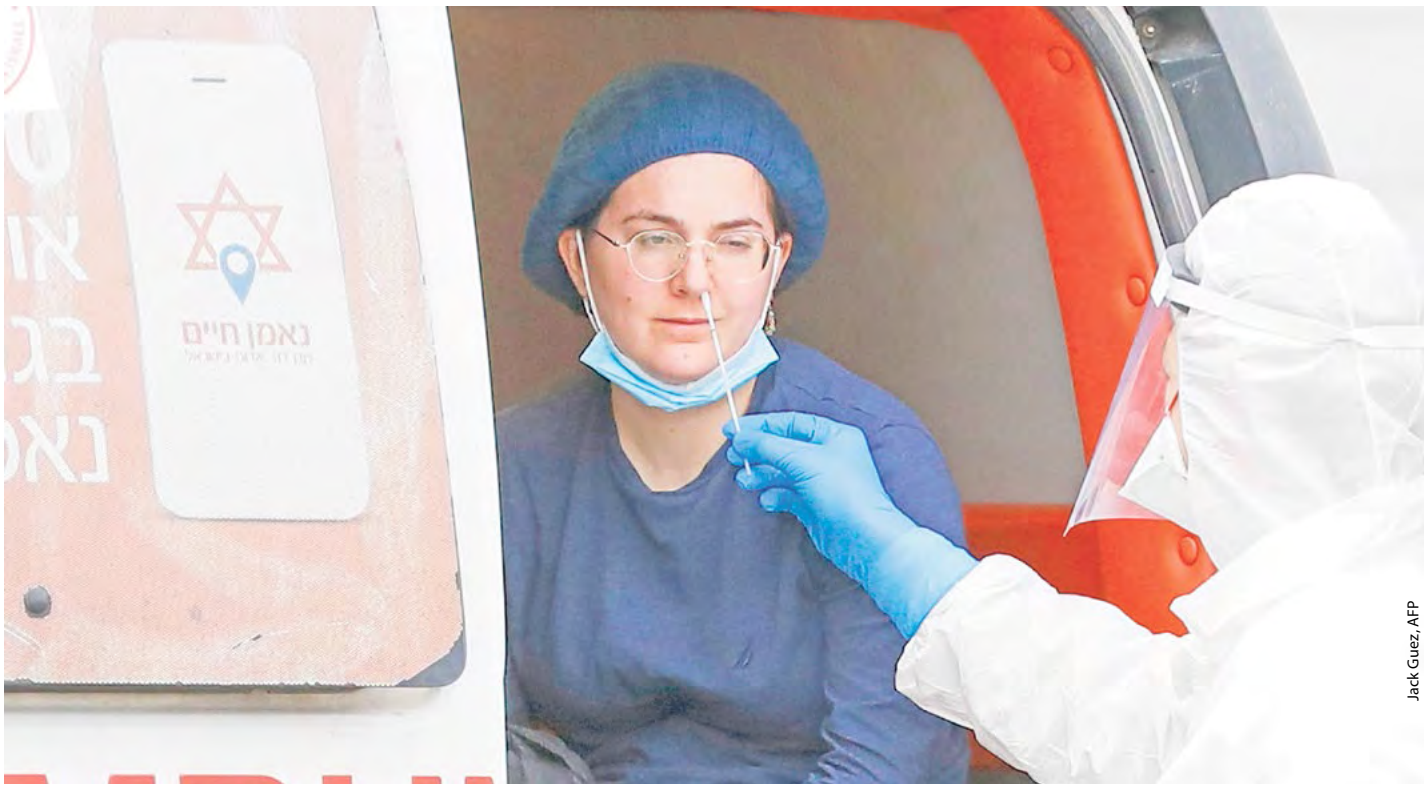
Poliomyelitis, die durch ein Enterovirus verursachte gefürchtete Kinderlähmung, wurde in den 1950er Jahren dank zweier Impfstoffe, die von den amerikanisch-jüdischen Ärzten Jonas Salk und Albert Sabin unabhängig voneinander entwickelt wurden, eingedämmt (und ist heute weltweit nahezu ausgerottet).

AIDS, Hepatitis, SARS, Ebola und jetzt Corona – neue virulente Viren tauchen immer wieder auf. Und die Waffen, um sie zu bekämpfen – Impfstoffe, Tests, Seren, pharmakologische „Zauberkugel“ – bauen bis heute auf den Geistesleistungen der großen jüdischen Mikrobenjäger auf.

Corona für Dummies

5 Fragen zur Pandemie kinderleicht und ohne Fachbegriffe von einer Münchener Biochemikerin mit Schwerpunkt Virologie beantwortet

Von Marisa Kurz



Jack Guez, AFP

Corona-Test in Israel

1. Was sind Viren und was ist das neue Coronavirus SARS-CoV-2?

Viren sind, grob gesagt, winzige Einheiten von Erbinformation und Proteinen in einer gemeinsamen Verpackung. Sie leben nicht und können sich ohne eine Wirtszelle – zum Beispiel eine menschliche Zelle – nicht vermehren. Bei einer Infektion docken sie an Zellen im Körper an und schleusen ihre eigene Erbinformation ins Innere. Die menschliche Zellvermehrungsmaschinerie stellt aus dieser Information dann neue Viren her. Sobald diese „fertig" sind, werden sie aus der Zelle ausgeschleust und können andere Körperzellen infizieren. Bei diesem Prozess können die Zellen sterben.

Man teilt Viren nach ihren Eigenschaften, etwa der Art des Erbguts oder der Art der Verpackung, in Familien ein. Eine dieser vielen Virenfamilien sind die sogenannten Coronaviren. Ihren Namen haben die Coronaviren bekommen, weil die Hülle der Viruspartikel unter einem hochauflösenden Mikroskop aussieht wie der Kranz der Sonne (lat. Corona = Kranz).

Coronaviren sind schon lange bekannt – vor allem dafür, dass sie in verschiedensten Tieren vorkommen. Solche Tierviren können bei engem Kontakt von Menschen und Tieren, oder beim Verzehr von rohen Tierprodukten auf den Menschen überspringen. Anschließend können sie sich durch Evolution so verändern, dass sie auch von Mensch zu Mensch übertragbar werden. Diese Veränderung ist durch ständige Fehler bei der Verdoppelung des Erbgutes der Viren möglich, sogenannte Mutationen.

Genau das ist unter anderem schon einmal bei dem SARS-Coronavirus passiert (Severe Acute Respiratory Syndrome = Schweres Akutes Atemwegssyndrom). Das neue Virus stammt ursprünglich wohl aus Fledermäusen und wurde vielleicht durch Schuppentiere auf den Menschen übertragen. Es gibt verschiedene Coronaviren, einige von ihnen zirkulieren schon länger unter Menschen.

2. Was unterscheidet die Corona-Pandemie von einer Grippewelle?

Gegen die Grippe sind viele Menschen in der Bevölkerung immun. Immun bedeutet, dass ihr Körper schon einmal mit dem Grippevirus in Kontakt gekommen ist und eine Abwehr dagegen entwickeln konnte. Das liegt hauptsächlich an der Impfung, aber auch an vorausgegangenen Infektionen. Gegen das neue Coronavirus ist niemand immun, weil das Virus neu ist und weil es keine Impfung gibt. Grundsätzlich kann sich also jeder von uns infizieren.

Bei Grippe ist die maximale Zahl der Infizierten deshalb nach oben begrenzt, bei Corona nicht. Es würden niemals so viele Menschen gleichzeitig an Grippe erkranken, wie an der durch das neue Virus ausgelösten Erkrankung COVID-19. Schon jetzt gibt es in Deutschland mehr COVID-19-Todesopfer als Grippetote der aktuellen Saison. Und das, obwohl die Grippesaison fast zu Ende und die Corona-Pandemie noch am Anfang steht.

Um die 5 % der bekannten Corona-Fälle müssen auf einer Intensivstation behandelt werden. Infizieren sich viele Menschen gleichzeitig, kommt es zu einer Überlastung des Gesundheitssystems. Ein Rechenbeispiel: Würden eine Million Menschen in einem kurzen Zeitraum erkranken, müssten 50.000 Menschen gleichzeitig auf Intensivstationen betreut werden. Das übersteigt bei weitem die Möglichkeiten eines jeden Gesundheitssystems, weil so viele Intensivbetten einfach nicht zur Verfügung stehen. Deutschland ist im internationalen Vergleich sogar besonders gut mit Intensivbetten ausgestattet.

Um diese Belastung des Gesundheitssystems zu verhindern und Leben zu retten, soll die Ausbreitung des Virus verlangsamt werden. Auch wenn die Letalität, also die Tödlichkeit, des neuen Virus bei unter 1 % liegen sollte, könnten allein in Deutschland hunderttausende Menschen sterben, wenn die ganze Bevölkerung sich infiziert.

Leider ist das Virus bereits auf allen Kontinenten verbreitet und es gibt nach heutigen Erkenntnissen keine Möglichkeit mehr, die weltweite Verbreitung zu stoppen. Früher oder später hatte das Virus Deutschland getroffen. Jetzt geht es um Schadensbegrenzung: es geht nicht mehr um die Frage, OB viele von uns infiziert werden, sondern in welchem Zeitraum. Wichtig ist diesen Zeitraum zu strecken, um eine gute medizinische Versorgung für uns alle möglich zu machen. Die Mehrheit deutscher und internationaler Experten, auch die Weltgesundheitsorganisation WHO, halten restriktive Maßnahmen für die gesamte Bevölkerung für zwingend notwendig, um eine zu schnelle Verbreitung des Virus zu verhindern.

> „Das neue Coronavirus hat eine Hülle. Diese Hülle mag keine Seife! Wird die Hülle des Virus zerstört, ist es nicht mehr infektiös."

3. Wie gefährlich ist das neue Coronavirus für den Einzelnen?

Das neue Coronavirus wurde gerade erst entdeckt. Tausende Wissenschaftler auf der ganzen Welt sammeln Informationen zum Virus, die Wissenschaft lernt jeden Tag dazu. Viele Fragen lassen sich heute noch nicht abschließend beantworten. Dennoch gibt es heute schon Daten von hunderttausenden Patienten.

Am 30. März 2020 waren etwa 5 % der weltweit bekannten Infizierten verstorben, in Deutschland 0,9 %. Um die Letalität, die Tödlichkeit, der Erkrankung zu berechnen, wird die Zahl der Verstorbenen zur Zahl der Infizierten ins Verhältnis gesetzt. Es ist davon auszugehen, dass es in Wirklichkeit deutlich mehr Infizierte gibt, als bisher durch Tests erfasst werden konnte. In Deutschland wird im Vergleich zu vielen anderen Ländern sehr viel getestet. So ist zu erklären, dass wir im Vergleich zu anderen Ländern auch eine niedrigere Rate an Verstorbenen haben: wir haben einen höheren Anteil der Infizierten als solche entdeckt und registriert.

Etwa 80 % der bisher beschriebenen Fälle, so zeigt es die bisher größte Auswertung von Patientendaten, verlaufen mild. Mild bedeutet, dass die Infizierten leichte Krankheitssymptome haben, wie bei einer Erkältung. Bei den meisten Infizierten treten fünf bis sechs Tage nach der Ansteckung Beschwerden auf. Die häufigsten Beschwerden sind Fieber und trockener Husten. Andere Symptome sind auch möglich, Patienten haben etwa von Kopf- und Gliederschmerzen, Halsschmerzen, sogar Geruchs- und Geschmacksstörungen und Durchfall berichtet.

In etwa 15 % der Fälle treten nach dieser bisher größten Auswertung schwere Symptome, etwa Atemnot auf, hier kann eine Krankenhausbehandlung mit Sauerstoffgabe notwendig werden. Laut einer europäischen Auswertung (Stand 24. März 2020) wurden bislang sogar bis zu 30 % der Infizierten in Europa in Krankenhäusern behandelt. Etwa 5 % der Infizierten landen statistisch gesehen auf der Intensivstation. Auch in Deutschland scheint sich diese Zahl zu bestätigten: in Bayern werden aktuell (Stand 30. März 2020) knapp 4 % der bekannten Infizierten auf Intensivstationen behandelt.

Einen schweren Krankheitsverlauf entwickeln die Patienten anscheinend vor allem in der zweiten Krankheitswoche. Der Gesundheitszustand verschlechtert sich dann ganz plötzlich. Gefährdet für schwere Verläufe sind vor allem ältere Menschen (ab etwa 50 steigt das Risiko stärker an, mit zunehmendem Alter wird das Risiko immer größer), Raucher und Menschen mit bestimmten Vorerkrankungen. Dazu gehören unter anderem Herz-Kreislauferkrankungen, Lungenerkrankungen, Krebserkrankungen, Diabetes und Immunschwächen.

Allerdings können grundsätzlich auch junge Menschen und Menschen ohne Vorerkrankungen schwer erkranken und sogar versterben. Statistisch gesehen ist das aber seltener. Im Moment sieht es so aus, als würden Kinder deutlich seltener schwere Verläufe erleiden.

4. Wie kann ich dazu beitragen, dass die Verbreitung verlangsamt wird?

Das Virus wird von Mensch zu Mensch übertragen, wohl hauptsächlich über eine Tröpfcheninfektion. Das bedeutet: wenn ein infizierter Mensch hustet oder spricht, fliegen ganz kleine Tröpfchen mit Virus durch die Luft. Wenn ein anderer Mensch diese einatmet oder in die Augen bekommt, bekommt das Virus Zutritt zu den Schleimhäuten (die sind auch im Auge!) und eine Infektion ist möglich. Denkbar ist auch, dass sich das Virus zusätzlich über Schmierinfektionen verbreitet. Das bedeutet: ich fasse einen Gegenstand an, auf dem sich Virus befindet – zum Beispiel eine Türklinke, die ein Infizierter angefasst hat, nachdem er in seine Hand gehustet hat, und ich reibe mir das Virus dann in die Augen, oder esse etwas mit den Händen.

Die Wahrscheinlichkeit für eine Ansteckung hängt stark davon ab, wie nah die Menschen aneinander sind – denn die Tröpfchen mit Virus können nicht unendlich weit fliegen. Und auch davon, wie lange die Menschen in Kontakt sind. Je mehr Viren man ausgesetzt ist, desto größer die Wahrscheinlichkeit für eine Infektion.

Aus diesen Übertragungswegen ergibt

sich, wie wir uns und andere vor einer Infektion schützen können. Die wichtigste Regel lautet: Abstand halten, mindestens anderthalb, besser zwei Meter. Abstand ist unsere wichtigste und einfachste Schutzmaßnahme. Abstand können wir natürlich am leichtesten halten, wenn wir generell weniger unter Menschen gehen. Daher: wenn möglich von zuhause aus arbeiten, Treffen mit anderen Menschen auf das Nötigste reduzieren.

Außerdem: gründlich Hände waschen. Ich habe versprochen darauf zurückzukommen, dass das neue Coronavirus eine Hülle hat. Diese Hülle mag keine Seife! Wird die Hülle des Virus zerstört, ist es nicht mehr infektiös. Außerdem: kein Händeschütteln, bei Krankheitssymptomen unbedingt zuhause bleiben und Kontakt meiden, beim Husten/Niesen von anderen Menschen wegdrehen, in die Ellenbeuge statt in die Hände husten. Von Risikogruppen fernhalten, stattdessen für sie einkaufen gehen und den Einkauf kontaktlos vor der Tür abstellen.

Bis Krankheitszeichen auftreten, kann es bis zu zwei Wochen dauern. In dieser symptomfreien Zeit können Infizierte aber schon ansteckend sein. Es ist deshalb sehr wichtig, dass wir alle uns immer an die Hygieneregeln halten, auch wenn wir uns gesund fühlen.

Ein einfacher Mundschutz kann die Speicheltröpfchen des Trägers zum Teil abfangen und damit wahrscheinlich das Ansteckungsrisiko für das Gegenüber etwas reduzieren – allerdings nicht komplett, denn Viren sind winzig und kommen durch den Mundschutz, auch können Tröpfchen an den Seiten des Mundschutzes vorbeikommen.

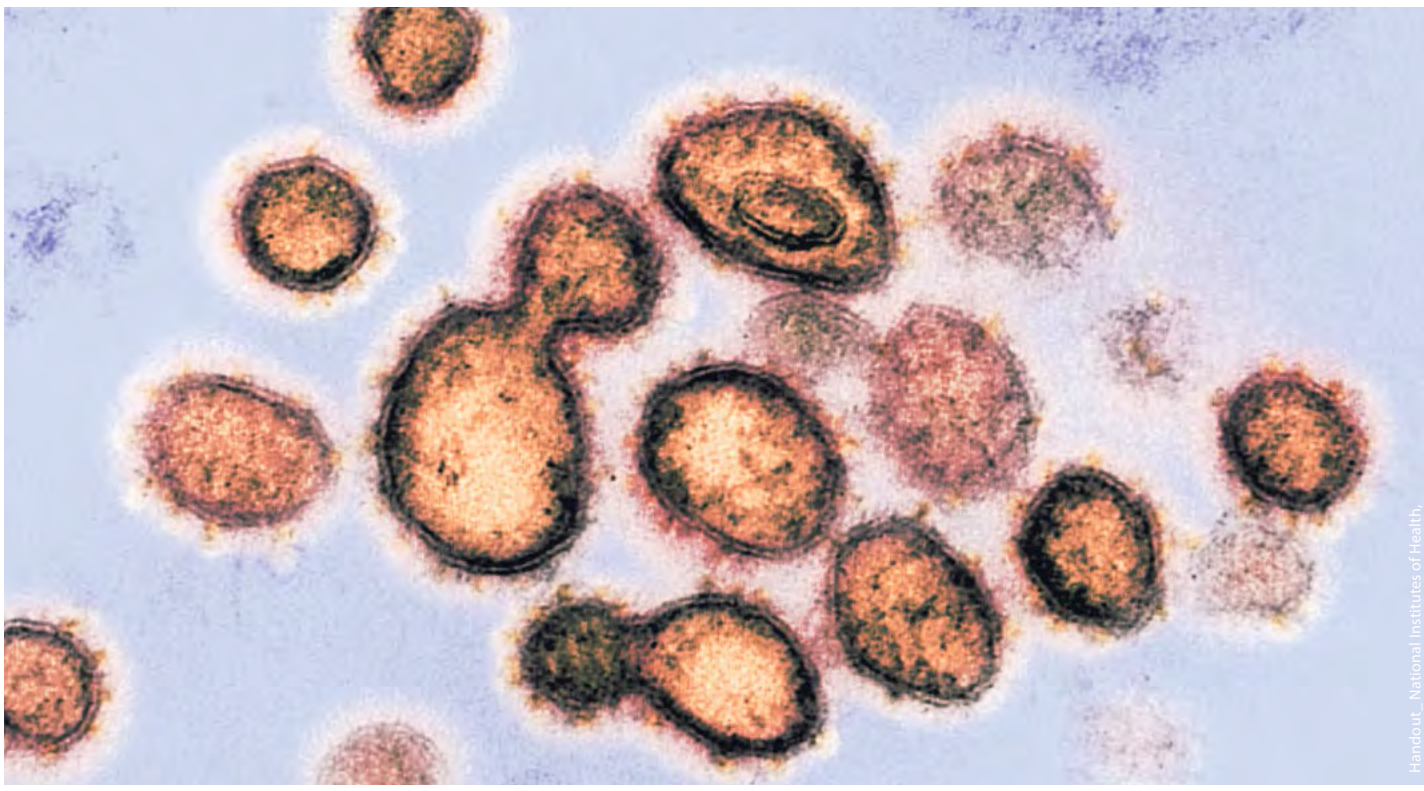
Da chirurgischer Mundschutz in großen Mengen in medizinischen Einrichtungen gebraucht wird, ist es aktuell nicht ratsam, dass die Bevölkerung medizinischen Mundschutz trägt. ABER: selbstgenähte Modelle aus Stoff können eine Möglichkeit sein, um andere vor sich selbst zu schützen.

5. Was passiert gerade in der Forschung und wie geht es weiter?

Die Autorin Marisa Kurz

Test, Therapie und Impfung – hier liegt der Fokus der aktuellen Forschung.

Mit mehr Testkapazität können Infizierte besser identifiziert und isoliert werden. Aktuell führt Deutschland mehrere hunderttausend Corona-Tests pro Woche durch, die Kapazitäten werden kontinuierlich erhöht. Anfang Mai, so kündigte es der bayerische Wirtschaftsminister am 30. März 2020 in der Pressekonferenz mit dem Ministerpräsidenten an, sollen Schnelltests auf das neue Coronavirus vorliegen, die in wenigen Minuten ein Ergebnis liefern.



Handout_National Institutes of Health,

Viren unter dem Mikroskop

Aktuell wird durch den Test das Erbgut des Virus nachgewiesen. Der Test fällt nur während der akuten Infektion positiv aus. Interessant wäre es zu wissen, wie viele Menschen schon mit dem Virus infiziert waren. Dazu muss man nicht das Virus, sondern die Immunantwort gegen das Virus, die Antikörper, untersuchen. In Deutschland starten große Studien dazu. Je mehr wir darüber erfahren, wie viele Menschen schon infiziert waren, desto mehr erfahren wir über die Tödlichkeit des Virus und desto besser wissen Entscheidungsträger, wie sie zukünftige Maßnahmen gestalten.

Mittelfristig ist denkbar, dass medizinisches Personal großzügig auf solche Antikörper getestet wird, so könnten sich etwa gezielt Mitarbeiter mit bestehendem Schutz vor dem Virus um infizierte Patienten kümmern. Auch ist denkbar, dass Menschen, die die Infektion schon hinter sich haben, langfristig weniger restriktive Maßnahmen einhalten müssen – denn sie können niemanden mehr anstecken und sind selbst nicht mehr gefährdet.

> „Bei einigen Patienten kommt es im Verlauf der Erkrankung zu einer schweren Reaktion des Immunsystems, die Lungengewebe weiter schädigen kann."

Forschung zu Medikamenten und Impfungen lässt sich grob in einen präklinischen und klinischen Teil einteilen. Im präklinischen Teil wird in Zellkultur und mit Tierversuchen gearbeitet. Zeigt sich eine Substanz hier als wirksam und sicher, werden Versuche im Menschen gemacht. Zu Beginn nur mit wenigen Menschen, um die Verträglichkeit zu testen. Erst dann wird mit einer größeren Probandenzahl die tatsächliche Wirksamkeit überprüft. An jedem dieser Schritte kann sich ein potenzielles Medikament als ungeeignet entpuppen. Es muss sichergestellt werden, dass ein Impfstoff oder ein Medikament keine schweren Nebenwirkungen hat und einen guten Schutz bzw. eine gute Wirkung bietet.

Aktuell laufen zwei klinische Studien, in denen Impfstoffe gegen das neue Coronavirus an Menschen getestet werden (Stand 26. März 2020), außerdem über 50 präklinische Studien. Da diese Studien eine gewisse Zeit brauchen, kann kurzfristig nicht mit einem Impfstoff gerechnet werden.

Aktuell sind auch etwa 150 klinische Studien zu Corona-Therapien registriert. Untersucht werden unter anderem Medikamente, die die Vermehrung des Virus bremsen können. Dazu gehört Remdesivir. Es besteht aus veränderten Erbgutbausteinen – wird das Erbgut des Virus in der Zelle verdoppelt, werden die falschen Bausteine eingesetzt und die Vermehrung des Virus bricht ab. So jedenfalls in der Theorie und in präklinischen Studien. In den Untersuchungen am Menschen wird überprüft, ob das Medikament ein akzeptables Nebenwirkungsprofil hat und wirkt. Wenn das der Fall ist, wäre es langfristig sinnvoll, das Medikament schon früh in der Infektion einzusetzen – am Anfang der Virusvermehrung. Bisher bestand für das Medikament, das unter anderem bei Ebola eingesetzt wurde, kein großer Bedarf. Sollte das Medikament wirken, muss der Hersteller zunächst seine Produktionskapazitäten erhöhen. Auch das braucht Zeit. Auch werden andere Substanzen getestet, die an verschiedenen Stellen des Vermehrungszyklus der Viren angreifen, etwa am Andocken des Virus an den Zellen. Könnte das Andocken und Einschleusen des Erbguts unterbunden werden, könnte man eine Virusvermehrung und Ausbreitung im Körper verhindern.

Bei einigen Patienten kommt es im Verlauf der Erkrankung zu einer schweren Reaktion des Immunsystems, die Lungengewebe weiter schädigen kann. In Studien werden deshalb auch verschiedene Medikamente untersucht, die das Immunsystem bremsen können. Etwa Kortison oder der Antikörper Tocilizumab. Diese Therapien können schwere Nebenwirkungen haben, besonders, wenn es zu Sekundärinfektionen mit Bakterien kommt.

Eine geeignete Therapie oder Impfung zu finden, bei der Nutzen und Nebenwirkungen in einem akzeptablen Verhältnis stehen, erfordert viel Sorgfältigkeit, Zeit und Geduld. Es ist nicht damit zu rechnen, dass morgen ein Heilmittel zur Verfügung steht. Das wichtigste Heilmittel bis dahin bleibt: Abstand halten.

Marisa Kurz, Jahrgang 1988, ist Biochemikerin, Medizinjournalistin und angehende Ärztin aus München. Im Biochemiestudium hat sie sich auf Virologie spezialisiert, ihre Masterarbeit über Coronaviren gemacht. Seit 2014 studiert sie in München Humanmedizin, seit 2018 promoviert sie in der Krebsforschung.

6 Fragen der Redaktion zur Nach-Corona-Zeit:

1. Wird in China auf den Verzehr bestimmter Tierarten verzichtet werden?
2. Werden Ärzte und Krankenschwestern mehr verdienen?
3. Wird die Zählweise für Erkrankte innerhalb der EU standardisiert werden?
4. Wird ermittelt werden, warum gerade Nord-Italien so hart getroffen wurde?
5. Wird es in öffentlichen Toiletten weniger Dinge geben, die man anfassen muss? (Seifenspender / Türen)
6. Werden dringende medizinische Güter vermehrt im eigenen Land hergestellt werden, damit man nicht abhängig ist von unsicheren Importen?

Papst Pius XII. und die Rattenlinie

Seit der Freigabe der Bestände aus dem Pontifikat Pius XII. in den Vatikanarchiven im März 2020 hoffen Historiker aus aller Welt auch Aufschluss über die Hintergründe der sogenannten „Rattenlinie" zu erhalten: Welche Rolle spielten der Vatikan und der Papst bei der Fluchthilfe für Nazis nach dem Zweiten Weltkrieg?

Von Dr. Michael Hesemann

Am 2. Juni 1945, nur wenige Wochen nach dem Ende des Krieges in Europa, rechnete Papst Pius XII. (1939-1958) in einer Ansprache vor dem Kardinalskollegium mit dem Nationalsozialismus ab. Nachdem er all seine Verbrechen und feindlichen Akte gegen die Kirche aufgezählt hatte, fand er auch versöhnliche Worte. Während seiner Zeit als Nuntius in Deutschland (1917-29) habe er „die großen Qualitäten dieses Volkes kennengelernt." Jetzt hoffe er, dass es „zu einer neuen Würde und einem neuen Leben finden kann, wenn es das satanische Antlitz des Nationalsozialismus erkannt hat und nachdem die Schuldigen für die von ihnen begangenen Verbrechen gesühnt haben." Die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse begrüßte er ausdrücklich. Als es zu Todesurteilen kam, verzichtete er auf den sonst üblichen, routinemäßigen Protest. Ganz offensichtlich hielt Pius XII. diese Urteile für gerecht. Immerhin hatte er schon 1925 den Nationalsozialismus als „die wohl gefährlichste Irrlehre" unserer Zeit bezeichnet. 1930 unterstützte er die Exkommunikation von NSDAP-Mitgliedern durch einige deutsche Bischöfe. 1937 bewegte er als Kardinalstaatssekretär seinen Amtsvorgänger, Pius XI., dazu, die NS-Ideologie in seiner Enzyklika „Mit brennender Sorge" zu verurteilen. Zwischen 1939 und 1944 stand Pius XII. mit dem deutschen Widerstand in Kontakt – und segnete jene Umsturzpläne ab, die mit dem misslungenen Stauffenberg-Attentat so dramatisch scheiterten.

Trotzdem wird dem Vatikan vorgeworfen, ranghohen Nazis zur Flucht nach Südamerika verholfen zu haben. Doch tat er das wirklich? Und was wusste der Papst davon?

Tatsache ist: Als im Mai 1945 in Europa die Waffen schwiegen, entkamen Tausende Nationalsozialisten in Länder wie Argentinien, Bolivien oder Syrien. Sie konnten dabei auf ein professionelles Netzwerk von Fluchthelfern in Österreich und Italien zurückgreifen, von der CIA bald „Rattenlinie" genannt, bevor sie, meist in Genua, in See stachen. Unter den Flüchtigen waren so prominente Kriegsverbrecher wie der Holocaust-Organisator Adolf Eichmann oder der Kommandant der Vernichtungslager Treblinka und Sobibor, Franz Stangl. Besonders eifrig halfen beim Exodus der Mörder auch Mönche und Würdenträger der katholischen Kirche.

JOHANNES EISELE, AFP

Pius XII., Papst von 1939-1958

Die alte „Klosterroute"

Eine Ironie des Schicksals war, dass die geflüchteten Nazis dabei von einem Netzwerk profitierten, das während des Krieges zu einem ganz anderen Zweck aufgebaut worden war. Auf der „Klosterroute" über die Alpen waren zuvor tausende Juden aus der „Ostmark" und dem Deutschen Reich von mutigen Kirchenmännern nach Rom geschleust worden. Der Vatikan hatte mit dem Mussolini-Regime ausgehandelt, dass keine Juden an die Nazis ausgeliefert werden durften. In italienischen Flüchtlingslagern lebten sie nahezu unbehelligt, wenn ihnen nicht, oft mit gefälschten Papieren, von Pallottinermönchen die Ausreise nach Südamerika ermöglicht wurde. Erst im September 1943, als die Deutschen nach dem Sturz Mussolinis Italien besetzten, endete diese Form der Fluchthilfe.

Half der Vatikan also Juden und Nazis, folgte er dabei der Prämisse des Papstes, „unabhängig von Religion, Rasse oder Nationalität allen Kriegsopfern beizustehen"? Oder profitierten die Kriegsverbrecher von der Gutgläubigkeit naiver Mönche, denen sie nur einen falschen Namen und eine rührselige Bekehrungsgeschichte auftischen mussten, um an die ersehnten Papiere zu gelangen? Beide Faktoren mögen eine Rolle gespielt haben. Nicht einmal in Zeiten des Internets lassen sich Opportunisten und Kriminelle in Flüchtlingsströmen identifizieren.

> Immerhin hatte Pius XII. schon 1925 den Nationalsozialismus als „die wohl gefährlichste Irrlehre" unserer Zeit bezeichnet.

Ein Ustascha-Offizier arbeitet als Priester mit den Amerikanern zusammen

Doch auch das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in Rom zwei regelrechte Anlaufstellen für geflohene Nazis und kroatische Ustascha-Faschisten gab. Die eine war das „Illyrische Kolleg S. Girolamo", dessen Kardinalpatron der Erzbischof von Buenos Aires, Kardinal Santiago Luis Copello, war. Dort residierte der kroatische Priester Krunoslav Draganovic, ein ehemaliger Ustascha-Offizier. 1943 hatte ihn das faschistische Pavelic-Regime nach Rom geschickt, wo er über Copello erste Kontakte nach Argentinien herstellte. In San Girolamo hatte die kroatische Sektion der Päpstlichen Hilfskommission (PCA) ihren Sitz, das für die „Flüchtlings- und Gefangenenbetreuung" zuständig war und Giovanni Montini, dem späteren Papst Paul VI., unterstand. Das nutzte Draganovic aus, als er Ustascha-Kriegsverbrecher zu kroatischen Katholiken erklärte, die vor dem Vormarsch der Roten Armee geflohen seien. Selbst der Diktator Pavelic, den der Papst nie als Staatsoberhaupt anerkannt hatte, entkam auf diese Weise nach Buenos Aires. Dort gründete er eine Exilregierung und diente Peron als Sicherheitsberater. Seit 1947 arbeitete Draganovic für den amerikanischen Geheimdienst CIC, um Fluchtwege für Nazi-Kollaborateure zu organisieren, die im beginnenden Kalten Krieg von Nutzen sein konnten. Im Gegenzug schleuste der CIC die Schützlinge Draganovic' aus Deutschland und Österreich heraus – darunter den „Schlächter von Lyon", Klaus Barbie.

Draganovic's wichtigster Partner in Rom war der österreichische Bischof Alois Hudal, der das deutsch-österreichische Priesterkolleg „Santa Maria dell'Anima" leitete. Hudal war im Vatikan zur persona non grata geworden, als er 1936 für einen Dialog mit dem Nationalsozialismus plädiert hatte. 1943, während der deutschen Besatzung Roms, hatte er allerdings auf Bitte des Papstes beim deutschen Stadtkommandanten interveniert, um die Deportation der römischen Juden zu stoppen. Er besorgte für Pius XII. 550 Bescheinigungen, die Ordenshäuser zu Vatikangebiet erklärten und deutschen Soldaten das Betreten untersagte; in ihnen konnten rund 4.300 Juden versteckt werden. Zudem half er Männern des italienischen Widerstands. So ließ der Vatikan es zu, dass Hudal nach dem Krieg auch österreichischen Flüchtlingen half und Unterschlupf gewährte.

Hudal schleuste Stangl nach Syrien

Doch schon als er sich anbot, „im Namen des Papstes" die deutschen Kriegsgefangenen in den Lagern der Alliierten zu besuchen, erhielt er von Pius XII. eine Abfuhr. Über Montini ließ dieser ihm mitteilen, dass er das gefälligst in seinem eigenen Namen machen solle. Hudal handelte fortan auf eigene Faust. Während er später glaubwürdig versicherte, Eichmann nie getroffen zu haben (der nur bis nach Genua gekommen war), gab er offen zu, den SS-General Otto Wächter beherbergt und Treblinka-Kommandant Stangl zur Flucht nach Syrien verholfen zu haben. Der Vatikan reagierte mit Empörung. Als Hudal in der Karwoche 1949 eine österreichische Pilgergruppe zu einer Papstaudienz begleiten wollte, wurde er von einem päpstlichen Kammerdiener vor die Tür gesetzt: „Ihre Anwesenheit hier ist unerwünscht; wenn sie nicht weggehen, kommt der Papst nicht". Hudals Versuch, sich zu rechtfertigen, wurde von Montini abgeschmettert: „Für einen Nazi-Bischof gibt es keine Verteidigung." Auf Druck des Vatikans („Der Heilige Vater verlangte, dass der Bischof A.H. sich von der Anima entferne…") wurde Hudal 1951 von der österreichischen Bischofskonferenz zum Rücktritt aufgefordert, den er ein Jahr später einreichte. Verbittert zog er sich nach Grottaferrata in den Albaner Bergen zurück. „Über diese letzte geleistete Hilfe … bin ich schließlich als untragbar für die Vatikanpolitik gefallen", gestand er in seinen Memoiren.

Es gab also eine Rattenlinie, doch sie war keineswegs vom Vatikan gedeckt. So musste auch Nazi-Jäger Simon Wiesenthal feststellen: „Es gibt keinen Hinweis darauf, dass Pius XII. etwas davon wusste oder gar anordnete."

Dr. h.c. Michael Hesemann forscht als Historiker für die amerikanisch-jüdische „Pave the Way Foundation" in den Archiven des Vatikans. Er ist Autor des Buches „Der Papst und der Holocaust" (Langen Müller Verlag Stuttgart).

Nachmanides: Einer der größten Rabbiner aller Zeiten

Der Todestag von Rabbi Moshe Ben Nachman, besser bekannt als Nachmanides, jährt sich in diesem April zum 750. Mal.

Von Patrick Casiano

Die Ramban-Synagogue in der Altstadt von Jerusalem geht auf eine Gründung von Nachmanides im Jahr 1267 zurück und ist immer einen Besuch wert.

Am elften Tag des Monats Nissan, der dieses Jahr auf den 4./5. April fällt, jährt sich zum 750. Mal der Todestag eines der größten Rabbiner, den das jüdische Volk in der nachtalmudischen Zeit hervorgebracht hat. Einem häufigen Fehler muss von Anfang an vorweggegriffen werden: Rabbi Moshe Ben Nachman, dessen Name abgekürzt Ramban lautet und in latinisierter Form Nachmanides, wird aufgrund der Ähnlichkeit des Namens häufig mit dem noch bekannteren Rabbi Moshe Ben Maimon/Rambam/Mainonides verwechselt. Jedenfalls wurde Nachmanides im Jahr 1194 in Girona (Spanien) geboren. Dort genoss er eine vorzügliche jüdische Bildung und stieg zu wichtigen Posten innerhalb der jüdischen Gemeinde Spaniens auf. Auch in weltlichen Gebieten war er gebildet und hat seinen Lebensunterhalt als Arzt bestritten. Die erhalten gebliebenen Werke belaufen sich auf ca. fünfzig und teilen sich auf verschiedene Kategorien auf. Darunter Kommentare zu Bibel und Talmud und ein kritischer Kommentar zu einem Buch von Maimonides. Außerdem ist er Verfasser von religionsgesetzlichen Schriften, Responsen, Poesie, und anderen Schriften, für die sich keine Kategorie finden lässt.

In seinem Bibelkommentar hat Nachmanides als einer der Ersten Themen der jüdischen Mystik einer breiteren Leserschaft zugänglich gemacht zu haben, während derartiges Wissen zuvor nur einem kleinen Kreis von Eingeweihten vorbehalten war. (Dieses Thema ist heute von einer großen Relevanz – leider. Denn dem großen Interesse an Kabbala steht ein ebenso großes Angebot an unseriösen Informationsquellen gegenüber: Internetseiten mit entstellten Inhalten, irreführende Bücher und verschiedenartige Weltverbesserungs-Seminare, die jedoch mit eigentlicher Kabbala nichts zu tun haben. Eine Anleitung zum korrekten Einstieg in die Thematik der jüdischen Mystik kann an dieser kurzen Stelle nicht gegeben werden. Nur das Mindestkriterium zur Unterscheidung authentischer Kabbala von falschen Imitaten soll an dieser Stelle erwähnt sein. Die Kabbala kann nicht vom „restlichen" Judentum getrennt werden, sondern ist ein integraler Bestandteil dessen. Man kann sich nicht nur das herauspicken, was einem gerade gefällt. Somit müssen alle Vermittler der Kabbala, sei dies in Form eines Buches oder eines Seminars, religiös gebildete Rabbiner sein, die in ihrem alltäglichen Leben das jüdische Religionsgesetz einhalten.)

Nachmanides' Wirken und seine Werke sind heute noch so relevant wie sie es damals waren. Als eines von vielen Beispielen kann folgendes gelten: Nach der Zusammenführung der in verschiedenen Ländern des Exils zerstreuten Juden in einem gemeinsamen Staat, kamen Diskussionen über den Charakter des Judentums in Israel und über das Verhältnis von sephardischen und aschkenasischen Juden auf. Der nordspanische Geburtsort Nachmanides' und der Ort seines Wirkens liegt unweit der heutigen Grenze zu Frankreich und war auch schon damals ein Ort an dem zwei Welten aufeinandertrafen, die von Nachmanides harmonisch verbunden wurden. Einerseits war dies die Lehrtradition der iberischen Halbinsel, deren Judentum damals eine Blüte durchlief, und andererseits war dies die Lehrtradition der Talmudkommentatoren (Tosafot) aus Frankreich – einige davon Enkel von Rashi. Nachmanides war in beiden Systemen bewandert. Die Unterschiede bestanden unter anderem darin, dass sich jüdische Gelehrte auf der iberischen Halbinsel auch mit altgriechischer und arabischer Philosophie auseinandersetzten, während die jüdischen Gelehrten in Frankreich eher für eine einfachere Frömmigkeit plädierten und einer solchen Beschäftigung skeptisch gegenüberstanden. In diesem Konflikt zwischen den Philosophierenden und den Traditionalisten versuchte Nachmanides zu schlichten.

Der König verlangt eine Disputation

Soweit bekannt verlief sein Leben im christlichen Spanien bis 1263 ohne größere Probleme. Aber in diesem Jahr wurde er vom König gezwungen, zu einer Disputation (eine öffentliche Debatte bezüglich strittiger Punkte) über verschiedene Fragen des Glaubens anzutreten. Er vertrat die Standpunkte des Judentums alleine, und die ihm gegenüberstehenden Debattierer die des Christentums. Der König hatte Nachmanides Redefreiheit zugesichert und diese nutzte er, um unter seinen Hörern Verständnis für seine Argumente zu finden. Obwohl alle Chancen gegen ihn standen, wurde ihm am Schluss der Sieg in der Debatte zuerkannt und der König überreichte ihm sogar ein Geschenk. Trotz der durch den König zugesicherten Redefreiheit rief dieses Geschehnis andere mächtige Personen auf den Plan, die Nachmanides anklagen und verurteilen wollten. Die Situation wurde so schlimm, dass er 1267 nach Israel fliehen musste. Die meiste Zeit dort scheint er in Akko verbracht zu haben bis er 1270 – vor nun 750 Jahren – verstorben ist. Es ist nicht bekannt, wo er begraben ist.

Die meisten der oben erwähnten Werke sind natürlich sehr umfangreich und auch aus inhaltlicher Perspektive nicht für jeden auf Anhieb verständlich. Anders sieht es jedoch mit dem „Iggeret ha-Ramban" aus. Dies ist ein Brief, den Nachmanides aus Israel an seinen in Spanien verbliebenen Sohn geschrieben hat, und in dem er einige zentrale Punkte des Judentums in Kurzform zusammenfassend wiederholt. Dieser Brief fand bald eine sehr viel breitere Leserschaft als bloß seinen Sohn, wurde zu einem Klassiker der rabbinischen Literatur, und ist aufgrund seiner Kürze sogar in vielen Gebetsbüchern (Siddurim) abgedruckt.

Die Inhalte betreffen unter anderem, dass man die Wege der Vorväter (d.h. die jüdische Tradition) nicht verlassen soll; die schädliche Auswirkung von Zorn; und wie wichtig Bescheidenheit ist. Außerdem beschreibt er den Weg diese Charaktereigenschaft zu erlangen, nämlich dadurch, dass man sich die Nichtigkeit des Menschen vor Augen hält. Diese Nichtigkeit kann man daran erkennen, wie ein Mensch auf die Welt kommt (gemeint ist v.a. unser bescheidener Ursprung in winzigen Zellen unserer Eltern und vielleicht auch der nicht allzu edel anmutende Prozess der Geburt), und worauf seine Existenz hinausläuft (d.h. dass ihn nach dem Tod Würmer zersetzen werden), und vor wem man zukünftig Rechenschaft ablegen muss (dem Schöpfer). Nachmanides sagt, dass wenn man es schafft, sich dies vor Augen zu halten, man nicht sündigen wird. Neben dieser Bescheidenheit eines Menschen vor sich selbst, redet Nachmanides auch über die Bescheidenheit gegenüber anderen Menschen. Nach dem Teil über verschiedene Charaktereigenschaften kommt Nachmanides auf das Lernen der Thora (inklusive der mündlichen Lehre) zu sprechen. Man soll viel Thora lernen, und nach dem Lernen soll man darüber nachdenken, wie man das Gelernte im eigenen Leben umsetzen kann. Während des Gebetes sollen alle weltlichen Gedanken abgelegt werden (d.h. das Nachdenken über den Terminkalender soll niemanden in seiner Konzentration stören). Abschließend weist Nachmanides seinen Sohn an, diesen Brief mindestens einmal pro Woche zu lesen.

Video-Empfehlung auf Youtube: „TeShuva Secrets From The RAMBAN's Letter To His Son"

Ende gut – alles gut

Der große Schabbat, eine symbolträchtige Pessach-Feier, die Auferstehung von den Toten und Einblicke in die Messianische Zeiten in der Übersicht der Haftarot des Monats April.

JOHANNES EISELE, AFP

Die Matze, das ungesäuerte Brot, das während Pessach gegessen wird.

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Auch wenn es im April nur vier Schabbosim gibt, werden in diesem Monat gleich acht Haftarot gelesen! Das liegt daran, dass im April das Pessach-Fest gefeiert wird. Dabei gibt es vier Festtage, an denen verschiedene Tora-Abschnitte und die dazugehörigen Haftarot gelesen werden. Diese festlichen Abschnitte aus den Propheten sind oft nicht nur mit einem gelesenen Tora-Abschnitt verbunden, sondern mit dem Fest generell oder mit der aktuellen Zeit.

Großer Schabbat

Am ersten Schabbat im April wird der Wochenabschnitt „Tzaw“ gelesen. Jedoch ist dies kein gewöhnlicher Schabbat, weil dieser Schabbat direkt vor dem Pessach-Fest liegt. Deshalb trägt dieser Schabbat einen eigenen Namen, und wird „Schabbat-Hagadol“ (Großer Schabbat) genannt. Und, wie an allen besonderen Schabbosim, wird auch an diesem Schabbat im Anschluss an den Wochenabschnitt eine besondere Haftara vorgelesen, eine Prophetie aus Malachi (3:4-23).

Diese Prophetie beinhaltet viele wichtigen Verse mit grundlegenden Prinzipen des Judentums. Die Verbindung der Haftara mit dem Ereignis des Tages finden wir im Vers 3:10: Hier erwähnt Malachi das Zehntel (von der Ernte), das entsprechend der Halacha bis Pessach abgegeben werden musste (Schulchan Aruch haRav 430:3). Deshalb lesen auch viele Gemeinde diese Haftara nur dann, wenn Schabbat auf den unmittelbaren Vorabend von Pessach fällt.

Andere lesen diese Haftara jedoch immer am Schabbat vor Pessach, selbst wenn noch eine Woche bis zum Fest bleibt. Der Grund dafür ist ein anderer Vers (3:23): „Siehe, ich sende euch den Propheten Elijahu, ehe denn da komme der große und furchtbare Tag des Ewigen“. Im Talmud gibt es die Meinung, dass die finale Erlösung im jüdischen Monat Nissan stattfindet, deshalb passt dieser Vers sehr gut zum Pessach, der im Nissan gefeiert wird.

Erster Pessach im Land Israel

Nur ein paar Tage später beginnt das Pessach-Fest selbst. Da außerhalb von Israel an Pessach jeder Jom Tov zwei Tage lang gefeiert wird, werden an diesen Tagen zwei verschiedene Tora-Abschnitte gelesen, die mit dem Auszug aus Ägypten zu tun haben und entsprechend auch zwei verschiedene Propheten-Abschnitte dazu.

Die Haftara des ersten Tages kommt aus dem Buch Josua. Dabei besteht die Haftara aus zwei Teilen: Zuerst werden drei Verse aus dem 3. Kapitel (5-7) gelesen und dann noch dreizehn Verse aus dem 5. Kapitel (2-15).

Im 2. Teil der Haftara wird unter anderem davon erzählt, wie das jüdische Volk seinen ersten Pessach im Land Israel gefeiert hat: „Während nun die Kinder Israel sich in Gilgal lagerten, hielten sie das Pessach am vierzehnten Tage des Monats am Abend auf der Ebene von Jericho“. Das ist die Verbindung zur Lesung aus der Tora über den 1. Pessach im Ägypten.

Das erste Pessach-Fest im Land Kenaan, das die Juden erst vier Tage zuvor betreten hatten, war für das jüdische Volk sehr bedeutend. Vor nur fünf Wochen war ihr großer Anführer, „G’ttes Mensch“ Mosche, gestorben und sein Nachfolger Josua bin Nun hatte die Leitung übernommen, der seine Fähigkeit das Volk zu führen später noch beweisen sollte. Vor ihnen stand die große Festung Jericho, deren Eroberung eine große Herausforderung darstellte. Deshalb war dieser Pessach einfach nur symbolträchtig: wir haben es geschafft und wir sind in unserem Land. Das gab auch Zuversicht: „So wie unser G’tt für unsere Vorfahren große Wunder vollbracht hat, so wird Er auch für uns große Wunder machen, damit wir in diesem Land Ruhe finden“. Diese Botschaft soll auch für uns am kommenden Pessach-Fest in dieser Krisenzeit von Bedeutung sein.

Zurück zur Tradition

Die Haftara des 2. Pessach-Tages (Könige II 23:1-25) erzählt von noch einer symbolträchtigen Pessach-Feier. Es gab eine dunkle Periode in der jüdischen Geschichte, als die Könige von Jehuda und Israel statt unserem G’tt zu dienen, Götzendienst betrieben und auch das jüdische Volk dazu verführt haben. Das Ausmaß des Götzendienstes war so gewaltig, dass die Tora im Volk fast in Vergessenheit geraten war und nur noch insgeheim von Gelehrten studiert und praktiziert wurde. Selbst die Kohanim (Priester) im Tempel haben nur den Götzen und Baalen gedient, und die Tora nicht mal in Erinnerung behalten.

Nach einigen turbulenten Ereignissen kam im Königreich Jehuda Joschijahu an die Macht, der ein gerechter und frommer König wurde. Nach einigen Jahren seiner Herrschaft entdeckte der Hohepriester Chilkijahu Sefer Tora und ließ sie dem König präsentieren. Joschijahu war davon sehr beeindruckt und entschied zum jüdischen Erbe zurückzukehren: „Da sandte der König hin und ließ alle Ältesten von Jehuda und Jerusalem zu sich versammeln. Und der König ging hinauf in das Haus des HERRN, und alle Männer von Jehuda und alle Einwohner von Jerusalem mit ihm, auch die Priester und Propheten und alles Volk, klein und groß, und man las vor ihren Ohren alle Worte des Bundesbuches, das man im Hause des HERRN gefunden hatte.“ Gleich danach rotte der König mit eiserner Hand ganzen Götzendienst im Land aus und da kam auch die Pessach-Zeit: „Dann gebot der König allem Volk und sprach: Feiert dem HERRN, eurem G‘tt, das Pessach, wie es in diesem Buch geschrieben steht! Denn es war kein solcher Pessach gehalten worden, seit der Zeit der Richter, die Israel gerichtet hatten, und während der ganzen Zeit der Könige von Israel und der Könige von Jehuda“.

Diese Pessach-Feier war sehr wichtig für das gereinigte und erneuerte Volk, das zu seinen Wurzeln zurückgekehrt war.

Interessant, dass gerade dieses Fest heutzutage auch unter ziemlich assimilierten Juden beliebt ist. Viele sowjetische Juden haben trotz religiöser Unterdrückung Matza gebacken und einen Pessach-Seder durchgeführt. Auch heutzutage kommen viele säkulare Israelis, wenn sie irgendwo in Indien oder im Fernen Osten wandern, zu den Chabad-Zentren, um dort Pessach zu feiern.

Auferstehung von „trockenen Knochen“

Da das Pessach-Fest acht Tage dauert, gibt es mindestens einen Schabbat während des Festes. Dieser Schabbat heißt dann Schabbat Chol haMoed und es wird beim Morgengebet nicht ein regulärer Wochenabschnitt gelesen, sondern ein Abschnitt, in dem Pessach erwähnt wird.

Merkwürdigerweise wird in der Haftara dieses Tages (Jezechiel 37:1-14) das Pessach-Fest mit keinem Wort erwähnt. Was aber ist dann die Verbindung?

Es geht hier um eine der berühmtesten und eindrucksvollsten Prophetien, die unter dem Namen „Trockene Knochen“ bekannt ist: „Die Hand des HERRN kam über mich und führte mich im Geiste des HERRN hinaus und ließ mich nieder mitten auf der Ebene, und diese war voller Totengebeine. Er führte mich an denselben vorüber ringsherum; und siehe, der Gebeine waren sehr viele auf der Ebene; und siehe, sie waren sehr trocken“. G’tt befehlt Jezechiel diese Gebeine zum Leben zu erwecken, was der Prophet auch erfolgreich macht. Unsere Weisen lernen daraus die Idee von „Tchechijat HaMetim“ – von der Wiedererstehung der Toten. Im Talmud gibt es die Vermutung, dass dieses Ereignis im Monat Nissan stattfindet. Da der Pessach-Schabbat einen Ausblick darauf bietet, was das Leben in der zukünftigen Welt bereithält, ist es auch passend die Haftara an diesem Tag zu lesen.

In unserer Zeit wurde der Ausdruck „Trockene Knochen“ zur Bezeichnung von Juden, die ihre Tradition nicht kennen und entsprechend weit weg von der Religion sind. Und diese außergewöhnliche Prophetie ist ein Symbol, dass jeder Jude und jede Jüdin zu ihren Wurzeln zurückkehren kann und zum „lebenden Körper“ werden kann. Egal wie alt man ist, egal wo man wohnt, ist es jederzeit und für jeden möglich. Man muss nur einen eigenen Schritt zu G’tt machen und G’tt wird schon helfen, den Menschen „wiederzubeleben“.

Das Lied von David

Am 7. Tag des Auszugs aus Ägypten hat das jüdische Volk das Schilfmeer überquert und wurde auf diese Weise vor den Verfolgern gerettet. Als die Geretteten die toten Ägypter am Ufer gesehen haben, sangen sie das berühmte „Shir al haJam“ (Loblied am Schilfmeer). Passend zu diesem Lied wird das Dankeslied von König David aus Schmuel II 22 als Haftara vorgelesen: „Und David redete zu dem HERRN die Worte dieses Liedes, am Tage, als der HERR ihn aus der Hand aller seiner Feinde und aus der Hand Sauls errettet hatte“. Auch wenn dieses Lied für sich selbst interessant ist, so ist vor allem die Wahl dieses Abschnittes als Haftara des Tages ganz besonders interessant.

„Loblied am Schilfmeer“ ist Bestandteil des Wochenabschnittes „Beschalach“ und wird jedes Jahr an einem Schabbat des Jahreszyklus gelesen. Auch die dazugehörige Haftara ist mit diesem Lied verbunden: es ist das Loblied der Richterin Debora (Richter 4-5). Stellt sich die Frage, warum die Prophetenabschnitte so angeordnet wurden. Warum wird für den Wochenabschnitt „Beschalach“ das Lied von Debora gelesen, und am 7. Pessach-Tag das Lied von David, und nicht umgekehrt?

„König David“ von dem spanischen Maler Pedro Berruguete (1450-1504)

Der 7. Ljubawitscher Rebbe Rabbi Menachem Mendl Schneerson hat eine interessante Erklärung dafür. Das Loblied am Schilfmeer haben bekanntlich nicht nur Männer, sondern auch Frauen gesungen (Schemot 15:22): „Und Mirjam, die Prophetin, Aarons Schwester, nahm die Handpauke in ihre Hand, und alle Frauen folgten ihr nach mit Handpauken und im Reigen“. Der Ljubawitscher Rebbe bemerkt, dass die Frauen im Gegensatz zu den Männern nicht nur gesungen haben, sondern auch Musik mit Instrumenten gemacht haben, was die Freude noch vergrößerte! Deshalb wurde dem Wochenabschnitt, welcher die Hauptlesung ist, das Lied einer Frau (Debora) zugeordnet, und dem 7. Tag vom Pessach „nur“ das Lied von einem Mann (David). Daran sehen wir wie wichtig die Freude ist: Es ist nicht genug G’tt zu dienen und Ihn zu loben – es muss mit Freude und mit Enthusiasmus geschehen, erst dann wird es ein gewünschter und emotionaler G’ttesdienst.

Einblick in Messianische Zeiten

Am 8. Tag von Pessach (der nur außerhalb Israels gefeiert wird) wird die Prophetie von Jesaia gelesen. Diese Haftara besteht aus drei Teilen: Die Verse 32-34 des 10.Kapitels, das ganze 11. Kapitel und die ersten 6 Verse aus des 12. Kapitels.

Jeder dieser Teile ist auf eine bestimmte Weise mit dem 8. Pessach-Tag verbunden. Der 8. Tag wird nur außerhalb Israels gefeiert, weil es früher Zweifel gab, ob er eventuell der 7. Tag von Pessach sein könnte. Und da das Hauptthema des 7. Tages das Loblied am Schilfmeer ist, gibt es eine Anspielung darauf im 3. Teil unserer Haftara: „Siehe, G‘tt ist mein Heil; ich will vertrauen und lasse mir nicht grauen; denn der HERR, der HERR, ist meine Kraft und mein Lied, und er ward mir zum Heil!“

An Pessach feiern wir auch die Befreiung aus der ägyptischen Sklaverei und die Zerstörung von Ägypten, als Strafe für die Unterdrückung. Diese Zerstörung ist symbolisch für den Niedergang und das Verschwinden aller Feinde Israels, die uns während aller Epochen unterdrückt haben. Die letzten Verse des 10. Kapitels (die am Anfang der Haftara gelesen werden) weisen darauf hin und trösten uns in schwierigen Zeiten.

Der mittlere Teil der Haftara (11. Kapitel) spricht über die Messianische Zeit. Unter anderem gibt es hier den berühmten und oft zitierten Vers: „Da wird der Wolf bei dem Lämmlein wohnen, der Leopard bei dem Böcklein niederliegen. Das Kalb, der junge Löwe und das Mastvieh werden beieinander sein, also dass ein kleiner Knabe sie treiben wird“. Wie schon erwähnt wurde, gibt es im Talmud die Meinung, dass die Erlösung im Monat Nissan kommen wird (wenn der Pessach gefeiert wird). Im Chassidismus wird gelehrt, dass wir am 8. Tag von Pessach die zukünftige Erlösung und Messianische Zeiten „erblicken“ können. Deshalb ist es auch passend uns Gedanken über eben diese Zeit am Ende des inspirierenden und aufregenden Pessach-Festes zu machen.

Vorsicht bei Heiligkeit

Die Haftara zum Wochenabschnitt „Schnimi“ ist die einzige Haftara dieses Monats, die tatsächlich dem Wochenabschnitt „gehört“, und nicht aus bestimmten Gründen abgeändert wurde.

Der Wochenabschnitt „Schmini“ beinhaltet einen tragischen Vorfall: bei der Einweihung des Mischkans (mobiles Heiligtum bei der Wüstenwanderung) haben zwei Söhne von Aharon haKohen, Nadaw und Awihu, ein unerlaubtes Räucheropfer gezündet und wurden von G’tt auf der Stelle verbrannt. Auch unsere Haftara (Schmuel II 6:1-7-7:17) berichtet über ein ähnliches Unglück.

König David entschied sich den Mischkan aus seiner provisorischen Bleibe beim Hause Abinadabs nach Jerusalem zu überführen. Unterwegs passierte jedoch die Tragödie: „Und als sie zur Tenne Nachons kamen, griff Ussa nach der Lade G‘ttes und hielt sie; denn die Rinder waren ausgeglitten. Da entbrannte der Zorn des HERRN über Ussa; und G‘tt schlug ihn daselbst um des Frevels willen; so starb er daselbst bei der Lade G‘ttes“. Dieser Tod erschütterte alle Beteiligten und David stoppte den Umzug. Erst eine Weile später wurde es fortgesetzt und unter besonderer Vorsicht erfolgreich beendet.

Aus diesen beiden Tragödien lehren unsere Weise eine, auch für uns, wichtige Idee. Wenn man mit den heiligen Dingen zu tun hat, ist Vorsicht und Ehrfurcht geboten! Auch wenn wir heutzutage keinen Tempel und keine Opfer haben, haben wir trotzdem mit der Tora-Rolle und Tfillin heilige Gegenstände. Man soll mit diesen Gegenständen sehr vorsichtig und ehrenvoll umgehen. Zum Beispiel darf man alte und abgenutzte Tora-Rollen und Tfillin nicht einfach wegschmeißen, sondern auf dem jüdischen Friedhof respektvoll begraben. Auch wenn wir die Heiligkeit manchmal nicht spüren, sie ist ja vorhanden und falscher Umgang damit kann schwere Folgen haben.

Positiv bis zum Ende

Am letzten Schabbat des Monats April wird der Wochenabschnitt „Tazria-Metzora“ gelesen. Jedoch ist das schon wieder ein besonderer Schabbat: an diesem Schabbat beginnt der Monat Ijar und es ist ein Rosch Chodesch. Deshalb wird als Haftara der Prophetenabschnitt für Rosch Chodesch, und nicht für den aktuellen Wochenabschnitt gelesen. Diese Haftara ist die letzte Prophetie von Jesaia 66:1-24 und erzählt von der wunderschönen Messianischen Zeit und über die Rache an den Feinden Israels. Die Verbindung zum Monatsanfang finden wir fast am Ende des Abschnittes: „Und es wird dahin kommen, dass an jedem Neumond und an jedem Schabbat alles Fleisch sich einfinden wird, um vor mir anzubeten, spricht der HERR“.

Merkwürdigerweise endet diese ganze Prophetie mit einem sehr negativen Satz: „Und man wird hinausgehen und die Leichname der Leute anschauen, die von mir abgefallen sind; denn ihr Wurm wird nicht sterben und ihr Feuer nicht erlöschen; und sie werden ein Abscheu sein für alles Fleisch“. Jedoch haben unsere Weisen betont, dass man immer positiv enden soll. Denn alles, was passiert, ist zum Besten („haKol leTowa“). Deshalb wird am Ende unserer Haftara nochmal der 23. Vers („Und es wird dahin kommen…“) gelesen, damit sie positiv beendet wird.

Dieses Prinzip müssen wir uns auch heutzutage vor Augen halten: Krisen kommen und gehen, wichtig ist nur, ob wir die Zeit richtig und produktiv nutzen. Wenn wir uns auf das Positive konzentrieren, werden wir auch das Ende der Krise gesund und gestärkt erleben.

Tannaim: Weise Lehrer in katastrophaler Zeit

Eine Studienreise mit angehenden christlichen Akademikern zu den jüdischen Akademien von vor 2000 Jahren

Von Dr. Petra Heldt

Im Februar grünt und blüht das Land Israel in allen Farben, besonders im diesjährigen regenreichen Winter. Eine ideale Zeit, mit einer Gruppe christlicher Studenten des Jerusalem University College auf dem Zionsberg in Jerusalem zu den zweitausend Jahre alten jüdischen Lehrern, den Tannaim, zu reisen. Die Studenten wussten, dass die frühen christlichen Exegeten biblischer Texte oft auf den Schultern jener Tannaim standen, und bessere Kenntnis ihrer Weisheit eine Vertiefung christlichen Textverständnisses fördert. Die Tagesreise zu den Akademien der Rabbinen sollte das veranschaulichen. Aber die Reise brachte noch mehr: die Bedeutung der Tannaim für Volk, Land und Staat Israel. Die antiken Weisen gaben Einblick in Grundmuster biblisch-jüdischen Lebens, erkennbar als judeo-christliche Kultur und als Tradition jüdischen Lebens von der Zeit vor der Zerstörung des Tempels bis in den heutigen Alltag des Staates Israel. Dreitausend Jahre Verbindung von jüdischem Land mit jüdischem Volk. Vignetten aus diesem Studientag folgen.

1. Weisheit ist die Fähigkeit zu leben

Als die römische Armee unter dem Feldherrn Vespasian seit 66 n.d.Z. Jerusalem belagerte, riefen jüdische Aufständische zum Widerstand bis zum Tod. Anders Rabbi Jochanan Ben Sakkai, der Vositzende des Obersten jüdischen Gerichts. Mit Hilfe zwei seiner Schüler floh er in einem Sarg aus der belagerten Stadt und ging zu Vespasian. Bei dem Gipfeltreffen der beiden Führer erfüllte sich Rabbi Jochanans Vorhersage und Vespasian wurde römischer Kaiser. Der Kaiser belohnte den Weisen mit drei Wünschen, die erfüllt werden sollten. Rabbi Jochanan sagte: „Gib mir Javne und seine Weisen; gib mir die Familie von Rabban Gamaliel; gib mir einen Arzt, R. Zadok zu heilen.“ So geschah es.

Die Weisen, eben jene Tannaim, durften Jerusalem verlassen und nach Javne an die Mittelmeerküste ziehen, zusammen mit dem Obersten Gerichtshof und seiner Akademie. Das Leben des jüdischen Volkes war gerettet noch bevor der Tempel, das Herzstück des jüdischen Volkes, kurze Zeit später zerstört wurde. Das Lehrhaus von Javne legte den Grundstein für ein jüdisches Leben ohne Tempel, später fixiert in der Mischna und den beiden Talmuden. Die visionäre Führung Rabbi Jochanans gab dem Volk die Fähigkeit zu leben. Das Leben siegte über jene Ideologie, die den Tod forderte.

Auch die beiden anderen Forderungen Rabbi Jochanans retteten Leben. Es ging um Rabban Gamaliel und seine Familie. Er war der Enkel von Hillel und der Lehrer von Paulus, und war einer der größten und geschätztesten jüdischen Autoritäten seiner Zeit. Gamaliel verließ Jerusalem, zog nach Javne, baute die Akademie und lehrte, wie man lebt. Die dritte Bitte betraf das Leben eines Einzelnen, das von R. Zadok. Nach vierzig Jahren Fasten um die Gnade Gottes, Jerusalem nicht zu zerstören, war er so dünn, dass man das Essen durch die Kehle gehen sah. Der Arzt gewöhnte R. Zadok in drei Tagen an normale Kost: Am ersten Tag trank R. Zadok Wasser mit aufgeweichter Kleie; am zweiten Tag Wasser mit Kleie und etwas grobem Mehl; am dritten Tag Wasser mit Mehl. So dehnte sich der Magen langsam wieder und Zadok lebte.

Von Jerusalem aus gingen die Tannaim und gründeten zwölf Akademien, von Bror Hail bei Beit Guvrin nach Bnei Brak und Javneh, insgesamt an neun Orten in Eretz Israel, und weiter bis nach Rom im Westen, Nisibis im Norden und Nehardea in Babylon im Osten. Wir machten uns auf den Weg nach Beit Guvrin.

2. Ein Fluch kann zum Segen werden

In Beit Guvrin blühten hunderte von Mandelbäumen und rote Mohnblumen waren wie ein Teppich vor uns ausgebreitet. Hier fanden wir eine prächtige Villa aus der Zeit der Tannaim und setzten uns schließlich an den Eingang der Grabhöle der Sidonier, mit Musikantenszenen bunt bemalt, und studierten die Überlegungen der Tannaim zur Bedeutung des Ausdrucks „das Land Kanaan“ (3. Mose 14, 34). Kanaan (1. Mose 9, 20-29) war der Sohn von Ham; Ham war der Sohn von Noah. Ham sah die Blöße Noahs, woraufhin Noah Hams Sohn Kanaan verfluchte, dass er von nun an Knecht sei für Sem und Jafet, den anderen Söhnen Noahs.

R. Eliezer ben Jaakov, der den Tempel noch hat stehen sehen, erklärte hier in Beit Guvrin, der Ausdruck „das Land Kanaan“ umfasste sieben Nationen, von den Sidoniern um Sidon am Mittelmeer im Nordwesten (die waren seine Nachbarn damals und hnterließen die Grabhöhle, vor der wir saßen) bis zu den Girgasiten im Nordosten vom See Genezareth (1. Mose 10, 15-20). Eine Generation später fügte R. Jose ben Dosa in Beit Guvrin diese Erklärung hinzu: „Der Knecht Abrahams, Elieser aus Damaskus (1. Mose 15, 2), war ein Kanaanäer und also ein Verfluchter. Aber weil er einem gerechten Mann wie Abraham so lange Zeit (1. Mose 24, 2) treu gedient hat, entkam er der Kategorie der Verfluchten und wurde zu einem Gesegneten.“ „Komm herein, du Gesegneter des Herrn“ (1. Mose 25, 31), sagte Laban, der Bruder von Rebekka, die Elieser für Abrahams Sohn Isaak als Braut gefunden hatte.

Die Tannaim hielten nichts von der Verwerfung anderer Völker und beurteilten jedes Volk und jeden Einzelnen nach seinem Beitrag zum Leben. Bis heute verachtet Israel keine Nation aufgrund vergangener Taten, auch nicht Deutschland. Es ist die Weisheit der Akademie bei Beit Guvrin: Gib jemandem eine Chance, sich zu bewähren, dann kann aus Fluch Segen werden. Die Studenten meinten, sie seien erstaunt, wie in Israel so viele Einwanderer eine Chance bekommen, zum Segen zu werden, und wie viele Menschen davon auch wirklich Gebrauch machen!

Dieses Offensein für andere Völker unterstützte auch R. Nathan von Beit Guvrin, der die Sprachen charakterisierte, die in seiner reichen Handelsstadt damals gang und gäbe waren: „Griechisch eignet sich gut für den Gesang, Persisch für die Klage, Hebräisch für die Konversation, Lateinisch für Militärisches und Assyrisch für die Schrift. Hebräisch ist eine gesprochene Sprache, hat aber keine eigene Schriftsprache. Assyrisch hat eine Schriftsprache, aber keine Sprechsprache. So wählten die Israeliten die hebräische Sprache und die assyrische Schrift.“

Genial. So wird klar, dass jedes Volk seinen eigenen Wert hat. Kein Volk ist erhaben über andere. Die Tannanim liebten andere Völker und deren Sprachen. Noch immer so markant für Israel heute. Wir reisten weiter zur Akademie in Bnei Brak.

3. Von der Schönheit des Landes

Vier Kilometer südlich von der heutigen Stadt Bnei Brak lag die der Tannaim, gleich neben dem heutigen Ariel-Scharon-Park. Der Park ist ein eindrucksvolles Umweltsanierungsprojekt, gebaut auf einem ehemals 60 Meter hohen Müllhaufen neben dem Flughafen Ben Gurion. Es gibt Wander- und Radwege, einen Freizeitteich, einen Zoo, Picknickplätze, eine Farm, eine Landwirtschaftsschule, ein Recyclingzentrum. Wir schoben die Picknicktische an den Teich heran, erfreuten uns an den blühenden Bäumen und kunstvoll angelegten Sträuchern und teilten in der warmen Februarsonne unser Mittagspicknick. An diesem herrlichen Ort entdeckten wir, wie stolz die Tannaim auf ihr Land waren. Jerusalem war ihnen genommen, aber der Rest des Landes war reich und schön und voll Segen Gottes. So sehr freuten sie sich, dass sie wie in einen spaßigen Wettstreit traten, wer mehr Segen im Land sehen konnte. „Rami ben Eliezer besuchte Bnei Brak und sah, dass Ziegen unter einem Feigenbaum grasten während Honig von den Feigen tropften und Milch aus ihnen trat, und beides vermischte sich. Er sagte „das ist wirklich ein Land, in dem Milch und Honig fliessen“ (4. Mose 13, 24).

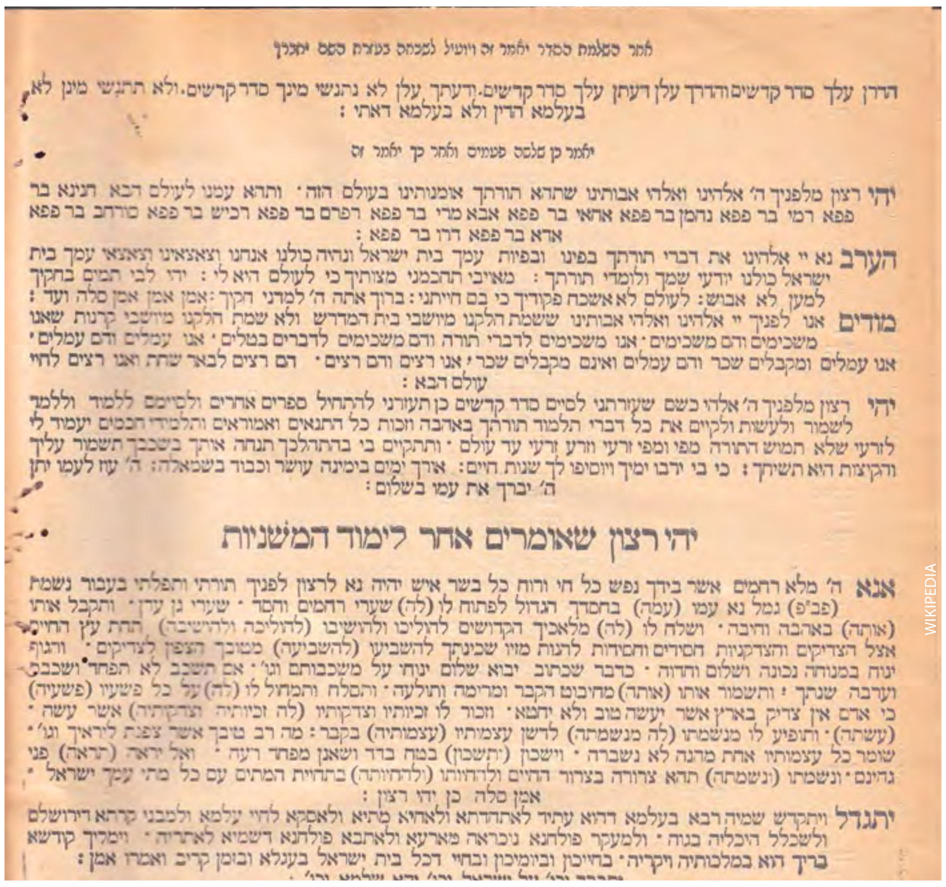
R. Jacob ben Dostai sagte „von Lod bis nach Ono sind es 17 Kilometer. Einst stand ich früh auf und watete den ganzen Weg bis zu den Fussknöcheln tief in Feigenhonig.“

Resh Lakish sagte, „Ich sah selbst in Sepphoris, wie Milch und Honig flossen in einem Umkreis von 25 mal 25 Kilometern.“

Und Rabba ben Bar Hana setzte der Sache noch eins drauf: „Ich sah, wie Milch und Honig im ganzen Land Israel flossen; das ganze Gebiet war 121 km lang und 33 km breit.“

Es liest sich wie ein Reklameturnier vom Reichtum Israels. Der Stolz auf dieses Land ist unüberhörbar und ebenso die Freude, in diesem Land zu leben, selbst wenn die Römer das Eretz auf 121 km schrumpften (Israel ist heute 470 km lang). Israel ist und bleibt das schönste und reichste Land, das Juden haben.

Während wir die Schönheit des Ariel-Scharon-Parks genossen, untermalten jene Tannaim nur unseren Eindruck: Eretz Israel ist gesegnet.


יהי רצון שאומרים אחר לימוד המשניות

WIKIPEDIA

Auszug aus dem Buch Mischna

4. Javne, ein Weinberg

Javne baut wahrlich keinen Wein an. Warum dann Weinberg? Die Studenten saßen in Javne vor dem vielbesuchten Gebetsort für Rabban Gamaliel in einem schönen Garten und fanden die Antwort in der Lehre Gamaliels: „Einst saßen die Weisen in Javne in der Akademie hintereinander in Reihen wie Trauben an der Rebe. Javne war wie ein Weinberg.“ Hier lehrte Rabban Gamaliel, das 18-Bitten-Gebet täglich zu beten. Andere meinten, das gelegentliche Beten genüge. Was passiert, wenn das Gebet nur gelegentlich und beliebig gesagt wird? Es wird vergessen. Rabban Gamaliel überzeugte, und das 18-Bitten-Gebet wurde das tägliche Gebet aller Juden, die beten. Der weise Gelehrte erkannte, dass in der Gebetssprache und in der Abfolge der Gebete nun die religiöse Identität lag, die bislang der Tempelgottesdienst in Jerusalem garantierte. Die heute allseits bekannten Liturgien für den Alltag, für den Schabbat, für die Festzeiten und für die Fasten- und Trauerzeiten haben hier ihren Anfang genommen. In Javne wurde das moderne Judentum geboren. Es begann mit dem Satz: „Gib mir Javne.“

Früh erkannte Rabban Gamaliel die Gefahr, die Javne für Jerusalem sein könnte. Bislang war Jerusalem das Zentrum des jüdischen Volkes, aber nun war es zerstört. Javne baute sich auf und forderte die Autorität Jerusalems heraus. Eine neue Zeit brauche ein neues Zentrum, sagten einige. Dagegen forderte Gamaliel, Jerusalems Autorität höher zu achten als die von Javne. Er schützte Jerusalaem. So gab es schließlich viele Akademien, die Javne folgten und wichtige Aufgaben für das Leben des jüdischen Volkes übernahmen. Aber Jerusalem blieb für immer die Hauptstadt Israels.

Im Bus zurück nach Jerusalem erinnerte einer der Studenten an die Worte des ehemaligen britischen Oberrabbiners Jonathan Sacks: „Die Welt, die unsere Kinder morgen erben werden, ist geboren in den Schulen, die wir heute bauen.“ Kein schlechtes Fazit für angehende christliche Akademiker aus einer Studienreise zu den jüdischen Akademien zu Beginn des Christentums.

Pessach in Zeiten von Corona

Ironie des Lebens: Ausgerechnet wegen einer Plage fallen die meisten Pessach-Feiern in diesem Jahr aus. Doch aus Prüfungen ist das jüdische Volk schon oft gestärkt hervorgegangen.

Von Dovid Gernetz

An Pessach ist es üblich einen Seder (wörtlich „Ordnung“, eine Sammlung von Bräuchen in einer bestimmten Abfolge) im Kreise der Familie zu veranstalten und die Pessach Haggada (Erzählung von den Wundern in Ägypten und dem anschließenden Auszug) zu lesen. Wir danken und preisen G´tt dafür, dass er uns mit zahlreichen Wundern aus der Hand unserer Peiniger gerettet und aus der Knechtschaft befreit hat.

Es stellt sich jedoch die Frage: War es nicht ebenfalls G‘tt, welcher uns überhaupt erst in die Knechtschaft gebracht hatte, wie er es Abraham versprochen hatte (siehe Bereschit 15:13)?

Bei jedem jüdischen Feiertag, der als Erinnerung an ein besonderes Wunder und die Rettung des jüdischen Volkes festgelegt wurde, wie Chanukka und Purim zum Beispiel, stellt sich die gleiche Frage, ob es nicht auch G´tt war, der die Gefahr erst über uns gebracht hatte – und aus welchem Grunde sollen wir ihm dafür danken, dass er uns schließlich gerettet hat?

Um diese Frage(n) zu beantworten, müssen wir zuerst verstehen, warum G´tt uns überhaupt Schwierigkeiten und Prüfungen schickt.

Das hebräische Wort für Prüfung „Nisayon“ ist wortverwandt mit dem hebräischen Wort „Nes“, welches (außer für „Wunder“, auch) für „Erhöhung“ steht (siehe Bamidbar 21:8) – und im biblischen Hebräisch hat eine wörtliche Verwandtschaft stets eine Bedeutung! Die Kommentatoren erklären, dass eine Prüfung, und generell Schwierigkeiten, den Menschen erheben und ihm sein verstecktes Potenzial und seine wahren Kräfte offenbaren.

Solange der Mensch nicht mit Hürden konfrontiert wird, ist er sich selbst nicht bewusst, welche Kräfte in ihm schlummern und zu was er in Wahrheit fähig ist.

Der weiseste Mensch aller Zeiten, König Schlomo, lehrt uns:

„Ki Scheva Jipol Zaddik Wekam“ – „Denn der Gerechte fällt sieben Mal und steht wieder auf.“ (Mischlei 24:16)

Viele Menschen denken fälschlicherweise, dass die Bedeutung dieses Verses sei: „Obwohl der Gerechte sieben Mal fällt, steht er sieben Mal wieder auf.“ Rav Yitzhak Hutner (1906-1980, amerikanischer Rabbiner, Philosoph und Denker) schreibt in einem seiner Briefe, dass die wahre Deutung dieses Verses eine ganz andere ist: „Gerade (und nur) weil der Gerechte ganze sieben Mal fällt und wieder aufsteht, ist er zum Gerechten geworden.”

Wäre der Gerechte nicht mit Schwierigkeiten und manchmal auch damit verbundenen Niederlagen konfrontiert gewesen, wäre er für immer auf dem Niveau geblieben, wo er angefangen hat und hätte keinen Ansporn gehabt weiterzukommen. Nur dank der zahlreichen Hürden konnte er letztendlich das erreichen, was er erreicht hat.

Sir Winston Churchill (1874-1964) war zweimaliger Premierminister von Großbritannien und Nobelpreisträger für Literatur. Er regierte während des Zweiten Weltkrieges und führte sein Land gemeinsam mit den alliierten Mächten zum Sieg über Nazi-Deutschland. Trotz seines großen Erfolges wurde er direkt nach dem Krieg abgewählt.

Anstatt aufzugeben, nutze er die freie Zeit und verfasste die große Marlborough-Biografie und „Der Zweite Weltkrieg“ (The Second World War), ein sechsbändiges Werk über seine Kriegserinnerungen, für welche er 1953 den Nobelpreis für Literatur bekam und von der Königin von England, Elizabeth II., zum Ritter des Hosenbandordens geschlagen wurde. Außerdem wurde er zum zweiten Mal zum Premierminister gewählt und regierte weitere vier Jahre bis zu seinem vorzeitigen Amtsverzicht, aufgrund seines gesundheitlichen Zustandes.

JOHANNES EISELE, AFP

Obwohl Winston Churchill für Großbritannien den Zweiten Weltkrieg erfolgreich beendete, wählten ihn die Briten kurz danach aus dem Amt. Diese Niederlage aber nutzte er zur persönlichen Weiterentwicklung.

> Solange der Mensch nicht mit Hürden konfrontiert wird, ist er sich selbst nicht bewusst, welche Kräfte in ihm schlummern und zu was er in Wahrheit fähig ist.

Seine Lebensgeschichte ist ein Beispiel dafür, wie eine Niederlage bzw. Hürde, dem Menschen helfen kann, zu weiteren und größeren Errungenschaften zu kommen. Hätte man ihn nach dem Weltkrieg nicht abgewählt, hätten seine großen Werke möglicherweise niemals das Licht der Welt erblickt und der Nobelpreis für Literatur wäre ihm sicherlich verwehrt geblieben.

Sir Winston Churchill fasste diesen Gedanken in einem seiner berühmtesten Zitate zusammen: „Success consists of going from failure to failure without loss of enthusiasm.” (Übersetzung: „Erfolg liegt darin, von Niederlage zur Niederlage zu gehen, ohne die Motivation zu verlieren”).

Doch dies beschränkt sich nicht nur auf spirituelles Wachstum und politische Karrieren, sondern bezieht sich auch auf die physische Kraft des Menschen.

Der amerikanische Comic-Zeichner Jack „King” Kirby (1917-1994) behauptete eine Mutter gesehen zu haben, welche allein ein Auto hochhob, um ihr darunter gefangenes Baby zu retten, und dies inspirierte ihn zu der Erfindung der bekannten Comic-Figur „Hulk”. Diese Erscheinung wird von den Wissenschaftlern als „Hysterische Stärke” (hysterical strength) bezeichnet und beweist, dass wir Menschen zu weit mehr fähig sind, als es normalerweise scheint.

Wiederum war es eine schwierige oder gefährliche Situation, welche dieses Phänomen zum Vorschein brachte – und wenn es nicht dazu gekommen wäre, würden wir niemals erfahren, welche unmenschlichen Kräfte in unseren Körpern schlummern und nur darauf warten, entdeckt zu werden.

Jetzt verstehen wir, warum uns G´tt Prüfungen schickt und mit Schwierigkeiten konfrontiert, denn das ist der einzige Weg, den Menschen zu motivieren und ihn sozusagen dazu „zu zwingen” auf seine verborgenen Stärken zurückzugreifen und sein wahres Potenzial zu entdecken.

Genauso wie ein individueller Mensch dadurch gestärkt wird und für weitere Herausforderungen bereit ist, so ist es auch bei einem ganzen Volk. G´tt kennt die Zukunft und die zahlreichen Herausforderungen, mit welchen das jüdische Volk konfrontiert sein wird. Kriege, unzählige Vertreibungen und ein Leben im ständigen Exil wird das jüdische Volk in der Zukunft durchleben und überstehen müssen.

Die Knechtschaft in Ägypten war eine Simulation, welche die „Familie Jakovs” zum jüdischen Volk machte und sie auf ihre schwierige Wanderung durch die Jahrhunderte und Jahrtausende vorbereiten sollte. Sie stärkte den Zusammenhalt des jüdischen Volkes und brachte sie näher zueinander.

Kommen wir auf unsere ursprüngliche Frage zurück, warum wir G‘tt für den Auszug aus der ägyptischen Knechtschaft und generell für jede Rettung dankbar sein sollen, wenn auch er es war, der uns da hineingebracht hat.

Mittlerweile verstehen wir jedoch, dass natürlich auch die Knechtschaft in Ägypten und alle Schwierigkeiten, mit denen wir, jeder Einzelne von uns und wir gemeinsam als Volk zu kämpfen haben, stets zu unserem Guten sind und nur dafür da sind, um uns stärker zu machen. Nachdem der Zweck der Mission erfüllt ist und wir gelernt haben, was zu lernen war, danken wir G´tt, dass er uns rettet und aus der schwierigen Lage befreit hat.

Dasselbe gilt auch für unsere aktuelle Situation: Die Welt steckt aufgrund der Corona-Pandemie in einer globalen Krise. In vielen Ländern wurden mittlerweile Ausgangssperren verhängt, um die rasante Verbreitung der Pandemie einzudämmen. Manche Länder sind der Herausforderungen nicht gewachsen, Krankenhäuser sind überfüllt und die Ärzte machtlos. Forscher aus der ganzen Welt sind rund um die Uhr damit beschäftigt, eine Impfung gegen COVID-19 zu entwickeln, aber niemand weiß, wann der Impfstoff verfügbar sein wird.

Niemand kann mit Sicherheit sagen, was genau G´tt damit bezweckt und warum er die Welt mit COVID-19 konfrontiert. Aber wie alles andere auch, ist auch dies nur eine weitere Herausforderung für die Menschheit. Vielleicht soll es uns daran erinnern, dass es Menschen gibt, welche unsere Hilfe benötigen und wir diese nicht vernachlässigen dürfen? Bisher hat uns Corona gezwungen, bessere Menschen zu sein und uns gegenseitig zu unterstützen. Vielleicht wird Corona auch stark genug sein, um den Zusammenhalt der Menschheit, unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Religion zu stärken und globale Konflikte zu lösen?

Wir werden sehen.

Der Leopardenfänger von Midreschet Ben Gurion

Ein Besuch bei Arthur du Mosch, der die Negev-Wüste kennt wie kaum ein anderer.

Von Michael G. Fritz

Arthur ist eine Berühmtheit, nicht nur in Israel, sondern in einschlägigen Kreisen weltweit. Im Internet kann man noch heute von seiner Tat lesen. Er hat einen Leoparden ganz allein und ohne Hilfsmittel überwältigt. Das ausgehungerte Tier war auf der Suche nach Nahrung in Arthurs Schlafzimmer in seinem Wohnort Midreschet Ben Gurion aufgetaucht, einer kleinen Ansiedlung, in der der Staatsgründer begraben ist. Kurz entschlossen sprang der Fremdenführer auf den Leoparden und klammerte ihn, der, zwar geschwächt, immer noch scharfe Zähne und Krallen hatte. Seine Frau informierte die Naturschutzbehörde, gemeinsam gelang es, die Raubkatze in die Auffangstation zu transportieren. Natürlich nannte man den Leoparden Arthur, später erhielt er den Spitznamen Maschiach, also Messias.

Solchermaßen eingestimmt, sehe ich den Mann auf mich zukommen. Er trägt einen Cowboyhut, in dem eine Sonnenbrille steckt, sandfarbene Safarikleidung und ein rotes Halstuch. Seine Handschuhe zieht er nicht aus. Das Ziel ist, möglichst viel Haut abzudecken. Wenn man sich wie er täglich in der Wüste aufhält, muss das oberstes Gebot sein.

„What's the common language", fragt er. „Deutsch? Deutsch ist gut, ich bin Holländer."

„Was hat dich in die Wüste verschlagen, Arthur?", frage ich ihn noch im Hotel.

Er nimmt den Hut ab, wischt sich über die Stirn, seine Haare sind blond und schon etwas grau. „Ich habe mir die Negev früh in den Kopf gesetzt. Aber versorge dich erst einmal mit Wasser, du brauchst mindestens eine Flasche".

Im Geländewagen, der über steinige Wege holpert und uns mit Staub einhüllt, erzählt er mir seine Geschichte.

Als Achtjähriger sieht Arthur mit seiner Mutter in den Niederlanden im Kino den Film „Die Wüste lebt", jenen Dokumentarfilm aus dem Jahre 1953 der Walt-Disney-Studios über die Tier- und Pflanzenwelt der Wüstenregion, der ein Welterfolg wurde. Und er überzeugt auch Arthur, der von nun an von der Idee erfüllt ist, in die Wüste zu gehen. 1985 hat er es geschafft, er kommt als Agrarstudent nach Israel. Arthur studiert in der Negev an der Hebräischen Universität die antiken Bewässerungstechniken der Nabatäer, jenes aus Arabien um 550 vor Christus zugewanderten Wüstenvolkes. Beim Studium trifft er seine spätere Ehefrau, mit der er inzwischen vier Kinder hat. „Ich muss ihr manchmal sagen, dass ich des Landes wegen kam und sie erst hier kennenlernte, und nicht umgekehrt", sagt er lächelnd.

Ein Spezialist für Wüstentiere

Mehrere Jahre arbeitet er am Jacob Blaustein Institut für Wüstenforschung. Er hat sich besonders mit Nubischen Steinböcken und Onager, einer wilden und fast ausgestorbenen syrischen Eselart, beschäftigt, die neben Hyänen, Gazellen, Oryxantilopen und Wildpferden die Negev bevölkern. Anschließend erwirbt er die Touristenführerlizenz. Du Mosch, der neben Deutsch und Holländisch, natürlich auch Englisch und darüber hinaus Hebräisch spricht, bietet Geländewagen- und Pferdetouren, außerdem Wanderungen an.

Arthur du Mosch

„An dieser Stelle", unterbricht er sich, „hier überfielen vor einigen Jahren palästinensische Terroristen einen Bus. Sie erschossen alle Insassen, sämtlich Zivilisten, bloß ein Baby überlebte, weil es von den Leichen verdeckt wurde". Später ergänzt er: „In diesem Land herrschte schon immer Unfrieden, aber wenn alle wollen, wenn sie es wirklich wollen, ließe sich friedlich miteinander leben".

> Als Achtjähriger sieht Arthur mit seiner Mutter in den Niederlanden im Kino den Film „Die Wüste lebt", jenen Dokumentarfilm aus dem Jahre 1953 der Walt-Disney-Studios über die Tier- und Pflanzenwelt der Wüstenregion, der ein Welterfolg wurde.

Wir erreichen einen riesigen Erosionskrater, den Makhtesh Ramon, bei dessen Anblick ich vor Ehrfurcht erstarre. Die Luft ist klar, die Sicht reicht weit: um uns herum hellbraunes Gestein, darüber ein fast schmerzhaft-blauer Himmel mit weißen Wolkenstrichen. Durch den beständigen Wind ist es trotz der starken Sonne nicht drückend.

„Dort hinten", stellt Artur fest, „weit hinten ist Kanaan, das Abraham von Gott versprochen wurde: das gelobte Land, in dem Milch und Honig fließen. Moses, der gemeinsam mit Ramses II. aufwuchs, führte sein Volk aus Ägypten ins gelobte Land, wozu sie vierzig Jahre benötigten. Moses selbst sah es nicht mehr."

In der Ferne steigen Rauchwolken auf, erst danach höre ich den Donner. Das Militär übt, so erfahre ich. Ein großer Teil der Negev ist Truppenübungsgelände, 60 % des israelischen Staatsgebietes besteht ohnehin aus Wüste. Sehr bestimmt fügt er hinzu: „Mein jüngster Sohn ist eingezogen worden, drei Jahre sind Pflicht. Frauen müssen zwei Jahre zur Armee".

Wir fahren über extrem steile und holprige Gebirgspässe zu einer Straße in der Wüste, die seit mehr als zweitausend Jahren existiert. Sie führt vom Süden der arabischen Halbinsel bis zum Hafen in Gaza.

„Warum Gaza?", erkundige ich mich. „Die Stadt besaß den wichtigsten Hafen der Antike in dieser Region, bis König Herodes den Hafen in Caesarea baute".

Durch Kamelkarawanen wurden Weihrauch und Myrrhe von Petra und aus dem fernen Mesopotamien transportiert: im Grunde keine lebensnotwendigen Dinge. Weihrauch opferte man den Göttern oder den Königen, Myrrhe galt als Arznei und mit ihr wurden Leichname einbalsamiert. Doch die Waren hatten einen so großen Handelswert, dass die Kaufleute Millionäre wurden.

Bei der Weiterfahrt öffnen sich vor mir schmale, tiefe Schluchten, die eng und verwinkelt sind, ragen Hänge steil auf. Wie ist es bei Regen?

„Es regnet nicht oft, aber wenn, dann sehr heftig, in der Wüste ertrinken mehr Menschen, als dass sie verdursten."

Gefährliches Wasser

Er weiß, wovon er spricht, Arthur wird immer dann geholt, sobald Menschen in Gefahr sind. Wenn man in den Wintermonaten in der Negev unterwegs ist, sollte man einen erfahrenen Tourenführer dabeihaben. Es kann Sturzfluten geben, die entstehen, wenn starker Regen auf Felsen und verkrustete Böden fällt und von Steilhängen hinunter in Wadis abfließt. Dort bilden sich reißende Flüsse, die alles mitnehmen, was sich ihnen in den Weg stellt.

Durch Regen blüht die Natur auf. Arthur träufelt etwas Wasser aus einer Flasche über scheinbar vertrocknete Knospen an einem Busch. Sofort richten sich die Zweige in die Höhe und die Knospen öffnen sich zu kleinen rosa Blüten. Was ich in Filmen über die Wüste für einen Trick oder für Aufnahmen im Zeitraffer gehalten habe, entspricht der Realität!

In wenigen Wochen ist Weihnachten. Es ist wohltuend, jene Geschäftigkeit, die Deutschland schon jetzt erfasst hat, hier nicht zu finden. Feiert er Weihnachten?

„Auf jeden Fall ohne Weihnachtsbaum." Ein überlegenes Lächeln huscht über sein Gesicht. „Den brauche ich hier nicht. Meine Frau und ich, wir feiern Chanukka, das Lichterfest, überhaupt die jüdischen Feste, allen voran das Pessachfest, das an den Auszug aus Ägypten erinnert".

Wir erklimmen einen Berg und laufen auf dem Grat entlang auf einen höheren Berg zu. Nichts verstellt den Blick, in meinem Rücken ist Eilat am Roten Meer, dort unten das Jordantal, dahinter Jordanien, zu meiner Linken befindet sich der Sinai, der zu Ägypten gehört. Der Moment ist erhaben in seiner Einzigartigkeit. Der Wind frischt auf, ich schlage den Kragen meiner Jacke hoch.

„Und du", sagt Arthur, „hat dich die Wüste gepackt?"